

Prozessführung in administrierten internationalen Handelsschiedsverfahren

**Eine rechtsvergleichende Untersuchung
der internationalen Schiedsordnung der AAA
sowie der Schiedsordnungen der DIS und der ICC**

Dissertation zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Rechte (Doctor juris)
der Universität Augsburg
vorgelegt von

Mark Wilke
Augsburg

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung	1
A: Problemaufriss	1
B: Gegenstand der Untersuchung	2
C: Gang der Untersuchung.....	4
Kapitel 2: Rechtsgrundlagen des Schiedsverfahrens	7
A: Problemstellung	7
B: Parteivereinbarungen als Grundlage des Schiedsverfahrens	8
I. Die Schiedsvereinbarung	8
II. Fakultative Parteivereinbarungen	10
C: Nationale Rechtsgrundlagen des Schiedsverfahrens	11
I. Nationale Schiedsverfahrensgesetze.....	11
II. Auf den Hauptvertrag anwendbares materielles Recht	12
D: Weitere Vertragsverhältnisse im Schiedsverfahren	15
I. Der Schiedsrichtervertrag	15
II. Der Administrierungsvertrag.....	18
Kapitel 3: Die Institutionen	20
A: Internationaler Schiedsgerichtshof der Internationalen Handelskammer (ICC)	20
B: Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS)	21
C: American Arbitration Association (AAA)	22
Kapitel 4: Die Einleitung des Schiedsverfahrens.....	25
A: Die Schiedsklage.....	26
I. Vorüberlegungen	26
II. Verfahrenseinleitung in ad-hoc Verfahren	28
III. Verfahrenseinleitung in administrierten Verfahren.....	28
IV. Administrative Kontroll- und Entscheidungsbefugnisse	34
B: Die Klageerwiderung	38
C: Die Widerklage	42
D: Kosten und Vorschüsse	46
I. Einführung.....	46
II. Art und Weise der Erhebung	47
III. Die Kosten im Vergleich	50
1. Vergleich der nicht erstattungsfähigen Kosten	51
2. Vergleich der Verwaltungsgebühren	51
Kapitel 5: Die Konstituierung des Schiedsgerichts	53
A: Einführung	53
B: Rahmenbedingungen der Konstituierung des Schiedsgerichts	53
I. Unabhängigkeit und Unparteilichkeit.....	53
II. Zahl und Qualifikation der Schiedsrichter	56
C: Benennung und Ernennung der Schiedsrichter	60
I. Begriffserklärung.....	60
II. Konstituierung des Schiedsgerichts bei Beteiligung von zwei Parteien	62
1. Einzelschiedsrichter	62

2. Kollegialschiedsgerichte	64
3. Offenbarungspflichten der Schiedsrichter	68
III. Konstituierung des Schiedsgerichts in Mehrparteien-Schiedsverfahren	70
1. Problemstellung	70
2. Handhabung von Mehrparteien-Schiedsverfahren nach den Schiedsordnungen	71
D: Korrekturen am Bestand des Schiedsgerichts	75
I. Problemstellung	75
II. Regelungen der Schiedsordnungen	76
Kapitel 6: Die Vorbereitung des weiteren Verfahrens	86
A: Vorüberlegung	86
B: Preliminary Hearing und Schiedsauftrag	86
C: Der Verfahrensort	90
D: Die Verfahrenssprache	93
E: Anwendbares Verfahrensrecht und Gestaltung des Verfahrens	96
I. Hierarchie der Rechtsquellen	96
II. Die Leitung des Verfahrens	100
F: Anwendbares materielles Recht	102
Kapitel 7: Die Entscheidung über die Zuständigkeit	106
A: Problemaufriss	106
B: Verwendete Begrifflichkeiten	106
I. Die Unabhängigkeit der Schiedsvereinbarung vom Hauptvertrag	107
II. Die Kompetenz-Kompetenz	107
1. Rechtslage in Deutschland	107
2. Rechtslage in Frankreich	108
3. Rechtslage in den USA	109
C: Problemlösungen der Schiedsordnungen	110
Kapitel 8: Der Einstweilige Rechtsschutz im Schiedsverfahren	114
A: Problemstellung	114
B: Lösung durch die Schiedsordnungen	116
Kapitel 9: Die Verhandlung	120
A: Mündlichkeit oder Schriftlichkeit	120
I. Einleitung	120
II. Regelung der Schiedsordnungen	120
B: Ladungsfristen	123
C: Säumnisfolgen	124
D: Dolmetscher	128
E: Protokoll	128
F: Nicht-Öffentlichkeit	130
G: Vertretung der Parteien	131
Kapitel 10: Die Beweisaufnahme	133
A: Einführung	133
B: Umfang der Sachverhaltsaufklärung, Beweislast und Beweiswürdigung	135
C: Der Sachverständigenbeweis	138
I. Problemstellung	138
II. Regelungen der Schiedsordnungen	140

D: Der Zeugenbeweis	145
I. Problemstellung.....	145
II. Regelungen der Schiedsordnungen	145
E: Der Urkundenbeweis	152
I. Problemstellung.....	152
II. Regelungen der Schiedsordnungen	152
Kapitel 11: Die Beendigung des Erkenntnisverfahrens	156
Kapitel 12: Die Rüge von Verfahrensverstößen	161
Kapitel 13: Der Schiedsspruch.....	166
A: Einführung	166
B: Rahmenbedingungen des Schiedsspruchs	168
I. Beratung und Abstimmung.....	168
II. Umfang der Streiterledigung durch den Schiedsspruch	170
III. Zeitlimits	173
IV. Die Ausfertigung und Übersendung des Schiedsspruchs	175
V. Die Wirkung des Schiedsspruchs.....	178
VI. Haftung der Schiedsrichter und der Institution	179
C: Inhalt des Schiedsspruches	181
I. Allgemeine Grundsätze	181
II. Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut	185
III. Zinsen	189
IV. Punitive damages.....	190
D: Die Berichtigung und Auslegung des Schiedsspruchs	191
Kapitel 14: Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens	195
A: Einführung	195
B: Regelungen der Schiedsordnungen	196
Kapitel 15: Schlussbetrachtung	199
Anhang	204
Literaturverzeichnis.....	261

Kapitel 1: Einleitung

A: Problemaufriss

Im internationalen Handelsverkehr haben sich Schiedsverfahren als eine Form der alternativen Streitbeilegung fest etabliert. Wesen der Schiedsgerichtsbarkeit ist es, durch Parteivereinbarung staatlichen Gerichten die Zuständigkeit über die Entscheidung bestimmter Rechtsverhältnisse zu entziehen und sie einem oder mehreren Schiedsrichtern zu übertragen.

Einer der wesentlichen Vorteile eines Schiedsverfahrens ist die Freiheit der Parteien, ihre Streitigkeit in einem frei gewählten Verfahren entscheiden zu lassen¹. In internationalen Fällen kann also die Streitentscheidung in einem dem Einzelfall entsprechenden Verfahren erfolgen. Neben diesem Vorteil sind weitere Vorzüge des Schiedsverfahrens weithin bekannt. Schiedsverfahren können regelmäßig in kürzerer Zeit beendet werden als nationale Zivilverfahren². Aus diesem Gesichtspunkt folgt ebenfalls, dass Schiedsverfahren im Regelfall kostengünstiger durchgeführt werden können³. Ein weiterer wichtiger Vorteil des Schiedsverfahrens ist es, dass die Parteien Einfluss auf die Auswahl der Schiedsrichter haben. Gerade in Fachgebieten, in denen einem staatlicher Richter nie oder selten Sachverhalte zur Entscheidung vorgelegt werden, kann durch die Übertragung der Entscheidungsbefugnis auf einen versierten Schiedsrichter erheblich Geld und Zeit gespart werden. In vielen Fällen erfolgt die Auswahl eines mit der Materie vertrauten Schiedsrichters vor allem, um Zeit und Kosten für Sachverständigengutachten zu sparen. Nicht zuletzt trägt aber ein derart fachlich fundierter Schiedsspruch auch zu seiner Akzeptanz durch die Parteien bei⁴. Parteien in internationalen Schiedsverfahren können wegen weitgehend weltweit in Kraft befindlicher internationaler Übereinkommen⁵ eher mit der Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen rechnen als bei der Entscheidung staatlicher Gerichte⁶. Häufig bedarf es aber nicht einmal der nationalen Anerkennung und Vollstreckung, weil die fachliche und persönliche Autorität des Schiedsgerichts zur freiwilligen Erfüllung anhält. Schließlich gewährleistet ein Schiedsverfahren

¹ Schlosser, Rn: 630.

² Lionnet, S. 61 ff; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 4.

³ Lionnet, S. 61 ff; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 9.

⁴ Lionnet, S. 61 ff; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 9.

⁵ Z.B. das New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958.

⁶ Lionnet, S. 60 f; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 9.

ren durch die Nichtöffentlichkeit von Verhandlungen und gegebenenfalls durch Geheimhaltungsvereinbarungen, dass Geschäftsgeheimnisse bewahrt werden können.

Schließen Parteien in Anbetracht dieser Vorteile staatliche Gerichte von einer Entscheidung aus und begründen sie die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts, stellt sich ihnen eine weitere Frage. Soll ein ad-hoc Schiedsverfahren vereinbart werden, in dem sie selbst für die Gestaltung des weiteren Verfahrens zuständig sind, oder nehmen sie Bezug auf die Schiedsordnung eines institutionellen Anbieters? Ad-hoc-Verfahren übertragen den Parteien weitestgehend die Verantwortung und damit auch die Gestaltungsfreiheit für den weiteren Ablauf, haben aber den Nachteil, dass schwerlich alle Eventualitäten durch Parteivereinbarung geregelt werden können. Der Wille zum Konsens ist aber Voraussetzung für Parteivereinbarungen, die ein zügiges und erfolgreiches ad-hoc Verfahren gewährleisten⁷. Administrierte Schiedsverfahren haben demgegenüber den Vorteil, dass ein „Skelett“ eines Verfahrensrechts von vornherein feststeht und so häufig auftauchende Probleme auf „vorgefertigten Bahnen“ erledigt werden, daneben aber die Freiheit der Parteien, das Verfahren zu gestalten, garantiert wird⁸. Des Weiteren können im Zuge des administrierten Verfahrens Aufgaben, die im ad-hoc Verfahren durch die Parteien oder Schiedsrichter erledigt werden müssen, durch die Institution besorgt werden⁹. Schließlich verspricht ein administriertes Schiedsverfahren effiziente und „richtige“ Streiterledigung, weil durch die Vielzahl erledigter Verfahren der notwendige Erfahrungsschatz bei den Institutionen vorhanden ist.

B: Gegenstand der Untersuchung

Entscheiden sich die Parteien für ein administriertes Schiedsverfahren, das durch seine institutionalisierte Verwaltung Vorzüge der staatlichen Gerichtsbarkeit mit der verfahrensrechtlichen Gestaltungsfreiheit der Parteien verbindet¹⁰, stehen sie vor der Aufgabe, die für sie richtige Institution aus einer Vielzahl von Anbietern auszuwählen. Sie könnten sich für nationale oder internationale Handelskammern entscheiden¹¹, für Branchenschiedsgerichte¹² oder sonstige nationale Institutionen¹³. Welche der anbietenden Institutionen stellt aber die

⁷ Lionnet, S. 154 f.

⁸ Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 28.

⁹ Lionnet, S. 155 ff.

¹⁰ Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 28.

¹¹ Z.B. die Internationale Handelskammer in Paris, den London Court of International Arbitration, die Stockholmer Handelskammer.

¹² Z.B. das International Centre for Settlement of Investment Disputes.

¹³ Z.B. das Korean Commercial Arbitration Board, die Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.

Schiedsordnung zur Verfügung, die sachlich am besten geeignet ist, die Streitigkeit zu erledigen und die darüber hinaus auch noch konsensfähig ist?

Natürlich ist es hier nicht möglich, das komplette Spektrum aller möglichen institutionellen Schiedsordnungen abzuarbeiten und zu vergleichen. Viele Schiedsordnungen stehen schon wegen ihres Ursprungs in exotischen Regionen für die meisten Handelsgeschäfte nicht zur Debatte¹⁴. Verfahrensordnungen für bestimmte Handelszweige sind wegen ihres eingeschränkten Anwendungsbereiches nur für einen beschränkten Kreis von Anwendern interessant. Daher orientiert sich die Auswahl der behandelten Schiedsordnungen an der Frage, welche Schiedsordnungen für eine deutsche Partei in internationalen Handelsverträgen mit Handelspartnern in der westlichen Welt interessant sein könnten. Die Vereinbarung der Schiedsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) liegt wegen eines „psychologischen Näheverhältnisses“ zu einer deutschen Partei nahe. Die Schiedsordnung der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) ist als prominentestes Beispiel institutioneller Schiedsordnungen eine häufig gewählte Alternative¹⁵ und daher für die Zwecke einer vergleichenden Untersuchung besonders geeignet, nicht zuletzt, weil sie von vielen Parteien als Gewähr für ein funktionstüchtiges und neutrales Schiedsverfahren betrachtet wird. Schließlich ist aus deutscher Sicht interessant, was sich hinter der Schiedsordnung einer Institution aus einem common-law-Staat versteckt. In Handelsverträgen zwischen deutschen und US-amerikanischen Vertragspartnern könnte sich ein „Entgegenkommen“ der deutschen Partei in Form der Vereinbarung eines AAA-Verfahrens positiv auf die weitere Vertragsbeziehung auswirken. Betrachtet wird daher die in den USA hohes Ansehen genießende American Arbitration Association (AAA) mit ihrer internationalen Schiedsordnung.

Es liegt nahe, dass die Schiedsordnungen von Anbietern internationaler Schiedsverfahren weitgehend angeglichen sind. Im internationalen Wirtschaftsleben bedeutet Rechtssicherheit Planungssicherheit. International werden in weiten Bereichen homogene Anforderungen an die Durchführung von Schiedsverfahren gestellt, nicht zuletzt, weil sich gewisse Standards am besten zur Streiterledigung eignen. Aus dieser Erkenntnis heraus ist eine Harmonisierung der durch Institutionen zur Verfügung gestellten Schiedsordnungen zu verzeichnen¹⁶. Dennoch verbleiben signifikante Unterschiede, die die Existenz der hohen Anzahl von Institutionen rechtfertigen, zur Profilbildung des jeweiligen Anbieters beitragen und Auswahlüberlegungen erforderlich machen.

¹⁴ Wie häufig wird etwa die Vereinbarung eines Verfahrens vor dem Kuala Lumpur Regional Centre for Arbitration in Frage kommen?

¹⁵ Lionnet, S. 333.

¹⁶ Greenblatt/Griffin, *Arbitration International*, Vol. 17, No. 1, S. 101.

In der Verfahrensvorbereitung stoßen Parteien auf das Problem, die adäquate Literatur zu finden, die ihnen einen Vergleich der Schiedsordnungen erlaubt. Zwar ist reichlich Literatur zum nationalen und internationalen Schiedsverfahren vorhanden, detaillierte Kommentierungen zum institutionellen Schiedsverfahren werden aber, mit Ausnahme der ICC-Schiedsordnung, in der Literatur stiefmütterlich behandelt¹⁷. Aber selbst wenn Kommentierungen der in Frage kommenden Schiedsordnungen existierten, käme auf die Parteien eine vergleichende Kontrolle zu, welches Verfahren im Einzelfall sachgerechter ist.

Die vorliegende Untersuchung hat sich zum Ziel gesetzt, die Schiedsordnungen der AAA, der ICC und der DIS anhand einzelner Probleme, die im chronologischen Ablauf eines Schiedsverfahrens zu erwarten sind, miteinander zu vergleichen und damit für die Auswahl Hilfestellung zu leisten.

C: Gang der Untersuchung

Im Folgenden soll herausgearbeitet werden, welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede in der Prozessführung für die Parteien nach den hier behandelten Verfahrensordnungen bestehen. Dabei soll keine Empfehlung im Sinne der Vorzugswürdigkeit oder Nachteiligkeit einer der hier behandelten Schiedsordnungen abgegeben werden. Vielmehr ist beabsichtigt, den Parteien für die Wahl einer der Schiedsordnungen angemessene Hilfestellung zu leisten. Diesem Ziel dient zunächst die umfängliche Darstellung der verschiedenen Verfahren. In diesem Zusammenhang werden Hinweise für die Gestaltung der Schiedsvereinbarung gegeben. Darüber hinaus werden Unklarheiten aufgezeigt, die Anlass zu individualvertraglichen Präzisierungen geben können. Je nach individueller Fallgestaltung kann sich auch erweisen, dass einige Regelungen in den Schiedsordnungen Bedürfnisse und Erwartungen der Parteien nicht erfüllen, weshalb an modifizierende oder ergänzende Parteivereinbarungen zu denken ist.

Das als Ausgangspunkt gewählte soziale Problem¹⁸ unterscheidet sich von „klassischen“ rechtsvergleichenden Untersuchungen dadurch, dass nicht das „Recht“ eines Staates mit dem eines anderen verglichen wird, sondern vorgefabrizierte Verfahrensordnungen nichtstaatlicher Einrichtungen. Als Rahmenbedingung und Ursache dieser Normen kann also nicht primär nach den sozialen Bedingungen im Herkunftsstaat gefragt werden. Sozialer Hintergrund der

¹⁷ So ist Menno Aden mit seinem Kommentar zur Internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit das Verdienst zuzuschreiben, als erster Autor im deutschsprachigen Raum verschiedene institutionelle Schiedsordnungen in ihrer Artikelfolge systematisch erläutert zu haben, vgl. Schütze, NJW 2003, S. 2220.

¹⁸ Brand, JuS 2003, S. 1082, 1086.

Schiedsordnungen ist vielmehr die Praxis des internationalen Handels, also ein nationales Gemeinwesen von Gebräuchen im internationalen Wirtschaftsverkehr¹⁹. Dieser internationale Ansatz der Handelsschiedsgerichtsbarkeit führt dazu, dass auch die Verfahrensweisen internationalen Erwartungen entsprechen und daher notgedrungen an vielen Stellen Gemeinsamkeiten aufweisen. Bestehende Unterschiede erwachsen aus der Profilbildung der anbietenden Institution, aber auch aus Anklängen nationaler Verfahrensvorstellungen des Heimatstaates der Institution²⁰. Zur Bewältigung des gewählten Zieles ist es also notwendig, von den Erwartungen an die administrierte, internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit auszugehen. Dazu werden an geeigneter Stelle Regelungen des UNCITRAL-Modellgesetzes über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21. Juni 1985 (UNCITRAL-MG) vorgestellt, welches für viele nationale Schiedsverfahrensgesetze Modell gestanden hat und in weiten Teilen internationale Erwartungen widerspiegelt. Zur Lokalisierung verwandter Probleme im deutschen Schiedsverfahrensrecht wird auf §§ 1025 ff ZPO eingegangen. Schließlich bedarf es an einigen Stellen einer Begründung aus anderen nationalen Schiedsverfahrensrechten, um die Besonderheiten in den Verfahrensordnungen zu verstehen.

Gegenstand der Untersuchung ist ausschließlich die private internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit. Ausdrücklich nicht untersucht werden die öffentlich-rechtliche und die völkerrechtliche Schiedsgerichtsbarkeit sowie die nationale private Schiedsgerichtsbarkeit. Die Beschränkung der Untersuchung auf die „Handelsschiedsgerichtsbarkeit“ (Commercial Arbitration) erfolgt in der Erwartung, durch Verwendung der Begrifflichkeiten des Art. 1 UNCITRAL-MG hinsichtlich des Streitgegenstandes eine ähnlich universelle Geltung zu erreichen. Unter „Handel“ wird im UNCITRAL-MG eine Angelegenheit verstanden, die sich aus Handelsbeziehungen jeder Art ergibt, gleichviel, ob sie auf Vertrag beruht oder nicht²¹.

Die gewählte Problemstellung erfordert ein makrovergleichendes Herangehen. Eine in sich geschlossene Beschreibung der Schiedsordnungen in „Länderberichten“ bietet sich indes nicht an. Vielmehr ermöglicht die Darstellung einzelner Verfahrensschritte und ihre vergleichende Untersuchung eine stärkere Akzentuierung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Innerhalb der einzelnen untersuchten Verfahrensschritte wechselt die Darstellung zwischen der getrennten Untersuchung in „Länderberichten“ und einer direkten Vergleichung. „Länderberichte“ bieten sich an, wenn Unterschiede nur in größerem Kontext sinnvoll herausgearbeitet werden können, die komprimierte Darstellung hingegen, wenn weitgehend Gemeinsamkeiten festgestellt werden. Die chronologische Darstellungsweise hat bisweilen den Nachteil, dass Überle-

¹⁹ Rheinstein, S. 23.

²⁰ Lionnet, S. 331 zur DIS.

²¹ Lionnet, S. 405, Fn: 2.

gungen, die für Parteien ganz am Anfang stehen, wie zum Beispiel die Frage, ob überhaupt wirksam die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts vereinbart wurde, im Schiedsverfahren und damit in den Schiedsordnungen erst später thematisiert werden und somit nicht dem chronologischen Gedankengang der Parteien folgt. Dieser Nachteil wird aber in der gewählten Darstellungsweise dadurch ausgeglichen, dass einzelne Regelungsbereiche leicht lokalisiert werden können, weil eine chronologische Reihenfolge auch der Systematik der Schiedsordnungen entspricht.

Kapitel 2: Rechtsgrundlagen des Schiedsverfahrens

A: Problemstellung

Parteien in administrierten internationalen Schiedsverfahren haben mit einer Vielzahl von (Rechts-)Regeln umzugehen, deren kompliziertes Zusammenspiel den Zugang zu diesem Rechtsgebiet erschwert. Vor allem in Fällen, in denen eine Vertragspartei eines internationalen Handelsvertrages zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung verleitet wird, ohne das volle Ausmaß dieser Entscheidung abschätzen zu können, wird eine zeitaufwändige Prozessvorbereitung notwendig. Dabei wird neben der Frage, „Was“ geltend gemacht werden kann, das „Wie“ der Geltendmachung zu einer Herausforderung. Wie in jedem Fall mit Auslandsberührung ist über die Frage nach dem anwendbaren Recht zu klären, nach welchem Recht der Handelsvertrag zu beurteilen ist und nach welchen Verfahrensregeln Ansprüche daraus geltend gemacht oder abgewehrt werden können. In der umfangreichen Literatur zum Schiedsverfahren, deren Schwergewicht meist bei einer universellen Darstellung von ad-hoc Verfahren liegt, werden vom Ausgangspunkt der Schiedsvereinbarung, deren Wirkung durch das New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958 (New Yorker Übereinkommen) gesichert ist, weitere Rechtsquellen dargestellt. So wird der Leser auf nationale Schiedsverfahrensgesetze hingewiesen. Weiter wird darauf hingewiesen, dass neben der Vereinbarung einer Schiedsordnung eines institutionellen Anbieters, in einem Dreiecksverhältnis zwischen Administrator, Schiedsrichter und Partei Vertragsbeziehungen bestehen können. Zusätzlich können Parteivereinbarungen Einfluss auf das Verfahren nehmen. Im Übrigen aber besteht eine verfahrensleitende Kompetenz des Schiedsgerichts. Schließlich existieren internationale Übereinkommen und Abkommen, deren Geltung zu untersuchen ist. Der Blick durch das Weitwinkelobjektiv des ad-hoc Verfahrens führt aber leicht dazu, die Besonderheiten eines administrierten Schiedsverfahrens zu vernachlässigen. Insbesondere das komplizierte Verhältnis von Verfahrensvereinbarung und nationalem Recht kann für den Einzelfall entscheidend sein.

Im Folgenden soll zunächst ein Überblick über die involvierten Rechtsquellen des administrierten Schiedsverfahrens gegeben werden. Dabei empfiehlt es sich nicht, Rechtsquellen im Sinne von Gesetzen isoliert von Rechtsquellen im Sinne von vertraglichen Verpflichtungen zu untersuchen, da das Schiedsverfahren grundsätzlich auf einer Schiedsvereinbarung, also einem Vertrag, beruht und sich daraus ein kompliziertes Geflecht von gesetzlichen und vertrag-

lichen Verpflichtungen ergibt. Es werden daher zunächst die Schiedsvereinbarung sowie weitere Verfahrensvereinbarungen angesprochen, um die parteiautonomen Wurzeln des Schiedsverfahrens zu betonen. Im Anschluss wird die Verankerung des Schiedsverfahrens in nationalen Rechtsordnungen untersucht. Schließlich wird kurz auf die vertragliche Festlegung von Rechten und Pflichten eingegangen, die zwischen Parteien und Schiedsgericht, aber auch gegenüber der administrierenden Institution, bestehen. Die hierarchische Anordnung der Rechtsquellen im ad-hoc Verfahren stellt sich wie folgt dar: Zuvorderst sind zwingende Regelungen des anzuwendenden nationalen Schiedsverfahrensrechts zu beachten. Im Rahmen dieser zwingenden Regelungen sind Parteivereinbarungen zulässig und verbindlich. Verbleibende Lücken werden durch dispositives nationales Schiedsverfahrensrecht und ein schiedsrichterliches Bestimmungsrecht geschlossen²². Diese Hierarchie, wie sie im ad-hoc Verfahren zu beachten ist, wird durch die Wahl der Schiedsordnung einer Institution beeinflusst (vgl. Kapitel 6, E, I).

B: Parteivereinbarungen als Grundlage des Schiedsverfahrens

Grundlage eines jeden Schiedsverfahrens ist die Vereinbarung der Parteien, an Stelle eines Verfahrens vor nationalen Gerichten ein Verfahren vor einem privaten Schiedsgericht zu führen²³. Diese so genannte Schiedsvereinbarung ist als grundsätzliche kompetenzbegründende Vereinbarung - und insoweit beschränkt auf ihren notwendigen Inhalt²⁴ - von anderen Vereinbarungen zu unterscheiden, die über die Kompetenzbegründung als solche mit fakultativen Vereinbarungen²⁵ hinausgehen und das Verfahren spezifizieren. Diese zusätzlichen Parteivereinbarungen erfolgen entweder ausdrücklich oder durch Bezugnahme auf eine Schiedsgerichtsordnung.

I. Die Schiedsvereinbarung

Die Schiedsvereinbarung ist eine Vereinbarung zwischen den Parteien, „alle oder einzelne Streitigkeiten, die zwischen ihnen in Bezug auf ein bestimmtes Rechtsverhältnis vertraglicher oder nichtvertraglicher Art entstanden sind oder künftig entstehen, der Entscheidung durch ein Schiedsgericht zu unterwerfen“²⁶. Die im deutschen Recht bisher als Schiedsvertrag be-

²² Lionnet, S. 216 ff, Raeschke-Kessler/Berger, Rn: 624.

²³ Lionnet, S. 46.

²⁴ Lachmann, Rn: 280 ff; vgl. die Standardschiedsklauseln der Institutionen, Kapitel 3.

²⁵ Lachmann, Rn: 284 ff.

²⁶ So die Legaldefinition des § 1029 ZPO, die sich mit Art. 7 Abs. 1 Satz 1 UNCITRAL-MG und Art. II Abs. 1 New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958 deckt.

zeichnete Vereinbarung kann als so genannte Schiedsabrede, als selbständige Vereinbarung, oder als Schiedsklausel im Rahmen des Hauptvertrages getroffen werden²⁷.

Über den Rechtscharakter von Schiedsvereinbarungen herrscht wenig Einigkeit²⁸. Einerseits finden sich materiellrechtliche Einflüsse, wie die Verfahrensförderungspflichten der Parteien, andererseits ist die kompetenzbegründende Eigenschaft ein Indiz für einen prozessrechtlichen Charakter²⁹. Daher wurde sowohl ein materiellrechtlicher Vertrag³⁰, ein materiellrechtlicher Vertrag über prozessuale Wirkungen³¹, ein Prozessvertrag³², wie ein Vertrag mit Doppelwirkung³³ angenommen. Sich in diesen Streit einzuschalten hieße, rechtsdogmatische Grundlagen zu erforschen, deren nationale Wurzeln in der Anwendung auf ein internationales Schiedsverfahren immer wieder zugunsten von pragmatischen Erwägungen aufgeweicht werden müssten³⁴ und die für die nachfolgende Untersuchung nicht weiterführend sind. Daher sei insoweit auf die angegebene Literatur verwiesen. Zumindest aus Sicht des deutschen Internationalen Privatrechts ist eine strikte Einordnung auch nicht notwendig. In Deutschland findet die kollisionsrechtliche Beurteilung entweder nach Art. 27 ff EGBGB³⁵ oder nach den Grundsätzen des internationalen Prozessrechts³⁶ statt, je nachdem, welcher theoretischen Richtung man sich anschließt. Beide Ansätze haben gemein, dass sie von einer Freiheit der Rechtswahl für die Schiedsvereinbarung ausgehen. Bei fehlender Rechtswahl wird übereinstimmend nach einer engsten Verbindung des Schiedsverfahrens gesucht, welche z.B. in der Vereinbarung eines Verfahrensortes liegen kann³⁷. Fehlt eine solche Vereinbarung, könnte die Schiedsvereinbarung alternativ dem Recht des Hauptvertrages unterstellt werden³⁸. Eine absolut herrschende Auffassung hat sich insoweit bisher nicht durchgesetzt³⁹.

Auch hinsichtlich der Wirkungen der Schiedsvereinbarung bedarf es keiner Einordnung in obige Kategorien. Grundlage der internationalen Anerkennung und Wirksamkeit von Schiedsvereinbarungen ist das New Yorker Übereinkommen⁴⁰. Als „das erfolgreichste inter-

²⁷ Lionnet, S. 126.

²⁸ Für einen Überblick über die vertretenen Meinungen vgl. Münch in MüKo, § 1029 ZPO, Rn: 6.

²⁹ Münch in MüKo, § 1029 ZPO, Rn: 6.

³⁰ Lorenz, AcP 157, S. 265, 277 ff.

³¹ Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 1029 ZPO, Rn: 10; Lachmann, Rn 192; Münch in MüKo, § 1029 ZPO, Rn: 6; Schütze/Tscherning/Wais, vor Rn: 153; Voit in Musilak, § 1029 ZPO, Rn: 3.

³² Geimer in Zöller, § 1029 ZPO, Rn: 15; Schlosser in Stein/Jonas, § 1029 ZPO, Rn: 1.

³³ Lachmann, Rn: 193; Lionnet, S. 137.

³⁴ Münch in MüKo, § 1029 ZPO, Rn: 6; Schlosser in Stein/Jonas, § 1029 ZPO, Rn: 1.

³⁵ BGH RR 93, 1520; Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 1029 ZPO, Rn: 11; Lachmann, Rn: 194 ff.

³⁶ Geimer in Zöller, § 1029 ZPO, Rn: 91.

³⁷ BGH NJW 71, 986; BGH NJW 84, 2764; Lachmann, Rn: 194 ff; Lionnet, S. 130 ff; Schlosser, Rn: 420.

³⁸ BGH NJW 64, 592; Geimer, Rn: 3789.

³⁹ Lachmann, Rn: 198.

⁴⁰ Lionnet, S. 72.

ationale Übereinkommen in der Geschichte des internationalen Handelsrechts“⁴¹ regelt es neben der Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Schiedssprüchen die Anerkennung internationaler Schiedsvereinbarungen. Durch das UNCITRAL-MG, das Vorlage für viele nationale Schiedsverfahrensgesetze war, haben sich in den meisten Staaten vergleichbare Standards zu Inhalt, Abschluss, Wirksamkeit und Reichweite der Schiedsvereinbarung durchgesetzt. International besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass sich staatliche Gerichte auf Antrag für unzuständig zu erklären haben, sofern nicht feststeht, dass die Vereinbarung hinfällig, unwirksam oder nicht erfüllbar ist⁴². Daneben begründet die Schiedsvereinbarung eine materiellrechtliche Wirkung im Sinne einer Prozessförderungspflicht der Parteien⁴³.

II. Fakultative Parteivereinbarungen

Neben dem notwendigen Inhalt von Schiedsvereinbarungen, der sich in der kompetenzbegründenden und -ausschließenden Funktion erschöpft, können die Parteien weitere, fakultative Vereinbarungen treffen. Ausgangspunkt der Befugnis, weitere Vereinbarungen zu treffen, ist die das ganze Schiedsverfahren dominierende Parteiautonomie. Aus der Berechtigung, eine Streitigkeit einem privaten Gericht vorzulegen, folgt die Berechtigung, das Verfahren zu beeinflussen und den Schiedsrichtern vorzuschreiben, soweit nicht zwingende nationale Regelungen entgegenstehen⁴⁴.

Zunächst sei in diesem Zusammenhang auf die Vereinbarung des Ortes des Schiedsverfahrens, der Zahl der Schiedsrichter, eines materiellen Rechts und einer Sprache für das Verfahren hinzuweisen. Diesen Punkten kommt eine so zentrale Bedeutung zu, dass sie einige Autoren mittlerweile zum notwendigen Inhalt der Schiedsvereinbarung zählen⁴⁵. Eine Einordnung unter den Gliederungspunkt „Schiedsvereinbarung“ erscheint aber für die Zwecke dieser Arbeit nicht angebracht, da die hier behandelten administrierten Schiedsverfahren Auswege aus Regelungslücken auch zu diesen zentralen Fragen bereit halten und Vereinbarungen dieses Inhalts folglich nicht notwendig sind.

Darüber hinaus sind gelegentlich Regelungen zur Verfahrensgestaltung, der Bestellung der Schiedsrichter, zum Schiedsspruch und vieles mehr zu finden⁴⁶. Hier interessieren aber insbesondere Parteivereinbarungen durch Bezugnahme auf eine Schiedsordnung einer Institution⁴⁷.

⁴¹ Lionnet, S. 81.

⁴² Art. II Abs. 3 New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958.

⁴³ Lachmann, Rn: 376 ff.

⁴⁴ Lionnet, S. 46.

⁴⁵ Lionnet, S. 142.

⁴⁶ Vgl. etwa Münch in MüKo, § 1029 ZPO, Rn: 44 ff.

⁴⁷ Lionnet, S. 73.

Diese Schiedsordnungen enthalten, in Worte gegossen, langjährige Erfahrungen mit internationalen Schiedsverfahren, weshalb gerade von ihnen im internationalen Handelsverkehr eine sachgerechte Lösung international widerstreitender Interessen erwartet wird⁴⁸. Da immer wieder Schwierigkeiten bei der Auslegung von Schiedsvereinbarungen bestehen, wird von den Institutionen empfohlen, eine ihrer Musterschiedsklauseln zu wählen, die eine eindeutige Bezugnahme auf sie gewährleisten. Die Auswirkungen dieser Bezugnahme sind zentrales Anliegen dieser Arbeit und werden in den folgenden Kapiteln für die jeweiligen Schiedsordnungen ausgewertet.

C: Nationale Rechtsgrundlagen des Schiedsverfahrens

Neben den Parteivereinbarungen spielen, wie bereits angedeutet, auch nationale Regelungen eine Rolle im Schiedsverfahren. Ihre Verortung in nationalen Rechtsordnungen ist nicht einheitlich. Teilweise sind sie von materiellrechtlichen Normen flankiert, wie die Regelung zum Schiedsverfahren im schweizerischen IPRG, teilweise in eigenen Gesetzen enthalten wie dem Federal Arbitration Act in den USA, oder sie werden in verfahrensrechtlichen Kodifikationen wie der deutschen ZPO untergebracht.

Neben verfahrensrechtlichen Normen haben aber naturgemäß auch materiellrechtliche Normen Einfluss auf die Beurteilung des Hauptvertrages und damit auf das Schiedsverfahren.

I. Nationale Schiedsverfahrensgesetze

Das Schiedsverfahren ist nach deutscher Rechtsauffassung kein Teil des Zivilverfahrens, sondern selbständiges Seitenstück zu ihm⁴⁹. Trotzdem ist im zehnten Buch der ZPO in groben Zügen geregelt, wie das Schiedsverfahren ablaufen hat.

Im Schiedsverfahren werden staatliche Organe von ihrer Justizhoheit ausgeschlossen und an ihrer Stelle frei gewählte Schiedsrichter zu materieller Rechtsprechung berufen⁵⁰. Da das Schiedsverfahren international anerkannten Regeln folgt, beschränken sich die einzelnen nationalen Rechtsordnungen auf die Normierung des Schiedsverfahrens in den Bereichen, in denen öffentliche Belange berührt werden⁵¹.

Von einigen Stimmen in der Literatur wird angestrebt, das Schiedsverfahren vollständig von nationalen Prozessrechten loszulösen und lediglich im Rahmen der Anerkennung und Voll-

⁴⁸ Lachmann, Rn: 299 ff.

⁴⁹ Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Grundz. § 1025 ZPO, Rn: 6; Lionnet, S. 94.

⁵⁰ Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Grundz. § 1025 ZPO, Rn: 6; BGH NJW 86, 3078.

⁵¹ Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Grundz. § 1025 ZPO, Rn: 6.

streckung von Schiedssprüchen nationales Recht zu beachten⁵². Entgegen diesen Denationalisierungstendenzen entspricht es aber der herrschenden Meinung, dass das Schiedsverfahren immer national „geerdet“ ist⁵³. Innerhalb der verschiedenen Rechtsordnungen sind Punkte wie z.B. Schiedsfähigkeit, Anforderungen an die Schnelligkeit des Verfahrens, an die Form und Wirksamkeit des Schiedsspruchs unterschiedlich geregelt, weshalb die Beachtung der anwendbaren nationalen Regelungen für alle am Verfahren Beteiligten notwendig ist⁵⁴. Letztendlich erhält ein Schiedsspruch dadurch einen Bezug zum nationalen Schiedsverfahrensrecht, dass nationale Gerichte, nach national unterschiedlichen Voraussetzungen, berechtigt sein können, den Schiedsspruch aufzuheben⁵⁵, vgl. z.B. § 1059 ZPO.

Die deutsche ZPO ist für (internationale) Schiedsverfahren, die im Inland stattfinden, anwendbar, vgl. § 1025 Abs. 1 ZPO. Ausschlaggebend ist also der Schiedsverfahrensort. Diese Regelungstechnik, die durch das in Art. 1 Abs. 2 UNCITRAL-MG verankerte Territorialitätsprinzip vorgegeben ist⁵⁶, ist auch in anderen Staaten, die das Modellgesetz rezipiert haben, zu finden. International kann vom Territorialitätsprinzip als überwiegend vertretene Grundposition gesprochen werden⁵⁷. Damit wird in Deutschland der Verfahrenstheorie eine Absage erteilt, die den Parteien in einem inländischen Schiedsverfahren die Wahl fremden Schiedsverfahrensrechts erlaubt⁵⁸. Eine Denationalisierung ist nur möglich, wenn die beteiligten Rechtsordnungen eine solche zulassen⁵⁹.

Bei der Entscheidung, welche nationale Rechtsordnung Achtung beansprucht, ist der Ort des Schiedsverfahrens somit ausschlaggebend. Seiner Bestimmung widmen die Schiedsordnungen jeweils einen eigenen Artikel.

II. Auf den Hauptvertrag anwendbares materielles Recht

Es ergibt sich von selbst, dass die Verfahrensleitung des Schiedsgerichts auch durch das auf die Hauptsache anwendbare Recht beeinflusst wird. So muss, zumindest im civil-law, aus dem anwendbaren Recht heraus beantwortet werden, welche Tatsachen von wem aufzuklären sind. Geht es etwa um einzuhaltende gesetzliche Fristen (z.B. für die Kündigung eines Ver-

⁵² Lionnet, S. 98; Redfern/Hunter, para. 2-17 f.

⁵³ Lionnet, S. 97 ff; Schlosser, Rn: 188ff; Schwab/Walter, S. 428 f, Rn: 21; Redfern/Hunter, para. 2-04 ff.

⁵⁴ Redfern/Hunter, para.2-6 f.

⁵⁵ Mann, Festschrift für Flume, S. 593, 596.

⁵⁶ Lionnet, S. 94 ff; Raeschke-Kessler/Berger, Rn: 131; eine Liste mit Staaten, die das UNCITRAL-MG rezipiert haben, ist unter <http://www.uncitral.org/en-index.htm> (März 2005) zu erhalten.

⁵⁷ Gottwald/Adolphsen, DStR 1998, 1017.

⁵⁸ Lionnet, S. 101.

⁵⁹ Redfern/Hunter, para. 2-19 mit Belgien als Beispiel; vgl. weiter Winkler/Weinand, BB 1998, S. 597, 600.

trages), muss zuvor das Recht bestimmt sein, dem man diese Frist entnimmt, ehe eine zielgerichtete Beweisaufnahme stattfinden kann.

Entsprechend international-privatrechtlichen Grundsätzen ist anerkannt, dass die Parteien ihre Rechtsbeziehungen einvernehmlich einer oder mehreren Rechtsordnungen unterstellen können⁶⁰. Bei der Wahl eines nationalen materiellen Rechts hinsichtlich des Hauptvertrages handelt es sich regelmäßig um die Wahl von Sach-, nicht von Kollisionsrecht (vgl. Art. 27 i.V.m. Art. 4 Abs. 2 EGBGB)⁶¹. Darüber hinaus wird allgemein auch die Wahl anderer Rechtsvorschriften wie der *lex mercatoria* akzeptiert⁶². Aus versicherungstechnischen Gründen kann es für die Parteien notwendig sein, dass eine Entscheidung auf Grundlage materiellen Rechts getroffen wird⁶³. Ob nach einem Schiedsverfahren die Haftpflichtversicherung einer Partei in Anspruch genommen werden kann, ist aus dem jeweiligen Versicherungsvertrag zu ermitteln. Unter Umständen werden nur Schiedssprüche aufgrund materiellen nationalen Rechts anerkannt. Sollten in dieser Hinsicht keine Bedenken bestehen, kann eine Entscheidung nach der *lex mercatoria* oder eine Billigkeitsentscheidung durch die Parteien gestattet werden⁶⁴.

Art. 28 Abs. 4 UNCITRAL-MG und § 1051 Abs. 4 ZPO fordern das Schiedsgericht auf, in Übereinstimmung mit dem Vertrag und unter Berücksichtigung internationaler Handelsbräuche zu entscheiden. Diese Ermächtigung, Handelsbräuche anzuwenden, reicht allerdings nur so weit, wie anzuwendende Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen⁶⁵. Gleiches muss auch für die Anwendung des Vertrages gelten, obwohl die Vorschriften etwas missverständlich den Vorrang des Vertrages nahe legen⁶⁶. Damit soll aber lediglich der allgemeine Rechtsgrundsatz „*pacta sunt servanda*“ betont werden⁶⁷. Außerdem wird damit auf die Tatsache Rücksicht genommen, dass Verträge im internationalen Handel häufig sehr umfangreich sind und entsprechend common-law-Tradition Regelungen enthalten, die anderswo nicht ausschließlich im Vertrag geregelt werden, sondern im zugrunde liegenden materiellen Recht zu finden sind⁶⁸.

⁶⁰ Lionnet, S. 247 ff; Redfern/Hunter, para. 2-24; Schlosser in Stein/Jonas, § 1051 ZPO, Rn: 1; Art. 28 Abs. 1 AAA-SchO; Art. 23 Abs. 1 DIS-SchO; Art. 17 Abs. 1 ICC-SchO; Art. 187 Abs. 1 Schweizer IPRG; Art. 33 UNCITRAL-MG; § 1051 Abs. 1 ZPO.

⁶¹ Zum Streitstand vgl. Schröder, IPRax 87, S. 90, 92.

⁶² Zustimmend Calavros, S. 122 ff; Kronke, RIW 1998, S. 257, 262; Lionnet, S. 255 hins. verschiedener Schiedsordnungen; Raeschke-Kessler/Berger, Rn: 727; Schlosser in Stein/Jonas § 1051 ZPO, Rn: 6; Solomon, RIW 1997, S. 981, 983 f; gesetzlich verankert in § 1051 Abs. 1 ZPO, Art. 28 Abs. 1 UNCITRAL-MG; ablehnend Münch in MüKo, § 1051 ZPO, Rn: 8 m.w.N.

⁶³ Lionnet, S. 246 ff.

⁶⁴ Art. 28 Abs. 2 UNCITRAL-MG ; § 1051 Abs. 3 ZPO.

⁶⁵ Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 1051 ZPO, Rn: 5; Solomon, RIW 1997, S. 981, 985 f.

⁶⁶ Münch in MüKo, § 1051 ZPO, Rn: 18.

⁶⁷ Münch in MüKo, § 1051 ZPO, Rn: 17.

⁶⁸ Berger, Arbitration Interactive, Rn: 11-44 ff.

Was jedoch geschieht, wenn keine Parteivereinbarung über das anwendbare materielle Recht vorliegt, wird im internationalen Vergleich national unterschiedlich geregelt⁶⁹ und von Schiedsrichtern in Ermangelung einer (klaren) Regelung unterschiedlich gelöst⁷⁰. In Anlehnung an Art. 187 Schweizer IPRG und in dem Bestreben, der Bindung durch das Römische Schuldvertragsübereinkommen (Art. 27 ff EGBGB) gerecht zu werden⁷¹, regelt § 1051 Abs. 2 ZPO, dass das Sachrecht gelten soll, mit dem der Gegenstand des Verfahrens die engste Verbindung aufweist. Im Gegensatz dazu bestimmt das Schiedsgericht das anwendbare Recht nach Art. 28 Abs. 2 UNCITRAL-MG nach dem für anwendbar erachteten Kollisionsrecht⁷². In der Praxis vollzieht sich die Bestimmung des anwendbaren Rechts häufig durch rechtsvergleichende Gesamtbetrachtung der beteiligten Kollisionsrechte, wobei Ausgangspunkt der allgemein anerkannte Grundsatz der engsten Verbindung ist⁷³. Daher ist auch mit weitgehendem internationalem Entscheidungseinklang zu rechnen⁷⁴. Sollte im Einzelfall aber doch unterschiedliches Recht durch die verschiedenen Arten der Ermittlung des anwendbaren Sachrechts zur Anwendung gelangen können, z.B. weil eine Rechtsordnung Schuldverträge anders anknüpft als andere⁷⁵, ist noch auf folgende Besonderheit hinzuweisen. Verbleibt dem Schiedsgericht nach Art. 20 Abs. 1 Satz 2 UNCITRAL-MG, § 1043 Abs. 1 Satz 2 ZPO die Wahl des Schiedsverfahrensortes, wählt es auch den Ausgangspunkt der kollisionsrechtlichen Betrachtung. Es ist nicht auszuschließen, dass durch die Wahl des Schiedsverfahrensortes auch Einfluss auf das in der Sache anzuwendende Recht genommen werden kann. Insofern ist also noch einmal auf die Bedeutung des Verfahrensortes und einer diesbezüglichen Vereinbarung hinzuweisen.

Beide Ansatzpunkte, sowohl der des UNCITRAL-MG als auch der der deutschen ZPO, haben gemein, dass nur nationales Recht zur Anwendung gelangt, da das „Recht des Staates“ anzuwenden ist⁷⁶. Es ist aber auch auf einen allgemeinen Trend hinzuweisen, der Schiedsrichter dazu bewegt, internationale Handelsbräuche als Entscheidungsgrundlage zu verwenden und somit keine kollisionsrechtliche Betrachtung durchzuführen⁷⁷. Es wird unterstellt, Parteien in internationalen Handelsstreitigkeiten zeigten durch die Vereinbarung einer Schiedsklausel, dass sie sich internationalen Gepflogenheiten stärker verpflichtet sehen als nationalen Rechts-

⁶⁹ Coe, S. 72 ff.

⁷⁰ Coe, S. 76 ff.

⁷¹ BT-Drucksache 13/5274, S. 52 f.

⁷² Calavros, S. 125 ff.

⁷³ ICC-case no. 4650, 1985; Berger, DZWIR 1998, S. 45, 52.

⁷⁴ Berger, DZWIR 1998, S. 45, 52.

⁷⁵ Solomon, RIW 1997, S. 981, 985.

⁷⁶ Zur ZPO: Münch in Müko, § 1051 ZPO, Rn: 16; Raeschke-Kessler/Berger, Rn: 732; Schlosser in Stein/Jonas, § 1051 ZPO, Rn: 8; zum UNCITRAL-MG: Calavros, S. 129.

⁷⁷ Berger, Arbitration Interactive, Rn: 11-44 ff.

ordnungen⁷⁸. Inwieweit darin eine Unterstellung zu sehen ist, die nationalen Gerichten Anlass gibt, Schiedssprüche aufzuheben, hängt maßgeblich von der Akzeptanz der Entscheidung durch die Parteien ab. Sicherheit schafft lediglich eine eindeutige Parteivereinbarung zum anwendbaren materiellen Recht.

D: Weitere Vertragsverhältnisse im Schiedsverfahren

Neben der Implementierung des Schiedsverfahrens durch Parteivereinbarung und dem anwendbaren nationalen Recht bedarf es weiterer Rechtsgrundlagen, die das Funktionieren eines administrierten Schiedsverfahrens garantieren. Allein durch die bisher behandelten Rechtsquellen ist es nicht möglich, von einem Schiedsrichter die Leitung des Verfahrens zu verlangen. Dazu wird er regelmäßig nur bereit sein, wenn ihm eine Vergütung zugesichert wird. Die Parteien sind interessiert daran, dass der Schiedsrichter sich nach ihren Vorgaben richtet. Zu diesen Zwecken wird allgemein vom Abschluss eines Vertrages, des so genannten Schiedsrichtervertrages, ausgegangen. Weiter besteht u.U. ein Vertragsverhältnis zur administrierenden Institution, der so genannte Administrierungsvertrag.

I. Der Schiedsrichtervertrag

Das Verhältnis der Schiedsrichter zu den Parteien wird herkömmlicher Weise als materiell-rechtlicher Vertrag verstanden⁷⁹ und als Schiedsrichtervertrag bezeichnet⁸⁰. Bei Zwischenschaltung einer Institution wird diskutiert, ob diese Institution auch - oder ausschließlicher - Vertragspartner des Schiedsrichtervertrages wird⁸¹.

Über den materiellrechtlichen Charakter hinaus sind prozessrechtliche Elemente des Schiedsrichtervertrages zu finden, weil den Schiedsrichtern zum Teil eine Stellung über den Parteien eingeräumt wird⁸². Aus der Tatsache, dass der Schiedsvertrag kompetenzbegründende Funktion hat, die durch den Schiedsrichtervertrag Eingang in das Verhältnis der Parteien zu den

⁷⁸ Berger, *Arbitration Interactive*, Rn: 11-46.

⁷⁹ Albers, in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Anh § 1035, Rn: 1; Fouchard, in: *The Status of the Arbitrator*, S.12; Gottwald, S. 47; Lachmann, Rn: 1744; Lionnet, S. 194; Münch in MüKo, vor § 1034 ZPO, Rn: 4; Schlosser, Rn: 491; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 Rn: 7; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 172; Strieder, S. 7-21.

⁸⁰ Gegen das Vorliegen eines Vertrages wenden sich Vertreter der Amtstheorie, zu deren Argumenten vgl. Calavros, *Festschrift für W.J.Habscheid*, S. 65, 75; Schlosser, Rn: 491; gegen die Amtstheorie finden sich schlagkräftige Argumente in: Calavros, *Festschrift für W.J.Habscheid*, S. 65, 68; von Hoffmann, *Festschrift für Otto- arndt Glossner*, S. 143, 145; Lionnet, in: *Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters*, S. 63, 67 f; vgl. auch § 627 Abs. 1 BGB; Art. 179 Schweizer IPRG; Art. 15 UNCITRAL-MG, § 1039 ZPO.

⁸¹ Schlosser, Rn: 498; Wolf, S. 21.

⁸² Lionnet, 2001, S. 194; Real, S. 25 ff mit einer Darstellung der Meinungen in Rspr. und Lit.; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 172; Schwab/Walter, S. 110, Rn: 9; Schwab, *Festschrift für Gerhard Schiedermair*, S. 499, 512.

Schiedsrichtern findet, wird eine Funktion der Schiedsrichter vergleichbar der des Richters im ZPO-Verfahren behauptet⁸³. Die Feststellung, dass der Schiedsrichtervertrag auch ein prozessrechtlicher Vertrag sei, erfordert die Feststellung, dass die Kompetenzbegründung mit dem materiellrechtlichen Vertrag eine Einheit bildet⁸⁴. In älterer Literatur wird von einer solchen Einheit ausgegangen⁸⁵. Die neueren Literatur verneint eine zwangsläufige Verbindung, weil in der Ernennung der Schiedsrichter ein vom Abschluss des Schiedsrichtervertrages zu unterscheidendes Konstrukt zu sehen sei, da Kompetenz und materiellrechtliche Vertragsbeziehung auch getrennt voneinander begründet werden können⁸⁶. Sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch im Bezug auf die handelnden Personen sei keine zwingende Identität feststellbar⁸⁷. Letztendlich muss die Frage, ob der Vertrag auch oder ausschließlich als prozessrechtlicher Vertrag anzusehen ist⁸⁸ oder die Antwort nur vom Blickwinkel abhängt⁸⁹, nicht entschieden werden, da sich keine praktischen Auswirkungen ergeben⁹⁰. Die Einordnung in Kategorien wie Vertrag sui generis, Dienst- oder Werkvertrag, Auftrag oder Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter ist für die Klärung auftretender Probleme wenig hilfreich⁹¹. Da über den Inhalt dieses Verhältnisses, egal wie es nun rechtlich einzuordnen ist, international weitgehend Einigkeit besteht, bedarf es in dem hier gewählten internationalen Fokus keiner Festlegung auf eine rechtliche Einordnung.

Durch den Schiedsrichtervertrag werden die Schiedsrichter verpflichtet, ein Schiedsverfahren nach den vereinbarten Regelungen der Parteien durchzuführen⁹². Wesentliche Aufgabe des Schiedsverfahrens und damit der Schiedsrichter ist die Beilegung des zwischen den Parteien bestehenden Rechtsstreits⁹³. Daher ist die vollumfängliche Streitentscheidung die primäre Verpflichtung, die sich aus dem Schiedsrichtervertrag ergibt⁹⁴. Im Gegenzug verpflichten sich die Parteien, die vereinbarte Vergütung zu zahlen⁹⁵. Als Nebenpflicht ist auf die Durchführung eines geordneten, rechtsstaatlichen Verfahrens zu achten⁹⁶. Insbesondere sind die Partei-

⁸³ Schwab, Festschrift für Gerhard Schiedermair, S. 511.

⁸⁴ Strieder, S. 14 f.

⁸⁵ Schwab, Festschrift für Gerhard Schiedermair, S. 499, 510.

⁸⁶ Ausführlich dazu Strieder, S. 15 ff.

⁸⁷ Strieder, S. 15 f.

⁸⁸ Real, S. 29 ff; Schwab, Festschrift für Gerhard Schiedermair, S. 499, 510 ff.

⁸⁹ Schlosser, Rn: 491.

⁹⁰ Lachmann, Rn: 1746.

⁹¹ Lachmann, Rn: 1746.

⁹² Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 13; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 220.

⁹³ BGHZ 6, 335, 339; 65, 59, 61.

⁹⁴ Strieder, S. 92 ff.

⁹⁵ Berger, S. 164; Lachmann, Rn: 1806 ff; Schlosser, Rn: 494; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 14; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 233.

⁹⁶ Lachmann, Rn: 1856.

en gleich zu behandeln und es ist ihnen rechtliches Gehör zu gewähren⁹⁷. Den Schiedsrichter treffen vorvertragliche Pflichten, die im Zusammenhang mit der zügigen Durchführung des Verfahrens⁹⁸ und mit Offenbarungspflichten stehen⁹⁹. Weiter besteht eine Vielzahl vertraglicher Pflichten¹⁰⁰, wie Auskunfts- und Rechenschaftspflichten¹⁰¹, Verschwiegenheitspflichten¹⁰², Verfahrensförderungspflichten¹⁰³, Befugnisse im Zusammenhang mit der Gestaltung des Verfahrens wie der Anmietung von Räumen, dem Beauftragen eines Protokollführers¹⁰⁴ u.s.w. Die Parteien sind neben der Zahlung der Honorare zur Zahlung von Vorschüssen¹⁰⁵ und von Aufwendungsersatz¹⁰⁶ verpflichtet. Schließlich ergeben sich nachvertragliche Pflichten aus dem Schiedsrichtervertrag, wie Verschwiegenheitspflichten und die Pflicht zur Aktenaufbewahrung¹⁰⁷. Darüber hinaus sind im Schiedsrichtervertrag auch Aspekte der Haftung der Schiedsrichter angelegt¹⁰⁸.

In internationalen Fällen stellt sich die Frage nach dem auf den Schiedsrichtervertrag anwendbaren Recht. Aus deutscher Sicht erfolgt eine Bestimmung des anwendbaren Rechts nach Art. 27 ff EGBGB¹⁰⁹. So ist eine (ausdrückliche oder konkludente) Rechtswahl nach Art. 27 EGBGB zu berücksichtigen. Als Indiz für eine konkludente Rechtswahl können die Nationalität der Schiedsrichter, das anwendbare materielle Recht, das anzuwendende Verfahrensrecht und der Ort des Verfahrens dienen, woraus aber regelmäßig nur Argumente für eine objektive Anknüpfung nach Art. 28 EGBGB abgeleitet werden können¹¹⁰, da sich die Indizwirkungen gegenseitig aufheben¹¹¹. Mangels Rechtswahl gelangt Art. 28 EGBGB zur Anwendung. Da eine örtliche Anknüpfung an den Wohnsitz des Schiedsrichters (Art. 28 Abs. 2 EGBGB) regelmäßig nichts mit dem Schiedsverfahren zu tun hat und bei einem Dreierschiedsgericht zu komplizierten Ergebnissen führt¹¹², bedarf es einer sachlichen Anknüpfung. Diese sachliche Beziehung ist einerseits zur Schiedsvereinbarung, andererseits zum anwend-

⁹⁷ Fouchard, in: *The Status of the Arbitrator*, S.12, 17.

⁹⁸ Lachmann, Rn: 1856; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 222.

⁹⁹ Lachmann, Rn: 1857 ff.

¹⁰⁰ Lachmann, Rn: 1876 ff.

¹⁰¹ Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 223.

¹⁰² Schlosser, Rn: 497; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 13; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 221.

¹⁰³ Lachmann, Rn: 1880.

¹⁰⁴ Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 226 f.

¹⁰⁵ Lachmann, Rn: 1849; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 14; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 244.

¹⁰⁶ Lachmann, Rn: 1846 ff; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 14; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 243.

¹⁰⁷ Lachmann, Rn: 1902 ff.

¹⁰⁸ Berger, S. 162 f; Lachmann, Rn: 1908 ff; Lionnet, S. 210, 212; Schlosser, Rn: 493; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 16; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 230.

¹⁰⁹ Von Hoffmann, *Festschrift für Ottoarnd Glossner*, S. 143, 147; Lachmann, Rn: 1773 ff; Lionnet, S. 194; Münch in Miko, vor § 1034 ZPO, Rn: 9; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 575.

¹¹⁰ Lachmann, Rn: 1787.

¹¹¹ Von Hoffmann, § 10, Rn: 36.

¹¹² Von Hoffmann, *Festschrift für Ottoarnd Glossner*, S. 143, 149.

baren Schiedsverfahrensrecht gegeben¹¹³. Im Ergebnis ist nur eine akzessorische Anknüpfung des Schiedsrichtervertrages an den Ort des Schiedsverfahrens handhabbar¹¹⁴, vgl. Art. 28 Abs. 5 EGBGB. Aus dem gefundenen anwendbaren Recht sind dann die rechtsdogmatischen Grundsätze zum Abschluss des Schiedsrichtervertrages zu entnehmen¹¹⁵.

Teilweise wird angenommen, dass der Schiedsrichtervertrag zwischen Institution und Schiedsrichtern geschlossen wird¹¹⁶. Dies soll vor allem auf die ICC zutreffen, weil sie sich gegenüber den Parteien die alleinige Hoheit über die Schiedsrichterhonorare vorbehält¹¹⁷. Eine Übertragung dieses Grundsatzes auf andere Institutionen ist jedoch nicht möglich. Für die DIS steht jedenfalls fest, dass sie nicht in vertragliche Beziehungen zu den Schiedsrichtern tritt¹¹⁸. Gleiches muss für die AAA gelten, die den Schiedsrichtern die Verantwortung für ihr Honorar überlässt¹¹⁹.

II. Der Administrierungsvertrag

Die Parteien eines administrierten Schiedsverfahrens schließen mit den Schiedsgerichtsinstitutionen einen Vertrag ab, der Administrierungs- oder Schiedsorganisationsvertrag genannt wird¹²⁰. Je nach Ausmaß der durch die Schiedsordnung übertragenen Befugnisse auf den Administrator ist das Ausmaß des verwaltenden Charakters und des Einflusses der Institution bemessen¹²¹. Auszugsweise sind z.B. unterschiedliche Befugnisse bei der Ernennung und Ersetzung der Schiedsrichter, bei der Mitwirkung bei Verfahrenshandlungen und der Überprüfung und Veröffentlichung des Schiedsspruchs zu nennen¹²².

Beim Administrierungsvertrag handelt es sich nach überwiegender Meinung um einen materiellrechtlichen, gemischttypischen Vertrag¹²³. Da eine Rechtswahl regelmäßig fehlen wird, ist auf die vertragscharakteristische Leistung abzustellen, die durch die Institution erbracht wird. Daher unterliegt der Schiedsorganisationsvertrag dem Recht des Landes, in dem die Schiedsgerichtsinstitution ihren Sitz hat¹²⁴.

¹¹³ Von Hoffmann, Festschrift für Ottoarnd Glossner, S. 143, 150.

¹¹⁴ Von Hoffmann, Festschrift für Ottoarnd Glossner, S. 143, 151; Lachmann, Rn: 1793 f.

¹¹⁵ Vgl. ausführlich zum Ganzen Lachmann, Rn: 1747 ff; Strieder, S. 41 ff.

¹¹⁶ Wolf, S. 22.

¹¹⁷ Aden, S. 90.

¹¹⁸ Lachmann, Rn: 1725; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 7.

¹¹⁹ Oehmke, § 165:30.

¹²⁰ Lachmann, Rn: 1587, 1723; Lionnet, S. 151 ff; Münch in MüKo, vor § 1034 ZPO, Rn: 33; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 7 ff; Wolf, S. 80 ff.

¹²¹ Redfern/Hunter, para. 1-77, Fn: 61.

¹²² Umfassender Überblick bei Wolf, S. 16 ff; Münch in MüKo, vor § 1034 ZPO, Rn: 34.

¹²³ Wolf, S. 93; zum Meinungsstand vgl. Wolf S. 71 ff; Münch in MüKo, vor § 1034 ZPO, Rn 33.

¹²⁴ Lionnet, S. 152; Kuckenburg, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, S. 78 ff.

Über den Abschluss des Schiedsorganisationsvertrages besteht keine völlige Klarheit. Aus deutscher Sicht wird im Veröffentlichen von Schiedsordnungen zum Teil ein bindendes Angebot ad incertas personas erblickt, das durch eine entsprechende Schiedsvereinbarung mit Bezugnahme auf eine Schiedsordnung angenommen wird, wobei nach § 151 BGB auf den Zugang verzichtet wird¹²⁵. Teilweise wird von einem Vertragsschluss erst nach Zugang der Annahmeerklärung ausgegangen¹²⁶. Teilweise wird auf eine (konkludente) Annahme eines Vertragsangebotes durch die Institution abgestellt¹²⁷. Eine Festlegung auf einen exakten Zeitpunkt für den Vertragsschluss braucht hier jedoch nicht zu erfolgen, da jedenfalls durch Betreiben des Verfahrens durch Parteien und die Institution von einem konkludenten Vertragsschluss auszugehen ist.

Mit Abschluss des Administrierungsvertrages erlangt die Schiedsgerichtsinstitution ihre Rechtsstellung im konkreten Schiedsverfahren. Rechte und Pflichten der Schiedsgerichtsinstitution gegenüber den Parteien ergeben sich aus der in Bezug genommenen Schiedsordnung¹²⁸. Ob es darüber hinaus noch eines weiteren Vertrages zwischen Schiedsgerichtsinstitution und Schiedsrichtern bedarf¹²⁹ oder lediglich eine Kette aus Administrations- und Schiedsrichtervertrag entsteht¹³⁰, ist für die Prozessführung der Parteien nicht von Bedeutung, da sich die gegenseitigen Rechte und Pflichten schon aus der Bezugnahme auf eine Schiedsordnung ergeben, die wiederum Inhalt der jeweiligen Verträge wird.

¹²⁵ Lionnet, S. 152; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 12; Wolf, S. 84 ff.

¹²⁶ Kuckenburg, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, S. 78, 83.

¹²⁷ Münch in MüKo, vor § 1034 ZPO, Rn: 34.

¹²⁸ Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 13.

¹²⁹ Kuckenburg, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, S. 78, 101.

¹³⁰ Schlosser, Rn: 498.

Kapitel 3: Die Institutionen

Im Folgenden wird mit der Schiedsordnung der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) das Verfahren eines prominenten Anbieters untersucht und mit den Verfahren der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) und der American Arbitration Association (AAA) als Anbietern mit nationalem Bezug verglichen. Zunächst gilt es, die Institutionen vorzustellen.

A: Internationaler Schiedsgerichtshof der Internationalen Handelskammer (ICC)

Die Internationale Handelskammer in Paris wurde 1919 als rein private Vereinigung französischen Rechts von Industriellen und Kaufleuten gegründet. Sie ist keine zwischenstaatliche Industrie- und Handelskammer, sondern ein Interessenverband, der sich den Belangen der Weltwirtschaft widmet¹³¹. 1923 wurde von der ICC der Internationale Schiedsgerichtshof als autonomes, aber dennoch rechtlich abhängiges¹³² Gremium gegründet, das für internationalen Schiedsverfahren zuständig ist¹³³. Er ist der älteste und hinsichtlich der Zahl der Schiedsverfahren der bedeutendste Anbieter administrierter internationaler Schiedsverfahren¹³⁴.

Organisation und Zusammensetzung des Schiedsgerichtshofes ergeben sich aus Anhang I und II zur ICC-Schiedsordnung. Der Schiedsgerichtshof ist nicht selbst Entscheidungsgremium für das Schiedsverfahren, sondern Kontrollgremium, das die ordnungsgemäße Anwendung der ICC-Schiedsordnung sicherstellt¹³⁵. Er ist das Kernstück der ICC-Schiedsgerichtsbarkeit¹³⁶. Ihm sind Entscheidungen gegenüber den Parteien vorbehalten, die im ad-hoc Verfahren vom Schiedsgericht zu treffen wären und die im Folgenden einzeln erarbeitet werden sollen. Die Übertragung von Entscheidungskompetenzen ist Ergebnis der Schiedsvereinbarung, welche auf die ICC-Schiedsordnung Bezug nimmt. Zum anderen hat der Schiedsgerichtshof Entscheidungen zu treffen, welche rechtliche Wirkungen gegenüber den Schiedsrichtern zeigen, wie z.B. zur Höhe der Schiedsrichterhonorare. Dazu ist er gegenüber den Schiedsrichtern ermächtigt, die mit Annahme ihres Amtes zugleich in vertragliche Beziehungen zur Institution treten und sich zur Anwendung der ICC-Schiedsordnung ver-

¹³¹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 18.

¹³² von Schlabrendorff, SchiedsVZ 2003, S. 34, 35.

¹³³ Lachmann, Rn: 1476.

¹³⁴ Geimer, Rn: 3780; Lionnet, S. 333; Schütze/Tscharning/Wais, Rn: 835.

¹³⁵ Art. 1 Abs. 1 Anhang I zur ICC-Schiedsordnung.

¹³⁶ Habscheid, RIW 1998, S. 421, 422.

pflichten¹³⁷. Die starke Stellung des Schiedsgerichtshofes ist Charakteristikum der ICC-Schiedsgerichtsbarkeit. Daher führen abweichende Vereinbarungen dort zur Weigerung, das Verfahren durchzuführen, wo Kernkompetenzen derogiert werden¹³⁸. Dem Schiedsgerichtshof steht bei der Erfüllung seiner Aufgaben ein Sekretariat zur Seite, das am Pariser Hauptsitz der ICC angesiedelt ist¹³⁹ und dem die Aufgabe einer Geschäftsstelle zukommt¹⁴⁰. Für eine eindeutige Bezugnahme auf die ICC-Schiedsgerichtsbarkeit wird folgende Standardschiedsklausel vorgeschlagen¹⁴¹:

„All disputes arising out of or in connection with the present contract shall be finally settled under the Rules of Arbitration of the International Chamber of Commerce by one or more arbitrators appointed in accordance with the said Rules.“

B: Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS)

Die Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. wurde 1992 durch den Zusammenschluss des Deutschen Ausschusses für das Schiedsgerichtswesen (DAS) und des Deutschen Instituts für Schiedsgerichtswesen e.V. gegründet. Der DAS seinerseits wurde 1920 zur Förderung der Schiedsgerichtsbarkeit und der Durchführung von Schiedsverfahren gegründet. Das Deutsche Institut für Schiedsgerichtswesen wurde 1974 ebenfalls zur Förderung der Schiedsgerichtsbarkeit und ihrer wissenschaftlichen Betreuung von Verbänden der Wirtschaft, von Wissenschaftlern und Praktikern ins Leben gerufen¹⁴².

Die DIS wird von den Industrie- und Handelskammern, den Spitzenverbänden der Wirtschaft und Anwaltschaft sowie Rechtswissenschaftlern und Praktikern getragen¹⁴³ und hat derzeit über 700 Mitglieder. Ihre Hauptgeschäftsstelle ist in Köln, daneben unterhält sie weitere Geschäftsstellen in Berlin und München. Die DIS verfolgt gemeinnützige Zwecke, zu ihren Tätigkeitsschwerpunkten zählen die Administrierung von Schiedsverfahren nach der DIS-Schiedsgerichtsordnung, die Betreuung von Schlichtungsverfahren und die Schulung und Fortbildung im Bereich des Schiedsverfahrensrechts¹⁴⁴.

¹³⁷ Art. 7 Abs. 5 ICC-SchO

¹³⁸ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 20.

¹³⁹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 21.

¹⁴⁰ Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 836.

¹⁴¹ Vgl. ICC-Homepage: http://www.iccwbo.org/court/english/arbitration/rules.asp#standard_clause.

¹⁴² Lionnet, S. 348.

¹⁴³ Böckstiegel, in: Neues Deutsches Schiedsverfahrensrecht, Neue DIS-Schiedsgerichtsordnung, S. 1, 3.

¹⁴⁴ Lachmann, Rn: 1696; Homepage der DIS.

Der Schwerpunkt der Administrationsarbeit der DIS liegt bei nationalen Schiedsverfahren, jedoch wird sie zunehmend auch von ausländischen Parteien in Anspruch genommen¹⁴⁵.

Die innere Organisation ist in der Vereinssatzung geregelt. Der DIS steht ein Vorstand, bestehend aus 18 Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Rechtspraxis, vor, der von einem Beirat unterstützt wird. Zusätzlich sind Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Tätigkeitsschwerpunkten gebildet¹⁴⁶. Weiter besteht ein dreiköpfiger Ernennungsausschuss, der die Ernennung von Schiedsrichtern anstelle der Parteien übernehmen kann. Schiedsverfahren werden von der DIS Geschäftsstelle¹⁴⁷ administriert¹⁴⁸. Dabei nimmt die DIS keinen so weit gehenden Einfluss auf das Schiedsverfahren wie die ICC, sondern wird hauptsächlich im Schiedsverfahren bis zu Konstituierung des Schiedsgerichts aktiv¹⁴⁹.

Die heute gültige Fassung der DIS-SchO datiert von 1998 und war durch die Revision des 10. Buches der ZPO zum Schiedsverfahrensrecht veranlasst¹⁵⁰. Als Standardschiedsklausel wird von der DIS folgende Formulierung vorgeschlagen¹⁵¹:

„All disputes arising in connection with the contract (... description of the contract ...) or its validity shall be finally settled according to the Arbitration Rules of the German Institution of Arbitration e.V. (DIS) without recourse to the ordinary courts of law.“

C: American Arbitration Association (AAA)

Die American Arbitration Association¹⁵² ist eine unabhängige, nichtstaatliche, nicht gewinnorientierte Organisation, die seit 1926 verschiedene Formen der alternativen Streitbeilegung unterstützt und fördert¹⁵³. Sie ist im Bereich der internationalen administrierten Schiedsverfahren die bedeutendste Institution der USA¹⁵⁴.

Neben ihrem Sitz in New York und Niederlassungen in allen größeren Städten der USA unterhält sie für den europäischen Bereich eine Einrichtung in Dublin¹⁵⁵. Die AAA hat sich zum

¹⁴⁵ Lionnet, S. 348.

¹⁴⁶ Homepage der DIS.

¹⁴⁷ In der englischen Fassung „DIS secretariat“, weshalb im Folgenden auch DIS-Sekretariat verwendet wird.

¹⁴⁸ Lionnet, S. 349.

¹⁴⁹ Berger, Arbitration Interactive, Rn: 3-19.

¹⁵⁰ Bredow, in: Neues Deutsches Schiedsverfahrensrecht, Neue DIS-Schiedsgerichtsordnung, S. 111, 113.

¹⁵¹ Vgl. DIS-Homepage: <http://www.dis-arb.de/>.

¹⁵² Für internationale Schiedsverfahren ist das International Centre for Dispute Resolution zuständig, welches eine Untergliederung der AAA ist, im Folgenden wird im Sinne einer leichteren Lesbarkeit nur AAA verwendet.

¹⁵³ Redfern/Hunter, para. 1-94; allgemeine Informationen zur AAA, zu Schiedsordnungen, Büros u.s.w. auf der AAA-Homepage.

¹⁵⁴ Oehmke, § 41:41.

¹⁵⁵ Lachmann, Rn: 1685.

Ziel gesetzt, schnelle, einfache und ökonomische Wege der Streiterledigung bereitzustellen. Dazu bietet sie neben Schiedsverfahren auch Mediationsverfahren an. Mediation wird den Parteien selbst dann vorgeschlagen, wenn dies nicht von den Parteien vereinbart war, weil auf diese Weise u.U. ein teures Schiedsverfahren unnötig gemacht werden kann¹⁵⁶. Schiedsverfahren selbst werden durch eine Reihe von Verfahrensordnungen, die auf unterschiedliche Bereiche des nationalen und internationalen Wirtschaftsverkehrs zugeschnitten sind, und durch Serviceleistungen der Institution im Rahmen der Durchführung des Schiedsverfahrens gefördert¹⁵⁷. Wesentliches Charakteristikum der AAA ist, dass sie neben Verfahren nach eigenen Schiedsordnungen auch Verfahren nach anderen, nicht AAA-Schiedsordnungen, administriert¹⁵⁸. Angesichts der enormen Anzahl von zur Verfügung gestellten AAA-Verfahrensordnungen bedarf es zunächst einer Konkretisierung, welche Regeln für internationale Handelsschiedsverfahren zur Anwendung kommen.

Ursprünglich kamen mangels Bezugnahme auf die „International Rules“ die „Commercial Arbitration Rules“ auch auf Fälle mit Auslandsberührung zur Anwendung. Die „Commercial Arbitration Rules“ sind für nationale Schiedsverfahren konzipiert und wurden daher für internationale Fälle durch die „Supplementary Procedures for International Commercial Arbitration“ ergänzt¹⁵⁹. Seit 1991 wurden daneben die „International Commercial Arbitration Rules“ angeboten¹⁶⁰, die an das UNCITRAL-MG angelehnt sind¹⁶¹. Nachdem die „Supplementary Procedures for International Commercial Arbitration“ außer Kraft gesetzt wurden, sind internationale Handelsstreitigkeiten nunmehr ausschließlich nach den „International Dispute Resolution Procedures“ zu entscheiden (im Folgenden AAA-SchO). Das gilt, wenn entweder eine ausdrückliche Vereinbarung dieses Inhalts getroffen wurde, ein internationaler Sachverhalt zur Entscheidung gebracht werden soll und die Parteien Streiterledigung vom „International Centre for Dispute Resolution“ (der internationalen Untergliederung der AAA) oder in einem internationalen Sachverhalt Streitentscheidung direkt durch die AAA vereinbart wurde¹⁶². Damit wurde die bis dahin verbreitete Praxis beendet, die internationale Sachverhalte nach den „Commercial Arbitration Rules“ der AAA beurteilte¹⁶³.

Innerhalb der AAA ist das „International Centre for Dispute Resolution“ für die Betreuung von internationalen Schiedsverfahren zuständig, unabhängig davon, wo eine Schiedsklage

¹⁵⁶ Peterson, *Arbitration International*, Vol. 18, No. 3, S. 269 f.

¹⁵⁷ Redfern/Hunter, para. 1-94.

¹⁵⁸ Oehmke, § 41:37.

¹⁵⁹ AAA Task Force, *ADR & The Law* 1997, S. 582, 583.

¹⁶⁰ Vetter, *RIW* 1993, S. 191, 193.

¹⁶¹ AAA Task Force, *ADR & The Law* 1997, S. 582 (583).

¹⁶² Art. 1 Abs. 1 AAA-SchO.

¹⁶³ *Juris Publications, Inc., World Arbitration & Mediation Report* 1997, S. 79, 80.

eingereicht wurde. Innerhalb des „International Centre for Dispute Resolution“ wird jedem Schiedsverfahren ein „case-administrator“ zugeteilt, der aufgrund seiner Erfahrung und Mehrsprachigkeit in der Lage ist, das Verfahren zu betreuen¹⁶⁴. Die AAA-Schiedsordnung gilt heute in der Fassung vom 1. Juli 2003. Als Standardschiedsklausel wird von der AAA folgende Formulierung vorgeschlagen¹⁶⁵:

"Any controversy or claim arising out of or relating to this contract, or the breach thereof, shall be determined by arbitration administered by the International Centre for Dispute Resolution in accordance with its International Arbitration Rules."

oder

"Any controversy or claim arising out of or relating to this contract, or the breach thereof, shall be determined by arbitration administered by the American Arbitration Association in accordance with its International Arbitration Rules."

¹⁶⁴ AAA Task Force, ADR & The Law 1997, S. 582.

¹⁶⁵ Vgl. AAA-Homepage: <http://www.adr.org/sp.asp?id=22090>.

Kapitel 4: Die Einleitung des Schiedsverfahrens

Grundlage eines Schiedsverfahrens ist der Abschluss der Schiedsvereinbarung. Der Schiedsvereinbarung als solcher ist national wie international eine Fülle von Literatur gewidmet¹⁶⁶, auf die hinsichtlich Inhalts, Abschlusses und Wirkungen verwiesen wird. Die ausführliche Behandlung der Schiedsvereinbarung in der Literatur erklärt sich daraus, dass sie Dreh- und Angelpunkt der Behandlung der Schiedsgerichtsbarkeit vor staatlichen Gerichten ist. Daher haben hoheitliche Erwägungen Einfluss auf das Schiedsverfahren und stellen so einen nationalen Bezug her. Weiter kann bereits mit Abschluss der Schiedsvereinbarung das Verfahren festgelegt werden. Als praktischer Ratgeber für (erfahrene) Parteien kann also bereits eine Untersuchung zur „optimalen“ Schiedsvereinbarung auf alle Probleme hinweisen, die im eigentlichen Verfahren auftauchen können. Zum Vergleich der Schiedsordnungen eignet sich diese Darstellungsvariante allerdings nicht. Es geht gerade nicht um parteiautonome Abweichungen von der gewählten Schiedsordnung, sondern um ihre „Reinfassung“. Abgesehen davon würde eine in dieser Art dargestellte rechtsvergleichende Untersuchung die Ausführungen zur Schiedsvereinbarung überfrachten, damit also auf Kosten der Übersichtlichkeit gehen. Daher orientiert sich die Darstellung am „nackten Skelett“ der Schiedsordnungen. Ausgangspunkt der folgenden Untersuchung ist also der Beginn des Schiedsverfahrens, nachdem eine Streitigkeit über ein Rechtsverhältnis entstanden ist, welches zur Entscheidung einem Schiedsgericht nach den Regeln einer der hier behandelten Institutionen zugewiesen werden soll.

Dieses eigentliche Verfahren beginnt mit einer verfahrenseinleitenden Handlung, meist einem Schriftsatz. Bevor sich die Schiedsordnungen allerdings der Schiedsklage zuwenden, treffen sie einige allgemeine Bestimmungen. AAA- und DIS-Schiedsordnung beginnen erwartungsgemäß mit einer Definition ihres Anwendungsbereiches. Dieser ist jeweils eröffnet, wenn eine (schriftliche)¹⁶⁷ Schiedsvereinbarung für Streitigkeiten aus einem bestimmten Rechtsverhältnis Streiterledigung durch ein Schiedsgericht nach den Regeln der betreffenden Institution vorsieht. Die ICC-Schiedsordnung beginnt dagegen mit einer Definition und Beschreibung des Schiedsgerichtshofes, der aber, wie bereits gezeigt, nicht das eigentlich entscheidende

¹⁶⁶ Vgl. z.B. Lachmann, Rn: 190 ff; Lionnet, S. 123 ff; Redfern/Hunter, para. 3-01 ff.

¹⁶⁷ Für die AAA ergibt sich das Schriftlichkeitserfordernis schon aus Art. 1 Abs. 1 AAA-SchO. Die Einhaltung dieses Erfordernisses muss aber auch in DIS- und ICC-Verfahren beachtet werden, wenn, wie in eigentlich jedem Verfahren, das New Yorker Übereinkommen zur Geltung gelangen soll (vgl. Art. II New Yorker Übereinkommen) oder zwingenden nationalen Vorschriften entsprochen werden muss (vgl. § 1031 ZPO). Daher kann das Schriftlichkeitserfordernis als weltweiter Grundsatz angesehen werden, vgl. Aden, S. 28.

Gremium ist. Art. 1 Abs. 1 AAA-SchO, Art. 6 Abs. 1 ICC-SchO und Art. 1 Abs. 2 DIS-SchO ordnen an, dass die Fassung der Schiedsordnung gelten soll, die bei Beginn des Schiedsverfahrens gültig ist, auch wenn die Schiedsvereinbarung mit Blick auf eine ältere Schiedsordnung geschlossen wurde. Anderweitige Parteivereinbarungen sind allerdings zulässig¹⁶⁸. Über die Bestimmung des Anwendungsbereiches hinaus finden sich bei ICC und DIS in den einleitenden Artikeln Definitionen und allgemein zu beachtende Grundlagen. Dazu gehören Vorschriften über die Kommunikation zwischen Institution, Schiedsgericht und Parteien. Vor allem geht es um Zustellungsfragen, die Anzahl von zu übergebenden Kopien von Schriftsätzen und bei der DIS-Schiedsordnung zusätzlich um Grundaussagen zur Schiedsrichterauswahl. Die Behandlung der einzelnen Regelungen wird in den chronologischen Ablauf des Verfahrens eingebettet und erfolgt an entsprechender Stelle.

A: Die Schiedsklage

I. Vorüberlegungen

Die Durchführung eines Schiedsverfahrens muss initiiert werden. Diese Verfahrenseinleitung hat nicht lediglich informatorischen Charakter, sondern hat auch rechtliche Wirkungen, die im nationalen Zivilprozess unter den Wirkungen der „Rechtshängigkeit“ zusammengefasst werden. In diesem Zusammenhang werden das Verhältnis staatlicher und schiedsrichterlicher Verfahren zueinander, die perpetuatio arbitri, Auswirkungen auf die Prozessführungslast, Veräußerung und Veränderung des Streitgegenstandes, die Widerklage, Fortführungsfristen bei vorläufigen Maßnahmen und vor allem die Verjährung des Anspruchs¹⁶⁹ untersucht. Da jedoch keine internationale Übereinstimmung besteht, welche Wirkungen die „Rechtshängigkeit im internationalen Schiedsverfahren“ zeitigt¹⁷⁰, ist ein Ausgehen von diesem rechtsdogmatischen Begriff wenig hilfreich. Stattdessen wird am Beispiel von Verjährungsfragen auf die Bedeutung der Einleitung des Schiedsverfahrens eingegangen.

Die Schiedsverfahren beginnen jeweils mit Eingang des einleitenden Schriftsatzes bei der Institution¹⁷¹, woran viele Rechtsordnungen eine Einwirkung auf die Verjährung knüpfen¹⁷². Konkret und beispielhaft setzt das BGB für die Hemmung der Verjährung wegen Rechtsver-

¹⁶⁸ Art. 1 Abs. 1 AAA-SchO; Art. 1 Abs. 2 DIS-SchO; Art. 6 Abs. 1 ICC-SchO mit Beschränkung auf die gültige Schiedsordnung zum Zeitpunkt des Abschlusses der Schiedsvereinbarung.

¹⁶⁹ Oetiker, S. 37 ff.

¹⁷⁰ Oetiker, S. 1, Rn: 2.

¹⁷¹ Art. 2 Abs. 2 AAA-SchO, Art. 6 Abs. 1 DIS-SchO, Art. 4 Abs. 2 ICC-SchO.

¹⁷² Lionnet, S. 155 f.

folgung voraus, dass ein schiedsrichterliches Verfahren begonnen hat¹⁷³. Das ist bei vollständiger und ordnungsgemäßer Verfahrenseinleitung der Fall¹⁷⁴. Da Verjährungsfragen in verschiedenen Rechtsordnungen jedoch unterschiedlich verortet werden, teils verfahrensrechtlich, teils materiellrechtlich, und die jeweils anwendbaren Verjährungsregeln unterschiedlich ausgestaltet sind, ist eine Einzelfallentscheidung gefordert. Regelmäßig kann eine sinnvolle Betrachtung nur aus der *lex causae* erfolgen¹⁷⁵. Aber die *lex causae* kann nicht ausschließliche Quelle hinsichtlich der Verjährung sein¹⁷⁶. Die Frage nämlich, ob das jeweilige institutionelle Verfahren „begonnen“ hat, hängt mit den Anforderungen der jeweiligen Schiedsordnung zusammen. Mit der h.M. kann die Schiedsordnung bestimmen, wie das Verfahren einzuleiten ist, was also als Beginn des Verfahrens i.S.d. § 204 Abs. 1 Nr. 11 BGB zu werten ist¹⁷⁷. Der Kläger hat mit Klageerhebung gegenüber der Institution entsprechend den noch im Einzelnen zu erläuternden Anforderungen der jeweiligen Schiedsordnung das seinerseits Erforderliche zur Ingangsetzung des Verfahrens und damit zur Hemmung der Verjährung getan¹⁷⁸.

Diese Abhängigkeit einer wirksamen Erhebung der Schiedsklage von der Ausgestaltung der Schiedsordnung führt zwar zu der Unsicherheit, dass die verjährungsunterbrechende Wirkung von Schiedsordnung zu Schiedsordnung „mehr oder weniger zufällig schwankt“¹⁷⁹. Diese Unsicherheit ist aber hinnehmbar. Mit der Wahl einer Schiedsordnung treffen die Parteien die Entscheidung, wie das Verfahren zu betreiben ist. Stellen sie einvernehmlich auf eine Schiedsordnung ab, akzeptieren sie, dass aus ihr geklärt werden kann und muss, was der Kläger zu tun hat, um ein Schiedsverfahren zu beginnen.

Statuiert das anwendbare Recht eine Verjährungshemmung bei Verfahrenseinleitung und verlangt die Schiedsordnung für die Verfahrenseinleitung keine Zustellung der Schiedsklage an den Beklagten, sind besondere Vorteile im administrierten Schiedsverfahren zu erblicken. Sollte es nämlich, z.B. wegen schwieriger wirtschaftlicher oder politischer Verhältnisse in einem Land, unmöglich sein, eine Vorlegungsanordnung einem bestimmten Beklagten zuzustellen, kann Verjährungshemmung trotz alledem herbeigeführt werden, wenn ein administriertes Verfahren durchgeführt wird¹⁸⁰.

¹⁷³ § 204 Abs. 1 Nr. 11 BGB.

¹⁷⁴ Gerswith, S. 126 ff; Lionnet, S. 155 f.; zur ICC: Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 38.

¹⁷⁵ Berger, *Arbitration Interactive*, Rn: 3-19; Oetiker, S. 243.

¹⁷⁶ So aber Oetiker, S. 253.

¹⁷⁷ Lionnet, S. 155 ff; Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 44; Schlosser in Stein/Jonas, § 1044 ZPO, Rn: 1, 4.

¹⁷⁸ Gerswith, S. 126 ff.

¹⁷⁹ Gerswith, S. 127.

¹⁸⁰ Lionnet, S. 156.

Um Zeitpunkt und Reichweite der Einwirkung auf die Verjährung festlegen zu können, bedarf es also der Untersuchung, wem gegenüber, mit welchem Inhalt die Verfahrenseinleitung zu erfolgen hat und ab wann das Verfahren als eingeleitet gilt.

II. Verfahrenseinleitung in ad-hoc Verfahren

Ad-hoc-Schiedsverfahren werden in Anlehnung an Art. 21 UNCITRAL-MG¹⁸¹ durch einen Vorlegungsantrag¹⁸² eingeleitet. Dieser Vorlegungsantrag, der nicht mit der Klageschrift zu verwechseln ist¹⁸³, entfaltet seine Wirkung mit Zugang beim Beklagten. Formal sind keine Anforderungen an den Vorlegungsantrag zu stellen; er kann sowohl ausdrücklich als auch konkludent, sowohl schriftlich als auch mündlich erfolgen, wobei an eine eventuell notwendige spätere Beweisbarkeit zu denken ist¹⁸⁴. Auch inhaltlich sind nur geringe Anforderungen zu stellen. Erforderlich sind die Angabe der Parteien, ein Hinweises auf die Schiedsvereinbarung und die Angabe des Streitgegenstandes, um überprüfen zu können, ob der konkrete Streit unter die Schiedsvereinbarung fällt¹⁸⁵. Dagegen bedarf es bis hierhin noch keiner Darstellung von Tatsachen¹⁸⁶. Das erfolgt vielmehr erst in der Klageschrift nach Art. 23 UNCITRAL-MG, § 1046 ZPO. Zu beachten ist aber, dass die Klageschrift nicht schlüssig zu sein braucht und dass die Pflichten zur Spezifizierung von Schriftstücken und sonstigen Beweismitteln flexibel gestaltet sind¹⁸⁷.

III. Verfahrenseinleitung in administrierten Verfahren

Was unter Verfahrenseinleitung im administrierten Verfahren der verglichenen Schiedsordnungen zu verstehen ist, ergibt sich im Kern aus Art. 2 AAA-Schiedsordnung, Art. 6 DIS-Schiedsordnung und Art. 4 ICC-Schiedsordnung. Im Vergleich zur Verfahrenseinleitung im ad-hoc Verfahren ergeben sich dabei trotz Ähnlichkeiten in den Formulierungen auffällige Besonderheiten.

Zunächst erfolgt die Verfahrenseinleitung nach Art. 2 Abs. 1 und 2 AAA-Schiedsordnung durch schriftliche „notice“ an den Administrator¹⁸⁸, nach Art. 6 Abs. 1 DIS-Schiedsordnung

¹⁸¹ Vgl. z.B. § 1044 ZPO.

¹⁸² So bei Lachmann, Rn: 496 ff; international eher „Notice of Arbitration“, oder „Request for Arbitration“ genannt.

¹⁸³ Schlosser in Stein/Jonas, § 1044 ZPO, Rn: 1; vgl. auch Art. 23 UNCITRAL-MG.

¹⁸⁴ Schlosser in Stein/Jonas, § 1044 ZPO, Rn: 2.

¹⁸⁵ Zu Art. 21 UNCITRAL-MG vgl. Calavros, S. 110; zu § 1044 ZPO vgl. BT-Drucksache 13/5274, 47.

¹⁸⁶ Geimer in Zöller, § 1044 ZPO, Rn: 2.

¹⁸⁷ BT-Drs. 13/5274, 48; Geimer in Zöller, § 1046 ZPO, Rn: 1.

¹⁸⁸ Article 2 AAA-SchO: (1) The party initiating arbitration (“claimant”) shall give written notice of arbitration to the administrator and at the same time to the party against whom a claim is being made (“respondent”).

(2) Arbitral proceedings shall be deemed to commence on the date on which the administrator receives the notice of arbitration.

durch „filing of the statement of claim“ beim DIS-Sekretariat¹⁸⁹ bzw. nach Art. 4 Abs. 1 und 2 ICC-Schiedsordnung durch Einreichung des „Request of Arbitration“ beim ICC-Sekretariat¹⁹⁰. Auf den ersten Blick entspricht dieser einleitende Schriftsatz gegenüber der administrierenden Stelle der nach ad-hoc Regeln bzw. den Regeln einiger anderer Schiedsordnungen vorgesehenen „notice of arbitration“. Gleichwohl handelt es sich in der Sache um etwas anderes. Während der dortigen „notice of arbitration“ die eigentliche Schiedsklage nachfolgt, erfüllt der einleitende Schriftsatz gegenüber der administrierenden Stelle in den hier zu beurteilenden Schiedsordnungen zugleich die Funktion, die der Klageschrift zukommen. Er soll daher im weiteren Verlauf als Schiedsklage bezeichnet werden.

Ein weiterer signifikanter Unterschied gegenüber einem ad-hoc Verfahren ergibt sich dadurch, dass die Verfahrenseinleitung nach den hier behandelten Schiedsordnungen (schon und nur) durch Schriftsatz gegenüber der Institution erfolgt und nicht unmittelbar gegenüber dem Beklagten. Die Verfahrenseinleitung hat nach Art. 4 Abs. 1 ICC-SchO gegenüber dem Sekretariat des internationalen Schiedsgerichtshofes in Paris zu erfolgen, eine Zustellung an ICC-Landesgruppen genügt nach der Änderung der ICC-Schiedsordnung im Jahre 1998 nicht mehr den Anforderungen¹⁹¹. Nach Art. 4 Abs. 1 Satz 2 ICC-SchO unterrichtet das Sekretariat den Kläger und den Beklagten vom Eingang einer Schiedsklage. Art. 6 Abs. 1 DIS-SchO ordnet Klageerhebung bei der DIS-Geschäftsstelle an, die dann die andere Partei unterrichtet. Nach Art. 2 Abs. 1 AAA-SchO erfolgt die Klageerhebung gegenüber der Institution (oder dem „International Centre for Dispute Resolution“¹⁹²) und gegenüber dem Beklagten. Der Zeitpunkt des Empfangs der Schiedsklage durch die Institution gilt als Zeitpunkt des Beginns des Schiedsverfahrens¹⁹³.

Für im nationalen Prozess geschulte Parteien ist die Anforderung an die inhaltliche Bestimmtheit der Schiedsklage besonders interessant. Unter praktischen Gesichtspunkten lässt sich auf eine gewisse Spezifizierung der Schiedsklage, z.B. hinsichtlich der Parteien, nicht verzichten. Im Einzelnen werden an die Spezifizierung der Schiedsklage allerdings geringere Anforderungen als im deutschen Zivilprozess gestellt¹⁹⁴. Bezogen auf das Beispiel der Verjährungshemmung muss der Kläger auf der Grundlage der Schiedsordnungen regelmäßig

¹⁸⁹ Article 6 DIS-SchO: (1) The claimant shall file the statement of claim with a DIS Secretariat. Arbitral proceedings commence upon receipt of the statement of claim by a DIS Secretariat.

¹⁹⁰ Article 4 ICC-SchO: (1) A party wishing to have recourse to arbitration under these Rules shall submit its Request for Arbitration (the "Request") to the Secretariat, which shall notify the Claimant and Respondent of the receipt of the Request and the date of such receipt.

(2) The date on which the Request is received by the Secretariat shall, for all purposes, be deemed to be the date of the commencement of the arbitral proceedings.

¹⁹¹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 37.

¹⁹² Vgl. Kapitel 2, C.

¹⁹³ Art. 2 Abs. 2 AAA-SchO, Art. 6 Abs. 1 Satz 2 DIS-SchO, Art. 4 Abs. 2 ICC-SchO.

¹⁹⁴ Vgl. im einzelnen Lachmann, Rn: 764.

nicht fürchten, durch eine im Vergleich zum deutschen Zivilprozess unvollständige Klageschrift, die Verjährung nicht zu hemmen¹⁹⁵. International ist sogar ein Trend zu kurzen Einleitungsschriftsätzen mit späterer Ergänzung zu verzeichnen¹⁹⁶, z.B. durch Abfragen des erforderlichen Sachvortrags seitens des Schiedsgerichts¹⁹⁷.

Die Schiedsklage soll nach den verglichenen Schiedsordnungen dennoch inhaltlichen Mindestanforderungen gerecht werden. In den Formulierungen ergeben sich dabei Unterschiede. Art. 2 Abs. 3 AAA-SchO listet die einzelnen Anforderungen detailliert auf¹⁹⁸. Im Zusammenhang mit der Schiedsklage wird gefordert, dass Angaben zur Individualisierung der Parteien gemacht werden sollen, wenn möglich, ein bezifferter Antrag gestellt und der dazugehörige Sachverhalt dargestellt werden sollen, dass der Schiedsklage die Schiedsklausel und der zugrunde liegende Hauptvertrag beigelegt werden sollen und dass Angaben zur Konstituierung des Schiedsgerichts und zum Ort und der Sprache des Verfahrens zu machen sind. Darüber hinaus wird gefordert, dass in der Schiedsklage anzugeben ist, dass ein Schiedsverfahren durchgeführt werden soll. Inhaltlich ergeben sich nur geringe Abweichungen zu Art. 6 Abs. 2 und Abs. 3 DIS-SchO und Art. 4 Abs. 3 ICC-SchO. Dort wird nicht erwähnt, dass die Parteien um ein Schiedsverfahren anzusuchen haben. Dieser Unterschied ergibt sich aber daher, dass unter der Administration der AAA auch Mediation durchgeführt werden kann, was im Rahmen der Klage eine Spezifizierung erfordert. Da diese Möglichkeit bei ICC und DIS nicht besteht, bedarf es keiner Regelung vergleichbar Art. 2 Abs. 3 lit. a AAA-SchO.

Art. 6 Abs. 2 und 3 DIS-SchO listet ebenfalls erforderliche Angaben auf, allerdings mit dem Unterschied, dass die Liste aufgeteilt ist in Angaben, die im „statement of claim“ enthalten sein müssen („shall contain“), und solche, die enthalten sein sollen („should contain“)¹⁹⁹, wobei Ausführungen zu letzteren nicht verbindlich²⁰⁰ und daher nicht als Voraussetzung für den Beginn des Schiedsverfahrens zu werten sind. Vielmehr dienen Angaben zu diesen Punkten

¹⁹⁵ Lionnet, BB 1997, S. 15.

¹⁹⁶ Born, Texas International Law Journal 1998, S. 388, 408.

¹⁹⁷ Lionnet, BB 1997, S. 15.

¹⁹⁸ Article 2 AAA-SchO: (3) The notice of arbitration shall contain a statement of claim including the following: (a) a demand that the dispute be referred to arbitration; (b) the names, addresses and telephone numbers of the parties; (c) a reference to the arbitration clause or agreement that is invoked; (d) a reference to any contract out of or in relation to which the dispute arises; (e) a description of the claim and an indication of the facts supporting it; (f) the relief or remedy sought and the amount claimed; and (g) may include proposals as to the means of designating and the number of arbitrators, the place of arbitration and the language(s) of the arbitration.

¹⁹⁹ Article 6 DIS-SchO: (2) The statement of claim shall contain: (a) identification of the parties, (b) specification of the relief sought, (c) particulars regarding the facts and circumstances which give rise to the claim(s), (d) reproduction of the arbitration agreement, (e) nomination of an arbitrator, unless the parties have agreed on a decision by sole arbitrator.

(3) In addition, the statement of claim should contain: (a) particulars regarding the amount in dispute, (b) proposals for the nomination of an arbitrator, where the parties have agreed on a decision by sole arbitrator, (c) particulars regarding the place of arbitration, the language of the proceedings and the rules applicable to the substance of the dispute.

²⁰⁰ Aden, Art. 6 DIS-SchO, Rn: 8.

nur dem Zweck, einen reibungslosen Ablauf des Verfahrens zu ermöglichen²⁰¹. Dass aus dem Fehlen einer Regelung, vergleichbar Art. 18 ICC-SchO, auf höhere Anforderungen an die Klageschrift bei DIS-Schiedsverfahren zu schließen ist²⁰², muss bezweifelt werden. Die Praxis der DIS scheint jedenfalls dagegen zu sprechen. Von der Möglichkeit, bei unvollständiger Klage den Fortgang des Verfahrens zu behindern, wird nur zögerlich Gebrauch gemacht²⁰³. Insbesondere eine internationale Perspektive lässt vermuten, dass auch die DIS keine überzogenen Anforderungen an die Bestimmtheit stellen wird, um ihrem Anspruch gerecht zu werden, auch internationale Verfahren sachgerecht zu administrieren. In den USA z.B. gelten traditionell geringere Anforderungen an die Bestimmtheit.

Die Erfordernisse nach der Liste des Art. 4 Abs. 3 ICC-SchO erklärt sich selbst für nicht abschließend, wenn sie die aufgeführten Angaben „inter alia“ verlangt²⁰⁴. Die ICC hat in der Neuregelung der Schiedsordnung bewusst Abstand von einer detailgenauen Klage genommen, um einen Mittelweg zwischen den Erwartungen der common-law-Anwälte und der civil-law-Anwälte zu nehmen²⁰⁵. Die konkrete Festlegung des Streitgegenstandes ist dem Schiedsauftrag, also den „Terms of Reference“ nach Art. 18 ICC-SchO, vorbehalten²⁰⁶.

Die AAA-Schiedsordnung trifft keine Aussagen zur Anzahl der Ausfertigungen der einzureichenden Schriftsätze, erwartet allerdings zwei Ausfertigungen²⁰⁷. Dagegen fordern DIS-SchO und ICC-SchO übereinstimmend, dass je ein Exemplar für die Parteien, für jeden Schiedsrichter und die Institution zur Verfügung gestellt wird²⁰⁸. Wird dieser Anforderung nicht genüge getan, können im Rahmen einer Nachfristsetzung fehlende Unterlagen nachgefordert werden²⁰⁹. Der Unterschied zur AAA dürfte darin begründet liegen, dass dort regelmäßig von einem Schiedsrichter auszugehen ist, zum anderen, weil der klagenden Partei auch aufgegeben wird, eine Ausfertigung der Klage an den Gegner zuzuleiten²¹⁰.

²⁰¹ Lachmann, Rn: 1704.

²⁰² Aden, DIS-SchO, § 6, Rn: 9 ff.

²⁰³ Aden, DIS-SchO, § 6, Rn: 3 ff.

²⁰⁴ Article 4 ICC-SchO: (3) The Request shall, *inter alia*, contain the following information: (a) the name in full, description and address of each of the parties; (b) a description of the nature and circumstances of the dispute giving rise to the claim(s); (c) a statement of the relief sought, including, to the extent possible, an indication of any amount(s) claimed; (d) the relevant agreements and, in particular, the arbitration agreement; (e) all relevant particulars concerning the number of arbitrators and their choice in accordance with the provisions of Articles 8, 9 and 10, and any nomination of an arbitrator required thereby; and (f) any comments as to the place of arbitration, the applicable rules of law and the language of the arbitration.

²⁰⁵ Craig/Park/Paulsson, S. 45.

²⁰⁶ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 38 f.

²⁰⁷ Vgl. *A Guide to Mediation and Arbitration For Business People*, AAA-Homepage.

²⁰⁸ Art. 4 DIS-SchO, Art 3 Abs. 1 ICC-SchO.

²⁰⁹ Lachmann, Rn: 1488 ff hins. der ICC; Rn: 1703 ff hins. der DIS.

²¹⁰ Greenblatt/Griffin, *Arbitration International*, Vol. 17, No. 1, S. 101, 104.

Art. 6 Abs. 4 DIS-SchO²¹¹ gibt dem Sekretariat die Befugnis, unter Fristsetzung mit Ablehnungsdrohung fehlende Unterlagen nachzufordern, sofern die Klage unvollständig war oder wenn nicht genügend Kopien der Klagen eingereicht wurden²¹². Eine vergleichbare Regelung enthält auch Art. 4 Abs. 4 Satz 2 ICC-SchO²¹³. Zwar wird in der AAA-Schiedsordnung keine solche Befugnis an den Administrator übertragen, jedoch wird die Benachrichtigung des Beklagten vom Empfang einer Schiedsklage im Sinne des Art. 2 AAA-SchO abhängig gemacht. Art. 2 Abs. 4 AAA-SchO trägt der Institution auf, den Beginn des Schiedsverfahrens zu bestätigen²¹⁴. Ob dies nur bei substantiiertem Klageerhebung erfolgt, bleibt offen. Art. 4 AAA-SchO erlaubt ausdrücklich auch das Nachreichen von Unterlagen oder Ergänzen der Klage, solange das Schiedsgericht dagegen keine begründeten Einwände hat. Aus dieser Formulierung und dem Verzicht auf eine Regelung, die das Ergänzen der Klage unter den Genehmigungsvorbehalt der Schiedsrichter stellt, kann geschlossen werden, dass den Parteien und Schiedsrichtern die nötige Flexibilität für die Durchführung des Verfahrens verbleiben soll²¹⁵. Erfolgt die begehrte Ergänzung, wirkt sie auf den Zeitpunkt der Klageeinreichung zurück, und das Verfahren wird fortgesetzt²¹⁶. Erfolgt sie nicht, fragt sich, ob das Verfahren rechtstechnisch zum Ende kommt und ob beispielsweise die Verjährung gehemmt war. Einerseits könnte man vertreten, dass das Einreichen einer unvollständigen Klage zur Verjährungshemmung bis zum Ablauf der Nachfrist führt. Andererseits ließe sich argumentieren, dass eine unzureichende Klage gar kein Verfahren in Gang setzt. Entgegen Schäfer/Verbist/Imhoos²¹⁷ lässt sich aus Sicht der ICC kaum vertreten, unvollständige Klageerhebung sei einer nie erhobenen Klage gleichzusetzen, weil der Beklagte nie von einer solchen Klage erfahre²¹⁸. Der Beklagte erhält nämlich nach Art. 4 Abs. 1 ICC-SchO Nachricht vom Eingang einer Klage gegen ihn.

²¹¹ Article 6 DIS-SchO: (4) If the statement of claim is incomplete or if the copies or attachments are not submitted in the requisite number, the DIS Secretariat requests the claimant to make a corresponding supplementation and sets a time-limit for compliance. Commencement of the arbitral proceedings pursuant to subsection 1, sentence 2 of this section is not affected as long as supplementation is made within the set time-limit; otherwise, the proceedings are terminated without prejudice to the claimant's right to reintroduce the same claim.

²¹² Vgl. Art. 3 Abs. 1 ICC-SchO, Art. 4 DIS-SchO.

²¹³ Article 4 ICC-SchO: (4) Together with the Request, the Claimant shall submit the number of copies thereof required by Article 3(1) and shall make the advance payment on administrative expenses required by Appendix III ("Arbitration Costs and Fees") in force on the date the Request is submitted. In the event that the Claimant fails to comply with either of these requirements, the Secretariat may fix a time limit within which the Claimant must comply, failing which the file shall be closed without prejudice to the right of the Claimant to submit the same claims at a later date in another Request.

²¹⁴ Article 2 AAA-SchO: (4) Upon receipt of the notice of arbitration, the administrator shall communicate with all parties with respect to the arbitration and shall acknowledge the commencement of the arbitration.

²¹⁵ Hoefling, *American Review of International Arbitration* 1997, S. 192 f.

²¹⁶ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 43.

²¹⁷ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 44.

²¹⁸ Lachmann, Rn: 1486.

Die spätere Zustellung der Klage, die nach Art. 4 Abs. 5 ICC-SchO erfolgt²¹⁹, beseitigt lediglich die Unkenntnis des Beklagten vom konkreten Inhalt der Klage²²⁰.

Im Ergebnis allerdings kann eine Klage, der wesentliche Ausführungen fehlen und die auch nicht ergänzt wird, die Verjährung nicht hemmen. Dabei könnte es angebracht sein, zwischen Angaben zu unterscheiden, die lediglich ein reibungsloses Schiedsverfahren ermöglichen sollen wie z.B. Angaben zur Schiedsrichterbestellung und solchen, die zur Prüfung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts notwendig sind wie etwa die Angabe der Schiedsvereinbarung. Es ist angebracht, die Verjährungshemmung von der konsequenten Fortführung des Verfahrens durch den Kläger abhängig zu machen²²¹. Der Kläger hat mit unvollständiger Verfahrenseinleitung, z.B. im Falle des Verzichts auf eine Konkretisierung der Parteien, nicht das seinerseits Erforderliche für eine Verjährungshemmung getan. Würde die Verjährungshemmung erst nach Ablauf der von der Institution gesetzten Frist zur Nachbesserung enden, wäre diese Zeit und die Zeit, die die Institution zur Prüfung der Klage verwendet, für den Kläger „geschenkte Zeit“, die noch dazu auf Verschulden seinerseits beruht. Daher kann eine Klage der Angaben fehlen, die zur Prüfung der Zuständigkeit notwendig sind, gar kein Verfahren in Gang setzen und die Verjährung hemmen, solange keine Ergänzung erfolgt.

Im AAA-Verfahren wird die Benachrichtigung des Beklagten von der Schiedsklage nach Art. 2 Abs. 4 AAA-SchO angeordnet. Die Formulierung des Art. 2 Abs. 4 AAA-SchO legt die Vermutung nahe, dass über die Schiedsklage hinausgehende Informationen an den Beklagten zu kommunizieren sind, vor allem da Art. 2 Abs. 1 AAA-SchO bereits die Zustellung der Klage durch den Schiedskläger anordnet. Nach Art. 4 Abs. 5 ICC-SchO und Art. 8 DIS-SchO werden die Klagen durch die Institution zugestellt²²². Zustellung meint dabei keine Zustellung nach ZPO-Vorschriften, vielmehr ist jede formlose Kundmachung gestattet²²³. Nach beiden Schiedsordnungen kann die Versendung von einer Vorschusszahlung und der Übersendung der erforderlichen Anzahl von Ausfertigungen nebst Anlagen abhängig gemacht werden, die AAA-Schiedsordnung sieht ein solches Vorgehen nicht vor.

Die Schiedsordnungen geben im Wesentlichen wieder, wie ein Verfahren einzuleiten ist. Daher kann im jeweiligen Einzelfall problemlos ermittelt werden, welche Anforderungen die jeweilige Schiedsordnung an die Erhebung der Schiedsklage stellen. Gegenüber dem ad-hoc Verfahren ist darauf hinzuweisen, dass nach den untersuchten Schiedsordnungen bereits im

²¹⁹ Article 4 ICC-SchO: (5) The Secretariat shall send a copy of the Request and the documents annexed thereto to the Respondent for its Answer to the Request once the Secretariat has sufficient copies of the Request and the required advance payment.

²²⁰ Craig/Park/Paulsson, S. 43.

²²¹ Gerswith, S. 126 ff, 146.

²²² Greenblatt/Griffin, Arbitration International, Vol. 17, No. 1, S. 101, 104.

²²³ Aden, Art. 3 ICC-SchO, Rn: 7.

einleitenden Schriftsatz Angaben zur Sache gefordert werden und damit, auch wenn die AAA-Schiedsordnung von „notice“ spricht, keine „notice of arbitration“ i.S.d. ad-hoc Verfahrens gemeint ist, sondern eine Schiedsklage.

Anforderungen an ihren Inhalt ergeben sich aus den Schiedsordnungen. Die AAA stellt eine Aufzählung der Punkte zur Verfügung, auf die einzugehen ist. Die DIS-Schiedsordnung differenziert zwischen notwendigen und wünschenswerten, aber nicht notwendigen Angaben. Die ICC-Schiedsordnung nennt beispielhaft, worauf einzugehen ist, erklärt diese Aufzählung aber nicht für abschließend. Da die inhaltlichen Anforderungen an die Schiedsklage einen Ausgleich von common law und civil law Interessen darstellen, sind keine derart strengen Regeln zu wahren, wie im deutschen Zivilprozess. Dennoch bedarf es bestimmter Mindestangabe, die die Fortführung des Verfahrens ermöglichen. Vor allem ist an Angaben zu denken, die die Prüfung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts ermöglichen. Andernfalls könnte nicht von wirksamer Einleitung des Schiedsverfahrens gesprochen werden. Fehlen allerdings Angaben, ist mit einer Aufforderung zur Ergänzung durch die Institutionen zu rechnen.

Schließlich ist zu unterstreichen, dass die Verfahrenseinleitung durch Schriftsatz gegenüber der Institution, im AAA-Verfahren außerdem gegenüber dem Beklagten zu erfolgen hat. Als Beginn des Schiedsverfahrens wird einheitlich der Zeitpunkt des Empfangs der Schiedsklage durch die Institution festgelegt.

Zwar wäre es in Teilbereichen sicher denkbar, im Wege von Parteivereinbarung Änderungen gegenüber dem hier beschriebenen Vorgehen festzuschreiben, jedoch ist nicht ersichtlich, inwiefern die Veränderung bewährter Mechanismen zu einer Verbesserung führen kann. Vielmehr besteht die Gefahr, durch eine zu komplexe Schiedsvereinbarung die zügige Erledigung des Rechtsstreits zu behindern²²⁴.

IV. Administrative Kontroll- und Entscheidungsbefugnisse

Schon im Einleitungsstadium können eine Reihe von administrativen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Fortführung des Verfahrens auf die Schiedsgerichtsinstitution zukommen²²⁵, die im ad-hoc Verfahren von den Schiedsrichtern zu treffen wären. So muss sich der Schiedsrichter in administrierten Verfahren nicht mit allen Aspekten der Ordnungsmäßigkeit der Verfahrenseinleitung befassen, sondern die Institution überwacht die ordnungsgemäße Verfahrenseinleitung. Für Parteien bedeutet dies, dass ihre Verfahrenseinleitung in gewissem Umfang schon vor Konstituierung des Schiedsgerichts nicht durch dieses, sondern durch die Institution überprüft wird. Es ist allgemein anerkannt, dass die Institution die Administrierung

²²⁴ Townsend, Dispute Resolution Journal 2003, S. 28, 32.

²²⁵ Von Schlabrendorff, SchiedsVZ 2003, S. 34, 35.

verweigern kann, wenn sie nach ihrer Einschätzung gar nicht in einem Administrierungsvertrag verbunden ist²²⁶.

Als Paradebeispiel administrativer Kontrollbefugnisse ist die *prima-facie*-Entscheidung nach Art. 6 Abs. 2 ICC-SchO²²⁷ zu nennen. Sie fällt zwar nicht unmittelbar in den Kreis von Entscheidungen vor Zustellung der Klage, weist aber inhaltlich Verwandtschaft auf und prägt das folgende Verfahren, weshalb sie bereits hier genannt werden soll. Art. 6 Abs. 2 ICC-SchO überträgt dem Schiedsgerichtshof²²⁸ die *prima-facie*-Entscheidung über die Gültigkeit der Schiedsvereinbarung. Tatbestandsvoraussetzung dieser Entscheidung ist allerdings, dass entweder keine Klageerwiderung eingeht oder eine der Parteien die Gültigkeit der Schiedsvereinbarung anzweifelt. Ziel einer solchen Entscheidung soll es sein, Kosten der Konstituierung des Gerichts zu vermeiden, wenn offensichtlich keine wirksame Schiedsvereinbarung vorliegt²²⁹. Ausgangspunkt ist die subjektive Einschätzung des Schiedsgerichtshofes, die allerdings nur vorbehaltlich einer anderen Entscheidung des Schiedsgerichts oder staatlicher Gerichte ergeht²³⁰. Eine solche *prima-facie*-Entscheidung ist fakultativ. Bemerkenswert ist die Regelung der *prima-facie*-Entscheidung vor allem, weil sie dem Schiedsgerichtshof eine Kompetenz verleiht, die in anderen Verfahrensordnungen dem Schiedsgericht selbst übertragen ist. Die Entscheidung über die Zuständigkeit ist herkömmlicher Weise eine originär (schieds-)richterliche²³¹. In ICC-Verfahren soll aber ein Gremium entscheiden, auf dessen Zusammensetzung die Parteien keinen Einfluss haben. Führt die Entscheidung des ICC-Schiedsgerichtshofes zur Bejahung eines ICC-Verfahrens, handelt es sich bei der Entscheidung um eine lediglich vorläufige, da das Schiedsgericht endgültig entscheidet²³². Eine negative Entscheidung führt jedoch aus dem Schiedsverfahren heraus²³³, weil ein staatliches Gericht angerufen werden muss, um zu überprüfen, ob eine bindende Schiedsvereinbarung besteht.

²²⁶ Wolf, S. 106.

²²⁷ Article 6 ICC-SchO: (2) If the Respondent does not file an Answer, as provided by Article 5, or if any party raises one or more pleas concerning the existence, validity or scope of the arbitration agreement, the Court may decide, without prejudice to the admissibility or merits of the plea or pleas, that the arbitration shall proceed if it is *prima facie* satisfied that an arbitration agreement under the Rules may exist. In such a case, any decision as to the jurisdiction of the Arbitral Tribunal shall be taken by the Arbitral Tribunal itself. If the Court is not so satisfied, the parties shall be notified that the arbitration cannot proceed. In such a case, any party retains the right to ask any court having jurisdiction whether or not there is a binding arbitration agreement.

²²⁸ Also nicht dem Sekretariat, vgl. Weigand, NJW 1998, S. 2081, 2085.

²²⁹ Weigand, NJW 1998, S. 2081, 2085.

²³⁰ Weigand, NJW 1998, S. 2081, 2085; zur Kompetenz-Kompetenz Entscheidung vgl. weiter Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 58..

²³¹ Berger, S. 246.

²³² Art. 6 Abs. 2 Satz 2 ICC-SchO; vgl. auch Wolf, S. 117.

²³³ Art. 6 Abs. 2 Satz 4 ICC-SchO.

Sowohl DIS als auch AAA regeln keine Entscheidung der Institution über das Vorliegen einer Schiedsvereinbarung nach ihren Regeln. Damit ist aber nicht gesagt, dass es diesen Institutionen verwehrt sein soll, Fälle abzuweisen, die mangels wirksamer Schiedsvereinbarung nicht von ihnen administriert werden. DIS und AAA führen ebenfalls prima-facie-Entscheidungen herbei, obwohl dies nicht in ihrer Schiedsordnung geregelt ist²³⁴. Da es kein dem ICC-Schiedsgerichtshof vergleichbares Gremium gibt, kann diese Aufgabe nur durch die Sekretariate übernommen werden. In Anbetracht der Tatsache, dass die letztendliche Entscheidung dem Schiedsgericht vorbehalten ist²³⁵, kann diese Kompetenz aber nicht so weit reichen, wie bei der ICC. Vielmehr kann eine Ablehnung nur erfolgen, wenn eindeutig keine Schiedsvereinbarung vorliegt, nach den Regeln der betreffenden Institution verfahren zu wollen²³⁶.

Zumindest in ICC- und DIS-Verfahren prüft die Institution durch ihr Sekretariat weiter die Anzahl der eingereichten Kopien der Klagen und die Zahlung des Vorschusses²³⁷. In AAA-Verfahren deutet Art. 33 Abs. 2 AAA-SchO auf eine Überprüfung der Zahlung des Vorschusses hin. Eine Prüfung der Anzahl der eingereichten Kopien der Klagen ist nicht angeordnet.

Im Hinblick auf die erforderliche Anzahl von Kopien enthalten die Schiedsordnungen klare Regelungen (vgl. oben). Eine Weigerung, das Verfahren nach Ablauf der Frist fortzuführen, ist verständlich. Warum sollte die Institution Kopierstelle der Parteien sein, ohne diese Unkosten in ihrer Kostenordnung berücksichtigt zu haben? Die ICC verfährt aber angeblich nachsichtig mit den Parteien²³⁸.

Hinsichtlich inhaltlicher Fehler der Schiedsklage verfahren sowohl DIS, wie AAA und ICC großzügig. Es ist nicht Aufgabe der Schiedsgerichtsinstitution, über die Schiedsklage als solche zu entscheiden. Vielmehr muss eine inhaltliche Prüfung auf wesentliche Bestandteile der Schiedsklage beschränkt und eine Entscheidung in der Sache dem Schiedsgericht vorbehalten bleiben²³⁹. So erleichtert die DIS-Schiedsordnung auf der Ebene der Vollständigkeit der Angaben an sich eine Entscheidung durch Unterteilung in Angaben, die in der Schiedsklage enthalten sein „müssen“, und Angaben, die enthalten sein „sollen“²⁴⁰. Verlässt man aber die formelle Prüfung der geforderten Angaben und setzt sich inhaltliche mit dem jeweiligen Punkt auseinander, muss regelmäßig eine Entscheidung dem Schiedsgericht überlassen werden.

²³⁴ Berger, Arbitration Interactive, Rn: 4-21; Hoellering, Dispute Resolution Journal February 1998, S. 64, 65.

²³⁵ Greenblatt/Griffin, Arbitration International, Vol. 17, No. 1, S. 101, 105.

²³⁶ Berger, Arbitration Interactive, Rn: 4-21.

²³⁷ Art. 6 Abs. 4 DIS-SchO, Art. 4 Abs. 4 Satz 2 ICC-SchO.

²³⁸ Lachmann, Rn: 1488.

²³⁹ So zur ICC Lachmann, Rn: 1490.

²⁴⁰ Lachmann, Rn: 1704.

Art. 6 Abs. 4 DIS-SchO²⁴¹ und Art. 4 Abs. 4 ICC-SchO²⁴² legen fest, dass eine negative Entscheidung der Institution einer erneuten Klageeinreichung nicht im Wege steht. Gleiches muss auch in AAA-Verfahren gelten, wenn schon keine ausdrückliche Erwähnung der zu treffenden Entscheidungen der Institution in der Schiedsordnung zu finden ist.

²⁴¹ Article 6 DIS-SchO: (4) If the statement of claim is incomplete or if the copies or attachments are not submitted in the requisite number, the DIS Secretariat requests the claimant to make a corresponding supplementation and sets a time-limit for compliance. Commencement of the arbitral proceedings pursuant to subsection 1, sentence 2 of this section is not affected as long as supplementation is made within the set time-limit.

²⁴² Article 4 ICC-SchO: (4) Together with the Request, the Claimant shall submit the number of copies thereof required by Article 3(1) and shall make the advance payment on administrative expenses required by Appendix III ("Arbitration Costs and Fees") in force on the date the Request is submitted. In the event that the Claimant fails to comply with either of these requirements, the Secretariat may fix a time limit within which the Claimant must comply, failing which the file shall be closed without prejudice to the right of the Claimant to submit the same claims at a later date in another Request.

B: Die Klageerwiderung

Wurde die Klage zugestellt, ist der Beklagte am Zug. Nach den hier untersuchten Schiedsordnungen wird eine Klageerwiderung erwartet²⁴³.

Die ICC-SchO fordert eine Klageerwiderung spiegelbildlich zur Klage²⁴⁴. Art. 5 Abs. 1 ICC-SchO²⁴⁵ spricht immanent die gleichen Punkte an wie Art. 4 Abs. 3 ICC-SchO. Auch hier gilt, dass an die Substantiierung keine zu hohen Anforderungen gestellt werden dürfen. Dem Beklagten verbleibt z.B. die Entscheidung, ob er später oder bereits jetzt alle notwendigen Beweismittel angeben will²⁴⁶. Jedoch ist im Auge zu behalten, dass ein Eingehen auf Verfahrensort, Sprache, Schiedsrichterzahl und -ernennung die Entscheidung des Schiedsgerichtshofes nach Art. 6 Abs. 2 ICC-SchO erleichtert und Schwierigkeiten eines späteres Vorbringens verhindert werden können²⁴⁷. Ein Nichteingehen auf die Klage schließt die Rechtsverteidigung des Beklagten zwar nicht aus, schwächt aber seine Stellung, indem er seine Mitwirkungsmöglichkeit bei der Schiedsrichterernennung nicht ausschöpft²⁴⁸. Zur Erleichterung wird dem Beklagten mit der Zuleitung der Klage ein Anschreiben der ICC zugestellt, das ihn über die zu ergreifenden Maßnahmen informiert²⁴⁹. Adressat der Klageerwiderung ist nach Art. 5 Abs. 3 ICC-SchO²⁵⁰ wiederum das Sekretariat. Gem. Art. 5 Abs. 3 gilt Art. 3 Abs. 1 ICC-SchO hinsichtlich der Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen der Klageerwiderungen.

Für die Klageerwiderung verbleiben dem Beklagten gemäß Art. 5 Abs. 1 ICC-SchO 30 Tage ab Zugang der Klage. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist wird das Verfahren nach Art. 6 Abs. 2 ICC-SchO ohne Mitwirkung des Beklagten gemäß Art. 6 Abs. 3 ICC-SchO in Gang gesetzt. Ein Versäumen der Frist führt also nicht in ein Versäumnisverfahren nach deutschen Verfahrensvorstellungen, vielmehr wird die Möglichkeit eröffnet, das Verfahren ohne die säumige

²⁴³ Art. 3 AAA-SchO, Art. 9 DIS-SchO, Art. 5 ICC-SchO.

²⁴⁴ Weigand, NJW 1998, S. 2081, 2082.

²⁴⁵ Article 5 ICC-SchO: (1) Within 30 days from the receipt of the Request from the Secretariat, the Respondent shall file an Answer (the "Answer") which shall, *inter alia*, contain the following information: (a) its name in full, description and address; (b) its comments as to the nature and circumstances of the dispute giving rise to the claim(s); (c) its response to the relief sought; (d) any comments concerning the number of arbitrators and their choice in light of the Claimant's proposals and in accordance with the provisions of Articles 8, 9 and 10, and any nomination of an arbitrator required thereby; and (e) any comments as to the place of arbitration, the applicable rules of law and the language of the arbitration.

²⁴⁶ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 49.

²⁴⁷ Craig/Park/Paulsson, S. 46.

²⁴⁸ Lachmann, Rn: 1492.

²⁴⁹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 25.

²⁵⁰ Article 5 ICC-SchO: (3) The Answer shall be supplied to the Secretariat in the number of copies specified by Article 3(1).

Partei fortzusetzen und nach Lage der Akten zu entscheiden²⁵¹. Fristverlängerungen können aber nach Art. 5 Abs. 2 ICC-SchO²⁵² gewährt werden, solange der Antrag auf Fristverlängerung, der innerhalb der Frist zu stellen ist, eine Stellungnahme zur Anzahl und Auswahl der Schiedsrichter enthält. Dieses Erfordernis erklärt sich daraus, dass auf diese Weise zur einvernehmlichen Konstituierung des Gerichts geschritten werden kann, ohne auf eine vollständige Klageerwiderung warten zu müssen²⁵³. Der Beklagte hat sich grundsätzlich bereit gezeigt, am Verfahren teilzunehmen²⁵⁴. Andererseits bedarf es dieser Regelung nicht, um überhaupt ein Schiedsgericht zu konstituieren, da in Art. 8 und 9 ICC-SchO Automatismen zur Konstituierung ohne Konsens der Parteien festgeschrieben sind. Gem. Art. 5 Abs. 4 ICC-SchO²⁵⁵ ist die Klageerwiderung ebenso wie die Schiedsklage durch die Institution an den Gegner zuzustellen.

Nach Art. 3 Abs. 1 AAA-SchO²⁵⁶ verbleibt dem Beklagten ebenfalls eine Frist von 30 Tagen zur Klageerwiderung nach Einleitung des Verfahrens, mithin nach Zugang der Klage bei der Institution und dem Beklagten. Ziel der Fristenregelung soll es sein, der Parteierwartung gerecht zu werden, alsbald nach dem Entschluss, ein Schiedsverfahren durchzuführen, auch tatsächlich mit dem Verfahren zu beginnen²⁵⁷. Inhaltlich soll auf alle Punkte, die in der Klageschrift angesprochen wurden, erwidert werden²⁵⁸. Von daher ergibt sich ein Unterschied zur Regelung des Art. 5 Abs. 1 ICC, da dort ein fester Katalog abzuarbeiten ist, in AAA-Verfahren der Inhalt der Klageerwiderung aber durch die Schiedsklage vorgegeben wird. Darüber hinaus ist gemäß Art. 3 Abs. 3 AAA-SchO²⁵⁹ auf die Zahl der Schiedsrichter, die Verfahrenssprache und den Verfahrensort einzugehen. Diese von Abs. 1 separat positionierte Anordnung betont, dass der Beklagte seine Mitwirkungsmöglichkeiten für ein funktionierendes Schiedsverfahren ausschöpfen kann, unabhängig davon, ob er sich in der Sache einlassen

²⁵¹ Eßer/Moosmayer, EuZW 1998, S. 490, 492.

²⁵² Article 5 ICC-SchO: (2) The Secretariat may grant the Respondent an extension of the time for filing the Answer, provided the application for such an extension contains the Respondent's comments concerning the number of arbitrators and their choice and, where required by Articles 8, 9 and 10, the nomination of an arbitrator. If the Respondent fails to do so, the Court shall proceed in accordance with these Rules.

²⁵³ Lachmann, Rn: 1491.

²⁵⁴ Aden, Art. 5 ICC-SchO, Rn: 7.

²⁵⁵ Article 5 ICC-SchO: (4) A copy of the Answer and the documents annexed thereto shall be communicated by the Secretariat to the Claimant.

²⁵⁶ Article 3 AAA-SchO: (1) Within 30 days after the commencement of the arbitration, a respondent shall submit a written statement of defense, responding to the issues raised in the notice of arbitration, to the claimant and any other parties, and to the administrator.

²⁵⁷ AAA Task Force, ADR & The Law 1997, S. 582, 584.

²⁵⁸ Art. 3 Abs. 1 AAA-SchO.

²⁵⁹ Article 3 AAA-SchO: (3) A respondent shall respond to the administrator, the claimant and other parties within 30 days after the commencement of the arbitration as to any proposals the claimant may have made as to the number of arbitrators, the place of the arbitration or the language(s) of the arbitration, except to the extent that the parties have previously agreed as to these matters.

will. Eine Fristverlängerung kann gem. Art. 3 Abs. 4 AAA-SchO²⁶⁰ sowohl für die Klageerwiderung an sich als auch für Ausführungen nach Art. 3 Abs. 3 AAA-SchO gewährt werden. Vor Konstituierung des Schiedsgerichts ist dafür die Institution zuständig, danach das Schiedsgericht²⁶¹. Ebenso wie die Klage ist auch die Klageerwiderung an die Gegenseite und an die Institution zuzustellen²⁶².

Dagegen regelt Art. 9 DIS-SchO²⁶³ die Klageerwiderung auf andere Weise. Zunächst ist dort kein Zeitlimit für die Klageerwiderung gesetzt. Art. 9 DIS-SchO fordert das Schiedsgericht (notwendigerweise nach seiner Konstituierung) auf, dem Beklagten eine Frist zur Erwiderung zu setzen. Darin ist ein bedeutender Unterschied zu anderen Verfahren zu erblicken. Während dort die Klageerwiderung vor oder gleichzeitig mit den Handlungen zur Konstituierung des Schiedsgerichts erwartet wird, muss bei DIS-Verfahren der Beklagte zunächst an der Konstituierung teilnehmen und später die Klage erwidern. Obwohl der Zeitpunkt des Empfangs der Klage durch den Beklagten bei der Fristsetzung durch das Schiedsgericht zu berücksichtigen ist, wird dieses Verfahren für den Beklagten positiv sein, da er mehr Zeit zur Verfügung hat, seine Erwiderung zu überdenken. Für das Schiedsverfahren im Ganzen kann daraus im Vergleich zu ICC und AAA eine Verzögerung entstehen²⁶⁴. Bei ICC und AAA laufen die Fristen für Klageerwiderung und Konstituierung des Schiedsgerichts gleichzeitig und unabhängig voneinander²⁶⁵, bei der DIS läuft vorab die Frist für die Konstituierung und erst danach eine Frist für die Klageerwiderung.

Dieses Vorgehen bedeutet nicht, dass der Beklagte keinen Einfluss auf die Auswahl der Schiedsrichter hat. Art. 12 DIS-SchO legt unabhängig von der Klageerwiderung eine 30-Tagesfrist zur Erklärung über die Zahl und Auswahl der Schiedsrichter fest, die mit Empfang der Klage durch den Beklagten und einer Aufforderung durch die DIS-Geschäftsstelle, sich zur Ernennung der Schiedsrichter zu äußern, zu laufen beginnt. Auch diese Frist kann verlängert werden²⁶⁶. Damit wählt die DIS einen dogmatisch saubereren Weg als AAA und ICC, weil Fristsetzung als gerichtlicher Akt dem Schiedsgericht und nicht der Institution zugewiesen wird.

²⁶⁰ Article 3 AAA-SchO: (4) The arbitral tribunal, or the administrator if the arbitral tribunal has not yet been formed, may extend any of the time limits established in this article if it considers such an extension justified.

²⁶¹ Art. 3 Abs. 4 AAA-SchO.

²⁶² Grennblatt/Griffin, *Arbitration International*, Vol. 17, No. 1, S. 101 (104).

²⁶³ Article 9 DIS-SchO: After constitution of the arbitral tribunal pursuant to section 17, the arbitral tribunal sets a time-limit for the respondent to file the statement of defence. When setting the time-limit, appropriate consideration shall be given to the date the respondent received the statement of claim.

²⁶⁴ Aden, Art. 9 DIS-SchO, Rn: 2.

²⁶⁵ Art. 3 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 3 AAA-SchO koppelt den Beginn der Fristen an den Beginn des Schiedsverfahrens, Art. 5 ICC-SchO knüpft an den Empfang der Klage durch den Beklagten und Art. 8 ICC-SchO an eine Entscheidung des Gerichtshofes oder ebenfalls an den Empfang der Klage durch den Beklagten an.

²⁶⁶ Aden, Art. 9 DIS-SchO, Rn: 3.

Da ein Schiedsverfahren auch bei Säumnis einer Partei durchgeführt werden kann²⁶⁷, wird eine Verzögerung seitens des Beklagten nicht zu Lasten des Klägers gehen. Im Gegensatz zu Art. 6 Abs. 1 und Art. 10 DIS-SchO, die ausdrücklich eine Übersendung der Klage an die DIS anordnet, ist die DIS nicht Adressat der Klageerwiderung. Vielmehr muss die Klageerwiderung nach Art. 5 Abs. 1 Satz 3 DIS-SchO dem Schiedsgericht und der Gegenpartei zugeleitet werden, wobei es hier genügt, Exemplare der Klageerwiderung für die Schiedsrichter und die Partei zu übersenden. Eines Exemplares für die Institution bedarf es nach dem Wortlaut des Art. 4 DIS-SchO nicht.

Unterschiede in den einzelnen Verfahren ergeben sich primär hinsichtlich des Adressaten der Klageerwiderung und der zur Verfügung stehenden Zeit. In AAA- und ICC-Verfahren ist die Institution Adressat, in DIS-Verfahren das Schiedsgericht. In DIS-Verfahren ist das Schiedsgericht also vor Klageerwiderung zu konstituieren. Demzufolge verbleibt in DIS-Verfahren mehr Zeit für ihre Formulierung.

In dem soeben behandelten Bereich sollte aus denselben Gründen, aus denen für die Verfahrenseinleitung von Parteivereinbarungen abgeraten wurde, von modifizierenden Abreden Abstand genommen werden.

²⁶⁷ Art. 30 DIS-SchO.

C: Die Widerklage

Nach den hier behandelten Schiedsordnungen ist es möglich, eine Widerklage zu erheben. Lediglich nach Art. 3 Abs. 2 AAA-SchO²⁶⁸ wird vorausgesetzt, dass auch die Widerklageforderung von der Schiedsvereinbarung umfasst ist. Obwohl nicht ausgesprochen gilt diese Voraussetzung auch in DIS- und ICC-Verfahren²⁶⁹. Darüber hinaus werden nur formelle Voraussetzungen festgelegt²⁷⁰. Insbesondere bedarf es keiner Konnexität entsprechend § 33 ZPO, um die Zuständigkeit des gleichen Schiedsgerichts zu begründen²⁷¹. Es ergeben sich also keine Probleme, wenn sowohl die Klageforderung als auch die Gegenforderung von der Schiedsvereinbarung umfasst werden. Die geltend gemachten Forderungen werden in jedem Fall der Entscheidung durch ein Schiedsgericht zugeführt. Wenn sich beide Parteien auf die rechtzeitig geltend gemachten Ansprüche ohne Rüge der Zuständigkeit einlassen, besteht ebenfalls kein Problem. Darin ist eine nachträgliche Schiedsvereinbarung zu erblicken²⁷². Anders ist die Lage aber insbesondere im ICC-Verfahren, wenn Zweifel bestehen, ob die geltend gemachten Forderungen überhaupt unter die Schiedsvereinbarung fallen.

Nach Art. 5 Abs. 5 ICC-SchO²⁷³ kann der Beklagte zusammen mit seiner Klageerwiderung eine Widerklage einreichen. Nach Art. 30 Abs. 2 Satz 3 ICC-SchO kann auf die Widerklage ein gesonderter Kostenvorschuss erhoben werden. Für Widerklage und Widerklageerwiderung gelten die Vorschriften über Klage und Klageerwiderung entsprechend²⁷⁴. Die sofortige Erhebung der Widerklage ist zwar nicht verpflichtend, jedoch muss eine Widerklage, die erst nach Aufstellung des Schiedsauftrages gemäß Art. 18 ICC-SchO erhoben wird, gem. Art. 19 ICC-SchO vom Schiedsgericht zugelassen werden. Ob das geschieht, ist jedoch fraglich, da eine Widerklage erwarten lässt, dass es zu Verzögerungen bei der Erledigung des Rechtsstreits kommt²⁷⁵. Bei Ablehnung der Widerklage und Rechtsverfolgung in einem besonderen

²⁶⁸ Article 3 AAA-SchO: (2) At the time a respondent submits its statement of defense, a respondent may make counterclaims or assert setoffs as to any claim covered by the agreement to arbitrate, as to which the claimant shall within 30 days submit a written statement of defense to the respondent and any other parties and to the administrator.

²⁶⁹ Aden, Art. 5 ICC-SchO, Rn: 12, Art. 10 DIS-SchO, Rn: 1; Heger, ZfRV 2003, S. 171, 174; Lachmann, Rn: 348.

²⁷⁰ Art. 3 Abs. 2 AAA-SchO, Art. 10 DIS-SchO, Art. 5 Abs. 5 ICC-SchO.

²⁷¹ Heger, ZfRV 2003, S. 171, 174.

²⁷² Lachmann, Rn: 348.

²⁷³ Article 5 ICC-SchO: (5) Any counterclaim(s) made by the Respondent shall be filed with its Answer and shall provide: (a) a description of the nature and circumstances of the dispute giving rise to the counterclaim(s); and (b) a statement of the relief sought, including, to the extent possible, an indication of any amount(s) counter-claimed.

²⁷⁴ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 54 f.

²⁷⁵ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 55.

Schiedsverfahren entstehen jedenfalls zusätzliche Kosten. Unter den Voraussetzungen des Art. 6 Abs. 2 ICC-SchO kann es wieder zu einer Entscheidung der Institution über das Vorliegen einer ICC-Schiedsvereinbarung kommen, die bei ablehnender Haltung der Institution die Schiedsrichter von einer Entscheidung über die Widerklage ausschließt. Die ICC kann also, ohne dass ein von den Parteien benannter Schiedsrichter involviert ist, entweder die Hauptsache oder die Widerklage als nicht unter die Schiedsvereinbarung fallend ansehen und den betreffenden Teil abweisen. Wird sie nicht abgewiesen, soll gem. Art. 6 Abs. 5 ICC-SchO²⁷⁶ der Widerbeklagte innerhalb von 30 Tagen oder innerhalb einer vom Sekretariat verlängerten Frist auf die Widerklage mit einer Widerklageerwiderung reagieren.

Art. 10 DIS-SchO²⁷⁷ regelt ausdrücklich, dass eine Widerklage, die entsprechend Art. 6 Abs. 1 bis Abs. 4 DIS-SchO zu erheben ist, lediglich beim Sekretariat einzureichen ist und eine endgültige Entscheidung über die Zulässigkeit dem Schiedsgericht verbleibt. Fristen für die Widerklageeinlegung sind nicht in der Schiedsordnung geregelt. Insbesondere erfolgt keine zeitliche Bindung an die Klageerwiderung. Freilich empfiehlt sich eine frühzeitige Einlegung, um keine abweisende Entscheidung des Schiedsgerichts wegen der Gefahr von Verzögerungen zu riskieren. Von der Institution werden bis auf eine kursorische Prüfung des Inhalts der Widerklage nur die Anzahl der Schriftsätze und die Zahlung des in jedem Fall fälligen Vorschusses²⁷⁸ nach Art. 11 Abs. 3 DIS-SchO geprüft.

Art. 3 Abs. 2 AAA-SchO²⁷⁹ erklärt die Zulässigkeit der Erhebung der Widerklage nur beiläufig und bindet sie zeitlich an die Klageerwiderung. Art. 4 AAA-SchO überlässt es ebenfalls dem Schiedsgericht, über die Zulässigkeit der Widerklage zu entscheiden. Die Rechtslage entspricht also der bei der DIS. Außerdem besteht gem. Art. 33 Abs. 1 AAA-SchO eine Verpflichtung zur Zahlung eines Kostenvorschusses für die Widerklage. Im Gegensatz zu den anderen Schiedsordnungen wird darüber hinaus ausdrücklich die Zulässigkeit von Aufrechnungen erklärt, was jedoch auch bei der ICC und der DIS nicht in Frage steht²⁸⁰. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Begriffe Widerklage und „counterclaim“ nicht die gleiche Bedeutung haben müssen²⁸¹ und dass darüber hinaus ihr Verhältnis zur materiell-rechtlichen Aufrech-

²⁷⁶ Article 5 ICC-SchO: (6) The Claimant shall file a Reply to any counterclaim within 30 days from the date of receipt of the counterclaim(s) communicated by the Secretariat. The Secretariat may grant the Claimant an extension of time for filing the Reply.

²⁷⁷ Article 10 DIS-SchO: (1) Any counterclaim shall be filed with a DIS Secretariat. Section 6 subs. 1 - 4 apply mutatis mutandis. (2) The arbitral tribunal decides on the admissibility of the counterclaim.

²⁷⁸ Art. 11 Abs. 1 DIS-SchO.

²⁷⁹ Article 3 AAA-SchO: (2) At the time a respondent submits its statement of defense, a respondent may make counterclaims or assert setoffs as to any claim covered by the agreement to arbitrate, as to which the claimant shall within 30 days submit a written statement of defense to the respondent and any other parties and to the administrator.

²⁸⁰ Heger, ZfRV 2003, S. 171, 174.

²⁸¹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 55.

nung zu hinterfragen ist. Während eine Widerklage nach deutschem Recht nicht die Aufrechnung umfasst, kann dies nach anderen Rechtsordnungen der Fall sein, woraus sich wiederum Auswirkungen auf den Streitwert ergeben²⁸². Andererseits kann das unterschiedliche Verständnis vom Begriff der Widerklage zu unterschiedlichen Auffassungen darüber führen, ob die geltend gemachte Gegenforderung unabhängig von der Hauptsache schiedshängig ist. Mit Widerklage geltend gemachte Ansprüche sind von der Hauptforderung im Allgemeinen unabhängig²⁸³. Sollte also die durch Aufrechnung geltend gemachte Gegenforderung, anders als nach deutschem Recht²⁸⁴, selbst schiedshängig werden, ist sie in ihrer prozessualen Behandlung ebenfalls vom Schicksal der Hauptforderung unabhängig. Schließlich können unterschiedliche Standpunkte dazu eingenommen werden, ob das Schiedsgericht förmlich über eine Aufrechnung, wie über eine Widerklage zu entscheiden hat oder über eine unzulässige Aufrechnung lediglich nicht entschieden wird²⁸⁵. Daher stellt sich die Frage, wer entscheidet, ob eine Aufrechnung als Widerklage anzusehen ist. Hinsichtlich prozessualer Wirkungen muss nach dem anwendbaren Verfahrensrecht gesucht werden²⁸⁶. Durch die Wahl von unterschiedlichen Rechtsordnungen für Verfahrensrecht (zwingend anzuwendendes, nationales Recht am Ort des Verfahrens und die gewählte Schiedsordnung) und der zusätzlichen Wahl von materiellem Recht (Recht des Hauptvertrages) haben die Parteien zum Ausdruck gebracht, dass eben nicht das materielle Recht das Verfahren vorherbestimmt. Haben sie lediglich eine Schiedsordnung bezeichnet, gehen sie davon aus, dass Verfahrensfragen auch nach deren Regeln entschieden werden und nicht über das materielle Recht der engsten Verbindung eine prozessrechtliche Lösung gesucht wird. Anwendbar ist hier die Schiedsordnung als Verfahrensrecht, die, zumindest bei ICC und DIS, nicht nach Aufrechnung und Widerklage differenziert und daher nicht zur Klärung herangezogen werden kann. Art. 3 Abs. 2 AAA-SchO nennt Widerklage und Aufrechnung gesondert und lässt damit erkennen, dass Widerklage und Aufrechnung nicht dasselbe sind. Unterschiede in der Behandlung sind in der Schiedsordnung aber nicht angelegt. Aber auch nationales Schiedsverfahrensrecht oder gar Zivilprozessrecht kann nicht zur Anwendung kommen, da Aufrechnung und Widerklage nicht zu den zwingend zu beachtenden Regelungsbereichen gehören, die durch die Einigung auf eine Schiedsordnung als einziger Rest des nationalen Verfahrensrechts im Schiedsverfahren zu beachten sind²⁸⁷. Wie gezeigt, ist es nicht gerechtfertigt, pauschal davon auszugehen, dass die DIS-

²⁸² Aden, Art. 5 ICC-SchO, Rn: 11.

²⁸³ Schlosser in Stein/Jonas, § 1046 ZPO, Rn: 3.

²⁸⁴ Thomas/Putzo, § 145 ZPO, Rn: 20.

²⁸⁵ Lachmann, Rn: 348; Lionnet, S. 311.

²⁸⁶ Aden, Art. 5 ICC-SchO, Rn: 11.

²⁸⁷ Vgl. Art. 1 Abs. 2 i.V.m. Art. 16 Abs. 1 AAA-SchO, Art. 24 Abs. 1 DIS-SchO, Art. 15 Abs. 1 ICC-SchO.

Schiedsordnung wegen ihres deutschen Ursprungs die Widerklage im Sinne von § 33 ZPO versteht und von der Aufrechnung trennt. Ob Widerklage oder Aufrechnung vorliegen, entscheidet das Schiedsgericht gemäß Art. 24 Abs. 1 Satz 2, Art. 10 Abs. 2 DIS-SchO. Auch bei ICC und AAA scheint eine Einordnung von Fall zu Fall angebracht²⁸⁸. Im Allgemeinen wird eher zu einer Gleichbehandlung tendiert²⁸⁹.

Seitens der Institution oder des Schiedsgerichts wäre es angebracht, den Beklagten über die Zweifel hinsichtlich der Einordnung der geltend gemachten Gegenrechte als (materiell-rechtliche) Aufrechnung oder Widerklage unter Schiedshängigkeit- und Kostengesichtspunkten zu informieren und von ihm Klarstellung zu verlangen, was er wirklich erreichen möchte. Es kann von Parteien kaum erwartet werden, dass sie die jeweilige Einschätzung der Schiedsrichter oder der Institution vorhersehen können. Zwar könnte eine Parteivereinbarung das Schiedsgericht zur Klärung dieser Fragen verpflichten, die Grundsätze über ein faires Verfahren (vgl. Kapitel 6, E) führen aber zu demselben Ergebnis, weshalb zur Vermeidung zu komplexer Schiedsklauseln eine Parteivereinbarung unterbleiben sollte. Die widerklagende oder aufrechnende Partei könnte aber auch unter Verzicht auf rechtsdogmatische Begriffe die angestrebte Wirkung ihrer Anträge erläutern.

²⁸⁸ Derains/Schwartz, S. 74.

²⁸⁹ Aden, Art. 10 DIS-SchO, Rn: 2.

D: Kosten und Vorschüsse

I. Einführung

Ein Schiedsverfahren ist in den meisten Fällen nicht kostenlos²⁹⁰, insbesondere nicht das administrierte Schiedsverfahren. Die Schiedsordnungen der AAA, DIS und ICC legen in eigenen Kostenregelungen, die zum Teil in ihren Anhängen verortet sind, Beträge fest, die von den Parteien zu erstatten sind²⁹¹. Neben den Kosten für das Schiedsverfahren an sich, also Schiedsrichterhonoraren, Verwaltungskosten und Auslagen, kommen auf Parteien Honorare für ihre anwaltliche Vertretung und sonstige Kosten, wie Hotel- und Übersetzungskosten zu²⁹². Parteikosten, bis auf die eigentlichen Kosten des Schiedsverfahrens, werden nicht durch die Schiedsordnungen geregelt und sollen daher in diesem Zusammenhang nicht interessieren. Die Höhe ihrer Erstattung ist jedoch nach oben hin durch die Notwendigkeit bzw. Angemessenheit begrenzt²⁹³. Auch Auslagen sind einzelfallabhängig und daher kaum vorhersehbar. Bei Verwaltungskosten und Schiedsrichterhonoraren können, teilweise unter Einschränkungen, Voraussagen getroffen werden.

Die tatsächlich anfallenden Kosten für Schiedsrichterhonorare können, soweit ein Spielraum bei der Bemessung der Honorare besteht²⁹⁴, erst nach Abschluss des Schiedsverfahrens ermittelt werden, wenn feststeht, welcher Arbeitsaufwand durch die Schiedsrichter betrieben wurde. Daher ist es wie auch im nationalen Zivilprozessrecht die Regel, dass die endgültigen Kosten des Schiedsverfahrens erst an dessen Ende festgesetzt werden. Vorhergehende Sicherheiten sind aber für die Institution und die Schiedsrichter unerlässlich. Daher kennen alle drei Schiedsordnungen Kostenvorschüsse. Betrachtet man alles als Kostenvorschuss, was vor dem letztendlichen Abschluss des Verfahrens zu zahlen ist, so werden Kostenvorschüsse nach den Schiedsordnungen nicht nur vor dem eigentlichen Verfahrensbeginn i.S.v. Zustellung der Schiedsklagen (also Kosten für die Verfahrenseinleitung), sondern auch im Laufe des Verfahrens fällig. Im Zusammenhang mit dem Schiedsspruch wird dann die endgültige Kostenentscheidung behandelt (vgl. Kapitel 12, C, I), wobei hinsichtlich der Honorarhöhe und der Verwaltungskosten auf nachfolgende Ausführungen verwiesen werden wird, da auch insoweit inhaltlich kein Unterschied besteht.

²⁹⁰ Redfern/Hunter, para.4-104.

²⁹¹ Art. 31 AAA-SchO ff, insbes. nach Art. 36 AAA-SchO; Art. 40 DIS-SchO mit Anhang zu Art. 40 Abs. 5 DIS-SchO; Art. 30 ICC-SchO f., insbes. Appendix III.

²⁹² Vgl. ausführlich zum Ganzen Münch in MüKo, § 1057 ZPO, Rn: 3 ff.

²⁹³ Art. 31 lit. d AAA-SchO, Art. 35 Abs. 1 DIS-SchO, Art. 31 Abs. 1 ICC-SchO.

²⁹⁴ So bei AAA und ICC, vgl. Art. 32 AAA-SchO, und Art. 31 Abs. 2 ICC-SchO.

II. Art und Weise der Erhebung

Die Kostenerhebung im ICC-Verfahren ist ein mehrstufiger Prozess. Gemäß Art. 30 Abs. 1 ICC-SchO i.V.m. Art. 1 Abs. 1 Anhang III zur ICC-SchO ist zunächst bei Einleitung des Schiedsverfahrens vom Kläger ein nicht erstattungsfähiger Betrag von US\$ 2500,- als Vorschuss auf die Verwaltungskosten zu zahlen²⁹⁵, der auf den Anteil des Klägers am Kostenvorschuss anzurechnen ist²⁹⁶. Nach Erhalt der Klage kann (muss aber nicht²⁹⁷) der Generalsekretär darüber hinaus einen vorläufigen Kostenvorschuss festsetzen, der die Kosten des Verfahrens bis zur Erstellung des Schiedsauftrages deckt²⁹⁸ und gemäß Art. 1 Abs. 2 Anhang III zur ICC-SchO aus Verwaltungskosten, den voraussichtlichen Auslagen und einem Minimalbetrag für Schiedsrichterhonorare besteht. Durch diese Regelungstechnik verhindert die ICC-Schiedsordnung von 1998 gegenüber ihren früheren Fassungen, die keinen Vorschuss forderte, Scheinklagen, die lediglich erhoben werden, um den außergerichtlichen Druck auf den Beklagten zu erhöhen²⁹⁹. Schließlich wird gemäß Art. 30 Abs. 2 ICC-SchO vom Schiedsgericht ein endgültiger Kostenvorschuss festgesetzt, was „so bald wie möglich“ geschehen soll³⁰⁰. Die zu erhebenden Kostenvorschüsse sind Beträge, die aus den Tabellen im Anhang III zur ICC-SchO zu entnehmen sind³⁰¹. Grundlage ist dabei der Streitwert der anhängigen Klage³⁰². Der Vorschuss auf die Schiedsrichterhonorare errechnet sich aus einem Durchschnittsbetrag aus Mindest- und Höchstthonorar und kann später durch eine endgültige Kostenentscheidung nach Art. 31 ICC-SchO korrigiert werden. Das letzte Wort in dieser Frage hat allerdings nicht das Schiedsgericht, sondern der Gerichtshof³⁰³. Bis auf den Vorschuss auf die Verwaltungskosten i.H.v. US\$ 2500,- und den vorläufigen Kostenvorschuss, der vom Kläger zu zahlen ist, werden Kostenvorschüsse von beiden Parteien erhoben³⁰⁴. Für Klage und Widerklage können jedoch getrennte Kostenvorschüsse festgesetzt werden, was die Sache angesichts der degressiven Kostentabellen insgesamt verteuert. Wird der Kostenvorschuss nicht gezahlt, wird das Verfahren nicht fortgeführt. Der Generalsekretär hat die Möglichkeit, das Schiedsgericht anzuweisen, die Arbeit einzustellen und eine Zahlungsfrist von mindestens

²⁹⁵ Eßer/Moosmayer, EuZW 1998, S. 490, 491 f.

²⁹⁶ Art. 4 Abs. 4 ICC-SchO i.V.m. Art. 1 Abs. 1 Anhang III zur ICC-SchO.

²⁹⁷ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 183.

²⁹⁸ Art. 30 Abs. 1 ICC-SchO.

²⁹⁹ Lionnet, BB 1997, S. 15, 16.

³⁰⁰ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 184.

³⁰¹ Wie Art. 2 Abs. 4 des Anhang III zur ICC-SchO klarstellt, sind die in der Tabelle festgesetzten Beträge rglm. nicht durch Vereinbarung abdingbar.

³⁰² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 183, 185.

³⁰³ Lionnet, S. 64.

³⁰⁴ Art. 30 Abs. 3 ICC-SchO; Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 187.

15 Tagen zu setzen, nach deren fruchtlosem Ablauf die Klage als zurückgenommen gilt³⁰⁵. Zahlt eine Partei ihren Kostenvorschuss nicht, egal ob Kläger oder Beklagter, kann die andere den Fortgang des Verfahrens durch Zahlung des gesamten Vorschusses erreichen³⁰⁶. Auch im DIS-Verfahren ist es der Regelfall, dass der Kläger bei Klageerhebung einen Kostenvorschuss leistet³⁰⁷. Dieser setzt sich aus der DIS-Bearbeitungsgebühr und einem Vorschuss auf die Schiedsrichterhonorare zusammen. Beides berechnet sich nach der Anlage zu Art. 40 Abs. 5 DIS-SchO. Im Unterschied zur ICC wird der Vorschuss auf die Schiedsrichterhonorare aus dem auf einen Beisitzer nach der Kostentabelle entfallenden Honorar gebildet³⁰⁸. Zur Absicherung gestattet Art. 25 DIS-SchO dem Schiedsgericht, den Fortgang des Verfahrens von einer weiteren Vorschusszahlung auf die Schiedsrichterhonorare abhängig zu machen. Dieser soll dann von beiden Parteien als Gesamtschuldner erhoben werden³⁰⁹. Die endgültige Festsetzung erfolgt in einer gesonderten Kostenentscheidung gemäß Art. 40 DIS-SchO durch das Schiedsgericht. Kommt der Kläger der Vorschusspflicht nicht bereits bei Klageerhebung nach, fordert die DIS-Geschäftsstelle unter Fristsetzung zur Zahlung auf. Für die Widerklage ist ebenfalls Zahlung eines Vorschusses bei Widerklageerhebung vorgesehen. Mangels sofortiger Zahlung fordert die DIS-Geschäftsstelle einen Betrag entsprechend den vorherigen Ausführungen³¹⁰. Der Fortgang des Verfahrens betreffend die Widerklage ist ebenfalls von der Vorschusszahlung abhängig. Nach dem Wortlaut von Nr. 15 des Anhangs zu Art. 40 Abs. 5 DIS-SchO wird für die Widerklage der Vorschuss auf die DIS-Bearbeitungsgebühr durch Addition der Streitwerte errechnet, was zur Berücksichtigung der degressiven Steigerung der Gebühren führt. Von der Möglichkeit, beide Klagen getrennt zu betrachten, wird nicht gesprochen. Weiter wird nichts über die Höhe der Schiedsrichterhonorare in diesem Falle gesagt, vielmehr muss der Widerkläger nach Art. 11 DIS-SchO nur einen Vorschuss auf die DIS-Bearbeitungsgebühr entrichten. Nachdem das Schiedsgericht nach Art. 40 Abs. 2 DIS-SchO über die Höhe des Streitwertes nach pflichtgemäßem Ermessen befindet, wird es auch nach pflichtgemäßem Ermessen darüber entscheiden, ob von der Degression der Honorartabelle Gebrauch zu machen ist oder ob die Komplexität des Falles ein Abweichen verlangt. Jedenfalls ist diese Entscheidung zu begründen³¹¹. Die DIS-Schiedsordnung geht weiterhin davon aus, dass der Vorschuss vom Kläger oder Widerkläger, nicht also von beiden, zu zahlen ist. Lediglich für die vorläufige oder endgültige Kostenfestsetzung durch das Schieds-

³⁰⁵ Art. 30 Abs. 4 ICC-SchO.

³⁰⁶ Aden, Art. 30 ICC-SchO, Rn: 16.

³⁰⁷ Art. 7 DIS-SchO.

³⁰⁸ Nr. 14 der Anlage zu Art. 40 Abs. 5 DIS-SchO.

³⁰⁹ Aden, Art. 25 DIS-SchO, Rn: 1.

³¹⁰ Art. 11 DIS-SchO.

³¹¹ Aden, Art. 40 ICC-SchO, Rn: 4.

gericht gelten beide als Gesamtschuldner³¹². Schließlich hält, im Unterschied zur AAA und ICC, Nr. 12 des Anhangs zu Art. 40 Abs. 4 DIS-SchO noch eine Regelung für Mehrparteien-Schiedsverfahren bereit. In diesem Fall erhöhen sich die Schiedsrichterhonorare um mindestens 20% für jede weitere Partei.

Nachdem in AAA-Verfahren die Zustellung der Klage vom Kläger vorgenommen wird, ist ein Kostenvorschuss dafür keine Voraussetzung. Dennoch wird auch hier regelmäßig ein Vorschuss vom Kläger bei Klageerhebung fällig³¹³. Die Höhe der „filing fee“, also der Bearbeitungsgebühr ist dem Anhang zur Schiedsordnung zu entnehmen. Sie wird bei Einlegung einer Klage oder Widerklage fällig. Darüber hinaus wird noch eine „case service fee“ erhoben, die die Kosten der Vorbereitung der mündlichen Verhandlungstermine deckt und zurückerstattet werden kann, wenn es nicht zur mündlichen Verhandlung kommt. Für Verfahren mit wenigstens drei Schiedsrichtern wird eine „filing fee“ von US\$ 2750,- plus einer „case service fee“ von US\$ 1250,- erhoben. Die Tabelle der AAA-SchO, die den Kostenvorschuss regelt, enthält ausdrücklich keine Vorschusszahlungen auf das Schiedsrichterhonorar. Mangels abweichender Vereinbarungen wird die letztendliche Feststellung den Schiedsrichtern im Schiedsspruch überlassen³¹⁴. Dennoch kann nach der Verweisung von Art. 33 Abs. 1 AAA-SchO auf Art. 31 lit. a-c AAA-SchO schon bei Klageerhebung ein Vorschuss auf die Schiedsrichterhonorare gefordert werden. Im Einklang mit den anderen Schiedsordnungen besteht für das Schiedsgericht (logischerweise erst nach dessen Konstituierung) ebenfalls die Möglichkeit, gemäß Art. 33 Abs. 2, 3 AAA-SchO den Fortgang des Verfahrens von einem Vorschuss auf das Honorar der Schiedsrichter abhängig zu machen. Dieser berechnet sich nicht nach Honorartabellen, sondern wird durch die Institution nach Absprache mit den Parteien und Schiedsrichtern auf Stundenbasis festgesetzt³¹⁵. Ein einheitliches Bild ergibt sich dann, wenn man das typischerweise eingehaltene Listenverfahren der AAA bei der Schiedsrichterauswahl betrachtet (vgl. Kapitel 5). Mit der Liste der verfügbaren Schiedsrichter wird den Parteien als Information zu den jeweiligen Schiedsrichtern auch deren übliches Honorar genannt, wobei sich übertriebene Honorare durch Angebot und Nachfrage auf den „Schiedsrichtermarkt“ selbst regeln³¹⁶. Kostenvorschüsse werden, abgesehen von dem vom Kläger bei Klageeinreichung zu zahlenden

³¹² Art. 40 DIS-SchO.

³¹³ Art. 31, 33 AAA-SchO und Anhang zur SchO.

³¹⁴ Smith, Dispute Resolution Journal, February/April 2001, S. 30, 32; Art. 31 AAA-SchO; vgl. weiter Anhang zur AAA-SchO.

³¹⁵ Art. 32 AAA-SchO.

³¹⁶ Oehmke, § 41:34.

Vorschuss, von beiden Parteien getragen³¹⁷. Über die kostenrechtliche Behandlung von Mehrparteien-Schiedsverfahren ist nichts gesagt.

III. Die Kosten im Vergleich

Ein umfänglicher und direkter Kostenvergleich, der alle Vorschüsse oder gar endgültigen Kosten gegenüberstellt, ist nur fallbezogen möglich. Unwägbarkeiten, die die Höhe des Schiedsrichterhonorars und entstehende Auslagen betreffen, machen eine Vorhersage schwierig.

Insbesondere entziehen sich die Schiedsrichterhonorare einem direkten Vergleich, da die Erhebung der Honorare zu unterschiedlich geregelt ist. Zunächst bestehen unterschiedliche Auffassungen dazu, wie viele Schiedsrichter in einem Verfahren benötigt werden³¹⁸. Es macht einen großen Unterschied, ob ein oder drei Schiedsrichter entlohnt werden müssen. Die DIS und die ICC bestimmen die Schiedsrichterhonorare streitwertabhängig. Die Anlage zu Art. 40 Abs. 5 der DIS-SchO differenziert dabei zwischen Honoraren für den Vorsitzenden und für Beisitzer. Aus der Tabelle zu den Schiedsrichterhonoraren in Anhang III zur ICC-Schiedsordnung ergeben sich Einheitssätze für die Schiedsrichter, wobei aber im Endeffekt doch eine Unterscheidung zwischen Vorsitzendem und Beisitzern im Verhältnis 40% zu 30% am Gesamtschiedsrichterhonorar getroffen wird³¹⁹. Der dort ebenfalls festgelegte Spielraum zwischen Mindest- und Höchstonorar wird regelmäßig nicht ausgenutzt. Üblich ist vielmehr die Festsetzung eines Betrages in der Mitte dieses Spielraums, es sei denn, besondere Umstände rechtfertigen etwas anderes³²⁰. Genau dieser Spielraum macht aber für den Einzelfall das Schiedsrichterhonorar unvorhersehbar. Dazu kommt noch, dass die Honorare ausdrücklich nicht die vom Schiedsrichter zu zahlenden Steuern umfassen, weshalb gesondert die Pflicht der Parteien festgeschrieben ist, auch diese Kosten zu tragen, vgl. Art. 2 Abs. 9 Anhang III zur ICC-Schiedsordnung. In AAA-Verfahren werden Schiedsrichter hingegen zeitabhängig entlohnt³²¹. Eine streitwertabhängige Bestimmung erhöht die Vorhersehbarkeit, hat aber den Nachteil, nicht den wirklichen Aufwand zu berücksichtigen. Honorare können also als zu hoch oder zu niedrig empfunden werden. Eine zeitabhängige Vergütung berücksichtigt zwar den tatsächlichen Aufwand, hält aber nicht unbedingt zur zügigen Bearbeitung des Falles an³²². Weiter ist der tatsächliche Aufwand für die Parteien nicht zu überprüfen.

³¹⁷ Art. 33 Abs. 2 AAA-SchO „the parties“.

³¹⁸ Vgl. Kapitel 5.

³¹⁹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 205 f.

³²⁰ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 206.

³²¹ Art. 32 AAA-SchO.

³²² Gotanda, Vanderbilt Journal of Transnational Law, 2000, S. 779, 781 ff.

Um dennoch einen Überblick über die zu erwartenden Kosten des Verfahrens im Vergleich der Schiedsordnungen zu erhalten, werden im Folgenden Kosten verglichen, die vorhersehbar sind. Dazu soll zunächst ein Vergleich der nicht erstattungsfähigen Kosten angestellt werden, die bei der Institution verbleiben, egal, ob es überhaupt zur Konstituierung des Schiedsgerichts kommt. Im Anschluss daran folgt ein Vergleich der Verwaltungsgebühren.

1. Vergleich der nicht erstattungsfähigen Kosten

Nicht erstattungsfähige Kosten interessieren vor allem bei der vorzeitigen Verfahrensbeendigung etwa durch Vergleich. Die DIS fordert einen Mindestbetrag von € 350,- als Bearbeitungsgebühr. Bei der ICC verbleiben immer US\$ 2500,-. Bei der AAA muss von einem Mindestbetrag von US\$ 300,- als „filing fee“ ausgegangen werden. Ein darüber hinaus gezahlter Betrag kann im Falle der Erledigung der Sache, oder bei Klagerücknahme je nach Streitwert und Zeitpunkt der Erledigung in der Höhe erstattet werden, die den jeweils nicht erstattungsfähigen Teil des Kostenvorschusses übersteigt³²³. Schiedsrichterhonorare, sollte bereits ein Vorschuss auf sie geleistet sein, sind dagegen Entgelt, welches nur nach Erbringen irgendeiner Leistung fällig werden kann und folgerichtig von den Institutionen zu erstatten ist, wenn es nicht zur Konstituierung des Schiedsgerichts kommt. Mangelnde Klarheit herrscht aber darüber, ob Schiedsrichter allein für ihre Verpflichtung Honorarforderungen zustehen, wenn es zu keinem Verfahren kommt. Hintergrund dafür können zum Beispiel freigehaltene Verhandlungstage sein, die spontan nicht mit anderweitiger Arbeit zu füllen sind³²⁴. Regelmäßig bedarf es, um solche Forderungen zu begründen, einer Vereinbarung zwischen Schiedsrichtern und Parteien, da die Schiedsordnungen insoweit keine Vergütung anordnen. Unklarheit herrscht darüber hinaus, in wieweit solche Vereinbarungen durch nationales Recht oder vereinbarte ethische Regeln untersagt sind³²⁵. In AAA-Verfahren ist zumindest, sollte ein solcher Anspruch bestehen, die Höhe auf ein halbes Tageshonorar für jeden ausgefallenen Verhandlungstag vorgesehen³²⁶.

2. Vergleich der Verwaltungsgebühren

Auch ein Kostenvergleich der Verwaltungsgebühr der Institutionen ist nur unter Einschränkungen möglich. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die AAA in ihrer Kostentabelle große

³²³ Oehmke, § 45:4; Refund Schedule der AAA-SchO; nach vertragsrechtlichen Grundsätzen kann bei der DIS und ICC nichts anderes gelten.

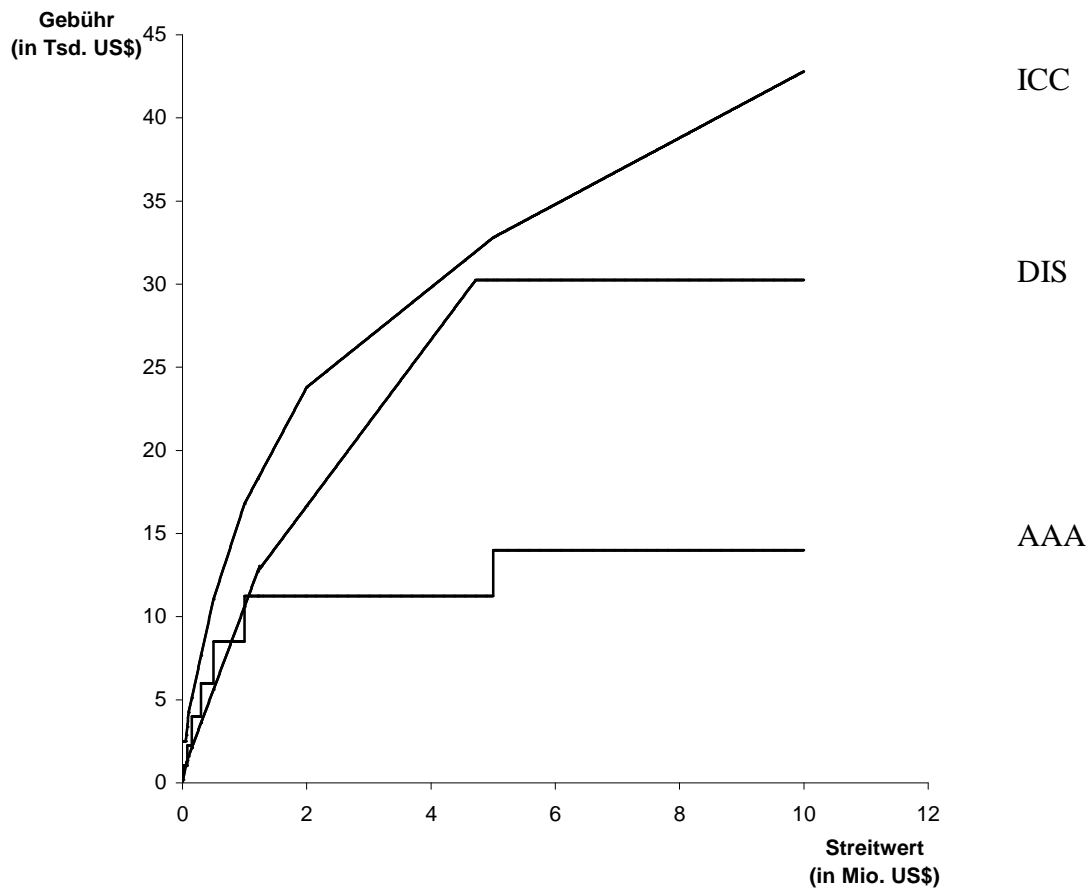
³²⁴ Redfern/Hunter, para.4-105.

³²⁵ Gotanda, Vanderbilt Journal of Transnational Law 2000, S. 779, 798 mit einer internationalen Studie zur Beurteilung von „cancellation or commitment fees“ durch Schiedsrichter.

³²⁶ Fact sheet to arbitrators fees and expenses in international cases, AAA-Homepage.

Sprünge bei den Streitwerten hat und innerhalb der einzelnen Stufen Festbeträge nennt. Das führt, anders als bei ICC und DIS, die die Verwaltungsgebühr prozentual aus dem Streitwert berechnen, dazu, dass in Randbereichen die AAA-Verwaltungsgebühr als zu hoch oder zu niedrig empfunden werden kann. Weiter ist in Rechnung zu stellen, dass die DIS im Regelfall von einem Dreier-Schiedsgericht mit entsprechendem Mehrbedarf an Organisation ausgeht, wobei die AAA und ICC bis US\$ 1.000.000,- einen Einzelrichter vorsehen (vgl. Kapitel 5, B, II). Schließlich berechnen die ICC und AAA ihre Gebühren in US Dollar, während die DIS in Euro abrechnet, weshalb Kursschwankungen zu berücksichtigen sind.

Diese Faktoren und einen Wechselkurs von US\$ 1,21 zu €1,- zugrunde gelegt ergibt sich folgendes Bild:



Kapitel 5: Die Konstituierung des Schiedsgerichts

A: Einführung

Unter Konstituierung sollen im Folgenden die Bestellung der Schiedsrichter einschließlich wesentlicher Vorfragen und eine eventuelle Korrektur an der Besetzung des Schiedsgerichts behandelt werden. Es ist also nicht die „konstituierende Sitzung“ gemeint³²⁷, also die Sitzung, in der sich das Schiedsgericht erstmals trifft, um das weitere Vorgehen zu beraten (vgl. dazu Kapitel 6, B). In allen drei Schiedsordnungen nehmen die Regelungen zur Konstituierung des Schiedsgerichts großen Raum ein. Je nach Schiedsordnung und Institution ergeben sich Unterschiede hinsichtlich der Anzahl der Schiedsrichter, der Beteiligung der Institution bei der Konstituierung und des jeweils einzuhaltenden Verfahrens. Im Folgenden sollen zunächst die Rahmenbedingungen zur Auswahl der Schiedsrichter beleuchtet werden. Danach werden alle Fragen erörtert, die im Zusammenhang mit der Nominierung und Ernennung des einzelnen Schiedsrichters stehen. Schließlich sind Fragen, die im Zusammenhang mit Korrekturen am Schiedsgericht stehen, zu beantworten.

B: Rahmenbedingungen der Konstituierung des Schiedsgerichts

Da Schiedsverfahren nicht besser sind, als ihre Schiedsrichter³²⁸, kommt ihrer Auswahl entscheidende Bedeutung zu.

I. Unabhängigkeit und Unparteilichkeit

Art. 7 Abs. 1 AAA-SchO³²⁹, Art. 15 DIS-SchO³³⁰ und Art. 7 Abs. 1 ICC-SchO³³¹ fordern, dass Schiedsrichter von den Parteien unabhängig zu sein haben. Dieser in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit herrschende Grundsatz³³² ist keine Selbstverständlichkeit, da

³²⁷ Lachmann, Rn: 644 ff; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 369.

³²⁸ Oehmke, § 41:32.

³²⁹ Article 7 AAA-SchO: (1) Arbitrators acting under these rules shall be impartial and independent. Prior to accepting appointment, a prospective arbitrator shall disclose to the administrator any circumstance likely to give rise to justifiable doubts as to the arbitrator's impartiality or independence. If, at any stage during the arbitration, new circumstances arise that may give rise to such doubts, an arbitrator shall promptly disclose such circumstances to the parties and to the administrator. Upon receipt of such information from an arbitrator or a party, the administrator shall communicate it to the other parties and to the tribunal.

³³⁰ Article 15 DIS-SchO: Each arbitrator must be impartial and independent. He shall exercise his office to the best of his knowledge and abilities, and in doing so is not bound by any directions.

³³¹ Article 7 ICC-SchO: (1) Every arbitrator must be and remain independent of the parties involved in the arbitration.

³³² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 61.

es ebenso Schiedsordnungen gibt, die parteiernannte Schiedsrichter zulassen, die im Verfahren gezielt Parteiinteressen wahren sollen³³³. Daher wird Art. 7 AAA-SchO von amerikanischen Autoren als bemerkenswerte Abweichung zu US-amerikanischen Standards gewertet³³⁴. Art. 7 Abs. 1 AAA-SchO und Art. 15 DIS-SchO fordern darüber hinaus, dass Schiedsrichter auch unparteiisch sein müssen. Die Nichterwähnung der Unparteilichkeit in Art. 7 ICC-SchO beruht auf der Annahme, dass sich Parteilichkeit erst im Laufe des Verfahrens aus der Prozessführung des Schiedsrichters ergeben kann. Sie ist kein objektiv feststellbarer und katalogisierbarer Umstand wie die Unabhängigkeit. Daher lasse sich Unabhängigkeit im Vorfeld des Verfahrens besser ermitteln als Unparteilichkeit³³⁵. Unparteilichkeit ist erst in Art. 15 Abs. 2 ICC-SchO, im Rahmen der vom Schiedsgericht zu wahrenden Verfahrensregeln, angesprochen³³⁶. Diese andere Regelungstechnik kann jedoch nicht zu anderen Ergebnissen führen. Sollte ein Schiedsrichter schon bei seiner Nominierung wissen, dass er parteiisch ist, hindert ihn das an der Übernahme des Schiedsrichteramtes, sei es, weil Parteilichkeit gleichzeitig in seiner Abhängigkeit von der Partei begründet ist, sei es, weil Unparteilichkeit Unfähigkeit bedeutet, den Pflichten aus dem Schiedsrichtervertrag auf unparteiische Prozessführung gemäß Art. 15 Abs. 2 ICC-SchO gerecht zu werden. Aus diesen im Folgenden noch näher zu konkretisierenden Anforderungen an die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Schiedsrichter ergeben sich Auswirkungen auf ihre Bestellung. Schiedsrichter sind im Vorfeld und während des Verfahrens verpflichtet, von selbst alle Umstände offen zu legen, die Zweifel an ihrer Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründen³³⁷. Um den Parteien die effektive Beurteilung des Schiedsrichters zu ermöglichen, gilt, dass die Offenbarungspflicht über die Ablehnungsgründe hinausgehende Tatsachen erfasst³³⁸. Auf diesem Wege ermöglicht die Kenntnis von Parteilichkeit und Abhängigkeit die Ablehnung des Schiedsrichters durch eine der Parteien.

Was im Einzelnen unter Unparteilichkeit und Unabhängigkeit zu verstehen ist, kann nicht einheitlich beantwortet werden. Diese Begriffe sind nicht von nationalen Eigenheiten zu lösen³³⁹, da nationale Rechtsordnungen gewisse Anforderungen an das Schiedsverfahren stellen, um den Schiedsspruch nicht der Aufhebung zu unterwerfen. Eine Einschätzung ist daher nur

³³³ Lachmann, Rn: 1686; Vetter, RIW 1993, S. 191, 195; vgl. allgemein zum „party appointed arbitrator“ und Parteilichkeit im US-amerikanischen Recht Byrne, Fordham Urban Law Journal 2003, S. 1815 ff.

³³⁴ Hoellering, Dispute Resolution Journal February 1998, S. 64, 66.

³³⁵ Derains/Schwartz, S. 108 ff

³³⁶ Craig/Park/Paulsson, S. 67.

³³⁷ Art. 7 Abs. 1 AAA-SchO, Art. 16 Abs. 1, 3 DIS-SchO, Art. 7 Abs. 1, 2 ICC-SchO, vgl. im Einzelnen Kapitel 5, C, II, 3.

³³⁸ Lachmann, Rn: 615.

³³⁹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 62.

im Einzelfall möglich³⁴⁰. Daher verwundert es auch nicht, dass Schiedsrichter und Parteien häufig Probleme haben, die jeweiligen Standards zu ermitteln³⁴¹.

Um vereinheitlichte Standards zu schaffen, hat die International Bar Association (IBA) bereits 1987 die „Rules of Ethics for International Arbitrators“ geschaffen. Daneben bestehen seit 22.05.2004 die „IBA Guidelines on Conflicts of Interest in International Arbitration“, die mit Hilfe von Listen einen Katalog von offenbarungspflichtigen und nicht offenbarungspflichtigen Tatsachen aufstellen. Auch die AAA hält einen „Code of Ethics for Arbitration in Commercial Disputes“ bereit³⁴². Charakteristisch ist jeweils, dass diese Regeln nachrangig zu Schiedsordnungen, nationalen Regelungen und vor allem Parteivereinbarungen stehen³⁴³. Verlässliche Standards können also nur durch Vereinbarung einer dieser Regelungswerke in der Schiedsvereinbarung erzielt werden³⁴⁴. Eine Vereinbarung der IBA-Rules könnte wie folgt lauten:

„In addition to the [institutional rule], the parties agree that the arbitration shall be conducted according to the IBA Guidelines on Conflicts of Interest in International Arbitration.“

Selbstverständlich können aber Schiedsrichter diese „Codes of Ethics“ von sich aus heranziehen, um die eigene Lage zu beurteilen. Aus ihrer Sicht können ihre Pflichten im Schiedsverfahren, insbesondere die Offenbarungspflicht, nach Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten hinterfragt werden, da zu weit gehende Offenbarungspflichten einen unzumutbaren Ermittlungsaufwand erfordern können³⁴⁵. Jedoch sollte an dieser Stelle immer der konkrete Fall im Auge behalten werden, da Generalisierungen, was Unparteilichkeit und Unabhängigkeit bedeuten, schwer möglich sind³⁴⁶.

Art. 7 Abs. 2 AAA-SchO³⁴⁷ regelt zur Einhaltung dieser Standards darüber hinaus die Kommunikation zwischen Parteien und Schiedsrichter, was der in den USA weit verbreiteten Pra-

³⁴⁰ Zur Definition von „Unabhängigkeit“ vgl. Drans /Schwartz, S. 111 ff.

³⁴¹ IBA Committee D on Arbitration and ADR, SchiedsVZ 2003, S. 263.

³⁴² Zu den anzugebenden Punkten vgl. Oehmke, § 41:91.

³⁴³ IBA Committee D on Arbitration and ADR, SchiedsVZ 2003, S. 263, 264; und AAA- Code of Ethics for Arbitration in Commercial Disputes, Note on Construction, AAA Homepage.

³⁴⁴ Lionnet, S. 189.

³⁴⁵ Carter, in: The Status of the Arbitrator, S. 24 ff.

³⁴⁶ Lionnet, S. 190.

³⁴⁷ Article 7 AAA-SchO: (2) No party or anyone acting on its behalf shall have any ex parte communication relating to the case with any arbitrator, or with any candidate for appointment as party-appointed arbitrator except to advise the candidate of the general nature of the controversy and of the anticipated proceedings and to discuss the candidate's qualifications, availability or independence in relation to the parties, or to discuss the suitability of candidates for selection as a third arbitrator where the parties or party designated arbitrators are to

xis der Absprache zwischen Partei und insbesondere parteiernanntem Schiedsrichter entgegenwirken soll³⁴⁸. Unzulässig ist immer ein Meinungs Austausch, der über die bloße Formalie der Konstituierung des Schiedsgerichts hinausgeht. Ob es einer solchen Regelung in DIS- und ICC-Verfahren durch Parteivereinbarung bedarf, kann bezweifelt werden. Die AAA-Schiedsordnung ordnet keine Sanktionen für eine unerlaubte Kommunikation zwischen Parteien und Schiedsrichtern. Daher kann nur wieder über die Regelungen zur Unparteilichkeit und Unabhängigkeit über den Ausschluss eines Schiedsrichters, den die Unterredung parteiisch gemacht hat, befunden werden, wenn auch die verbotene Unterredung als Indiz gewertet werden kann. Dieses Ergebnis ist auch ohne eine Regelung entsprechend Art. 7 Abs. 2 AAA-SchO in DIS- und ICC-Verfahren zu erreichen.

Daher ist festzuhalten, dass die Schiedsordnungen der AAA, DIS und ICC einander in der Forderung nach Unabhängigkeit der Schiedsrichter entsprechen. In AAA- und DIS-Verfahren wird überdies Unparteilichkeit gefordert, während Unparteilichkeit in der ICC-Schiedsordnung nicht als Voraussetzung an Schiedsrichter formuliert ist. Hintergrund dieses Verzichts ist jedoch die Annahme, dass Parteilichkeit erst im Laufe des Verfahrens ersichtlich werden kann, dann aber geeignet ist, Personen für das Schiedsrichteramt als ungeeignet erscheinen zu lassen. Da also Parteilichkeit vor Beginn des Verfahrens im Begriff der Unabhängigkeit aufgeht, sind in der Sache keine Unterschiede festzustellen. Der konkrete Inhalt von Unparteilichkeit und Unabhängigkeit ist in allen untersuchten Schiedsordnungen konkretisierungsbedürftig, was am Besten durch Parteivereinbarung zu geschehen hat.

II. Zahl und Qualifikation der Schiedsrichter

Die DIS geht gem. Art. 3 DIS-SchO³⁴⁹ im Regelfall von einem Dreier-Schiedsgericht aus, Art. 8 Abs. 2 ICC-SchO³⁵⁰ und Art. 5 AAA-SchO³⁵¹ dagegen von einem Einzelrichter, an dessen Stelle aber ein Dreier-Schiedsgericht gebildet werden kann. Während Art. 5 AAA-SchO Umfang oder Schwierigkeit des Falles beispielhaft als Gründe für ein Dreier-

participate in that selection. No party or anyone acting on its behalf shall have any ex parte communication relating to the case with any candidate for presiding arbitrator.

³⁴⁸ Juris Publications, Inc., World Arbitration & Mediation Report 1997, S. 79, 81.

³⁴⁹ Article 3 DIS-SchO: Unless otherwise agreed by the parties, the arbitral tribunal consists of three arbitrators.

³⁵⁰ Article 8 ICC-SchO: (1) The disputes shall be decided by a sole arbitrator or by three arbitrators. (2) Where the parties have not agreed upon the number of arbitrators, the Court shall appoint a sole arbitrator, save where it appears to the Court that the dispute is such as to warrant the appointment of three arbitrators. In such case, the Claimant shall nominate an arbitrator within a period of 15 days from the receipt of the notification of the decision of the Court, and the Respondent shall nominate an arbitrator within a period of 15 days from the receipt of the notification of the nomination made by the Claimant.

³⁵¹ Article 5 AAA-SchO: If the parties have not agreed on the number of arbitrators, one arbitrator shall be appointed unless the administrator determines in its discretion that three arbitrators are appropriate because of the large size, complexity or other circumstances of the case.

Schiedsgericht anspricht, spricht Art. 8 Abs. 2 ICC-SchO nur pauschal von dieser Möglichkeit. Die Entscheidung ist in das Ermessen des „case administrator“³⁵² bzw. des Schiedsgerichtshofes³⁵³ gestellt. Beide Institutionen ernennen regelmäßig einen Einzelschiedsrichter, wenn der Streitwert unter 1 Million US-Dollar liegt³⁵⁴. Für AAA-Verfahren ist die Konstituierung eines Dreierschiedsgerichts in Art. 2 der „Procedures for large, complex commercial disputes“ geregelt.

Wie generell im Schiedsverfahren respektieren die Schiedsordnungen ausdrücklich auch hinsichtlich der Zahl der Schiedsrichter die Parteiautonomie³⁵⁵. Daher könnte, wenn unter Kostengesichtspunkten zu rechtfertigen, auch in AAA- und ICC-Verfahren ein Dreierschiedsgericht unterhalb von Streitwerten von US\$ 1.000.000,- vereinbart werden, wie umgekehrt bei der DIS die Vereinbarung eines Einzelschiedsrichters möglich ist. Schließlich ist auch eine Einigung auf mehr als drei Schiedsrichter möglich. Um Abstimmungsschwierigkeiten innerhalb des Schiedsgerichts zu vermeiden, ist aber die Wahl einer ungeraden Zahl von Schiedsrichter anzuraten. Eine Klausel zur Anzahl der Schiedsrichter könnte wie folgt lauten:

„The number of arbitrators shall be one.“

oder:

„The number of arbitrators shall be three.“

oder:

„The number of arbitrators shall be five.“

Es ist international anerkannt, dass ein Einzelschiedsrichter oder der Vorsitzende eines Dreierschiedsgerichts Jurist sein sollte. Dies einerseits, um ein Schiedsverfahren sachgerecht leiten zu können³⁵⁶, andererseits, um den Anforderungen einiger Haftpflichtversicherer gerecht zu werden, damit sie den Schiedsspruch als urteilsgleiche Entscheidung anerkennen³⁵⁷. Dennoch

³⁵² Art. 5 AAA-SchO.

³⁵³ Art. 8 Abs. 2 ICC-SchO.

³⁵⁴ Zur ICC: Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 68; zur AAA: Oehmke, § 41:32, FN 3.

³⁵⁵ Art. 7 AAA-SchO, Art. 3 DIS-SchO, Art. 8 Abs. 2 ICC-SchO, vgl. im Einzelnen: Greenblatt/Griffin, *Arbitration International*, Vol. 17, No. 1, S. 101, 108 ff.

³⁵⁶ Redfern/Hunter, para.4-44.

³⁵⁷ Lionnet, S. 150.

regelt nur Art. 2 Abs. 2 DIS-SchO³⁵⁸, das der Schiedsrichter nach der englischen Fassung „lawyer“, nach der deutschen „Jurist“ zu sein hat, wenn die Parteien nichts anderes vereinbart haben³⁵⁹. Aus der Tatsache, dass ausdrücklich auf anderweitige Parteivereinbarungen hingewiesen wird, dürfte folgen, dass es sich trotz der Formulierung „shall“ um ein zwingendes Erfordernis handelt. Diese Annahme wird auch durch die deutsche Fassung der DIS-Schiedsordnung gestützt („muss“). Da es bei dieser Regelung nur darum gehen kann, qualifizierte Ausbildungsvoraussetzungen festzulegen, kann keine Beschränkung auf Rechtsanwälte „lawyer“ gemeint sein. Vielmehr ist mit „Jurist“ gemeint, dass die betreffende Person durch ihre Ausbildung befähigt ist, vor staatlichen Gerichten in ihrem Heimatland Anträge zu stellen³⁶⁰. Dabei macht es keinen Unterschied, in welchem Land eine Juristenausbildung abgeschlossen wurde³⁶¹. Auf Wunsch gibt die DIS gem. Art. 2 Abs. 3 DIS-SchO³⁶² Anregungen für die Auswahl.

Aber auch die AAA und die ICC achten darauf, dass die Schiedsrichter ausreichend qualifiziert sind, selbst wenn Qualifikationserfordernisse nicht in den Schiedsordnungen genannt werden. Da von Schiedsrichtern keine Ausbildung zum „lawyer“ verlangt wird, ist ein gewisser Spielraum geschaffen, was als ausreichende Qualifikation zu werten ist. Die ICC fordert, dass der Kandidat im anwendbaren Recht, notfalls in einer verwandten Rechtsordnung, geschult ist³⁶³, was allerdings z.B. auch auf in Schiedsverfahren erprobte Techniker zutreffen kann. Der ICC stehen dabei selbst keine Listen zur Auswahl der Schiedsrichter zur Verfügung, jedoch kann sie gemäß Art. 9 Abs. 3, 6 ICC-SchO auf ihre einzelnen Landesgruppen zurückgreifen, um geeignete Personen zu finden³⁶⁴.

Dagegen führt die AAA für nationale und internationale Prozesse eine Liste von potentiellen Schiedsrichtern³⁶⁵. Die Auswahl der Schiedsrichter erfolgt, wenn nicht durch die Parteien übereinstimmend ein Auswahlverfahren vereinbart wird (Art. 6 Abs. 1 AAA-SchO), aus Vorschlägen, die von der AAA zusammengestellt werden. Auf dieser Vorschlagsliste sind mehrere Schiedsrichter aufgeführt, von denen die Parteien ausreichend kompetente Streiterledigung erwarten können³⁶⁶. Von dieser Liste sind Namen von nicht gewünschten Schiedsrichtern zu

³⁵⁸ Article 2 DIS-SchO: (2) Unless otherwise agreed by the parties, the chairman of the arbitral tribunal or the sole arbitrator, as the case may be, shall be a lawyer.

³⁵⁹ Aden, Art. 4 ICC-SchO, Rn: 23.

³⁶⁰ Aden, Art. 2 DIS-SchO, Rn: 4.

³⁶¹ Bredow, in: Neues Deutsches Schiedsverfahrensrecht, Neue DIS-Schiedsgerichtsordnung, S. 111, 114.

³⁶² Article 2 DIS-SchO: (3) Upon request, the DIS will make suggestions for the selection of arbitrators.

³⁶³ Derains/Schwartz, S. 148.

³⁶⁴ Redfern/Hunter, para.4-44.

³⁶⁵ Für nationale Prozesse: Redfern/Hunter, para.4-44, vgl. auch AAA-Homepage: „Roster of Neutrals“; für internationale Prozesse: Oehmke, § 41:41.

³⁶⁶ Peterson, Arbitration International, Vol. 18, No. 3, S. 269 f.

streichen und die Verbleibenden nach Präferenz zu ordnen³⁶⁷. Bei der Auswahl der Schiedsrichter für diese Liste stellt die AAA strenge Anforderungen an deren Qualifikation. Für die „National Roster“ bedarf es zwar nicht unbedingt einer juristischen Ausbildung, jedoch ist langjährige Erfahrung im Schiedsverfahrensrecht vorausgesetzt³⁶⁸. Für große und komplexe Fälle sieht Art. 1 der „Procedures for large, complex commercial disputes“ innerhalb von 14 Tagen nach Beginn des Schiedsverfahrens, aber vor Beginn des Auswahlverfahrens vor, dass eine telefonische „administrative conference“ abgehalten wird. Ihr Zweck ist es, das Verfahren zu beschleunigen, indem Vergleichsbemühungen evaluiert werden und die Zahl der Verhandlungstage, sowie weitere Voraussetzungen, die die Schiedsrichterauswahl beeinflussen können, besprochen werden³⁶⁹.

Auch zur Qualifikation der Schiedsrichter können Parteivereinbarungen getroffen werden. So kann es sich anbieten, in DIS-Verfahren mit primär technischen Sachverhalten und der Bestellung lediglich eines Schiedsrichters einen in Schiedsverfahren erprobten Techniker zu Ernennen. Im Allgemeinen wird es aber praktikabler sein, einen Juristen mit der Leitung des Verfahrens zu beauftragen und technischen Sachverstand entweder im Gutachtenwege einzuholen oder aber einen technisch versierten Beisitzer zu wählen.

Eine Klausel zur Festlegung der Qualifikation des Vorsitzenden könnte z.B. wie folgt lauten:

„The chairman of the arbitral tribunal shall be a lawyer.“

oder:

“The chairman of the arbitral tribunal shall be an engineer experienced in international commercial arbitration.”

³⁶⁷ Oehmke, § 41:89.

³⁶⁸ Vgl. Homepage AAA: Qualification Criteria for Admittance to the AAA National Roster of Arbitrators.

³⁶⁹ Commentary to „Procedures for large, complex commercial disputes“ auf AAA-Homepage.

C: Benennung und Ernennung der Schiedsrichter

Bevor im Folgenden die einzelnen Schritte zur Konstituierung des Schiedsgerichts beleuchtet werden ist es zunächst notwendig, die Unterschiede in der Wortwahl der Schiedsordnungen zu hinterfragen.

I. Begriffserklärung

Unter „Benennung“³⁷⁰ wird in den Schiedsordnungen einheitlich der Akt der Nominierung eines Schiedsrichters durch die Parteien verstanden. Unter „Ernennung“³⁷¹ wird bei der ICC die Erklärung der Institution verstanden, einem Schiedsrichter im konkreten Verfahren die Urteilsfindung zu übertragen³⁷². Im ICC-Verfahren ist noch die „Bestätigung“³⁷³ des parteibenannten Schiedsrichters zu nennen, die im Regelfall durch den Generalsekretär des Schiedsgerichtshofes geschieht³⁷⁴. Damit soll im Rahmen einer nach Art. 9 ICC-SchO durchzuführenden „Qualitätssicherung“ die Auswahl der Parteien hinsichtlich der Eignung des Schiedsrichters überprüft werden³⁷⁵. Jedoch ist die Bestätigung nicht im Sinne einer Bestätigung einer unverbindlichen Anregung durch die Parteien zu verstehen. Vielmehr ist die Institution an die Benennung gebunden. Aus Art. 9 ICC-SchO kann allenfalls die Verpflichtung der Institution abgeleitet werden, die Parteien bei unkluger Benennung zu warnen³⁷⁶. Damit ist im Endeffekt die Parteiherrschaft, mit Ausnahme der Fälle mangelnder Unabhängigkeit oder Eignung (vgl. Kapitel 5, C, II, 3), wieder oberster Grundsatz³⁷⁷. Im Ergebnis behält sich aber die ICC durch das Erfordernis der „Bestätigung“ die förmliche Ernennung der Schiedsrichter vor³⁷⁸. Sie ist außerdem Vertragspartner des Schiedsrichtervertrages³⁷⁹.

Dagegen verwendet die DIS-Schiedsordnung in ihrer deutschen Fassung das Wort „ernennen“ nur im Zusammenhang mit ihrem „Ernennungsausschuss“, der dann allerdings Schiedsrichter „bestellt“. Darin dürfte ein Überbleibsel der alten ZPO zu erblicken sein, die früher „ernennen“ gleichwertig an Stelle von „bestellen“ gebrauchte³⁸⁰. Gem. Art. 17 der deutschen Fas-

³⁷⁰ In Art. 6 AAA-SchO: „designation“, in Art. 12 DIS-SchO: „nomination“, in Art. 8 ICC-SchO: „nomination“.

³⁷¹ Art. 9 ICC-SchO: „appointment“.

³⁷² Aden, Art. 9 ICC-SchO, Rn: 1.

³⁷³ Art. 9 ICC-SchO: „confirmation“.

³⁷⁴ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 73 f.

³⁷⁵ Aden, Art. 9 ICC-SchO, Rn: 1 ff, insbes. Rn: 13.

³⁷⁶ Aden, Art. 9 ICC-SchO, Rn: 14.

³⁷⁷ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 74.

³⁷⁸ Aden, Art. 9 ICC-SchO, Rn: 1.

³⁷⁹ Aden, S. 90.

³⁸⁰ Lionnet, S. 196.

sung der DIS-SchO erfolgt die „Bestellung“ des Schiedsgerichts durch die Institution. In der englischen Fassung wird anstelle von „Bestellung“ der Ausdruck „confirmation“ gebraucht. In diesem Zusammenhang wird „Bestellung“ oder „confirmation“ sowohl für durch die Parteien nominierte Schiedsrichter als auch für durch das Appointing Committee benannte Schiedsrichter verwendet. Wie in Art. 9 ICC-SchO ist der Institution gem. Art. 17 Abs. 1 DIS-SchO die formelle Ernennung nach Nominierung durch die Parteien vorbehalten. Bei DIS-Verfahren wird daher der Begriff „Bestellung“ für Vorgänge verwendet, die bei der ICC unter die Begriffe „Bestätigung“ und „Ernennung“ fallen. Gemeint ist jeweils der Kompetenzbegründungsakt. Vertragspartner des Schiedsrichtervertrages werden jedoch die Parteien³⁸¹.

Auch die AAA differenziert in Art. 6 Abs. 2 AAA-SchO zwischen Benennung und Ernennung, „designation“ und „appointment“. Jedoch bleibt unklar, ob die Ernennung durch die Institution oder durch die Parteien geschieht. Der Wortlaut des Art. 6 Abs. 2 AAA-SchO lässt keine eindeutige Interpretation zu. Die Parteien informieren im Normalfall die Institution über eine erfolgte Benennung, woraufhin die AAA die Schiedsrichter von ihrer (nicht weiter umschriebenen) Ernennung unterrichtet³⁸². Für eine Ernennung durch die Parteien spricht, dass ihnen Freiheit bei der Wahl eines „Ernennungsverfahrens“ eingeräumt ist³⁸³. Gegen eine Ernennung durch die Parteien spricht aber, dass der Wortlaut des Art. 6 AAA-SchO zwischen Ernennung und Benennung differenziert und den Parteien ausdrücklich das Benennungsrecht vorbehält. Gegen eine Ernennung durch die Parteien spricht des Weiteren, dass eine „Qualitätssicherung“ hinsichtlich der Unabhängigkeit und fachlichen Eignung der Schiedsrichter besser in Händen der Institution liegt, als den Parteien die Kontrolle der jeweils gegnerischen Ernennung zu übertragen. Art. 6 Abs. 3 AAA-SchO sieht darüber hinaus die Ernennung der Schiedsrichter durch die Institution vor, wenn sich die Parteien nicht an der Konstituierung beteiligen. Es liegt also nahe, dass das förmliche ins-Amt-Setzen, wie in ICC- und DIS-Verfahren, der Institution vorzubehalten ist. Die unterschiedlichen Auslegungsmöglichkeiten ändern nichts am praktischen Ergebnis. Es kommt zur Kompetenzbegründung, wenn der Schiedsrichter den Anforderungen der Schiedsordnung genügt, egal ob die Institution oder die Parteien diese Anforderungen beachten müssen. Insbesondere ergeben sich keine Auswirkungen auf den Schiedsrichtervertrag als solchen, den entweder die Parteien direkt oder die Institution im Namen der Parteien mit den Schiedsrichtern abschließen³⁸⁴.

³⁸¹ Lachmann, Rn: 1725; Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 7.

³⁸² Art. 6 Abs. 2 S. 2 AAA-SchO.

³⁸³ Art. 6 Abs. 1 AAA-SchO.

³⁸⁴ Vgl. Kapitel 2, D, I; Oehmke, § 165:30.

Daher wird im Folgenden für alle drei Institution von einer einheitlichen Begrifflichkeit ausgegangen. „Benennung“ ist der Akt der Nominierung, „Ernennung“ das ins-Amt-Setzen des Schiedsrichters.

II. Konstituierung des Schiedsgerichts bei Beteiligung von zwei Parteien

Nach allen drei Schiedsordnungen sind die Parteien frei, Vereinbarungen über die Bildung des Schiedsgerichts zu treffen³⁸⁵. Haben sie sich nicht geeinigt, kommt, je nach Schiedsordnung in unterschiedlicher Ausprägung, die Institution zum Zuge. Jeweils abgestuft nach Einzelschiedsrichter oder Dreier-Schiedsgericht sind zunächst die Parteien, nachrangig die Institution, berufen, den oder die fehlenden Schiedsrichter zu benennen. Sind die Schiedsrichter namhaft gemacht, erfolgt ihre Ernennung i.S.d. Kompetenzbegründung.

1. Einzelschiedsrichter

Gem. Art. 6 Abs. 2 AAA-SchO³⁸⁶ steht es den Parteien frei, gemeinsam, d.h. übereinstimmend einen Einzelschiedsrichter zu benennen, der daraufhin von der Institution über seine Ernennung zu informieren ist. Regelmäßig erfolgt eine Auswahl geeigneter Schiedsrichter von einer Schiedsrichterliste³⁸⁷. Die Verwendung des Wortes „arbitrators“ in Art. 6 Abs. 2 AAA-SchO bezieht sich auf Schiedsgerichte mit mehr als einem Schiedsrichter und muss für den Fall eines Einzelschiedsrichters nach seinem Sinn und Zweck als „arbitrator“ gelesen werden. Wie oben festgestellt, erfolgt die Benachrichtigung von der Ernennung, also die eigentliche Ernennung gem. Art. 6 Abs. 2 AAA-SchO durch die AAA. Sollten die Parteien ihrer Benennungsobliegenheit nicht innerhalb von 45 Tagen nach Beginn des Schiedsverfahrens nachkommen, handelt gem. Art. 6 Abs. 3 AAA-SchO³⁸⁸ die Institution auf Antrag einer Partei an Stelle beider Parteien.

³⁸⁵ Art. 6 Abs. 1 AAA-SchO, Art. 2 Abs. 1 DIS-SchO; die ICC-SchO spricht zwar lediglich von der Freiheit der Wahl der Anzahl der Schiedsrichter, jedoch gewährt die ICC auch die Parteiautonomie hinsichtlich der Auswahl und Benennung vgl. Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 66, 230.

³⁸⁶ Article 6 AAA-SchO: (2) The parties may mutually designate arbitrators, with or without the assistance of the administrator. When such designations are made, the parties shall notify the administrator so that notice of the appointment can be communicated to the arbitrators, together with a copy of these rules.

³⁸⁷ Für nationale Prozesse: Redfern/Hunter, para. 4-44, vgl. auch AAA-Homepage: „Roster of Neutrals“; für internationale Prozesse: Oehmke, § 41:41.

³⁸⁸ Article 6 AAA-SchO: (3) If within 45 days after the commencement of the arbitration, all of the parties have not mutually agreed on a procedure for appointing the arbitrator(s) or have not mutually agreed on the designation of the arbitrator(s), the administrator shall, at the written request of any party, appoint the arbitrator(s) and designate the presiding arbitrator. If all of the parties have mutually agreed upon a procedure for appointing the arbitrator(s), but all appointments have not been made within the time limits provided in that procedure, the administrator shall, at the written request of any party, perform all functions provided for in that procedure that remain to be performed.

Art. 14 DIS-SchO³⁸⁹ fordert wie die AAA an erster Stelle die Parteien auf, gemeinsam einen Schiedsrichter zu benennen. Entsprechen die Parteien ihrer Benennungspflicht nicht innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Schiedsklage beim Beklagten, benennt der Ernennungsausschuss der DIS auf Antrag einer Partei einen Schiedsrichter, der dann gem. Art. 17 Abs. 1 DIS-SchO³⁹⁰ zu ernennen ist.

Art. 8 Abs. 3 ICC-SchO³⁹¹ ordnet ebenfalls an, dass zunächst eine Nominierung der Parteien abzuwarten ist, im Falle fehlender Benennung jedoch 30 Tage nach Zugang der Schiedsklage beim Beklagten die Institution zur Ernennung schreite. Zu beachten ist der Unterschied, dass diese Ernennung auch ohne Antrag der Parteien stattfinden kann.

Die Behandlung des Einzelschiedsrichters in den hier behandelten Schiedsordnungen unterscheidet sich daher kaum. Lediglich das Antragserfordernis bei AAA und DIS kann zu Verzögerungen führen, wenn der Antrag nicht alsbald gestellt wird. Im Normalfall wird der notwendige Antrag gestellt werden, da zumindest der Kläger am Fortgang des Verfahrens interessiert sein wird. Auch der Verzicht auf ein Antragserfordernis in der ICC-Regelung wird in der Praxis kaum zu anderen Ergebnissen führen. Den Parteien steht es jederzeit frei, das Verfahren zu beenden³⁹². Sollte also die Bereitschaft fehlen, das Verfahren fortzusetzen (in AAA- und DIS-Verfahren würde in diesem Falle keine Partei den erforderlichen Antrag stellen), kann auch im ICC-Verfahren die Konstituierung des Schiedsgerichts durch Parteivereinbarung verhindert werden. Ein Antrag sollte aber vor Konstituierung des Schiedsgerichts erfolgen, um unnötige Kosten zu vermeiden. Vorzugswürdig erscheint daher die Vereinbarung eines Antragserfordernisses. Eine Vereinbarung könnte wie folgt lauten:

„Modification of Article 8 Section 3 Sentence 2 ICC-Rules: If the parties fail to nominate a sole arbitrator within 30 days from the date when the Claimant's Request for Arbitration has been received by the other party, or within such additional time as

³⁸⁹ Article 14 DIS-SchO: Where the arbitral tribunal is to consist of a sole arbitrator and the parties do not reach agreement on a sole arbitrator within 30 days after receipt of the statement of claim by the respondent, each party may request nomination of a sole arbitrator by the DIS Appointing Committee.

³⁹⁰ Article 17 DIS-SchO: (1) The DIS Secretary General may confirm the nominated arbitrator as soon as the DIS Secretariat receives the arbitrator's declaration of acceptance, and no circumstances likely to give rise to doubts regarding the impartiality or independence of an arbitrator or his fulfillment of agreed qualifications are apparent from the declaration, or if within the time-limit set by section 16 sub. 2 no party objects to the confirmation of that arbitrator.

³⁹¹ Article 8 ICC-SchO: (3) Where the parties have agreed that the dispute shall be settled by a sole arbitrator, they may, by agreement, nominate the sole arbitrator for confirmation. If the parties fail to nominate a sole arbitrator within 30 days from the date when the Claimant's Request for Arbitration has been received by the other party, or within such additional time as may be allowed by the Secretariat, the sole arbitrator shall be appointed by the Court.

³⁹² Lachmann, Rn: 1157.

may be allowed by the Secretariat, the parties may request appointment by the Court.”

2. Kollegialschiedsgerichte

Anders ist die Lage im Falle der Konstituierung eines Dreierschiedsgerichts zu beurteilen.

In DIS-Verfahren ist ein Dreierschiedsgericht gem. Art. 3 DIS-SchO der Regelfall. Art. 12 Abs. 1 DIS-SchO³⁹³ geht davon aus, dass der Kläger gem. Art. 6 Abs. 2 Nr. 5 DIS-SchO seiner Benennungsobliegenheit nachkommt. Sollte er jedoch keinen Schiedsrichter benennen, gilt Art. 12 Abs. 2 DIS-SchO³⁹⁴ entsprechend³⁹⁵, der einen Ernennungsmechanismus durch die DIS für den Fall bereit hält, dass sich die parteibenannten Schiedsrichter nicht auf einen Vorsitzenden einigen können. Ernennet der Kläger also keinen Schiedsrichter, handelt an seiner Stelle die Institution. Art. 12 Abs. 1 DIS-SchO gibt dem Beklagten 30 Tage ab Zugang der Klage, um einen Schiedsrichter zu benennen. Wird innerhalb dieser oder der auf Antrag an das Sekretariat verlängerten Frist kein Schiedsrichter benannt, entscheidet der DIS-Ernennungsausschuss auf Antrag einer Partei. Ohne Antrag kommt das Verfahren zum Erliegen³⁹⁶. Sollte die Ernennung nach Ablauf der Frist, aber vor dem Antrag einer Partei auf Handeln der Institution, erfolgen, gilt sie noch als rechtzeitig. Die parteibenannten Schiedsrichter wiederum benennen gem. Art. 12 Abs. 2 DIS-SchO unter Beachtung von Vorschlägen der Parteien gemeinsam den vorsitzenden Schiedsrichter. Kommen die Schiedsrichter der Aufforderung zur Benennung des Vorsitzenden innerhalb von 30 Tagen nicht nach, handelt wieder der DIS-Ernennungsausschuss.

Die Konstituierung des Schiedsgerichts in ICC-Verfahren beginnt zunächst mit der Frage, wie viele Schiedsrichter zu ernennen sind. Im Unterschied zur DIS-Schiedsordnung, die regelmäßig von drei Schiedsrichtern ausgeht, muss der Schiedsgerichtshof nach seinem Ermessen

³⁹³ Article 12 DIS-SchO: (1) Upon delivery of the statement of claim, the DIS Secretariat calls upon the respondent to nominate an arbitrator. If the DIS Secretariat does not receive a nomination from the respondent within 30 days after receipt of the statement of claim by the respondent, the claimant may request nomination by the DIS Appointing Committee. The DIS Secretariat may extend the 30 day time-limit upon application. A nomination is still timely after expiry of the period of 30 days as long as the DIS Secretariat receives such nomination prior to a request by the claimant for nomination by the DIS Appointing Committee. A party is bound by his nomination of an arbitrator once the DIS Secretariat has received the nomination.

³⁹⁴ Article 12 DIS-SchO: (2) The two arbitrators nominate the chairman of the arbitral tribunal and notify the DIS Secretariat thereof without undue delay. When making such nomination, the arbitrators should take into account concurring proposals by the parties. If the DIS Secretariat does not receive a nomination of the chairman of the arbitral tribunal from the two arbitrators within 30 days after calling upon them to do so, each party may request nomination of the chairman by the DIS Appointing Committee. A nomination is still timely after expiry of the period of 30 days as long as the DIS Secretariat receives such nomination prior to a request by one of the parties for nomination by the DIS Appointing Committee.

³⁹⁵ Aden, Art. 12 DIS-SchO, Rn: 1.

³⁹⁶ Aden, Art. 12 DIS-SchO, Rn: 5.

gemäß Art. 8 Abs. 2 ICC-SchO³⁹⁷ zunächst die Anzahl der Schiedsrichter festlegen, falls die Parteien nichts vereinbart haben³⁹⁸. Der Kläger hat, wenn die Entscheidung auf drei Schiedsrichter gefallen ist, innerhalb von 15 Tagen nach Zugang dieser Entscheidung bei ihm einen Schiedsrichter zu benennen. Dem Beklagten verbleiben dann nochmals 15 Tage ab Zugang der Bekanntmachung der Benennung durch den Kläger zur Nominierung des zweiten Schiedsrichters. Sieht dagegen eine Parteivereinbarung ein Dreier-Schiedsgericht vor, wird gemäß Art. 8 Abs. 4 ICC-SchO³⁹⁹ eine Nominierung bereits in den einleitenden Schriftsätzen erwartet. Der Beklagte hat, trotz eventueller Fristverlängerung für seine Klageerwiderung, lediglich 30 Tage ab Zustellung der Schiedsklage an ihn⁴⁰⁰. Im Falle fehlender Benennung durch den Kläger verschiebt sich der Beginn der Frist für den Beklagten. Letztendlich ist aber mit der Setzung einer Frist durch die Schiedsgerichtshof zu rechnen⁴⁰¹. Sollte jedoch keine Benennung in den Schriftsätzen erfolgen, verschließt sich die ICC nicht gegen eine spätere Parteivereinbarung, gegebenenfalls nach Fristsetzung durch die Institution⁴⁰². Benennt eine Partei nicht oder benennen die Parteien nicht, benennt an ihrer Stelle der Schiedsgerichtshof nach Art. 8 Abs. 4 Satz 2 ICC-SchO. Im ICC-Verfahren wird der dritte Schiedsrichter mangels abweichender Vereinbarung vom Schiedsgerichtshof ernannt⁴⁰³. Er ist ebenfalls Vorsitzender⁴⁰⁴. Bei circa der Hälfte aller ICC-Verfahren ist es dennoch der Fall, dass sich die Parteien darauf einigen, dass der Vorsitzende durch die parteibenannten Schiedsrichter benannt wird⁴⁰⁵. Eine derartige Vereinbarung könnte folgenden Wortlaut haben:

„Modification of Article 8 Section 4 ICC-Rules: Where the dispute is to be referred to three arbitrators, each party shall nominate in the Request and the Answer, respectively, one arbitrator for confirmation. If a party fails to nominate an arbitrator, the

³⁹⁷ Article 8 ICC-SchO: (2) Where the parties have not agreed upon the number of arbitrators, the Court shall appoint a sole arbitrator, save where it appears to the Court that the dispute is such as to warrant the appointment of three arbitrators. In such case, the Claimant shall nominate an arbitrator within a period of 15 days from the receipt of the notification of the decision of the Court, and the Respondent shall nominate an arbitrator within a period of 15 days from the receipt of the notification of the nomination made by the Claimant.

³⁹⁸ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 67, vgl. weiter vgl. Kapitel 5, B, II.

³⁹⁹ Article 8 ICC-SchO: (4) Where the dispute is to be referred to three arbitrators, each party shall nominate in the Request and the Answer, respectively, one arbitrator for confirmation. If a party fails to nominate an arbitrator, the appointment shall be made by the Court. The third arbitrator, who will act as chairman of the Arbitral Tribunal, shall be appointed by the Court, unless the parties have agreed upon another procedure for such appointment, in which case the nomination will be subject to confirmation pursuant to Article 9. Should such procedure not result in a nomination within the time limit fixed by the parties or the Court, the third arbitrator shall be appointed by the Court.

⁴⁰⁰ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 70.

⁴⁰¹ Aden, Art. 5 ICC-SchO, Rn: 8.

⁴⁰² Derains/Schwartz, S. 139.

⁴⁰³ Art. 8 Abs. 4 ICC-SchO; Derains/Schwartz, S. 140 f.

⁴⁰⁴ Aden, Art. 8 ICC-SchO, Rn: 29.

⁴⁰⁵ Derains/Schwartz, S. 141.

appointment shall be made by the Court. The chairman of the arbitral tribunal shall be nominated by the two arbitrators nominated by the parties subject to confirmation pursuant to Article 9. Should such procedure not result in a nomination within the time limit fixed by the parties or the Court, the third arbitrator shall be appointed by the Court.”

In AAA-Verfahren wird, mangels abweichender Vereinbarung, zunächst wie im ICC-Verfahren durch die Institution bestimmt, wie viele Schiedsrichter zu ernennen sind⁴⁰⁶. Im Falle eines Dreier-Schiedsgerichts wird von den Parteien nicht erwartet, dass sie ihren Schiedsrichter frei benennen. Vielmehr hilft die Institution bei der Auswahl durch Bereitstellen von Schiedsrichterlisten⁴⁰⁷. Innerhalb einer gesetzten Frist sind dann gem. Art. 6 Abs. 3 AAA-SchO gemeinsam („mutually“) geeignete Schiedsrichter von den Parteien auszuwählen⁴⁰⁸. Die Aufforderung gemeinsam Schiedsrichter zu benennen hat angesichts des Listenverfahrens⁴⁰⁹ keinerlei Zwangswirkung für die Parteien, sich tatsächlich zu einigen. Vielmehr kann von gemeinsamer Schiedsrichterbenennung ausgegangen werden, wenn auf den Listen die gleichen Kandidaten ausgewählt wurden. Fällt die Wahl auf verschiedene Kandidaten, greift der Ernennungsmechanismus des Art. 6 Abs. 3 AAA-SchO. Unter Umständen bevorzugen die Parteien, jeweils einen eigenen Schiedsrichter zu benennen und auf eine gemeinsame Nominierung zu verzichten. In diesem Falle bietet sich folgende Parteivereinbarung an:

„Where the dispute is to be referred to three arbitrators, claimant and respondent shall each nominate one arbitrator. If a party fails to nominate an arbitrator, that appointment shall be made by the administrator.”

Art. 6 Abs. 3 AAA-SchO fordert die Parteien auf, innerhalb von 45 Tagen nach Beginn des Schiedsverfahrens alle Handlungen zur Konstituierung des Schiedsgerichts vorzunehmen. Versäumen sie diese Frist, sei es, weil sie sich nicht einigen können, sei es, weil einer oder beide ihre Obliegenheiten nicht beachten, nimmt die Institution auf Antrag einer Partei die

⁴⁰⁶ Art. 5 AAA-SchO.

⁴⁰⁷ Für nationale Prozesse: Redfern/Hunter, para.4-44, vgl. auch AAA-Homepage: „Roster of Neutrals“; für internationale Prozesse: Oehmke, § 41:41.

⁴⁰⁸ Oehmke, § 41:89.

⁴⁰⁹ Im Rahmen der Parteiautonomie ist ebenso ein Ausschluss des Listenverfahrens denkbar, was aber für das Gemeinschaftserfordernis eine Abstimmung der Parteien voraussetzt.

Auswahl aller Schiedsrichter vor. Durch die Institution wird auch der vorsitzende Schiedsrichter bestimmt⁴¹⁰.

Im Ergebnis ist also festzuhalten, dass die Zeit, die die Schiedsordnungen den Parteien für die Benennung der Schiedsrichter lassen, nur wenig unterschiedlich geregelt ist. Die AAA gibt den Parteien 45 Tage, DIS und ICC im optimalen Falle 30 Tage. Unterstellt man jedoch im ICC-Verfahren Verzögerungen bei der Benennung des Schiedsrichters des Klägers, verzögert sich auch eine Benennung durch den Beklagten, was zwangsläufig zu Verzögerungen insgesamt führt.

Ziel der Konstituierungsregelungen ist es, den Parteien einen gleichen Einfluss auf die Zusammensetzung des Schiedsgerichts zuzubilligen. Jede Schiedsordnung ist innerhalb ihrer Konstituierungsregelungen darauf bedacht, dieses Ziel zu erreichen, wenn auch auf unterschiedlichem Wege. ICC und DIS gewähren für beide Parteien die Möglichkeit einer Beteiligung an der Ernennung. Wird davon kein Gebrauch gemacht, handelt an Stelle der nicht mitwirkenden Partei die Institution; eine mögliche Nominierung durch die andere Partei bleibt aber bestehen. Im AAA-Verfahren wird der geforderte gleiche Einfluss beider Parteien noch dadurch verstärkt, dass die Institution alle Schiedsrichter benennt, sollte auch nur eine Partei ihrer Benennungspflicht nicht nachkommen.

Weitere Unterschiede bestehen insoweit, als die Parteien im Vergleich der drei Verfahren miteinander unterschiedlichen Einfluss auf die Zusammensetzung des Schiedsgerichts haben. Die DIS-Schiedsordnung lässt den Parteien tendenziell den größtmöglichen Raum. Sie können frei über die parteibenannten Schiedsrichter entscheiden und mittelbar Einfluss auf die Besetzung der Stelle des Vorsitzenden ausüben. Bei der ICC haben sie zwar auch die erst genannte Möglichkeit, der Vorsitzende wird aber durch die ICC bestimmt. Der hohe Einfluss, den der Schiedsgerichtshof bei der Ernennung der Schiedsrichter einnimmt, gepaart mit der Tatsache, dass seine Entscheidungen nicht zu begründen sind, erfordern in hohem Maße Vertrauen in die Tätigkeit der ICC⁴¹¹. Bei der AAA ist die Mitwirkungsmöglichkeit am schwächsten ausgeprägt, geht man davon aus, dass die Parteien von ihren Mitwirkungsrechten nur im Minimalumfang und durch die Verwendung von Schiedsrichterlisten Gebrauch machen. Allein die Wahl von einer Liste beschränkt die Parteien in ihren Einflussmöglichkeiten. Verstärkt wird dieser Effekt durch das Erfordernis einer gemeinsamen Benennung.

Unterschiede innerhalb der einzelnen Verfahren können aber, so gewollt, dadurch umgangen werden, dass die Parteien Vereinbarungen über die Konstituierung des Schiedsgerichts treffen. So wäre eine Regelung zum Antragserfordernis für das Handeln des ICC-

⁴¹⁰ Art. 6 Abs. 3 Satz 1 AAA-SchO.

⁴¹¹ Schwartz, in: *The Status of the Arbitrator*, S. 67, 68.

Schiedsgerichtshofes denkbar. Nicht möglich ist aber ein Ausschluss des ICC-Schiedsgerichtshofes als Ganzes, da seine Beteiligung zu den zwingend zu beachtenden ICC-Regelungen gehört⁴¹².

Schließlich fragt sich aber auch an dieser Stelle wieder, ob durch Parteivereinbarung das Verfahren nicht eher verkompliziert als verbessert wird⁴¹³. Veränderungen an Teilbereichen der Regelungen könnten deren Gesamtgleichgewicht beeinträchtigen. Vor allem aber bedürfte es einer Parteivereinbarung im Rahmen der Schiedsvereinbarung, welche äußerst komplexe Ausmaße annehmen muss, um annähernd so ausdifferenziert die Konstituierung zu regeln, wie das die Schiedsordnungen der Institutionen tun. Kann oder soll aber eine solche Regelung ausgehandelt werden, fragt sich, warum nicht gleich ein ad-hoc Verfahren angestrebt wird, da die Serviceleistungen der Institution im Rahmen der Konstituierung zentrale Bereiche der Schiedsordnungen einnehmen.

3. Offenbarungspflichten der Schiedsrichter

Nach Art. 16 Abs. 1 DIS-SchO⁴¹⁴ haben sich die auf die oben beschriebene Weise benannten Schiedsrichter gegenüber der DIS, über die Annahme des Schiedsrichteramtes und ihre Befähigung, dem Auftrag der Parteien gerecht zu werden, zu erklären. Weiter haben sie Umstände offen zu legen, die Zweifel an ihrer Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründen könnten. Diese Offenbarungspflicht besteht gegenüber der Institution und den Parteien gem. Art. 16 Abs. 3 DIS-SchO⁴¹⁵ auch für den weiteren Verlauf des Verfahrens fort⁴¹⁶. Sie ist von ihrem Sinn und Zweck her weit auszulegen. Der Schiedsrichter sollte daher nicht seine subjektive Einschätzung darlegen, sondern alle Umstände offen legen, die aus objektiver Sicht für die Parteien von Interesse sein könnten, um eine möglichst umfassende Überprüfung des Kandidaten gemäß Art. 16 Abs. 2 DIS-SchO⁴¹⁷ zu gestatten⁴¹⁸. Liegt die Annahmeerklärung des Schiedsrichters vor und bestehen keine Zweifel an seiner Unparteilichkeit und Unabhängigkeit sowie gegebenenfalls an seiner Fähigkeit, das Verfahren zu leiten, bestellt die DIS-

⁴¹² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 106 f.

⁴¹³ Townsend, Dispute Resolution Journal, 2003, S. 28, 32.

⁴¹⁴ Article 16 DIS-SchO: (1) Each person who is nominated as arbitrator shall without undue delay notify the DIS Secretariat of his acceptance of the office as arbitrator and declare whether he fulfills the qualifications agreed upon by the parties. Such person shall disclose all circumstances which are likely to give rise to doubts as to his impartiality or independence. The DIS Secretariat informs the parties accordingly.

⁴¹⁵ Article 16 DIS-SchO: (3) An arbitrator shall disclose to the parties and the DIS Secretariat circumstances likely to give rise to doubts as to his impartiality or independence also throughout the arbitral proceedings.

⁴¹⁶ Hinsichtliche des Ablehnungsverfahrens wegen Tatsachen, die erst während des Verfahrens bekannt werden vgl. Kapitel 5, D.

⁴¹⁷ Article 16 DIS-SchO: (2) If circumstances are apparent from an arbitrator's declaration, which are likely to give rise to doubts as to his impartiality or independence or his fulfillment of agreed qualifications, the DIS Secretariat grants the parties an opportunity to comment within an appropriate time-limit.

⁴¹⁸ Häberlein, BB 2003, S. 7, 9.

Geschäftsstelle den Schiedsrichter⁴¹⁹. In allen anderen Fällen entscheidet gemäß Art. 17 Abs. 2 DIS-SchO⁴²⁰ der DIS-Ernennungsausschuss über die Bestellung; bei fehlender Eignung, das Verfahren entsprechend der DIS-Schiedsordnung zu führen, im Zweifel negativ. Im Bestellungsakt ist auch der Abschluss des Schiedsrichtervertrages zu sehen⁴²¹, den die Institution im Namen der Parteien vornimmt⁴²². Aus deutscher Sicht handelt es sich bei der Benachrichtigung von der Benennung um eine *invitatio ad offerendum*. Ein bindendes Angebot gegenüber einem parteilichen Schiedsrichter soll nicht angenommen werden können, um Honorarforderungen für die bloße Bereitschaft, das Verfahren zu leiten, zu vermeiden⁴²³. Daher stellt die schiedsrichterliche Annahmeerklärung das eigentliche Angebot auf Abschluss des Schiedsrichtervertrages dar, den die Institution im Namen der Parteien durch Ernennung annimmt. Gem. Art. 7 Abs. 2 ICC-SchO⁴²⁴ hat ein Schiedsrichter vor jeder Ernennung oder Bestätigung eine Erklärung zur Unabhängigkeit zu unterzeichnen und Umstände offen zu legen, die geeignet sein könnten, Zweifel an seiner Unabhängigkeit entstehen zu lassen. Nach Art. 7 Abs. 3 ICC-SchO⁴²⁵ besteht diese Pflicht auch während des Schiedsverfahrens fort. Die Entscheidung des Schiedsgerichtshofes zur Unabhängigkeit ist endgültig und wird nicht begründet⁴²⁶. Der Schiedsrichtervertrag wird, falls keine Abhängigkeit vorliegt, zwischen Institution und Schiedsrichtern geschlossen⁴²⁷. Art. 7 Abs. 1 AAA-SchO⁴²⁸ fordert die Schiedsrichter auf, vor Annahme ihrer Ernennung Umstände offen zu legen, die Zweifel an ihrer Unabhängigkeit und Unparteilichkeit begründen könnten. Daher wird auch im AAA-Verfahren die Offenlegungspflicht in einem frühen Verfahrensstadium postuliert. Verwunderlich ist lediglich, dass die Offenlegung vor Annahme der Ernennung, also chronologisch nach der Ernennung geschieht. Damit ist zumindest theo-

⁴¹⁹ Art. 17 Abs. 1 DIS-SchO.

⁴²⁰ Article 17 DIS-SchO: (2) In all other cases the DIS Appointing Committee decides on the confirmation of the nominated arbitrator.

⁴²¹ Lionnet, S. 196.

⁴²² Aden, zur DIS, S. 420.

⁴²³ Lachmann, Rn: 1760.

⁴²⁴ Article 7 ICC-SchO: (2) Before appointment or confirmation, a prospective arbitrator shall sign a statement of independence and disclose in writing to the Secretariat any facts or circumstances which might be of such a nature as to call into question the arbitrator's independence in the eyes of the parties. The Secretariat shall provide such information to the parties in writing and fix a time limit for any comments from them.; hinsichtlich des Ablehnungsverfahrens wegen Tatsachen, die erst während des Verfahrens bekannt werden vgl. Kapitel 5, D.

⁴²⁵ Article 7 ICC-SchO: (3) An arbitrator shall immediately disclose in writing to the Secretariat and to the parties any facts or circumstances of a similar nature which may arise during the arbitration.

⁴²⁶ Art. 7 Abs. 4 ICC-SchO.

⁴²⁷ Aden, zur ICC, Einleitung, Rn: 12.

⁴²⁸ Article 7 AAA-SchO: (1) Arbitrators acting under these rules shall be impartial and independent. Prior to accepting appointment, a prospective arbitrator shall disclose to the administrator any circumstance likely to give rise to justifiable doubts as to the arbitrator's impartiality or independence. If, at any stage during the arbitration, new circumstances arise that may give rise to such doubts, an arbitrator shall promptly disclose such circumstances to the parties and to the administrator. Upon receipt of such information from an arbitrator or a party, the administrator shall communicate it to the other parties and to the tribunal.

retisch die von *Lachmann* befürchtete Situation vorstellbar, dass Schiedsrichter für die bloße Bereitschaftserklärung einen Vergütungsanspruch erhalten könnten⁴²⁹.

Im Ergebnis stellen die untersuchten Schiedsordnungen sicher, dass ein parteiischer, abhängiger oder auf andere Weise untauglicher Schiedsrichter vor Übernahme seines Amtes oder alsbald nach bekannt werden von Tatsachen, die seine Tauglichkeit in Frage stellen, diese Umstände bekannt geben muss und auf diese Weise verhindert wird, dass ein nach den Schiedsordnungen untauglicher Schiedsrichter das Amt ausübt. Schwierigkeiten bereitet aber die Frage, welche Tatsachen eine Ablehnung oder Ersetzung des Schiedsrichters begründen (vgl. dazu Kapitel 5, B, I). Daher bietet sich zur Behebung dieser Unsicherheit an, die IBA Guidelines on Conflicts of Interest in International Arbitration zu vereinbaren, da sie ein ausdifferenziertes System von offenbarungspflichtigen Tatsachen kombiniert mit einer verfahrensrechtlichen Lösung offerieren.

III. Konstituierung des Schiedsgerichts in Mehrparteien-Schiedsverfahren

1. Problemstellung

Unter Mehrparteien-Schiedsverfahren sind einmal Verfahren zu verstehen, bei denen auf Kläger- oder Beklagtenseite mehrere Parteien vorhanden sind, aber auch Verfahren, in denen Ansprüche in einer Anspruchskette geltend gemacht werden⁴³⁰. Redfern/Hunter unterteilt bildlich in Schiedsverfahren, die Verträge betreffen, in denen einmal mehrere Parteien in einem Vertrag, andererseits mehrere Parteien in mehreren Verträgen verbunden sind⁴³¹.

Sinn eines solchen Mehrparteien-Verfahren ist es, widersprüchliche Entscheidungen zu verhindern, welche bei Behandlung der Streitigkeit in mehreren Verfahren drohen⁴³². Des Weiteren soll auf diese Weise Zeit und Geld gespart werden⁴³³. Negativ ist ein Mehrparteien-Schiedsverfahren aber für den, der sonst nichts mit den Ansprüchen des „Dritten“ zu tun hätte. Für ihn bedeutet es Verfahrensverzögerung und, bei zeitabhängiger Vergütung seiner Vertreter oder der Schiedsrichter, Mehrkosten. Aber selbst die Partei, die sich ansonsten in einem gesonderten Verfahren zu einigen hätte, hat nicht immer Vorteile aus Mehrparteien-Schiedsverfahren. Auch sie sollte einen intensiven Kostenvergleich von einheitlichem und getrenntem Verfahren anstellen⁴³⁴, insbesondere, wenn ihre Beteiligung nur für einen Teil der geltend gemachten Ansprüche in Frage kommt.

⁴²⁹ Lachmann, Rn: 1760.

⁴³⁰ Lachmann, Rn: 1364 ff; Lionnet, S. 290 ff mit umfangreichen Literaturhinweisen in Fn: 1.

⁴³¹ Redfern/Hunter, para.3-70 ff.

⁴³² Lachmann, Rn: 1366.

⁴³³ Redfern/Hunter, para.3-69.

⁴³⁴ Kazutake, Annual Survey of International and Comparative Law, Spring 2003, S. 189, (193).

Für die Behandlung solcher Streitigkeiten haben sich grundlegende Ansichten herauskristallisiert. Selbstverständlich ist es Voraussetzung, dass sich alle Parteien auf das gleiche institutionelle Schiedsverfahren geeinigt haben⁴³⁵. Niemand soll gegen seinen Willen in ein Schiedsverfahren hineingezogen werden können. Des Weiteren können Dritte nicht gegen den Willen der Parteien eines Schiedsverfahrens an deren Verfahren teilnehmen⁴³⁶. Jede Partei hat das Recht, nur mit solchen Parteien in Schiedsverfahren einzutreten, mit denen sie dies vereinbart hat, sei es ausdrücklich oder konkludent⁴³⁷.

Problematisch ist in diesen Mehrparteien-Verfahren weiter, wie das Recht aller Parteien auf die Auswahl eines eigenen Schiedsrichters geachtet werden kann⁴³⁸. Eine Erhöhung der Schiedsrichterzahl entsprechend der Erhöhung der Zahl der Parteien ist zwar nicht vorgesehen, könnte aber vereinbart werden. Dadurch würden aber nur zusätzliche Kosten produziert. Im Grundsatz ist anerkannt, dass es den Parteien nicht aufgezwungen werden kann, sich mit anderen auf einen Schiedsrichter zu einigen, da ihnen gleicher Einfluss auf die Besetzung des Schiedsgerichts zusteht⁴³⁹. Es ist nicht zulässig, einer Partei den Einfluss auf die Besetzung zu entziehen, selbst wenn sie identische Interessen mit einer anderen Partei hat⁴⁴⁰. Hierzu bedarf es der Einwilligung dieser Partei. Diese Einwilligung kann aber z.B. dadurch erklärt werden, dass die beteiligten Parteien Bezug auf eine Schiedsordnung nehmen, die von Parteien mit vergleichbarer Interessenlage eine Einigung auf einen Schiedsrichter verlangt. In diesem Falle begeben sich die Parteien selbst ihrer Einflussmöglichkeit.

Schließlich bedarf es der Zustimmung aller Schiedsrichter, wenn nach Konstituierung des Schiedsgerichts eine neue Partei in das Verfahren eintreten soll, da jeweils ein neuer Schiedsrichtervertrag zu schließen ist⁴⁴¹.

Im Folgenden ist zu untersuchen, inwieweit die Schiedsordnungen diesen Vorgaben gerecht werden und ob es darüber hinausgehender Parteivereinbarung bedarf.

2. Handhabung von Mehrparteien-Schiedsverfahren nach den Schiedsordnungen

⁴³⁵ Aden, Art. 10 ICC-SchO, Rn: 28.

⁴³⁶ Lachmann, Rn: 1369; Lionnet, S. 295 ff; Schlosser in Stein/Jonas, § 1034 ZPO, Rn: 20; Redfern/Hunter, para.3-72 ff; Commission on International Arbitration, ICC Bull. Vol. 6 no. 1, page 26; Kazutake, Annual Survey of International and Comparative Law, Spring 2003, S. 189, (213).

⁴³⁷ Lachmann, Rn: 1369.

⁴³⁸ Lachmann, Rn: 1372 ff; Lionnet, S. 291; Schlosser in Stein/Jonas, § 1034 ZPO, Rn: 11 ff; Redfern/Hunter, para. 3-70 f.

⁴³⁹ Cour de Cassation (BKMI und Siemens v. Dutco), Urt. Nr. 42 P + P, 7.1.1992, in deutscher Übersetzung in BB 1992, Beilage 15, S. 27; im deutschen nationalen Schiedsverfahrensrecht kann danach differenziert werden, ob es wegen gleichgelagerter Interessen zu einem Ungleichgewicht bei der Besetzung des Schiedsgerichts kommen kann, vgl. Schlosser in Stein/Jonas, § 1034 ZPO, Rn: 11 ff.

⁴⁴⁰ Lionnet, S. 295 f.

⁴⁴¹ Lachmann, Rn: 1370.

Etwas versteckt regelt Art. 10 Abs. 2 ICC-SchO⁴⁴², dass zuvorderst eine Parteivereinbarung zur Schiedsrichternennung in Mehrparteien-Schiedsverfahren zu beachten ist. Zu denken ist etwa an die Erweiterung des Schiedsrichterkollegiums auf eine Anzahl entsprechend der Anzahl der Parteien. Fehlt eine solche Vereinbarung, regelt Art. 10 Abs. 1 ICC-SchO⁴⁴³ für Fälle, in denen entweder auf Kläger- oder auf Beklagtenseite mehrere Personen beteiligt sind, dass diese sich auf einen Schiedsrichter zu einigen haben⁴⁴⁴. Die Beteiligten einer Seite dürfen also nicht einzeln Vorschläge unterbreiten, mit denen sich dann die Institution zu befassen hat, sondern müssen sich einigen, um einer Ersatzbestellung durch die ICC nach Art. 10 Abs. 2 ICC-SchO zu entgehen. Zeitliche Schranken für die Einigung sind in der Schiedsordnung nicht vorgesehen. Wegen des Ziels der Verfahrensbeschleunigung bedarf es aber einer Beschränkung, die z.B. durch Fristsetzung durch die Institution zu erreichen ist. Praktikabel dürfte es sein, einfach die Frist, die einem einzelnen Beklagten zur Schiedsrichterbenennung bleibt⁴⁴⁵, auch als Frist für eine gemeinsame Benennung heranzuziehen. Können sie sich nicht einigen, wird nicht versucht, auf die innere Willensbildung einer Seite einzuwirken, sondern durch eine weitere Frist Gelegenheit gegeben, sich auf ein Benennungsverfahren zu einigen⁴⁴⁶. Kommt es auch dann nicht zu einer Einigung, kann der Schiedsgerichtshof alle Schiedsrichter ernennen, auch die der Gegenseite⁴⁴⁷. Damit ist wiederum gleicher Einfluss aller Parteien auf die Schiedsrichterbenennung garantiert, was allerdings vor dem Hintergrund einer regelgetreuen Benennung durch eine Seite als unbillig erscheinen kann⁴⁴⁸. Bei der Ernennung durch den Schiedsgerichtshof ist keine Rückfrage bei den Landesgruppen der ICC gefordert, die Auswahl hat sich aber an den bereits dargestellten Anforderungen zu orientieren⁴⁴⁹. Der Schiedsgerichtshof bestimmt auch, wer Vorsitzender des Schiedsgerichts ist. Schließlich ist noch auf Art. 4 Abs. 6 ICC-SchO hinzuweisen, der die Zustimmung des Schiedsgerichtshofes für eine Verbindung von Verfahren fordert, sollten Klagen erhoben werden, die mit bereits anhängigen Verfahren zusammenhängen. Also kann ein Kläger nur im einleitenden Schriftsatz steuern, was zusammen verhandelt werden soll. Dem Beklagten bleibt

⁴⁴² Article 10 ICC-SchO: (2) In the absence of such a joint nomination and where all parties are unable to agree to a method for the constitution of the Arbitral Tribunal, the Court may appoint each member of the Arbitral Tribunal and shall designate one of them to act as chairman. In such case, the Court shall be at liberty to choose any person it regards as suitable to act as arbitrator, applying Article 9 when it considers this appropriate.

⁴⁴³ Article 10 ICC-SchO: (1) Where there are multiple parties, whether as Claimant or as Respondent, and where the dispute is to be referred to three arbitrators, the multiple Claimants, jointly, and the multiple Respondents, jointly, shall nominate an arbitrator for confirmation pursuant to Article 9.

⁴⁴⁴ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 84.

⁴⁴⁵ Art. 8 Abs. 4 ICC-SchO.

⁴⁴⁶ Aden, Art. 10 ICC-SchO, Rn: 29, 32.

⁴⁴⁷ Derains/Schwartz, S. 172 f.

⁴⁴⁸ Aden, Art. 10 ICC-SchO, Rn: 34.

⁴⁴⁹ Derains/Schwartz, S. 173.

dagegen nicht die Möglichkeit, etwa in einer Widerklage, andere Ansprüche, als die gegen den Kläger, im selben Verfahren geltend zu machen⁴⁵⁰. Verfahrensketten sind damit ebenfalls ausgeschlossen.

Art. 13 DIS-SchO⁴⁵¹ ordnet an, dass im Falle mehrerer Parteien auf Kläger- oder Beklagten-seite, diese Mehrheit von Parteien nur gemeinsam einen Schiedsrichter benennen kann. Art. 13 Abs. 2 DIS-SchO legt das Verfahren fest, dem zu folgen ist, sollten die Beklagten der Aufforderung zur gemeinsamen Benennung nicht nachkommen. Den mehreren Beklagten bleiben 30 Tage nach Empfang der Klage durch denjenigen Beklagten, der sie als letzter erhalten hat, um sich zu einigen. Diese Frist kann verlängert werden. Kommen die Beklagten dieser Aufforderung nicht nach, ernennt der DIS-Ernennungsausschuss, nach Absprache mit den Parteien und in Ermangelung einer anderweitigen Parteivereinbarung, zwei Schiedsrichter. Diese haben sich wiederum auf einen Vorsitzenden zu einigen. Art. 13 Abs. 1 DIS-SchO fordert mehrere Kläger auf, sich bereit im Rahmen der Schiedsklage zu einem gemeinsamen Schiedsrichter zu äußern. Es ist aber nicht näher bestimmt, was passiert, wenn sie keinen gemeinsamen Schiedsrichter benennen. Das kommt wohl daher, dass es regelmäßig eher auf Beklagtenseite zur „Streitgenossenschaft“ kommt⁴⁵². Für „Streitgenossenschaft“ auf Klägerseite müssen die Kläger entweder schon bei Klageerhebung wissen, dass sie gemeinsam klagen wollen, oder sie reichen unabhängig voneinander Klagen ein und einigen sich im nachhinein untereinander und mit den beteiligten Schiedsrichtern über eine Zusammenlegung der Verfahren. Auf jeden Fall ist nicht ersichtlich, dass die Regelung zur Nichtbenennung durch den Beklagten nicht auch für den Kläger gelten soll. Einer analogen Anwendung des Art. 13 Abs. 2 DIS-SchO auf die Kläger wird daher nichts entgegenstehen⁴⁵³. Die 30-Tages-Frist des Art. 13 Abs. 2 DIS-SchO kann nicht auf die Kläger übertragen werden. Vielmehr ist auch hier an eine Fristsetzung der Institution, oder eine Koppelung an Art. 12 DIS-SchO aus Beschleuni-

⁴⁵⁰ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 85.

⁴⁵¹ Article 13 DIS-SchO: (1) Unless otherwise agreed by the parties, multiple claimants shall jointly nominate one arbitrator in their statement of claim. (2) If two or more respondents are named in the statement of claim, unless otherwise agreed by the parties, the respondents shall jointly nominate one arbitrator within 30 days after their receipt of the statement of claim. If the respondents have received the statement of claim at different times, the time-limit shall be calculated by reference to the time of receipt by the respondent who last received the statement of claim. The DIS Secretariat may extend the time-limit. If the respondents fail to agree on a joint nomination within the time-limit, the DIS Appointing Committee, after having consulted the parties, nominates two arbitrators, unless the parties agree otherwise. A nomination made by the claimant side is set aside by the DIS Appointing Committee's nomination. The two arbitrators nominated by the parties or the DIS Appointing Committee nominate the chairman of the tribunal. Section 12 sub. 2 applies mutatis mutandis, in which case the request of one party is sufficient. (3) The arbitral tribunal decides on the admissibility of the multi-party proceedings.

⁴⁵² Aden, Art. 10 ICC-SchO, Rn: 26.

⁴⁵³ Wenn schon Art. 12 DIS-SchO ordnungsgemäßes Handeln des Klägers unterstellt, liegt es nahe, für Art. 13 DIS-SchO von einer ähnlichen Unterstellung auszugehen, vgl. zu Art. 12 DIS-SchO Aden, Art. 12 DIS-SchO, Rn: 1.

gungsgesichtspunkten zu denken. Im Einklang mit der ICC-Schiedsordnung ist das Unwirksamwerden einer bereits erfolgten Benennung vorgesehen, wenn keine Einigung auf einer Seite mit mehreren Beteiligten erfolgt⁴⁵⁴. Unterschiedlich ist jedoch die Benennung des Vorsitzenden durch die beisitzenden Schiedsrichter in Art. 13 Abs. 2 Satz 6 DIS-SchO geregelt, was allerdings im Einklang zum normalen DIS-Benennungsverfahren steht. Art. 13 Abs. 3 DIS-SchO hat lediglich klarstellenden Charakter. Wie bereits ausgeführt, ist die Streitigkeit durch das Schiedsgericht und nicht die Institution zu entscheiden. Eine prima-facie-Entscheidung gibt es in DIS-Verfahren in dieser Hinsicht über die bereits beschriebene kurssorische Prüfung hinaus nicht.

Die AAA widmet Mehrparteien-Schiedsverfahren nur die kurzen Ausführungen des Art. 6 Abs. 5 AAA-SchO⁴⁵⁵. Durch Abstellen auf mehrere Kläger oder Beklagte wird ein Kettenverfahren zunächst ausgeschlossen. Sollten sich alle Parteien nicht innerhalb von 45 Tagen nach Beginn des Schiedsverfahrens auf ein Verfahren geeinigt haben, ernennt die AAA alle Schiedsrichter. Damit wird sichergestellt, dass beide Seiten den gleichen Einfluss auf die Bestellung des Schiedsgerichts bekommen⁴⁵⁶, auch wenn der Einfluss gleich null ist. Zuvor wird seitens der Institution versucht, den Parteien bei einer sinnvollen Einigung hinsichtlich des Benennungsverfahrens zu assistieren⁴⁵⁷. Die Regelung soll die Bereitschaft der Parteien, sich bereits im Vorfeld zu einigen, stärken, um nicht etwa selbst einen Schiedsrichter vorgeschrieben zu bekommen⁴⁵⁸. In Art. 6 Abs. 5 AAA-SchO wird auf eine Einigung aller Parteien abgestellt, also nicht nur auf die einer Seite mit mehreren Beteiligten. Damit wird der fälschliche Eindruck vermieden, eine Benennung könne bestehen bleiben, wenn die Gegenseite, die aus mehreren Parteien besteht, sich nicht einigen kann. Für das US-amerikanische Recht ist noch darauf hinzuweisen, dass die Möglichkeit besteht, auch nicht direkt durch Schiedsvereinbarung Verbundene in einem Schiedsverfahren zu beteiligen. Grundlage sind dem amerikanischen materiellen Recht bekannte Stellvertretungskonstruktionen und gesellschaftsrechtliche Zuordnungen⁴⁵⁹. Soll dieses Ergebnis vermieden werden, bedarf es einer Schiedsvereinbarung, in der alle Beteiligten darauf verzichten, Dritte am Verfahren zu beteiligen.

Mehrparteienverfahren sind in den Schiedsordnungen also unterschiedlich geregelt. Ein Unterschied ist, dass AAA und ICC sich die Benennung des Vorsitzenden vorbehalten, während

⁴⁵⁴ Art. 13 Abs. 2 Satz 5 DIS-SchO.

⁴⁵⁵ Article 6 AAA-SchO: (5) Unless the parties have agreed otherwise no later than 45 days after the commencement of the arbitration, if the notice of arbitration names two or more claimants or two or more respondents, the administrator shall appoint all the arbitrators.

⁴⁵⁶ Aden, Art. 10 ICC-SchO, Rn: 34.

⁴⁵⁷ Hoellering, Dispute Resolution Journal February 1998, S. 64, 69.

⁴⁵⁸ Hoellering, Dispute Resolution Journal February 1998, S. 64, 69.

⁴⁵⁹ Allgemein zum US-amerikanischen Herangehen mit Fallrechtsprechung vgl. Lamm/Aqua, George Washington International Law Review 2003, S. 711, 722 ff.

die DIS von einer Benennung durch die beisitzenden Schiedsrichter ausgeht. Schwerer wiegt aber, dass auch bei der Benennung der parteiernannten Schiedsrichter mit unterschiedlichen Verfahrensweisen, einmal auf DIS- und ICC-Seite, einmal auf AAA-Seite zu rechnen ist. Die ICC fordern die „Streitgenossen“ auf, sich auf einen Schiedsrichter zu einigen. Im Falle fehlender Einigung bestellt die Institution einen Schiedsrichter für die Seite, die sich nicht einigen konnte. Die Benennung der Gegenseite bleibt bestehen. In AAA-Verfahren müssen sich alle Beteiligte auf ein Benennungsverfahren einigen. Kommt keine Einigung zustande, werden alle Schiedsrichter durch die Institution bestellt. In DIS-Verfahren werden die Streigenossen zur gemeinsamen Benennung aufgefordert. Kommt keine Einigung zustande, wird die bereits erfolgte Nominierung durch die Gegenseite außer Acht gelassen und zwei Schiedsrichter durch die Institution bestellt. Diese Verfahrensweisen bieten je nach Interessenlage Vor- und Nachteile. Sollten Beteiligte aus eigenem Entschluss die „Streitgenossenschaft“ wählen, was wohl regelmäßig auf Seiten der Kläger der Fall sein dürfte, erscheint die Lösung der ICC interessengerecht. Ihnen ist eine Einigung auf einen Schiedsrichter zuzumuten. Einigen sie sich nicht, bleibt jedenfalls die Nominierung der Gegenseite bestehen. Beteiligten, die auf Entschluss der Gegenseite in diese Situation kommen, z.B. durch Klageerhebung gegenüber zwei Beklagten, kann weitergehender Einfluss auf die Benennung der Schiedsrichter im Wege des AAA-Verfahrens gewährt werden, da eine Einigung aller gefordert wird. Im AAA- und DIS-Verfahren wird der Gegenseite (also regelmäßig dem Kläger) die bereits vorgenommene oder geplante Nominierung jedenfalls nicht erhalten. Da aber nur selten vorhersehbar ist, wer Kläger und wer Beklagter sein wird, wäre eine von der gewählten Schiedsordnung abweichende Parteivereinbarung spekulativ und sollte daher unterbleiben. Angesichts der in allen Verfahren zu achtenden Anforderungen an Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und fachliche Eignung können beide Varianten nicht als ungerecht bezeichnet werden.

D: Korrekturen am Bestand des Schiedsgerichts

I. Problemstellung

Wie auch im nationalen Zivilverfahren kann es während eines Schiedsverfahrens zu Situationen kommen, die Veränderungen am Bestand des Spruchkörpers erforderlich machen. Ein Schiedsrichter könnte sterben oder auf andere Weise dauernd an der Erfüllung seiner Pflicht gehindert sein. Er könnte aber auch seine Tätigkeit vernachlässigen und damit einen Ersetzungswunsch auslösen. Es könnten schließlich auch Hinweise auf Parteilichkeit oder Abhängigkeit auftauchen.

Das UNCITRAL-MG und damit auch die ZPO gliedern die Korrekturvorschriften nach Ablehnung⁴⁶⁰ und sonstigen Fällen der Verhinderung des Schiedsrichters⁴⁶¹. Unter Ablehnung werden Fragen der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit, aber auch der Erfüllung von Voraussetzungen, die die Parteien für den Schiedsrichter vertraglich festgelegt haben, geklärt. Die Ersetzungsvorschriften beziehen sich auf tatsächliche oder rechtliche Gründe, die den Schiedsrichter an seiner Aufgabenerfüllung hindern⁴⁶². Also fallen darunter alle anderen Verhinderungsgründe, die nicht unter Unabhängigkeit, Unparteilichkeit oder Nichterfüllung vertraglicher Voraussetzungen fallen⁴⁶³. Eine Einordnung in diese Kategorien scheint nicht zwingend, weshalb die Schiedsordnungen frei sind, ein eigenes Ersetzungsverfahren zu normieren.

II. Regelungen der Schiedsordnungen

Gem. Art. 18 Abs. 1 DIS-SchO⁴⁶⁴ können die Schiedsrichter von den Parteien abgelehnt werden, wenn berechtigte Zweifel hinsichtlich ihrer Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und des Vorliegens von nach Parteivereinbarung geforderten Voraussetzungen bestehen. Die Gründe entsprechen somit denen der Art. 12 UNCITRAL-MG, § 1036 ZPO. Bei parteibenannten Schiedsrichtern kann gem. Art. 18 Abs. 1 Satz 2 DIS-SchO die benennende Partei nur Gründe anführen, die ihr nach der Benennung bekannt geworden sind. Den Parteien bleiben gem. Art. 18 Abs. 2 DIS-SchO⁴⁶⁵ zwei Wochen nach Information über die Bestellung aller Schiedsrichter oder Kenntniserlangung von einem Ablehnungsgrund, die Ablehnung zu betreiben. Innerhalb dieser Zeit hat eine begründete Erklärung bei der DIS-Geschäftsstelle einzugehen, die dann wiederum der anderen Partei und den Schiedsrichtern zur Stellungnahme unter Fristsetzung zugeleitet wird. Der abgelehnte Schiedsrichter kann im Folgenden durch Niederlegung seines Amtes, übereinstimmende Abberufung durch die Parteien oder Entscheidung des Schiedsgerichts aus seinem Amt entfernt werden. Niederlegung setzt eine fristlose Kündigung

⁴⁶⁰ Art. 12 f UNCITRAL-MG, § 1036 ZPO.

⁴⁶¹ Art. 14 UNCITRAL-MG, § 1038 ZPO.

⁴⁶² Calavros, S. 73.

⁴⁶³ Schlosser in Stein/Jonas, § 1038 ZPO, Rn: 1.

⁴⁶⁴ Article 18 DIS-SchO: (1) An arbitrator may be challenged only if circumstances exist that give rise to justifiable doubts as to his impartiality or independence, or if he does not possess qualifications agreed to by the parties. A party may challenge an arbitrator nominated by him, or in whose nomination he has participated, only for reasons of which he becomes aware after the nomination has been made.

⁴⁶⁵ Article 18 DIS-SchO: (2) The challenge shall be notified and substantiated to the DIS Secretariat within two weeks of being advised of the constitution of the arbitral tribunal pursuant to section 17 sub. 3 or of the time at which the party learns of the reason for challenge. The DIS Secretariat informs the arbitrators and the other party of the challenge and sets a reasonable time-limit for comments from the challenged arbitrator and the other party. If the challenged arbitrator does not withdraw from his office or the other party does not agree to the challenge within the time-limit fixed, the challenging party may within two weeks request the arbitral tribunal to decide on the challenge unless otherwise agreed by the parties.

des Schiedsrichtervertrages voraus, zu der er durch den Ablehnungsantrag berechtigt ist⁴⁶⁶. Bei der Entscheidung des Schiedsgerichts über den Ablehnungsantrag ist der abgelehnte Schiedsrichter zu beteiligen, was bei einem Einzelschiedsrichter zu formalistischen Entscheidungen führt⁴⁶⁷. Warum sollte der Schiedsrichter über seine Ablehnung befinden, der schon keinen Anlass sah, sein Amt niederzulegen? Sollte das Schiedsgericht den Ablehnungsantrag negativ beurteilen, ist das jeweils anwendbare nationale Recht darüber zu befragen, ob, quasi als nächste Instanz, ein nationales Gericht über den Ablehnungsantrag befindet. Die Vorschaltung einer Entscheidung des Schiedsgerichts ist aus deutscher Sicht lediglich ein mögliches Vorverfahren⁴⁶⁸. Die Parteien können beliebige Dritte mit der Entscheidung über den Ablehnungsantrag betrauen. Bei Schiedsverfahren in Deutschland ist § 1037 Abs. 3 ZPO zu beachten, in dem eine staatliche Entscheidung als letzte Instanz zu anderen Kontrollmöglichkeiten, etwa der Entscheidung eines Gremiums der Institution, festgeschrieben ist⁴⁶⁹.

Sonstige Verhinderungsgründe werden nach Art. 19 DIS-SchO behandelt. Das Amt des Schiedsrichters endet gem. Art. 19 Abs. 1 DIS-SchO⁴⁷⁰, wenn er zurücktritt oder wenn die Parteien einvernehmlich die Beendigung seines Amtes vereinbaren. Rücktritt ist rechtstechnisch wohl eher als Kündigung eines Dienstvertrages anzusehen⁴⁷¹. Das Kündigungsrecht des Schiedsrichters ist nach h.M. nicht frei⁴⁷². Vielmehr hat er sich im Schiedsrichtervertrag verpflichtet, das Verfahren bis zu Ende zu betreiben⁴⁷³. Daher ist es sinnvoll, das Kündigungsrecht nur im Zusammenhang und aufgrund von Verhinderungsgründen zu sehen. Dennoch sind an dieser Auslegung Zweifel geboten. Das UNCITRAL-MG und dementsprechend auch die ZPO gehen in fast wörtlicher Übereinstimmung mit Art. 19 Abs. 1 DIS-SchO von einem uneingeschränkten Kündigungsrecht aus⁴⁷⁴. Die Differenzierung nach Kündigung mit oder ohne wichtigen Grund, die überdies weder durch eine Entscheidung nach Art. 18 noch nach einer Entscheidung nach Art. 19 DIS-SchO präjudiziert ist⁴⁷⁵, ist hauptsächlich für Schadens-

⁴⁶⁶ Aden, Art. 18 DIS-SchO, Rn: 8.

⁴⁶⁷ Aden, Art. 18 DIS-SchO, Rn: 9.

⁴⁶⁸ Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 1037 ZPO, Rn: 2.

⁴⁶⁹ Schlosser in Stein/Jonas, § 1037 ZPO, Rn: 2.

⁴⁷⁰ Article 19 DIS-SchO: (1) If an arbitrator becomes de jure or de facto unable to perform his functions or for other reasons fails to act, his mandate terminates if he withdraws from his office or if the parties agree on the termination. If the arbitrator does not withdraw from his office, or if the parties cannot reach agreement on the termination of his mandate, any party may request the competent court to decide on the termination of the mandate.

⁴⁷¹ Lionnet, S. 208.

⁴⁷² Lionnet, S. 209.

⁴⁷³ Fouchard, in: The Status of the Arbitrator, S. 12, 18 f.

⁴⁷⁴ Lionnet, S. 209; Schwab/Walter, Kap. 13, Rn: 9 ff; Calavros, S. 75.

⁴⁷⁵ Article 19 DIS-SchO: (3) If, pursuant to subsection 1 of this section or of section 18 sub. 2, an arbitrator withdraws from his office or a party agrees to the termination of the mandate of an arbitrator, this does not imply acceptance of the validity of any ground referred to in subsection 1 of this section or section 18 sub. 2.

ersatzansprüche bedeutend⁴⁷⁶. Da allerdings die Kündigung ohne Grund ihre Grundlage in Art. 15 UNCITRAL-MG, § 1039 ZPO hat, die keine Entsprechung in der DIS-Schiedsordnung besitzt, sind Kündigungsgründe in DIS-Verfahren wohl weiterhin im Zusammenhang mit Verhinderungsgründen zu sehen. Zu Fragen ist lediglich, welchen Zweck es hat, einen Schiedsrichter gegen seinen Willen zur Amtsführung zu zwingen.

Gem. Art. 19 Abs. 1 Satz 2 DIS-SchO hat mangels Rücktritts eines Schiedsrichters oder wenn sich die Parteien nicht auf eine Beendigung des Schiedsrichteramtes einigen können, ein staatliches Gericht auf Antrag einer Partei über die Beendigung des Amtes entscheidet. Damit entscheidet im Endeffekt weder die Institution⁴⁷⁷, noch das Schiedsgericht über die Ablösung des Schiedsrichters.

Art. 18 Abs. 3 DIS-SchO⁴⁷⁸ und Art. 19 Abs. 2 DIS-SchO⁴⁷⁹ regeln, dass im Falle der Korrektur am Schiedsrichterbestand die Bestellung eines Ersatzschiedsrichters in Übereinstimmung mit dem ursprünglichen Konstituierungsverfahren zu erfolgen hat. Lediglich bei Untätigkeit eines Schiedsrichters beim Erlass des Schiedsspruches ordnet Art. 33 DIS-SchO an, dass die zwei verbleibenden Schiedsrichter allein handeln können, wenn sie das für sinnvoll erachten. Damit soll verhindert werden, dass ein Schiedsrichter das weitere Verfahren blockieren oder verzögern kann, wenn abzusehen ist, dass die ihn bestellende Partei unterliegen wird⁴⁸⁰. Unklar bleibt aber, in welcher Lage des Verfahrens der neue Schiedsrichter das Verfahren aufzunehmen hat, ob er den Prozess also dort übernimmt, wo der andere Schiedsrichter aufgehört hat, oder alles neu beginnt. Aus deutscher zivilprozessualer Sicht ist der Grundsatz der Unmittelbarkeit gemäß § 309 ZPO zu beachten⁴⁸¹. Die Aufforderung, rechtliches Gehör zu gewähren⁴⁸² sowie die bindende Parteivereinbarung hinsichtlich der Zahl der Schiedsrichter muss auch im DIS-Schiedsverfahren dazu führen, alle Verfahrensschritte zu wiederholen, die nicht lediglich organisatorischen Charakter haben.

Art. 8 Abs. 1 AAA-SchO⁴⁸³ gestattet ebenfalls die Ablehnung von Schiedsrichtern wegen Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Fehlende, nach Parteivereinbarung aber verlangte Qua-

⁴⁷⁶ Schlosser in Stein/Jonas, § 1038 ZPO, Rn: 1.

⁴⁷⁷ Aden, Art. 19 DIS-SchO, Rn: 4.

⁴⁷⁸ Article 18 DIS-SchO: (3) If the other party agrees to the challenge, or if the arbitrator withdraws from his office after being challenged, or if the application of challenge has been granted, a substitute arbitrator shall be nominated. Sections 12 to 17 apply mutatis mutandis to the nomination and confirmation of the substitute arbitrator.

⁴⁷⁹ Article 19 DIS-SchO: (2) If the mandate of an arbitrator is terminated, a substitute arbitrator shall be nominated. Sections 12 to 17 apply mutatis mutandis to the nomination and confirmation of the substitute arbitrator.

⁴⁸⁰ Redfern/Hunter, para.4-73 f.

⁴⁸¹ Aden, Art. 19 DIS-SchO, Rn: 7.

⁴⁸² Art. 26 DIS-SchO.

⁴⁸³ Article 8 AAA-SchO: (1) A party may challenge any arbitrator whenever circumstances exist that give rise to justifiable doubts as to the arbitrator's impartiality or independence. A party wishing to challenge an arbitrator

lifikation ist kein ausdrücklicher Ablehnungsgrund. Daher sollte eventuell das Übereinstimmen der Qualifikation des Schiedsrichters mit Anforderungen, die durch die Schiedsordnung oder Parteivereinbarung an sie gestellt werden, durch Parteivereinbarung zum Ablehnungsgrund gemacht werden. Andernfalls bleibt nur der Weg über ein durch die anderen Schiedsrichter veranlassetes Ersetzungsverfahren nach Art. 11 AAA-SchO oder einen übereinstimmenden Ablehnungsantrag beider Parteien, der aufgrund der Parteiautonomie möglich ist.

Eine Ablehnung hat gem. Art. 8 Abs. 2 AAA-SchO⁴⁸⁴ schriftlich mit Begründung gegenüber der Institution zu erfolgen. Dies hat gem. Art. 8 Abs. 1 AAA-SchO innerhalb von 15 Tagen nach Information über die Konstituierung des Schiedsgerichts oder Erlangung der Kenntnis von den die Ablehnung begründenden Tatsachen zu geschehen. Die Ablehnung eines parteibenannten Schiedsrichters durch die ihn benennende Partei kann allerdings nur aufgrund neuer oder neu bekannt gewordener Tatsachen erfolgen⁴⁸⁵. Die Institution informiert dann gem. Art. 8 Abs. 3 AAA-SchO⁴⁸⁶ die anderen Parteien. Sollten sich die Parteien einigen, dass der Schiedsrichter abzulehnen ist, legt ihm Art. 8 Abs. 3 AAA-SchO die Niederlegung seines Amtes nahe. Diese Möglichkeit steht den Parteien sowohl bei parteibenannten wie institutionsbenannten Schiedsrichtern zu⁴⁸⁷. Die Niederlegung seines Amtes ist dem Schiedsrichter aber auch gestattet, wenn lediglich ein Ablehnungsgesuch gestellt wurde, die Parteien sich aber nicht geeinigt haben. Von dieser Situation erlangt der Schiedsrichter allerdings nur Kenntnis, wenn die Institution Gründe für eine Ablehnung als gegeben erachtet. Ansonsten könnte die Kenntnis vom Ablehnungsgesuch den Schiedsrichter gegen die ablehnende Partei voreingenommen machen⁴⁸⁸. In diesem Falle sollte jedoch zuvor die Reaktion der anderen Partei abgewartet werden, um eventuellen Verzögerungstaktiken der ablehnenden Partei nicht „auf den Leim zu gehen“⁴⁸⁹. Erfolgt aber weder eine Niederlegung des Amtes noch eine Einigung der Parteien, entscheidet gem. Art. 9 AAA-SchO⁴⁹⁰ die Institution über das Ablehnungsgesuch. Diese Entscheidung wird niemals ohne Rücksprache mit den anderen Parteien

shall send notice of the challenge to the administrator within 15 days after being notified of the appointment of the arbitrator or within 15 days after the circumstances giving rise to the challenge become known to that party.

⁴⁸⁴ Article 8 AAA-SchO: (2) The challenge shall state in writing the reasons for the challenge.

⁴⁸⁵ Oehmke, § 71:3.

⁴⁸⁶ Article 8 AAA-SchO: (3) Upon receipt of such a challenge, the administrator shall notify the other parties of the challenge. When an arbitrator has been challenged by one party, the other party or parties may agree to the acceptance of the challenge and, if there is agreement, the arbitrator shall withdraw. The challenged arbitrator may also withdraw from office in the absence of such agreement. In neither case does withdrawal imply acceptance of the validity of the grounds for the challenge.

⁴⁸⁷ Domke on Commercial Arbitration, § 26: 2.

⁴⁸⁸ Domke on Commercial Arbitration, § 26: 2.

⁴⁸⁹ Oehmke, § 71:3.

⁴⁹⁰ Article 9 AAA-SchO: If the other party or parties do not agree to the challenge or the challenged arbitrator does not withdraw, the administrator in its sole discretion shall make the decision on the challenge.

erfolgen, ist dafür aber endgültig⁴⁹¹. In Zweifelsfällen tendiert die AAA eher zu einer Ersetzung des Schiedsrichters⁴⁹². Die Ersetzungsentscheidung wird durch den „case-administrator“ gefällt⁴⁹³.

Art. 10 AAA-SchO⁴⁹⁴ ordnet an, dass ein Schiedsrichter zu ersetzen ist, wenn er sein Amt nach seiner Ablehnung niederlegt, die Institution einem Ablehnungsgesuch stattgibt, ein Schiedsrichter stirbt oder die Kündigung eines Schiedsrichters von der AAA akzeptiert wird. Eine Kündigung kann allerdings nur aus wichtigem Grund akzeptiert werden, da den Schiedsrichter mit Übernahme seines Amtes die Verpflichtung trifft, das Verfahren zu Ende zu führen. Ein wichtiger Grund ist vor allem bei Parteilichkeit und Abhängigkeit gegeben. Es fragt sich aber, wie der Institution eine sinnvolle Prüfung dieser Voraussetzungen ermöglicht werden soll, wenn der Schiedsrichter nicht verpflichtet ist, Gründe für seine Kündigung zu nennen⁴⁹⁵. Die Ersatzbestellung erfolgt im Einklang mit dem ursprünglichen Verfahren gemäß Art. 6 AAA-SchO.

Sollte bei einem Dreier-Schiedsgericht ein Schiedsrichter aus anderen als in Art. 10 AAA-SchO genannten Gründen die Kooperation verweigern, können die übrigen Schiedsrichter gemäß Art. 11 Abs. 1 AAA-SchO⁴⁹⁶ die Fortführung des Verfahrens zu zweit beschließen („truncated tribunal“), oder einen Ersatz bestellen lassen. Dabei ist insbesondere das Stadium, in dem sich das Verfahren befindet, zu berücksichtigen. In einem frühen Stadium bietet sich die Wiederholung der bereits durchgeführten Verfahrenselemente an. Je weiter das Verfahren aber fortgeschritten ist, umso mehr muss der Gefahr entgangen werden, dass ein Schiedsrichter durch Untätigkeit den Prozessausgang verzögern kann. Um das zu gewährleisten, muss es den verbleibenden Schiedsrichtern möglich sein, entsprechend einer Mehrheitsentscheidung auch ohne den untätigen Schiedsrichter einen Schiedsspruch zu erlassen⁴⁹⁷. Der Wortlaut von

⁴⁹¹ Oehmke, § 71:3.

⁴⁹² Oehmke, § 72:4.

⁴⁹³ Oehmke, § 71:3.

⁴⁹⁴ Article 10 AAA-SchO: If an arbitrator withdraws after a challenge, or the administrator sustains the challenge, or the administrator determines that there are sufficient reasons to accept the resignation of an arbitrator, or an arbitrator dies, a substitute arbitrator shall be appointed pursuant to the provisions of Article 6, unless the parties otherwise agree.

⁴⁹⁵ So aber Oehmke, § 72:1.

⁴⁹⁶ Article 11 AAA-SchO: (1) If an arbitrator on a three-person tribunal fails to participate in the arbitration for reasons other than those identified in Article 10, the two other arbitrators shall have the power in their sole discretion to continue the arbitration and to make any decision, ruling or award, notwithstanding the failure of the third arbitrator to participate. In determining whether to continue the arbitration or to render any decision, ruling or award without the participation of an arbitrator, the two other arbitrators shall take into account the stage of the arbitration, the reason, if any, expressed by the third arbitrator for such nonparticipation, and such other matters as they consider appropriate in the circumstances of the case. In the event that the two other arbitrators determine not to continue the arbitration without the participation of the third arbitrator, the administrator on proof satisfactory to it shall declare the office vacant, and a substitute arbitrator shall be appointed pursuant to the provisions of Article 6, unless the parties otherwise agree.

⁴⁹⁷ Domke on Commercial Arbitration, § 26: 4; Redfern/Hunter, para.4-73, 74.

Art. 11 AAA-SchO ergibt nicht eindeutig, ob eine Fortsetzung des Verfahrens zu zweit auch erfolgen kann, wenn noch mehr zu geschehen hat, als das bloße Verfassen des Schiedsspruchs. Bei der Beurteilung der Lage ist immer im Auge zu behalten, dass die Schiedsvereinbarung evtl. ein Dreier-Schiedsgericht vorsieht und nicht vorschriftsmäßige Besetzung Aufhebungsgründe für ein nationales Gericht liefern kann. Im Falle einer Neubestellung entscheidet zwar das neue Schiedsgericht gem. Art. 11 Abs. 2 AAA-SchO⁴⁹⁸, ob das Verfahren weiterlaufen kann oder Verhandlungstermine nachzuholen sind. Aber auch hier ist auf mögliche Aufhebungsgründe wegen fehlerhafter Besetzung des Schiedsgerichts zu achten. Im Allgemeinen folgt daher auch die AAA der Maxime, dass Verfahren neu mit voll besetztem Spruchkörper zu beginnen sind, sollte ein Schiedsrichter vor Urteilsfindung entfallen⁴⁹⁹.

Auch das ICC-Verfahren könnte hinsichtlich des Korrekturgrundes, also nach Ablehnung wegen Abhängigkeit und der Entfernung des Schiedsrichters aus sonstigen Gründen gegliedert werden. Prägnanter, weil in der Schiedsordnung angelegt, ist jedoch eine Gliederung in ein Ablehnungsverfahren gem. Art. 11 ICC-SchO, das von den Parteien betrieben wird und eine Ersetzungsverfahren gem. Art. 12 ICC-SchO, das entweder auf Antrag beider Parteien oder aus der eigenen Initiative der Institution erfolgt.

Ein Ablehnungsantrag ist gem. Art. 11 Abs. 1 ICC-SchO⁵⁰⁰ schriftlich und mit Gründen versehen in Übereinstimmung mit Art. 3 Abs. 1 ICC-SchO an das Sekretariat zu richten. Als mögliche Gründe kommen gem. Art. 11 Abs. 1 ICC-SchO einerseits Abhängigkeit, aber auch sonstige Gründe wie Verstöße gegen die Schiedsordnung in Frage⁵⁰¹. Die Erwähnung „sonstiger Gründe“ für eine Ablehnung unterscheidet die ICC-Schiedsordnung von den Schiedsordnungen der AAA und DIS. Dort sind Ablehnungsgründe konkret aufgeführt. In ICC-Verfahren wird der Gerichtshof mit einem größeren Spektrum von Gründen konfrontiert und hat damit auch größeren Einfluss auf das Verfahren⁵⁰². Zu denken ist etwa an eine Ablehnung eines Schiedsrichters wegen mangelnder fachlicher Kompetenz, aber auch wegen fehlender persönlicher Eignung oder Untätigkeit⁵⁰³. Im Regelfall handelt es sich bei Ablehnungsanträgen aber um solche wegen Abhängigkeit⁵⁰⁴. Das große Spektrum möglicher Ablehnungsgründe sei dadurch gerechtfertigt, dass der Schiedsgerichtshof aufgrund seiner herausragenden

⁴⁹⁸ Article 11 AAA-SchO: (2) If a substitute arbitrator is appointed under either Article 10 or Article 11, the tribunal shall determine at its sole discretion whether all or part of any prior hearings shall be repeated.

⁴⁹⁹ Oehmke, § 72:5.

⁵⁰⁰ Article 11 ICC-SchO: (1) A challenge of an arbitrator, whether for an alleged lack of independence or otherwise, shall be made by the submission to the Secretariat of a written statement specifying the facts and circumstances on which the challenge is based.

⁵⁰¹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 87.

⁵⁰² Derains/Schwartz, S. 175.

⁵⁰³ Aden, Art. 11 ICC-SchO, Rn: 10 ff.

⁵⁰⁴ Derains/Schwartz, S. 176.

Kompetenz in der Lage sei, rechtsmissbräuchliche Ablehnungsanträge zu erkennen und abzuweisen⁵⁰⁵. Jedoch ist auf diese Weise zumindest Verzögerungstaktiken der Weg bereitet. Eine Entscheidung des Gerichtshofes erfolgt lediglich auf schriftlicher Grundlage ohne mündliche Verhandlung⁵⁰⁶. Im Unterschied zur DIS und AAA hat gem. Art. 11 Abs. 2 ICC-SchO⁵⁰⁷ die ablehnende Partei 30 Tage ab Mitteilung über die Ernennung oder Kenntniserlangung von Umständen Zeit, die Ablehnung zu begründen. Nach Eingang des Antrags benachrichtigt das Sekretariat gem. Art. 11 Abs. 3 ICC-SchO⁵⁰⁸ die andere Partei, den betroffenen Schiedsrichter und die übrigen Schiedsrichter und gibt ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme binnen angemessener Frist, regelmäßig innerhalb von 15 Tagen⁵⁰⁹. Dann entscheidet der Schiedsgerichtshof über Zulässigkeit und Begründetheit des Antrags. Diese Entscheidung ist je nach Schiedsverfahrensort endgültig, wie z.B. in Frankreich und der Schweiz⁵¹⁰, oder nur Vorverfahren zu einer staatlichen Kontrolle, wie im deutschen Recht⁵¹¹.

Art. 12 ICC-SchO ist mit „Ersetzung von Schiedsrichtern“ überschrieben. Einerseits wird geregelt, wie und wann ein Ersatzschiedsrichter zu bestellen ist. Art. 12 Abs. 1 und 2 ICC-SchO enthalten darüber hinaus aber auch weitere Gründe für eine Entfernung eines Schiedsrichters aus seinem Amt. Art. 12 Abs. 1 ICC-SchO⁵¹² ordnet die Ersetzung eines verstorbenen oder erfolgreich abgelehnten Schiedsrichters sowie eines von seinem Amt zurückgetretenen Schiedsrichters an. Schließlich kann eine Ersetzung auch durch Antrag aller Parteien ausgelöst werden. Ein Rücktritt bedarf der Annahme durch den Schiedsgerichtshof und kann nur aus wichtigen Gründen erfolgen⁵¹³, wie z.B. dem Vorliegen eines Ablehnungsantrags⁵¹⁴. Eine Ersetzung ist gem. Art. 12 Abs. 2 ICC-SchO⁵¹⁵ weiter vorgesehen, wenn der Gerichtshof feststellt, dass ein Schiedsrichter rechtlich oder tatsächlich nicht in der Lage ist, seine Pflichten zu erfüllen, oder seinen Pflichten aus der Schiedsordnung nicht oder nicht fristgemäß nach-

⁵⁰⁵ Aden, Art. 11 ICC-SchO: Rn. 13.

⁵⁰⁶ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 88.

⁵⁰⁷ Article 11 AAA-SchO: (2) For a challenge to be admissible, it must be sent by a party either within 30 days from receipt by that party of the notification of the appointment or confirmation of the arbitrator, or within 30 days from the date when the party making the challenge was informed of the facts and circumstances on which the challenge is based if such date is subsequent to the receipt of such notification.

⁵⁰⁸ Article 11 ICC-SchO: (3) The Court shall decide on the admissibility, and, at the same time, if necessary, on the merits of a challenge after the Secretariat has afforded an opportunity for the arbitrator concerned, the other party or parties and any other members of the Arbitral Tribunal to comment in writing within a suitable period of time. Such comments shall be communicated to the parties and to the arbitrators.

⁵⁰⁹ Derains/Schwartz, S. 179.

⁵¹⁰ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 86.

⁵¹¹ Vgl. § 1037 Abs. 3 ZPO.

⁵¹² Article 12 ICC-SchO: (1) An arbitrator shall be replaced upon his death, upon the acceptance by the Court of the arbitrator's resignation, upon acceptance by the Court of a challenge or, upon the request of all the parties.

⁵¹³ Derains/Schwartz, S. 181 ff.

⁵¹⁴ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 89.

⁵¹⁵ Article 12 ICC-SchO: (2) An arbitrator shall also be replaced on the Court's own initiative when it decides that he is prevented *de jure* or *de facto* from fulfilling his functions, or that he is not fulfilling his functions in accordance with the Rules or within the prescribed time limits.

kommt. Einer einzelnen Partei ist es verwehrt, einen Antrag nach Art. 12 ICC-SchO zu stellen. Ihr bleibt nur die Möglichkeit eines Ablehnungsantrags nach Art. 11 ICC-SchO mit den dort vorgesehenen Fristen⁵¹⁶. Diese Ersetzungsentscheidung erfordert gem. Art. 12 Abs. 3 ICC-SchO⁵¹⁷ eine vorherige schriftliche Anhörung aller Beteiligten.

Sollte ein Schiedsrichter nach Art. 12 ICC-SchO zu ersetzen sein, steht es gem. Art. 12 Abs. 4 ICC-SchO⁵¹⁸ im Ermessen des Gerichtshofes, ob das ursprüngliche Ernennungsverfahren zu befolgen ist. Damit steht dem Gerichtshof auch frei, ein anderes Verfahren zu wählen⁵¹⁹. Das neu konstituierte Schiedsgericht entscheidet nach Anhörung der Parteien, in welchem Stadium es das Verfahren aufnimmt⁵²⁰. Zu beachten ist der Anspruch beider Parteien auf Gewährung rechtlichen Gehörs.

Der Gerichtshof kann nach Art. 12 Abs. 5 ICC-SchO⁵²¹ ferner nach Anhörung der Beteiligten und Abwägung aller relevanten Umstände anordnen, dass die vakante Schiedsrichterstelle unbesetzt zu bleiben hat, wenn das Verfahren gemäß Art. 22 ICC-SchO geschlossen wurde. Voraussetzung ist aber, dass alle Verfahrenshandlungen erledigt wurden und nur noch der Schiedsspruch zu verfassen ist. Weiter ist im Gegensatz zur AAA strikt festgelegt, dass der Schiedsrichter, dessen Stelle unbesetzt bleiben soll, endgültig entfallen sein muss. Damit ist die ungewisse Situation, ob ein Schiedsrichter „untätig“ i.S.v. Art. 11 Abs. 1 AAA-SchO ist, umgangen. Vielmehr muss zuvor Klarheit durch eine Entscheidung des Gerichtshofes geschaffen sein⁵²².

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Unterschiede hinsichtlich der Gründe für eine Korrektur am Schiedsrichterbestand zu verzeichnen sind. Im AAA-Verfahren können Parteien nur wegen Parteilichkeit oder Abhängigkeit ein Ablehnungsgesuch stellen, im DIS-Verfahren ist zusätzlich das Fehlen vereinbarter Voraussetzungen ein Ablehnungsgrund. In ICC-Verfahren wird einerseits auf Abhängigkeit als Ablehnungsgrund abgestellt; wie oben aber gezeigt, ist

⁵¹⁶ Derains/Schwartz, S. 184 f.

⁵¹⁷ Article 12 ICC-SchO: (3) When, on the basis of information that has come to its attention, the Court considers applying Article 12(2), it shall decide on the matter after the arbitrator concerned, the parties and any other members of the Arbitral Tribunal have had an opportunity to comment in writing within a suitable period of time. Such comments shall be communicated to the parties and to the arbitrators.

⁵¹⁸ Article 12 ICC-SchO: (4) When an arbitrator is to be replaced, the Court has discretion to decide whether or not to follow the original nominating process. Once reconstituted, and after having invited the parties to comment, the Arbitral Tribunal shall determine if and to what extent prior proceedings shall be repeated before the reconstituted Arbitral Tribunal.

⁵¹⁹ Derains/Schwartz, S. 189.

⁵²⁰ Art. 12 Abs. 4 ICC-SchO.

⁵²¹ Article 12 ICC-SchO: (5) Subsequent to the closing of the proceedings, instead of replacing an arbitrator who has died or been removed by the Court pursuant to Articles 12(1) and 12(2), the Court may decide, when it considers it appropriate, that the remaining arbitrators shall continue the arbitration. In making such determination, the Court shall take into account the views of the remaining arbitrators and of the parties and such other matters that it considers appropriate in the circumstances.

⁵²² Derains/Schwartz, S. 195.

Parteilichkeit in diesen Begriff mit hineinzulesen. Zusätzlich sind „sonstige“ Ablehnungsgründe zu beachten, die sich nicht lediglich im fehlenden, aber vereinbarten Voraussetzungen erschöpfen, sondern z.B. auch Untätigkeit umfassen. Mangelnde Unparteilichkeit oder Unabhängigkeit führt also grundsätzlich in allen Verfahren zum Ausschluss auf Antrag einer Partei. Vermutetes Fehlen vereinbarter Voraussetzungen kann bei ICC und DIS mittels Antrags überprüft werden. Im AAA-Verfahren muss das Fehlen dieser Voraussetzungen sich aber auf die Amtsführung auswirken, da ein diesbezügliches einseitiges Antragsrecht nicht besteht und sich das Fehlen dieser Voraussetzungen für einen Ausschluss eines Schiedsrichters in mangelnder Beteiligung am Verfahren („...fails to participate in the arbitration for reasons other than those identified in Article 10...“) niedergeschlagen haben muss. „Sonstige“ Ablehnungsgründe stehen den Parteien nur im ICC-Verfahren zu. Es ist zu beachten, dass eine Vielzahl von zulässigen Ablehnungsgründen die Durchführung von Ablehnungsverfahren begünstigt und auf diesem Wege Verzögerungen eintreten können. Ob diese Anträge dann auch begründet sind, ist eine andere Frage.

In dem wohl eher seltenen Fall der Unzufriedenheit beider Parteien mit einem Schiedsrichter sind auch außerhalb von Ablehnungsgründen Parteivereinbarungen zur Ablösung dieses Schiedsrichters zu beachten, da Parteiherrschaft auch hinsichtlich möglicher Ablehnungsverfahren besteht. Was im Gegenzug mit dem Vergütungsanspruch des Schiedsrichters geschieht, muss nach dem auf den Schiedsrichtervertrag anwendbare Recht bestimmt werden. Sollte nur eine Partei mit der Amtsführung eines Schiedsrichters unzufrieden sein, werden regelmäßig Tatsachen zu finden sein, die die Annahme von Parteilichkeit oder Abhängigkeit begründen und damit Ablehnung ermöglichen.

Darüber hinaus bieten die Schiedsordnungen Alternativen zur Ablehnung durch eine Partei. Im AAA-Verfahren wird durch Art. 11 Abs. 1 AAA-SchO dem Schiedsgericht übertragen, ohne den Untätigen Schiedsrichter fortzufahren. Der Administrator ist auch befugt, einen Schiedsrichter durch einen neuen zu ersetzen. In Art. 19 Abs. 1 DIS-SchO wird im Endeffekt ein staatliches Gericht zur Beendigung des Mandates des Schiedsrichters berufen. In ICC-Verfahren tritt neben das weite Antragsrecht der Parteien die Befugnis des Schiedsgerichtshofes, gem. Art. 12 Abs. 2 ICC-SchO einen Schiedsrichter bei fehlerhafter Amtsführung abzu-berufen. Mangelhafte Amtsführung wird also in jedem der beschriebenen Verfahren zu einer Entlassung des Schiedsrichters führen.

Daher ist festzuhalten, dass zwar die Gründe für einen Ablehnungsantrag variieren, in jedem Verfahren aber spätestens durch fehlerhafte Amtsführung die Ablösung dieses Schiedsrichters ermöglicht wird. In AAA-Verfahren ist auf Fehler in der Amtsführung zu warten, sollten kei-

ne enumerierten Ablehnungsgründe vorliegen. Die dadurch möglichen Verzögerungen werden aber im Vergleich zur DIS und insbesondere zur ICC durch geringere Missbrauchsmöglichkeiten hinsichtlich möglicher Ablehnungsanträge kompensiert.

Weitere Unterschiede sind in den Fristen für Ablehnungsanträge zu sehen. Die Zeitrahmen, in denen Parteien handeln müssen, sind bei AAA und DIS beinahe gleich, lediglich die 30-Tages-Frist der ICC kann gegenüber den anderen Schiedsordnungen zu Verzögerungen führen.

Ein weiterer wichtiger Unterschied ist im Entscheidungsgremium zu sehen, das ein Ablehnungsgesuch beurteilt. Bei der DIS entscheidet zunächst das Schiedsgericht, evtl. auf zweiter Stufe ein staatliches Gericht. Die DIS hält sich also weitestgehend zurück.

Unsicherheiten, wie das Verfahren fortzusetzen ist oder ob Verfahrensabschnitte zu wiederholen sind, werden in der DIS-Schiedsordnung nicht aufgelöst. Es liegt jedoch die Vermutung nahe, dass die DIS auch diese Entscheidung dem Schiedsgericht überlässt, wenn es schon die schwerwiegendere Frage nach der Ablehnung untersuchen soll. Die Entscheidung, ob als „truncated tribunal“ weiter zu verfahren ist, obliegt jedenfalls dem Schiedsgericht. Die AAA handelt für Ablehnungsentscheidungen vertreten durch ihren „case-administrator“⁵²³. Die Fortsetzung des Verfahrens und die Entscheidung über ein „truncated tribunal“ wird aber dem Schiedsgericht überlassen. Am auffälligsten ist die zentrale Rolle, welche der ICC-Schiedsgerichtshof in der ICC-Schiedsordnung hat. Der Schiedsgerichtshof entscheidet über Ablehnungsgesuche der Parteien. Dabei werden nicht nur klassische Ablehnungsgründe wie Parteilichkeit geprüft, sondern auch andere Gründe. Dadurch ist dem Gerichtshof nach dem Wortlaut der ICC-Schiedsordnung mehr Entscheidungsbefugnis eingeräumt als der DIS und der AAA. Zusätzlich ist dem Schiedsgerichtshof eine Kontrollbefugnis über die Schiedsrichter nach Art. 12 ICC-SchO eingeräumt, indem er aus eigener Kompetenz einen Schiedsrichter aus seinem Amt entlassen kann⁵²⁴. Schließlich entscheidet der Schiedsgerichtshof über die Zulässigkeit eines „truncated tribunal“ sowie über das zu befolgende Ernennungsverfahren, falls eine Ersetzung stattfindet. Dem Schiedsgericht verbleibt lediglich die Aufgabe, zu entscheiden, in welcher Lage des Verfahrens es seine Aufgabe aufnimmt.

⁵²³ Oehmke, § 71:3.

⁵²⁴ Vgl. auch Greenblatt/Griffin, *Arbitration International*, Vol. 17, No. 1, 2001, S. 101 (105).

Kapitel 6: Die Vorbereitung des weiteren Verfahrens

A: Vorüberlegung

Bevor sich das konstituierte Schiedsgericht mit den tatsächlichen und rechtlichen Fragen der zugrunde liegenden Hauptsache auseinander setzen kann, sind einige vorbereitende Maßnahmen sowohl durch die Institution als auch durch Parteien und Schiedsgericht veranlasst.

Zum Teil handelt es sich dabei um Selbstverständlichkeiten. Um ein Verfahren leiten zu können, müssen dem Schiedsgericht durch die Institution die Verfahrensakten übergeben werden, soweit die Institution sie bereits erhalten hat. Lediglich Art. 13 ICC-SchO verliert dazu ein Wort. Danach erfolgt die Übergabe, wenn das Gericht konstituiert ist und der notwendige Kostenvorschuss eingezahlt worden ist. Erst dann beginnt die eigentliche Arbeit des Schiedsgerichts mit der Fertigung des Schiedsauftrags („Terms of Reference“) gemäß Art. 18 ICC-SchO. Auch in AAA- und DIS-Verfahren kann die Übergabe der Akten erst nach Konstituierung des Schiedsgerichts stattfinden, weil erst dann feststeht, wer Schiedsrichter wird. Ein kleiner Unterschied ist im Umfang der Akten zu sehen, die übergeben werden. Während bei ICC und AAA die Akten aus Klage, Klageerwiderung und gegebenenfalls Widerklage bestehen⁵²⁵, kann die DIS dem Schiedsgericht lediglich die Klage aushändigen, da die Klageerwiderung erst nach Fristsetzung durch das Gericht einzureichen ist, Art. 9 DIS-SchO.

Zum Teil sind aber auch so wesentliche Dinge wie der Verfahrensort, die Verfahrenssprache, Verfahrensrecht und das anwendbare materielle Recht zu klären.

B: Preliminary Hearing und Schiedsauftrag

Da nach allgemeinen Grundsätzen eine etwaige Vereinbarung der Parteien vorrangig zu beachten ist, bietet es sich für das Schiedsgericht an, Punkte der Vorbereitung des Schiedsverfahrens mit den Parteien zu erörtern, falls nicht bereits in den Schriftsätzen ausreichende Ausführungen enthalten sind. Daher hat es sich eingebürgert, vorbereitende Besprechungen abzuhalten, die unter verschiedenen Namen⁵²⁶ die gleichen Ziele verfolgen⁵²⁷. Bevor eine vorbe-

⁵²⁵ Zusätzlich werden weitere Informationen, z.B. zu Zeitlimits, Streitwerten und der Organisation des Verfahrensablaufs, von der Institution übersandt, vgl. Derains/Schwartz, S. 199.

⁵²⁶ Z.B. preparatory conference, preliminary hearing, pre-trial conference, preliminary meeting, preliminary consultation, administrative conference, m.w.N. Coe, S. 233 f.

⁵²⁷ Coe, S. 233 f.

reitende Besprechung abgehalten wird, ist es notwendig, dass die Schiedsrichter Zeit hatten, sich mit der Materie vertraut zu machen. Nur so können Punkte wie Spezifizierung der Anträge, Klarstellen unbestrittener Tatsachen, Planung der Beweisaufnahme und Zeitpläne sinnvoll besprochen werden⁵²⁸. Auch wenn diese Planungen lediglich vorläufig sind und Änderungen kaum vermieden werden können, liegt in jeder Veränderung ein unnötiger Zeitverlust. Daher sind Veränderungen weitest möglich zu vermeiden. Betrachtet man jetzt die Mechanismen der Zuleitung der Akten an das Schiedsgericht, erhalten bei ICC und AAA die Schiedsrichter die Akte bestehend aus Klage und Klageerwiderung und benötigen dann eine gewisse Zeit, diese zu studieren. Bei DIS-Verfahren erhalten die Schiedsrichter zunächst die Klage und können mit deren Studium beginnen, bis die Klageerwiderung eintrifft

Zur Verfahrensvorbereitung gestattet („may conduct“) die AAA, sog. „preparatory conferences“ zwischen Parteien und Schiedsgericht abzuhalten, um das Verfahren vorzubereiten und zu beschleunigen⁵²⁹. Dies geschieht regelmäßig in einer Telefonkonferenz, bei Verweigerung einer Partei im Einzelgespräch⁵³⁰. Aus dem Wortlaut des Art. 16 Abs. 2 AAA-SchO kann aber nicht die Verpflichtung abgelesen werden, ein „preparatory conference“ durchzuführen.

Auch bei der DIS werden solche Vorbesprechungen im Bedarfsfall abgehalten, auch wenn sie keine Erwähnung in der Schiedsordnung finden⁵³¹. Insofern können vorbereitende Sitzungen auch nicht verpflichtend sein.

Die ICC verfolgt durch die Anordnung in Art. 18 ICC-SchO, dass zwischen Parteien und Schiedsgericht ein so genannter Schiedsauftrag („Terms of Reference“) zu vereinbaren ist, die Absicht, Anträge, Gegenanträge und den Streitstoff in geordnete Form zu bringen und damit eine auf den Streitfall bezogene Ergänzung der Schiedsvereinbarung zu schaffen sowie den zu regelnden Streit sachgerecht zu begrenzen⁵³². Dennoch gehen die „Terms of Reference“ in ihrer Bedeutung weiter als andere vorbereitende Maßnahmen. Die ursprüngliche Funktion dieses Schiedsauftrages, einklagbare Verfahrensvereinbarungen für romanische Parteien zu schaffen, denen früher eine Schiedsvereinbarung für zukünftige Streitigkeiten verwehrt war, ist zwar mittlerweile entfallen. Dennoch wurde die Regelung beibehalten, da sie eine einvernehmliche Regelung der oben angesprochenen Punkte ermöglicht und überdies dem Schieds-

⁵²⁸ Coe, S. 235 ff.

⁵²⁹ Article 16 AAA-SchO: (2) The tribunal, exercising its discretion, shall conduct the proceedings with a view to expediting the resolution of the dispute. It may conduct a preparatory conference with the parties for the purpose of organizing, scheduling and agreeing to procedures to expedite the subsequent proceedings.; vgl. weiter: commentary on „Procedures for large, complex commercial disputes“ auf der AAA-Homepage.

⁵³⁰ Commentary on „Procedures for large, complex commercial disputes“ auf der AAA-Homepage.

⁵³¹ Berger, Arbitration Interactive, Rn: 7-1 ff.

⁵³² Schlabrendorff, SchiedsVZ 2003, S. 34, 36.

gerichtshof gestatten soll zu überprüfen, ob das Schiedsgericht seine Kompetenzen über- oder unterschritten hat⁵³³.

Da für das Verfassen der „Terms of Reference“ gem. Art. 18 Abs. 3 ICC-SchO⁵³⁴ die Mitwirkung der Parteien sowohl im Rahmen ihrer Entstehung als auch in Form einer Unterschrift erwartet wird, bietet es sich an, eine „preparatory conference“ abzuhalten. Auch hier kann nicht von einem Zwang gesprochen werden, da die Mitwirkung der Parteien nach dem Wortlaut des Art. 18 Abs. 3 ICC-SchO auch einzeln und fernmündlich möglich ist. Ein Einzeldialog kann aber nicht als „conference“ aller Beteiligten bezeichnet werden, deren praktischer Nutzen aber in den meisten Fällen größer sein wird, als der von Einzelgesprächen. Üblicherweise findet daher auch in ICC-Verfahren vorbereitende Sitzungen statt⁵³⁵. Art. 18 Abs. 1 ICC-SchO⁵³⁶ legt den Inhalt des Schiedsauftrages fest. Insbesondere werden Angaben zur Identifizierung der Parteien und des Schiedsgerichts, aber auch zur Konkretisierung des Sachverhalts und des anwendbaren Rechts erwartet. Zu Streit und damit zu Verzögerungen kann vor allem die Festlegung der Streitpunkte gemäß Art. 18 Abs. 1 lit. d ICC-SchO führen⁵³⁷. Beide Parteien sowie das Schiedsgericht haben den Schiedsauftrag gem. Art. 18 Abs. 2 ICC-SchO⁵³⁸ zu unterzeichnen und danach, regelmäßig innerhalb von zwei Monaten, dem Gerichtshof zu übermitteln. Diese Frist kann auf Antrag des Schiedsgerichts oder aus Initiative des Gerichtshofes verlängert werden. Sollte eine Partei sich weigern mitzuwirken, genehmigt der Schiedsgerichtshof nach Art. 18 Abs. 3 ICC-SchO die „Terms of Reference“. Darüber hinaus ordnet Art. 18 Abs. 4 ICC-SchO⁵³⁹ an, dass ein vorläufiger Verfahrenskalender zu

⁵³³ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 122.

⁵³⁴ Article 18 ICC-SchO: (3) If any of the parties refuses to take part in the drawing up of the Terms of Reference or to sign the same, they shall be submitted to the Court for approval. When the Terms of Reference have been signed in accordance with Article 18(2) or approved by the Court, the arbitration shall proceed.

⁵³⁵ Lachmann, Rn: 1536,

⁵³⁶ Article 18 ICC-SchO: (1) As soon as it has received the file from the Secretariat, the Arbitral Tribunal shall draw up, on the basis of documents or in the presence of the parties and in the light of their most recent submissions, a document defining its Terms of Reference. This document shall include the following particulars: (a) the full names and descriptions of the parties; (b) the addresses of the parties to which notifications and communications arising in the course of the arbitration may be made; (c) a summary of the parties' respective claims and of the relief sought by each party, with an indication to the extent possible of the amounts claimed or counter-claimed; (d) unless the Arbitral Tribunal considers it inappropriate, a list of issues to be determined; (e) the full names, descriptions and addresses of the arbitrators; (f) the place of the arbitration; and (g) particulars of the applicable procedural rules and, if such is the case, reference to the power conferred upon the Arbitral Tribunal to act as *amiable compositeur* or to decide *ex aequo et bono*.

⁵³⁷ Weigand, NJW 1998, S. 2081, 2083.

⁵³⁸ Article 18 ICC-SchO: (2) The Terms of Reference shall be signed by the parties and the Arbitral Tribunal. Within two months of the date on which the file has been transmitted to it, the Arbitral Tribunal shall transmit to the Court the Terms of Reference signed by it and by the parties. The Court may extend this time limit pursuant to a reasoned request from the Arbitral Tribunal or on its own initiative if it decides it is necessary to do so.

⁵³⁹ Article 18 ICC-SchO: (4) When drawing up the Terms of Reference, or as soon as possible thereafter, the Arbitral Tribunal, after having consulted the parties, shall establish in a separate document a provisional timetable that it intends to follow for the conduct of the arbitration and shall communicate it to the Court and the par-

erstellen ist, um das Verfahren zu beschleunigen⁵⁴⁰. Das rechtliche Schwergewicht der Wirkungen des Schiedsauftrages ist in Art. 19 ICC-SchO⁵⁴¹ zu erblicken. Korrespondierend zur Eingrenzung des Streitstoffes verbietet es Art. 19 ICC-SchO, das ohne schiedsgerichtliche Genehmigung neue Ansprüche oder Gegenansprüche geltend gemacht werden. Nicht gemeint sind allerdings Ermäßigungen oder Erhöhungen von Forderungen, die im Wesentlichen auf rechtzeitig vorgetragenen Tatsachen beruhen sowie die Einbeziehung neuer Ansprüche aufgrund ausdrücklichen Einvernehmens der Parteien⁵⁴². Art. 19 Satz 2 ICC-SchO nennt den Inhalt neuer Anträge und das Verfahrensstadium als Gesichtspunkte, die vom Schiedsgericht bei der Beurteilung der Zulassung neuer Anträge zu berücksichtigen sind. Inwiefern sich ein ICC-Schiedsgericht allerdings durch die abgefassten „Terms of Reference“ gehindert sieht, spätere Anträge einzubeziehen, ist nicht vorhersehbar. Anders ausgedrückt ist es nicht vorhersehbar, ob ein Schiedsrichter durch die Festlegung auf einen Streitstoff nicht auch (unbewusst) spätere Veränderungen zu verhindern sucht, um sich nicht zu sich selbst in Widerspruch zu setzen. In der ICC-Praxis differieren die Ergebnisse von Fall zu Fall und von Schiedsgericht zu Schiedsgericht⁵⁴³.

Im Großen und Ganzen wird durch die „Terms of Reference“ also versucht, frühzeitig den Streitstoff festzulegen, um keinen Verzögerungen durch späteres Vorbringen ausgesetzt zu sein. Mit diesem Ziel ist ein vielleicht bestehendes legitimes Interesse einer Partei, für die geltend gemachten Ansprüche kein gesondertes Schiedsverfahren zu beginnen, in Einklang zu bringen⁵⁴⁴. Einer möglichen Verzögerungstaktik einer Partei, die durch Stellung neuer Anträge den Fortgang des Verfahrens behindern will, muss aber auch nach den anderen Schiedsordnungen Einhaltung geboten werden. Art. 4 AAA-SchO⁵⁴⁵ trifft hierzu ausdrücklich eine Bestimmung, die die Klageerweiterung oder eine neue Klage nur für möglich erachtet, sollte das Schiedsgericht keine Einwände haben, die insbesondere durch Verzögerungstaktiken begründet werden. Die DIS-SchO schweigt hierzu. Im Ergebnis kann aber auch hier nichts anderes

ties. Any subsequent modifications of the provisional timetable shall be communicated to the Court and the parties.

⁵⁴⁰ Derains/Schwartz, S. 246 f.

⁵⁴¹ Article 19 ICC-SchO: After the Terms of Reference have been signed or approved by the Court, no party shall make new claims or counterclaims which fall outside the limits of the Terms of Reference unless it has been authorized to do so by the Arbitral Tribunal, which shall consider the nature of such new claims or counterclaims, the stage of the arbitration and other relevant circumstances.

⁵⁴² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 130 f.

⁵⁴³ Derains/Schwartz, S. 248 f.

⁵⁴⁴ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 133.

⁵⁴⁵ Article 4 AAA-SchO: During the arbitral proceedings, any party may amend or supplement its claim, counterclaim or defense, unless the tribunal considers it inappropriate to allow such amendment or supplement because of the party's delay in making it, prejudice to the other parties or any other circumstances. A party may not amend or supplement a claim or counterclaim if the amendment or supplement would fall outside the scope of the agreement to arbitrate.

gelten. Eine Prüfungsbefugnis des Gerichts ist zwar nicht ausdrücklich angeordnet, könnte aber analog Art. 10 Abs. 2 DIS-SchO angenommen werden. Zumindest aus Sicht des Schiedsrichtervertrages ist die zu erbringende Streitentscheidung durch den Schiedsrichtervertrag begrenzt.

Da also nach in den hier behandelten Verfahren kein Zwang besteht, eine Vorbesprechung abzuhalten, in dieser Vorbesprechung aber auf einfache Weise Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens vereinbart werden können bietet sich eine Parteienvereinbarung zu diesem Punkt an. Eine Vereinbarung könnte wie folgt lauten:

„The arbitral tribunal shall conduct a preparatory conference with the parties as soon as possible.“

Darüber hinaus könnte in AAA- und DIS-Verfahren an das Verfassen eines Schiedsauftrages gedacht werden, der nicht durch die Schiedsordnungen vorgesehen ist. Auf diesem Wege ließe sich im DIS-Verfahren die analoge Anwendung des Art. 10 Abs. 2 DIS-SchO umgehen; aber auch das AAA-Verfahren kann von einer Präzisierung des Streitstoffes profitieren. Es bedarf aber nicht unbedingt einer Klausel in der Schiedsvereinbarung, da das Verfassen des Schiedsauftrages regelmäßig nur durch Konsens aller Beteiligten möglich sein wird. Dieser Konsens muss zum Zeitpunkt des Verfassens vorliegen, weshalb ein Schiedsauftrag auch gleich bei einer Vorbereitungssitzung vereinbart werden könnte, sollte dazu Bereitschaft bestehen. Da ein dem ICC-Schiedsgerichtshof vergleichbares Gremium weder bei der DIS noch bei der ICC existiert wird es schwierig sein, ohne Konsens zu einem Schiedsauftrag zu gelangen.

C: Der Verfahrensort

Dem Ort des Schiedsverfahrens kommt entscheidende Bedeutung zu⁵⁴⁶. Er bestimmt das zwingend zu beachtende nationale Schiedsverfahrensrecht und die Zuständigkeit staatlicher Gerichte für verfahrensbegleitende und unterstützende Maßnahmen. Außerdem hat er Auswirkungen auf die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen⁵⁴⁷. Schließlich kann

⁵⁴⁶ Derains/Schwartz, S. 200.

⁵⁴⁷ Lionnet, S. 162.

der Verfahrensort, je nachdem, wie man die Schiedsvereinbarung kollisionsrechtlich betrachtet, Einfluss auf das anwendbare Recht haben⁵⁴⁸.

Es entspricht internationalem Brauch, den Parteien die Wahl eines Schiedsverfahrensortes zu gestatten⁵⁴⁹. Dementsprechend achten auch die Schiedsordnungen eine solche Wahl⁵⁵⁰. Es bestehen aber Unterschiede in der Formulierung. In Art. 13 Abs. 1 AAA-SchO⁵⁵¹ wird für die externe, also nicht parteiautonome Festlegung des Verfahrensortes darauf abgestellt, dass die Parteien „disagree“ hinsichtlich des Verfahrensortes. Art. 21 Abs. 1 DIS-SchO⁵⁵² und Art. 14 Abs. 1 ICC-SchO⁵⁵³ gehen hingegen positiv von einem „agreement“ aus, bei dessen Fehlen extern einen Verfahrensort festlegt. In der Sache sind aber keine Unterschiede zu verzeichnen, da es sich sprachlich lediglich um die Behandlung der gleichen Frage nur aus unterschiedlichen Blickwinkeln ist. Um der Festlegung eines Verfahrensortes durch das Schiedsgericht zu entgehen, bietet sich schon im Rahmen der Schiedsvereinbarung eine Wahl des Verfahrensortes an. Die Formulierung könnte wie folgt lauten:

*„The place of arbitration shall be [city and/or country].”*⁵⁵⁴

Bei Fehlen einer Wahl ist zu untersuchen, inwieweit die Schiedsordnungen Einfluss auf die Wahl eines Verfahrensortes nehmen. Zunächst stellt sich die Frage, wer den Verfahrensort festzulegen hat. Art. 21 Abs. 1 DIS-SchO überträgt dem Schiedsgericht die Entscheidung darüber, wo das Verfahren stattfindet. Art. 13 Abs. 1 AAA-SchO lässt vorläufig die Institution entscheiden, gibt dem Schiedsgericht aber sechzig Tage nach seiner Konstituierung, den Ort endgültig festzulegen. Art. 14 Abs. 1 ICC-SchO lässt den Gerichtshof entscheiden. Angesichts der weit reichenden Auswirkungen dieser Entscheidung ist von demjenigen, der die Wahl trifft, höchste mögliche Umsicht zu fordern, da eine schlechte Wahl sehr kostspielig werden kann⁵⁵⁵. Auf jeden Fall muss eine Entscheidung, die auf geographischen, klimatischen oder sonstigen oberflächlichen Gründen beruht, vermieden werden⁵⁵⁶. Ob ein Schiedsgericht,

⁵⁴⁸ Lionnet, S. 130 f; Redfern/Hunter, para.6-15 ff.

⁵⁴⁹ Oehmke, § 41:19; Redfern/Hunter, para.6-13.

⁵⁵⁰ Art. 13 Abs. 1 AAA-SchO, Art. 21 Abs. 1 DIS-SchO, Art. 14 Abs. 1 ICC-SchO.

⁵⁵¹ Article 13 AAA-SchO: (1) If the parties disagree as to the place of arbitration, the administrator may initially determine the place of arbitration, subject to the power of the tribunal to determine finally the place of arbitration within 60 days after its constitution. All such determinations shall be made having regard for the contentions of the parties and the circumstances of the arbitration.

⁵⁵² Article 21 DIS-SchO: (1) Failing an agreement by the parties on the place of arbitration, this shall be determined by the arbitral tribunal.

⁵⁵³ Article 14 ICC-SchO: (1) The place of the arbitration shall be fixed by the Court unless agreed upon by the parties.

⁵⁵⁴ Vgl. die vorgeschlagene Ergänzung der AAA-model clause in der AAA-Schiedsordnung.

⁵⁵⁵ Oehmke, § 41:19.

⁵⁵⁶ Coe, S. 53.

wie bei AAA und DIS, diese Entscheidung weise zu fällen vermag, hängt entscheidend von der Qualifikation und u.U. nicht erkennbaren subjektiven Vorlieben der Schiedsrichter ab. Trifft eine Institution diese Entscheidung, ist zu hoffen, dass diese Entscheidung auf Grundlage der langjährigen und internationalen Erfahrung gefällt wurde. Persönliche Motive sind jedenfalls weniger wahrscheinlich Grundlage dieser Entscheidungen. Insbesondere für im Schiedsverfahren unerfahrene Parteien bereitet die Vereinbarung eines Verfahrensortes in der Schiedsvereinbarung Probleme, da Kenntnis der dortigen Rechtslage vorausgesetzt werden muss. Angesichts des Risikos, eine nicht vollstreckbare Entscheidung zu erlangen, ist von den Parteien wenigstens zu verlangen, dass sie sich kompetent beraten lassen. Sollte keine kompetente Beratung zu erreichen sein, wird es besser sein, dem Schiedsgericht oder der Institution die Wahl des Ortes zu überlassen.

Angesichts der weit reichenden Wirkungen des Verfahrensortes wäre eine Spezifizierung von Auswahlkriterien wünschenswert. Eine solche Spezifizierung ist in den Schiedsordnungen aber nicht zu finden. Daher soll anhand der Kriterien, welche der ICC-Schiedsgerichtshof bei der Auswahl des Verfahrensortes zugrunde legt, aufgezeigt werden, woran bei der Wahl zu denken ist. Der Schiedsgerichtshof der ICC beachtet bei der Wahl des Verfahrensortes zunächst einmal Stellungnahmen der Parteien, vor allem aber die Auswirkung dieser Wahl auf das Schiedsverfahren⁵⁵⁷. Nach Schäfer/Verbist/Imhoos⁵⁵⁸ wird beachtet, ob der Schiedsverfahrensort in einem Vertragsstaat eines Vollstreckungsübereinkommens, z.B. des New Yorker Übereinkommens, liegt und der Schiedsspruch vollstreckt werden kann. Es ist zu beachten, ob Einschränkungen hinsichtlich der Schiedsfähigkeit bestimmter Ansprüche bestehen, ob staatliche Gerichte assistieren oder das Verfahren behindern können und ob die Ausübung der Parteiautonomie am Verfahrensort respektiert wird. Dabei muss sowohl die Nationalität der am Verfahren Beteiligten, als auch die „Nähe“ von Parteien zu diesem Ort berücksichtigt werden⁵⁵⁹.

Mit der Wahl des Verfahrensortes ist kein Zwang verbunden, an diesem Ort auch alle Verfahrenshandlungen durchzuführen. Gem. Art. 14 Abs. 2 ICC-SchO⁵⁶⁰ darf das Schiedsgericht mündliche Verhandlungstermine nach Rücksprache mit den Parteien und mangels anderweitiger Parteivereinbarungen an einem anderen als dem vereinbarten Verfahrensort abhalten. Gem. Art. 14 Abs. 3 ICC-SchO⁵⁶¹ wird die anderweitige Wahl eines Beratungsortes für das

⁵⁵⁷ Derains/Schwartz, S. 202 ff; Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 102.

⁵⁵⁸ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 102 f.

⁵⁵⁹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 102 f.

⁵⁶⁰ Article 14 ICC-SchO: (2) The Arbitral Tribunal may, after consultation with the parties, conduct hearings and meetings at any location it considers appropriate unless otherwise agreed by the parties.

⁵⁶¹ Article 14 ICC-SchO (3) The Arbitral Tribunal may deliberate at any location it considers appropriate.

Schiedsgericht nicht einmal unter den Vorbehalt einer anderweitigen Parteivereinbarung gestellt. Diese Auffassung ist auch richtig, da diese Wahl keinen Einfluss auf die Rechtsstellung der Parteien hat, weshalb es ihre Zustimmung nicht bedarf.

Gem. Art. 13 Abs. 2 AAA-SchO⁵⁶² können auf Entschluss des Schiedsgericht Sitzungen, Zeugenvernehmungen und Beweis durch Augenschein auch an anderen Orten vorgenommen werden. Parteien muss durch rechtzeitige Benachrichtigung die Möglichkeit gegeben werden, an diesen Verfahrensterminen, soweit sie davon betroffen sind⁵⁶³, teilzunehmen. Diese Aufzählung von Verfahrenshandlungen, die anderswo abgehalten werden können, ist wohl nicht abschließend, da z.B. kein Grund zu sehen ist, weshalb Beratungen des Schiedsgerichts am Verfahrensort abgehalten werden müssen. Auch wenn nicht ausdrücklich angesprochen, ist aufgrund der Parteiautonomie eine anderweitige Parteivereinbarung zu beachten, jedoch auch wieder unter der Einschränkung, dass Parteiinteressen betroffen sind. Art. 21 Abs. 2 DIS-SchO⁵⁶⁴ gestattet dem Schiedsgericht mündliche Verhandlungstermine, Beweisaufnahmen und Beratungen an anderen Orten als dem Verfahrensort abzuhalten, sollte keine anderweitige Parteivereinbarung vorliegen. Es ist allerdings kritisch zu hinterfragen, ob Beratungen nicht auch unabhängig von Parteivereinbarungen anderswo stattfinden können. Da Parteiinteressen nicht berührt sind, ist nicht ersichtlich, warum die Parteien Einfluss auf den Beratungsort haben sollten. Art. 21 Abs. 2 DIS-SchO ist daher teleologisch zu reduzieren.

D: Die Verfahrenssprache

In internationalen Schiedsverfahren treffen häufig Parteien mit unterschiedlichen Sprachen aufeinander. Gerade deshalb werden viele Vertragstexte auf Englisch verfasst und Vertragsverhandlungen in englischer Sprache abgehalten. Kommt es zu einem Schiedsverfahren, stellt sich die Frage, in welcher Sprache verhandelt werden soll. Eine Entscheidung zur Verfahrenssprache beeinflusst nicht nur die Prozessvorbereitung der Parteien, sondern ist auch unter Kostengesichtspunkten relevant. So müssen Schriftstücke in fremder Sprache in die Verfah-

⁵⁶² Article 13 AAA-SchO: (2) The tribunal may hold conferences or hear witnesses or inspect property or documents at any place it deems appropriate. The parties shall be given sufficient written notice to enable them to be present at any such proceedings.

⁵⁶³ Das ist z.B. bei Beratungen des Schiedsgerichts nicht der Fall.

⁵⁶⁴ Article 21 DIS-SchO: (2) Notwithstanding subsection 1 of this section, the arbitral tribunal may, unless otherwise agreed by the parties, meet at any place it considers appropriate for an oral hearing, for hearing witnesses, experts or the parties, for consultation among its members or for inspection of property or documents.

renssprache übersetzt werden⁵⁶⁵, u. U. bedarf es eines Dolmetschers, um der mündlichen Verhandlung folgen zu können.

Hinsichtlich der Sprache ist nach allen drei Schiedsordnungen zuvorderst eine Parteivereinbarung zu beachten⁵⁶⁶. Die Wahl einer Verfahrenssprache könnte wie folgt lauten:

*„The language of the arbitration shall be [...].“*⁵⁶⁷

Sollten die Parteien keine Verfahrenssprache vereinbart haben, steht das Bestimmungsrecht nach den hier behandelten Schiedsordnungen dem Schiedsgericht zu⁵⁶⁸.

AAA und ICC konkretisieren, nach welchen Gesichtspunkten die Verfahrenssprache zu bestimmen ist. Nach Art. 14 AAA-SchO⁵⁶⁹ orientiert sie sich primär an der Sprache des Hauptvertrages. Dem Schiedsgericht ist aber gemäß Art. 14 AAA-SchO die Befugnis erteilt, eine anderweitige Regelung zu treffen. Dabei sind insbesondere Einlassungen der Parteien und die Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen. Angesichts der heutzutage überwiegend in englischer Sprache verfassten Vertragstexte soll auf diese Weise erreicht werden, dass ein Verfahren auch in der nicht englischen Muttersprache beider Parteien geführt werden kann.

Die ICC-Schiedsordnung ordnet zwar keine strikte Bindung an die Sprache des Hauptvertrages an. Jedoch sind gem. Art. 16 ICC-SchO⁵⁷⁰ bei der Bestimmung der Verfahrenssprache die Umstände des Einzelfalles unter Einschluss der Sprache des Hauptvertrages zu berücksichtigen. Der Wortlaut der ICC-Regelung lässt es so erscheinen, als ob die Sprache des Hauptvertrages wesentlicher Punkt bei der Entscheidung ist. Sinn der Regelung sollte aber gerade eine Abkehr von einer zu strengen Anknüpfung an den Hauptvertrag sein⁵⁷¹.

Art. 22 Abs. 1 DIS-SchO⁵⁷² hingegen nimmt keine weitere Konkretisierung vor. Aber auch hier ist das Schiedsgericht nicht frei in seiner Wahl. Vielmehr sind praktische Aspekte, wie

⁵⁶⁵ Art. 14 Satz 2 AAA-SchO gibt dem Schiedsgericht die Möglichkeit, die Vorlage von Übersetzungen anzuordnen: The tribunal may order that any documents delivered in another language shall be accompanied by a translation into the language(s) of the arbitration.

⁵⁶⁶ Art. 14 AAA-SchO, Art. 22 Abs. 1 DIS-SchO, Art. 16 ICC-SchO.

⁵⁶⁷ Vgl. Ergänzungsvorschläge der AAA-model clause in der AAA-Schiedsordnung.

⁵⁶⁸ Art. 14 AAA-SchO, Art. 22 DIS-SchO, Art. 16 ICC-SchO.

⁵⁶⁹ Article 14 AAA-SchO: Satz 1 If the parties have not agreed otherwise, the language(s) of the arbitration shall be that of the documents containing the arbitration agreement, subject to the power of the tribunal to determine otherwise based upon the contentions of the parties and the circumstances of the arbitration.

⁵⁷⁰ Article 16 ICC-SchO: In the absence of an agreement by the parties, the Arbitral Tribunal shall determine the language or languages of the arbitration, due regard being given to all relevant circumstances, including the language of the contract.

⁵⁷¹ Craig/Park/Paulsson, S. 109.

⁵⁷² Article 22 DIS-schO: (1) The parties are free to agree on the language or languages to be used in the arbitral proceedings. Failing such agreement, the arbitral tribunal shall determine the language or languages to be used in

die Sprache des Hauptvertrages oder der Korrespondenz der Parteien, die Sprachfähigkeit der Parteien und Kosten für Übersetzungen zu berücksichtigen⁵⁷³. In jedem Fall ist bei der Wahl der Verfahrenssprache das Recht der Parteien gemäß Art. 26 DIS-SchO, gleich behandelt zu werden und rechtliches Gehör zu erhalten, zu achten⁵⁷⁴.

Art. 22 Abs. 2 DIS-SchO⁵⁷⁵ regelt weiter, dass Urkunden und Sachverständigengutachten in fremder Sprache auf Anordnung des Gerichts mit einer Übersetzung versehen werden. Die ICC-SchO scheut eine solche Regelung, da die vorstellbare Anzahl von Fallgestaltungen keine einheitliche Regelung zulasse⁵⁷⁶. Hier wird es also einzelner Anordnungen durch das Schiedsgericht bedürfen.

Hinsichtlich der Verfahrenssprache weisen die Schiedsordnungen also keine gravierenden Unterschiede auf. Unsicherheiten, die von der Bestimmung der Verfahrenssprache durch das Schiedsgericht ausgehen, können am Besten durch die Vereinbarung einer Verfahrenssprache im Rahmen der Schiedsvereinbarung umgangen werden.

the proceedings. This agreement or determination, unless otherwise specified therein, shall apply to any written statement by a party, any hearing and any award, decision or other communication by the arbitral tribunal.

⁵⁷³ Berger, Arbitration Interactive, Rn: 7-36.

⁵⁷⁴ Berger, Arbitration Interactive, Rn: 7-38.

⁵⁷⁵ Article 22 DIS-SchO: (2) The arbitral tribunal may order that expert reports and other documentary evidence shall be accompanied by a translation into the language or languages agreed upon by the parties or determined by the arbitral tribunal.

⁵⁷⁶ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 113.

E: Anwendbares Verfahrensrecht und Gestaltung des Verfahrens

I. Hierarchie der Rechtsquellen

Das Schiedsverfahrensrecht bestimmt, nach welchen Grundsätzen ein Schiedsverfahren durchzuführen ist. Gegenüber dem nationalen Zivilprozessrecht besteht die Besonderheit, dass ein Schiedsverfahren weitgehend der Parteiautonomie unterliegt⁵⁷⁷. Art. 19 UNCITRAL-MG bietet eine hierarchische Anordnung der Rechtsquellen, die das Verfahren bestimmen. Sie ist gegliedert nach zwingendem nationalen Recht, Vereinbarungen der Parteien, nicht zwingendem nationalen Recht und schließlich dem nach richterlichem Ermessen bestimmten Verfahrensrecht⁵⁷⁸.

Auch im administrierten Schiedsverfahren ist zuvorderst das zwingende nationale Recht am Verfahrensort zu beachten, solange dort dem Territorialitätsgrundsatz gefolgt wird⁵⁷⁹. Der Vorrang zwingender nationaler Regelungen wird allerdings ausschließlich von Art. 1 Abs. 2 AAA-SchO⁵⁸⁰ und Art. 24 Abs. 1 DIS-SchO⁵⁸¹ angesprochen. Er gilt aber auch in ICC-Verfahren⁵⁸², da sich eine nationale Rechtsordnung nicht von einer privatrechtlichen Schiedsordnung diktieren lässt, ob sie auf Vorgänge in ihrem territorialen Anwendungsbereich zum Zuge kommt.

Auf zweiter Stufe sind auch in administrierten Schiedsverfahren Vereinbarungen der Parteien zu beachten, die sowohl in der Bezugnahme auf eine bestimmte Verfahrensordnung, als auch in darüber hinausgehenden Vereinbarungen zu erblicken sind⁵⁸³. Art. 24 Abs. 1 DIS-SchO lässt in seiner englischen Fassung „additional rules“ durch Parteivereinbarungen neben der vereinbarten Schiedsordnung zu. Damit sind, wie auch die deutsche Fassung durch die Formulierung „weitere Parteivereinbarungen“ andeutet, vom Wortlaut nur Vereinbarung umfasst, die über die Schiedsordnung hinausgehen. Modifizierende Vereinbarungen sind vom Wortlaut

⁵⁷⁷ Lionnet, S. 46 ff; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 581.

⁵⁷⁸ Lionnet, S. 217.

⁵⁷⁹ Vgl. Kapitel 2, E, I; Coe, S. 60.

⁵⁸⁰ Article 1 AAA-SchO: (2) These rules govern the arbitration, except that, where any such rule is in conflict with any provision of the law applicable to the arbitration from which the parties cannot derogate, that provision shall prevail.

⁵⁸¹ Article 24 DIS-SchO: (1) Statutory provisions of arbitral procedure in force at the place of arbitration from which the parties may not derogate, the Arbitration Rules set forth herein, and, if any, additional rules agreed upon by the parties shall apply to the arbitral proceedings. Otherwise, the arbitral tribunal shall have complete discretion to determine the procedure.

⁵⁸² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 104 ff.

⁵⁸³ Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 582; Coe, S. 60.

anscheinend nicht umfasst. Da jedoch die DIS-Schiedsordnung an vielen Stellen abweichende Parteivereinbarungen anspricht und damit zeigt, dass diese berücksichtigt werden, kann gegen modifizierende Vereinbarungen grundsätzlich kein Einwand bestehen. Der Wortlaut der Regelung ist mithin zu eng. Vielmehr sind Vereinbarungen immer, egal ob ergänzend oder modifizierend, vom Schiedsgericht zu beachten, wenn sie mit dem zwingend anwendbaren nationalen Recht in Einklang stehen⁵⁸⁴. Es ist auch nicht ersichtlich, dass es derart wesentliche Charakteristika der DIS-Schiedsgerichtsbarkeit gibt, dass die DIS sich weigern könnte, ein Verfahren zu administrieren, das von ihrer Schiedsordnung abweicht. Jedenfalls solange ihr Verwaltungsapparat in der Lage ist, diese Modifikationen umzusetzen, besteht kein Grund, modifizierende Parteivereinbarungen abzulehnen.

Art. 1 Abs. 1 AAA-SchO⁵⁸⁵ erklärt die Schiedsordnung, die zu Beginn des Schiedsverfahrens Gültigkeit besitzt insoweit für anwendbar, wie keine entgegenstehenden Parteivereinbarungen vorliegen⁵⁸⁶. Das Schriftlichkeitserfordernis für die Schiedsvereinbarung, welches sich auch ohne Erwähnung in den anderen Schiedsordnungen nach Art. II des New Yorker Übereinkommens gebietet, bezieht sich im Übrigen auf beide Alternativen der Formulierung der Schiedsvereinbarung, da nur diese Auslegung im Einklang mit Art. II Abs. 1 des New Yorker Übereinkommens steht. Art. 16 Abs. 1 AAA-SchO⁵⁸⁷, der sich mit der Durchführung des Verfahrens beschäftigt, führt etwas in die Irre. Die dort statuierte Freiheit des Schiedsgerichts, das Verfahren nach eigenem Gutdünken zu gestalten, solange die Parteien fair behandelt wurden und rechtliches Gehör gewährt wurde, kann nur unter der Voraussetzung gelten, dass keine anderweitige Parteivereinbarung vorliegt, die „subject to these rules“ gem. Art. 1 Abs. 1 AAA-SchO zu beachten sind. Ziel der Regelung des Art. 16 Abs. 1 AAA-SchO ist es, dem Schiedsgericht vorzugeben, dass die freie Verfahrensgestaltung immer mit Blick auf die Schiedsordnung und ein faires Verfahren zu erfolgen hat. Systematisch stellt sie durch Art. 1 Abs. 1 AAA-SchO die Parteivereinbarungen an erste Stelle und erklärt die Gestaltungsfreiheit zu einem zentralen Prinzip, weshalb freie Verfahrensgestaltung nur jenseits von Verfahrensvereinbarungen möglich sein kann. Angesichts der Tatsache, dass die AAA-Schiedsverfahren

⁵⁸⁴ Aden, Art. 24 DIS-SchO, Rn: 5; Schwab/Walter, S. 525.

⁵⁸⁵ Article 1 AAA-SchO: (1) Where parties have agreed in writing to arbitrate disputes under these International Arbitration Rules or have provided for arbitration of an international dispute by the International Centre for Dispute Resolution or the American Arbitration Association without designating particular rules, the arbitration shall take place in accordance with these rules, as in effect at the date of commencement of the arbitration, subject to whatever modifications the parties may adopt in writing.

⁵⁸⁶ Greenblatt/Griffin, *Arbitration International*, Vol. 17. No. 1, S. 101, 108.

⁵⁸⁷ Article 16 AAA-SchO: (1) Subject to these rules, the tribunal may conduct the arbitration in whatever manner it considers appropriate, provided that the parties are treated with equality and that each party has the right to be heard and is given a fair opportunity to present its case.

auch nach anderen Verfahrensordnungen administriert⁵⁸⁸, kann von einer entsprechend großzügigen Handhabung von Parteivereinbarungen ausgegangen werden. Unter genereller Anerkennung von Parteivereinbarungen wird lediglich darauf hingewiesen, dass gewisse fremde Verfahrensaspekte nur unter Schwierigkeiten innerhalb einer anderen Verfahrensordnung praktiziert werden können⁵⁸⁹. Es ist aber kaum vorstellbar, dass eine Schiedsvereinbarung so weit von der AAA-Schiedsordnung abweicht, dass unter verfahrensrechtlichen Gesichtspunkten nicht mehr von AAA-Schiedsgerichtsbarkeit gesprochen werden kann.

Der Wortlaut von Art. 15 Abs. 1 ICC-SchO⁵⁹⁰ lässt schon erkennen, dass das ICC-Verfahren weniger flexibel ist. Ausdrücklich werden nur Vereinbarungen zugelassen, die Lücken in der Schiedsordnung füllen („where these Rules are silent“)⁵⁹¹. Darüber hinaus werden aber auch Parteivereinbarungen in Bereichen für zulässig erachtet, die in der Schiedsordnung nicht zwingend geregelt sind⁵⁹². Durch die Schiedsordnung wird an einigen Stellen explizit auf modifizierende Parteivereinbarungen Bezug genommen, wie etwa in Art. 27 ICC-SchO. An nicht explizit genannten Stellen ist im ICC-Verfahren größte Vorsicht geboten, nicht an den Kompetenzen des Gerichtshofes zu rütteln, da darin Wesensmerkmale der ICC-Schiedsgerichtsbarkeit gesehen werden. Veränderungen in diesen Bereichen berühren die ICC-Schiedsgerichtsbarkeit als solche und sind im Ergebnis immer von der Bestätigung des Gerichtshofes abhängig⁵⁹³.

Das nach dem UNCITRAL-MG auf nächster Stufe zu beachtende nicht zwingende nationale Recht wird durch die Schiedsordnungen, wenn auch nicht ausdrücklich so doch nach ihrem Sinn und Zweck, ausgeschlossen⁵⁹⁴. Sinn einer Schiedsordnung ist es nämlich gerade, die Unsicherheiten, welche vom nationalen Recht ausgehen, weitestmöglichst auszuschließen. An seine Stelle tritt aufgrund der in den Schiedsordnungen angeordneten Hierarchie gem. Art. 16 Abs. 1 AAA-SchO, Art. 24 Abs. 1 Satz 2 DIS-SchO und Art. 15 Abs. 1 ICC-SchO das schiedsrichterliche Bestimmungsrecht.

Nach allen drei Verfahrensordnungen muss oberste Leitlinie des schiedsrichterlichen Handelns ein faires Verfahren sein, in dem allen Parteien gleich behandelt werden und ihnen ausreichend Gelegenheit gegeben wird, ihre Sache darzulegen. Jedoch kommen diese Grundsätze

⁵⁸⁸ Vgl. Kapitel 3, C.

⁵⁸⁹ Oehmke, § 41:37.

⁵⁹⁰ Article 15 ICC-SchO: (1) The proceedings before the Arbitral Tribunal shall be governed by these Rules, and, where these Rules are silent by any rules which the parties or, failing them, the Arbitral Tribunal may settle on, whether or not reference is thereby made to the rules of procedure of a national law to be applied to the arbitration.

⁵⁹¹ So auch Schwab/Walter, S. 521.

⁵⁹² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 106 f.

⁵⁹³ Anhang 1 zur ICC-SchO Art. 1.

⁵⁹⁴ Lionnet, S. 219 f.

unterschiedlich zum Ausdruck. Art. 16 Abs. 1 AAA-SchO⁵⁹⁵ sagt, dass Parteien gleich zu behandeln sind und dass rechtlichen Gehör zu gewähren ist. Die Formulierung „fair opportunity to present his case“ deutet zwar auf eine faire Behandlung der Parteien im Vergleich zu einander hin, muss aber wohl als „ausreichende Gelegenheit“ gelesen werden, da die Gleichbehandlung ohnehin ausdrücklich gefordert wird. Gem. Art. 26 Abs. 1 Satz 1 und 2 DIS-SchO⁵⁹⁶ verpflichten das Schiedsgericht zur Gleichbehandlung und Gewährung rechtlichen Gehörs. Die bei der AAA zusätzlich genannte Alternative der ausreichenden Gelegenheit, den eigenen Fall vorzutragen, ist problemlos unter die Aufforderung, rechtliches Gehör zu gewähren, zu subsumieren. Art. 15 Abs. 2 ICC-SchO⁵⁹⁷ fordert faire und unparteiische Behandlung der Parteien, sowie eine angemessene Möglichkeit, den eigenen Fall vorzutragen. Unter „fair“ ist hier wohl „gleich“ zu verstehen, da sich die eigentlichen Anforderungen an die Verfahrensleitung der Schiedsrichter, wie oben gezeigt, nach eigenen, gesondert normierten Grundsätzen richtet. Der Erwähnung der Unparteilichkeit hätte es nicht bedurft, da dieses Erfordernis bereits anderweitig abgesichert ist⁵⁹⁸. Die Formulierung „reasonable opportunity to present its case“ gibt keinen Anlass, von einem anderen Umfang des rechtlichen Gehörs als bei AAA und DIS auszugehen.

Bei der Auslegung dieser pauschalen Umschreibung von Verfahrensgrundsätzen ist vor allem im Auge zu behalten, dass die Missachtung dieser Grundsätze zur Aufhebung des Schiedsspruchs oder Verweigerung seiner Vollstreckung führen kann. So regelt Art. V Abs. 1 lit. b des New Yorker Übereinkommens, dass die Anerkennung und Vollstreckung zu versagen ist, wenn einer Partei aus Sicht des Vollstreckungsstaates nicht ausreichend rechtliches Gehör gewährt wurde. Im deutschen nationalen Schiedsverfahrensrecht statuiert § 1059 Abs. 2 Nr. 1 b ZPO Aufhebungsgründe bei Nichtgewährung rechtlichen Gehörs. Aus dem Verweis auf den *ordre public* in den Aufhebungsgründen gemäß § 1059 Nr. 2 b ZPO und aus Art. V Abs. 2 lit. a des New Yorker Übereinkommens wird in diesem Bereich der Gleichbehandlungsgrundsatz gem. Art. 3 GG eingeführt⁵⁹⁹. Welche Anforderungen im Schiedsverfahren konkret zu beachten sind, ist einzelfallabhängig und unterliegt durch die unterschiedliche Ausprägung des nationalen *ordre public* Schwankungen. Gefahrenpotenzial bergen insbesondere Informations-

⁵⁹⁵ Article 16 AAA-SchO: (1) Subject to these rules, the tribunal may conduct the arbitration in whatever manner it considers appropriate, provided that the parties are treated with equality and that each party has the right to be heard and is given a fair opportunity to present its case.;

⁵⁹⁶ Article 26 DIS-SchO: (1) The parties shall be treated with equality. Each party shall be given a full opportunity to present his case at all stages of the proceedings. The parties shall be given sufficient advance notice of any hearing and of any meeting of the arbitral tribunal for the purpose of taking evidence. The parties are entitled to be legally represented.

⁵⁹⁷ Art. 15 Abs. 2 ICC-SchO: (2) In all cases, the Arbitral Tribunal shall act fairly and impartially and ensure that each party has a reasonable opportunity to present its case.

⁵⁹⁸ Vgl. näher zum Ganzen Kapitel 5.

⁵⁹⁹ Schwab/Walter, Kap. 15, Rn: 1.

pflichten durch das Schiedsgericht, Äußerungsmöglichkeiten der Parteien gegenüber dem Schiedsgericht, Berücksichtigung des Parteivorbringens durch das Schiedsgericht und das Verbot von Willkürentscheidungen⁶⁰⁰.

Die Regelungen hinsichtlich des Verfahrensrechts laufen bis auf den Umfang der Parteiautonomie parallel. An erster Stelle ist zwingendes nationales Recht am Verfahrensort zu achten. Auf zweiter Stufe sind Parteivereinbarungen durch das Schiedsgericht zu akzeptieren. Erst auf dritter Stufe steht dem Schiedsgericht ein Bestimmungsrecht zu. Nicht zwingende nationale Regelungen sind nicht zu beachten. Die einzige Besonderheit bietet das ICC-Verfahren, dem die meisten institutionellen Eigentümlichkeiten anhaften und das daher in Bereichen, die die Administrierung betreffen, am wenigsten durch Parteivereinbarungen abgewandelt werden kann. Daher ist es auch richtig, den Schiedsrichtern in ihrem Bestimmungsrecht zuzumuten, dass Lücken in Schiedsordnung oder Parteivereinbarung im Sinne der Schiedsordnung zu schließen sind⁶⁰¹.

II. Die Leitung des Verfahrens

Im Laufe des Schiedsverfahrens sind eine Reihe von Entscheidungen zu treffen, die zwar mit dem Verfahren zu tun haben, die aber weder zu den zwingend zu beachtenden nationalen Regelungen gehören noch in den Schiedsordnungen weiter ausgeführt sind. Dabei handelt es sich z.B. um die Entscheidung, wer Sprecher des Kollegiums ist, wann Pausen einzulegen sind oder ob in der mündlichen Verhandlung geraucht werden darf⁶⁰², ob das Schiedsgericht oder die Parteien in den Streitstand einführen, in welcher Reihenfolge Sachverständige und Zeugen durch die Parteien und Schiedsrichter vernommen werden, ob abschließende Statements der Parteien zugelassen werden und wer das letzte Wort erhält. Diese Verfahrensfragen können nur mit Blick auf den Einzelfall gelöst werden, da z.B. je nach Herkunft der Parteien eine unterschiedliche Lösung von Fall zu Fall angebracht erscheint. Es kann somit nicht Aufgabe der Schiedsordnungen sein, in diesem Bereich alles bis aufs Kleinste festzulegen. Notwendig sind allein Regelungen, die klären, wer anstehende verfahrensleitende Entscheidungen zu treffen hat.

In Art. 24 Abs. 3 DIS-SchO⁶⁰³ wird dem Vorsitzenden die Verfahrensleitung übertragen. Was die Verfahrensleitung im Einzelnen umfasst, ist nicht geregelt. Wie sich aus Art. 33 Abs. 3

⁶⁰⁰ Lachmann, Rn: 670 ff.

⁶⁰¹ Art. 35 ICC-SchO.

⁶⁰² Lörcher, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, S. 36 ff.

⁶⁰³ Article 24 DIS-SchO: (3) The chairman of the arbitral tribunal presides over the proceedings.

DIS-SchO⁶⁰⁴ ergibt, kann es bei der Verfahrensleitung allerdings nur um organisatorische Fragen gehen, da Entscheidungen im Sinne von Schiedssprüchen ausdrücklich Mehrheitsentscheidungen zu sein haben. Lediglich nach Übertragung durch die anderen Schiedsrichter können dem Vorsitzenden einzelne Verfahrensbeschlüsse („individual questions of procedure“ gem. Art. 24 Abs. 4 DIS-SchO⁶⁰⁵), wie z.B. Beweisbeschlüsse zur alleinigen Erledigung übertragen werden⁶⁰⁶. Der Vorsitzende ist den anderen Schiedsrichter also außerhalb organisatorischer Fragen gleichgestellt⁶⁰⁷, hinsichtlich organisatorischer Fragen jedoch kommt ihm eine führende Position zu.

Art. 26 Abs. 2 AAA-SchO⁶⁰⁸ trifft zu diesem Themenkomplex als einzige der hier behandelten Schiedsordnungen eine aus sich heraus verständliche Regelung. Im Regelfall wird davon ausgegangen, dass die Schiedsrichter als Kollegium verfahrensleitende Entscheidungen zu treffen haben, da es einer Parteivereinbarung oder eines Beschlusses der Beisitzer bedarf, um dem Vorsitzenden diese Entscheidungen zur alleinigen Erledigung zu übertragen. Diese Entscheidungen sind jeweils unter eine nachträgliche Kontrolle des Kollegiums gestellt („subject to revision by the tribunal“).

Nach Art. 21 Abs. 3 ICC-SchO⁶⁰⁹ bestimmt das Schiedsgericht unter der Einschränkung, dass Parteivereinbarungen zu beachten sind⁶¹⁰, den Ablauf der mündlichen Verhandlung. Zwar kennt auch die ICC-Schiedsordnung den Vorsitzenden und weist ihm in Art. 25 Abs. 1 ICC-SchO⁶¹¹ besondere Befugnisse zu. So ist er berechtigt, unter gewissen Voraussetzungen alleine einen Schiedsspruch zu fällen. Was aber die Leitung des Verfahrens betrifft, fehlen weitere Angaben. Im Allgemeinen wird der Vorsitzende (wie im DIS-Verfahren) den anderen Schiedsrichtern gleichgestellt⁶¹². Gewisse Aspekte, wie sitzungspolizeiliche Befugnisse oder Erteilung und Entzug des Wortes könnten sich zwar allein aus der Tatsache ergeben, dass es einen Vorsitzenden gibt⁶¹³. Andererseits wird aber davon ausgegangen, dass verfahrensleiten-

⁶⁰⁴ Article 33 DIS-SchO: (3) In arbitral proceedings with more than one arbitrator, any decision of the arbitral tribunal shall be made, unless otherwise agreed by the parties, by a majority of all its members.

⁶⁰⁵ Article 24 DIS-SchO: (4) Individual questions of procedure may be decided by the chairman of the arbitral tribunal alone if so authorized by the other members of the arbitral tribunal.

⁶⁰⁶ Aden, Art. 33 DIS-SchO, Rn: 8.

⁶⁰⁷ Lörcher, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, S. 36, 59 f.

⁶⁰⁸ Article 26 AAA-SchO: (2) When the parties or the tribunal so authorize, the presiding arbitrator may make decisions or rulings on questions of procedure, subject to revision by the tribunal.

⁶⁰⁹ Article 21 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal shall be in full charge of the hearings, at which all the parties shall be entitled to be present. Save with the approval of the Arbitral Tribunal and the parties, persons not involved in the proceedings shall not be admitted.

⁶¹⁰ Aden, Art. 21 ICC-SchO, Rn: 8.

⁶¹¹ Article 25 ICC-SchO: (1) When the Arbitral Tribunal is composed of more than one arbitrator, an Award is given by a majority decision. If there be no majority, the Award shall be made by the chairman of the Arbitral Tribunal alone.

⁶¹² Lörcher, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, S. 36 ff.

⁶¹³ Aden, Art. 8 ICC-SchO, Rn: 29 f.

de Entscheidungen nach Ermessen des Schiedsgerichts als Beschluss, ggf. als Schiedsspruch, ergehen müssen⁶¹⁴, also keine Entscheidung des Vorsitzenden allein ausreicht. Ob nach der ICC-Schiedsordnung Raum besteht, verfahrensleitende Entscheidungen in organisatorische, vom Vorsitzenden allein zu treffenden Entscheidungen und gemeinsam zu treffende, nicht organisatorischen Fragen zu unterscheiden, wird anscheinend nicht diskutiert. Der Wortlaut der ICC-Schiedsordnung legt es nahe, verfahrensleitende Entscheidungen an den Regelungen zum Schiedsspruch zu orientieren und im Regelfall eine Mehrheitsentscheidung zu treffen. Sollte Anderes durch die Parteien gewollt sein, etwa um langwierige Auseinandersetzungen um Randfragen zu vermeiden, ist auf eine Parteivereinbarung hinzuwirken, die den Vorsitzenden allein zu dieser Art der Entscheidung ermächtigt. Es ist nicht ersichtlich, dass Art. 21 ICC-SchO insoweit zwingend wäre. Eine Klausel könnte sich an Art. 26 AAA-SchO orientieren und wie folgt lauten:

„The chairman of the arbitral tribunal may make decisions or rulings on questions of procedure [subject to revision by the tribunal].”

Falls gewollt könnte durch Parteivereinbarung festgelegt werden, dass auch im Rahmen der Verfahrensleitung nur kollegiale Entscheidungen möglich sein sollen. Zu beachten ist jedoch, dass erhöhter Beratungsbedarf zu Verzögerungen führen kann.

F: Anwendbares materielles Recht

Die Bedeutung des anwendbaren materiellen Rechts und dazugehörige kollisionsrechtliche Ansatzpunkte wurde schon in Kapitel 2, C, II vorgestellt. Dort wurde als allgemeiner Rechtsgrundsatz festgehalten, dass eine Vereinbarung der Parteien hinsichtlich des materiellen Rechts zu beachten ist. Dementsprechend stellen auch die Schiedsordnungen die Parteiherrschaft auf oberste Stufe⁶¹⁵.

⁶¹⁴ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 164.

⁶¹⁵ Article 28 AAA-SchO: (1) The tribunal shall apply the substantive law(s) or rules of law designated by the parties as applicable to the dispute. Failing such a designation by the parties, the tribunal shall apply such law(s) or rules of law as it determines to be appropriate.; Article 23 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall decide the dispute in accordance with such rules of law as are chosen by the parties as applicable to the substance of the dispute. Any designation of the law or legal system of a given State shall be construed, unless otherwise expressed, as directly referring to the substantive law of that State and not to its conflict of laws rules. ; Article 17 ICC-SchO: (1) The parties shall be free to agree upon the rules of law to be applied by the Arbitral Tribunal to the merits of the dispute. In the absence of any such agreement, the Arbitral Tribunal shall apply the rules of law which it determines to be appropriate.

Den Parteien ist anzuraten, schon bei den Vertragsverhandlungen zu klären, welchem Recht sie den Hauptvertrag unterstellen wollen. Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass der Vertragsinhalt vom anwendbaren materiellen Recht anerkannt wird und die Lösung von Streitigkeiten durch sachgerechte Vertragsgestaltung antizipiert oder zumindest erleichtert werden kann. Eine Rechtswahlklausel dient somit dem Interesse beider Parteien an Rechtssicherheit und sollte selbstverständlicher Bestandteil eines internationalen Handelsvertrages sein. Zur Rechtswahl oder zur Klarstellung einer erfolgten Rechtswahl könnte in die Schiedsvereinbarung folgende Regelung aufgenommen werden:

*„The substantive law of [country] is applicable to the dispute.“*⁶¹⁶

Diese Rechtswahlmöglichkeit ist vergleichbar mit der des Art. 27 Abs. 1 EGBGB und bezieht sich (zumindest aus deutscher Sicht) auf das Verpflichtungsgeschäft. Sie kann sich nur auf Bereiche beziehen, in denen eine Rechtswahl anerkannt wird, also nicht auf Bereiche, die durch zwingende materiell-rechtliche Vorgaben, wie etwa die Geschäftsfähigkeit, oder den nationalen ordre public bestimmt werden⁶¹⁷. So kann z.B. die zwingende Anwendbarkeit des lex rei sitae nicht durch Parteivereinbarung umgangen werden.

Dass durch die Regelung „rules of law“ in Art. 28 Abs. 1 AAA-SchO und Art. 17 Abs. 1 ICC-SchO auch die lex mercatoria oder sonstige, nicht in nationales Recht transformierte internationale Klauselwerke umfasst wird, muss bezweifelt werden. Art. 23 Abs. 2 DIS-SchO stellt insoweit eindeutig auf das „law of the state“ ab und schließt somit außerstaatliches Recht aus dem Bestimmungsrecht des Schiedsgerichts aus. Gelegentlich wird aber Schiedsgerichten zugestanden, auch auf außerstaatliches Recht, wie die lex mercatoria⁶¹⁸ oder andere internationale Klauselwerke (etwa die Lando Principles of European Contract Law) zurückzugreifen. Es entspricht allerdings weitgehende einhelliger Meinung, dass immer eine diesbezügliche Parteivereinbarung vorliegen muss und Schiedsgerichte nicht frei sind, diese Regeln von sich aus anzuwenden⁶¹⁹. Es lässt sich schon bezweifeln, dass solche Rechtsregeln „rules of law“ im Sinne dieser Regelungen sind⁶²⁰. Aus praktischen Gesichtspunkten ist weiter zu vermerken, dass z.B. die lex mercatoria nicht einheitlich zu sein braucht und von Fall zu Fall unterschiedlich zu beurteilen sein kann, was zu einer Ungewissheit hinsichtlich des anwendbaren Rechts führt. Es würde aber den berechtigten Interessen der Parteien widersprechen, die man-

⁶¹⁶ Vgl. die vorgeschlagene Ergänzung der DIS-model clause auf der Homepage der DIS.

⁶¹⁷ Thomas/Putzo, § 1051 ZPO, Rn: 2; Berger, S. 348.

⁶¹⁸ Vgl. z.B. Art. 1496 des französischen Zivilprozessrechts, kritisch dazu Frischling, IPRax 1985, 125, 129.

⁶¹⁹ Vgl. etwa Lachmann, Rn: 939.

⁶²⁰ Sandrock, RIW 2000, S. 321, 324.

gels einer Rechtswahl davon ausgehen, dass das Gericht nach objektiven Kriterien anknüpft, wenn von beiden oder einer Partei nicht berücksichtigte Rechtsregeln angewendet würden⁶²¹. Zumindest für § 1051 ZPO, der beinahe wortgleich zu Art. 23 DIS-SchO ist, wird z.B. die *lex mercatoria* nicht als „Rechtsvorschrift“ in diesem Sinne angesehen, sondern der Billigkeitsentscheidung nach § 1051 Abs. 3 ZPO gleichgestellt⁶²². Diesem Prinzip folgt auch Art. 17 ICC-SchO⁶²³. Auch wenn der Wortlaut des Art. 28 AAA-SchO keine eindeutige Auslegung zulässt (wie im Übrigen auch die ICC-Schiedsordnung nicht) sollte aus Gründen der Rechtssicherheit eine Parteivereinbarung zwingende Voraussetzung der Anwendbarkeit dieser Rechtsregel sein. Zur Klarstellung empfiehlt sich allerdings ein Ansprechen dieses Punktes im Rahmen von vorbereitenden Sitzungen.

Für den Fall fehlender Parteivereinbarung wurde bei Vorstellung der Rechtsquellen auf zwei mögliche kollisionsrechtliche Lösungsansätze eingegangen, deren Anwendung aber häufig zu gleichen Lösungen führt. Typischerweise wird die Bestimmung des anwendbaren Rechts durch das Schiedsgericht anhand eines „nahen“ Kollisionsrechtes oder gleich aufgrund einer engsten Verbindung vorgenommen. Diese Unterscheidung fand bis 1998 auch noch innerhalb der ICC-Schiedsordnungen statt, wurde jedoch durch eine Abkehr der ICC von einer dem Ermessen des Gerichts unterstellten Wahl eines Kollisionsrechtes überflüssig⁶²⁴. Nunmehr übertragen alle drei Schiedsordnungen dem Schiedsgericht die Wahl eines anwendbaren materiellen Rechts. Art. 17 Abs. 1 Satz 2 ICC-SchO und Art. 28 Abs. 1 Satz 2 AAA-SchO lassen dem Schiedsgericht freies Ermessen bei der Wahl des anwendbaren Rechts. So frei ist die Wahl freilich nicht, da beide Parteien fair und gleich zu behandeln sind⁶²⁵. Sie wird regelmäßig auf eine rechtsvergleichende Betrachtung in Frage kommender Kollisionsrechte hinauslaufen⁶²⁶ oder anhand internationaler kollisionsrechtlicher Grundsätze erfolgen⁶²⁷. In jedem Fall muss eine begründbare Lösung gefunden werden, die die berechtigten Erwartungen beider Parteien erfüllt⁶²⁸. Nach beiden Schiedsordnungen kann nicht nur nationales Recht als Ganzes, sondern es können auch sonstige Rechtsregeln („rules of law“), etwa Auszüge aus nationalen Rechtsordnungen angewendet werden⁶²⁹.

⁶²¹ Sandrock, RIW 2000, S. 321, 326.

⁶²² Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 1051 ZPO, Rn: 4.

⁶²³ Aden, Art. 17 ICC-SchO, Rn: 31.

⁶²⁴ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 116; Schwab/Walter, S. 541.

⁶²⁵ Aden, Art. 15 ICC-SchO, Rn: 13.

⁶²⁶ Coe, S. 76 ff.

⁶²⁷ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 116.

⁶²⁸ Derains/Schwartz, S. 223.

⁶²⁹ Art. 28 Abs. 1 AAA-SchO; Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 117.

Art. 23 Abs. 2 DIS-SchO⁶³⁰ regelt übereinstimmend mit § 1051 ZPO, dass das Recht der engsten Verbindung zu gelten hat⁶³¹ und stellt somit eine eigene Kollisionsregel auf, die vom Wortlaut her enger ist als die Regelung der ICC und AAA. Damit ist einerseits wieder das Sachrecht, im Sinne nationalen Rechts, angesprochen, andererseits aber nicht ausgeschlossen, dass auch anationales Recht gelten kann⁶³².

Den drei Schiedsordnungen ist im Weiteren gemein, dass eine Entscheidung in Übereinstimmung mit dem zugrunde liegenden Vertrag zu erfolgen hat und Handelsbräuche zu berücksichtigen sind⁶³³. Insoweit gilt nichts anderes, als bereits unter Kapitel 2, C, II dargestellt. Schließlich ist in allen Schiedsordnungen eine Billigkeitsentscheidung nur nach ausdrücklicher Vereinbarung durch die Parteien gestattet⁶³⁴. Bei der Suche des anwendbaren Rechts ist zu beachten, dass Schiedsrichter nicht die Schwelle zu einer unautorisierten Billigkeitsentscheidung überschreiten⁶³⁵. Aber auch die Vereinbarung von Billigkeitsentscheidungen sollte sorgsam überdacht werden. Soll im Nachhinein um Deckung einer Haftpflichtversicherung nachgesucht werden, muss damit gerechnet werden, dass Zahlung nur auf Grundlage eines Schiedsspruchs erfolgt, der nicht nach Billigkeit getroffen wurde⁶³⁶.

⁶³⁰ Article 23 DIS-SchO: (2) Failing any designation by the parties, the arbitral tribunal shall apply the law of the State with which the subject-matter of the proceedings is most closely connected.

⁶³¹ Schwab/Walter, S. 542.

⁶³² Schwab/Walter, S. 540.

⁶³³ Article 28 AAA-SchO: (2) In arbitrations involving the application of contracts, the tribunal shall decide in accordance with the terms of the contract and shall take into account usages of the trade applicable to the contract.; Art. 23 DIS-SchO: (4) In all cases the arbitral tribunal shall decide in accordance with the terms of the contract and shall take into account the usages of trade applicable to the transaction.; Article 17 ICC-SchO: (2) In all cases the Arbitral Tribunal shall take account of the provisions of the contract and the relevant trade usages.

⁶³⁴ Article 28 AAA-SchO: (3) The tribunal shall not decide as *amiable compositeur* or *ex aequo et bono* unless the parties have expressly authorized it to do so.; Article 23 DIS-SchO: (3) The arbitral tribunal shall decide *ex aequo et bono* or as *amiable compositeur* only if the parties have expressly authorized it to do so. The parties may so authorize the arbitral tribunal up to the time of its decision.; Article 17 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal shall assume the powers of an *amiable compositeur* or decide *ex aequo et bono* only if the parties have agreed to give it such powers.

⁶³⁵ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 117.

⁶³⁶ Lionnet, S. 246 f.

Kapitel 7: Die Entscheidung über die Zuständigkeit

A: Problemaufriss

Ein Schiedsgericht darf eine Streitigkeit nur entscheiden, wenn es zuständig ist. Wer entscheidet jedoch, wann dies der Fall ist? Es kann berechnigte Interessen geben, staatliche Gerichte zunächst darüber befinden zu lassen, ob eine Streitigkeit vor ein Schiedsgericht gehört. So könnte es einer Partei, die sich einer Schiedsklage ausgesetzt sieht, die sich aber nach eigener Einschätzung nicht der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen hat, entgegenkommen, zunächst die Zuständigkeit der Schiedsgerichte auf dem nationalen Rechtsweg prüfen zu lassen. Auf diese Weise könnte sie versuchen, Kosten eines Schiedsverfahrens zu vermeiden. Diesen berechtigten Interessen stehen aber auch Missbrauchsmöglichkeiten gegenüber. Zum Beispiel könnte ein nationaler Prozess dazu missbraucht werden, die berechnigte Geltendmachung von Ansprüchen im Wege eines Schiedsverfahrens zu verhindern oder wenigstens hinauszuzögern. Weiter ist es vorstellbar, dass mittels nationalen Zivilprozesses das Interesse einer Partei, von der Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens zu profitieren, in der Weise konterkariert wird, dass sie im Rahmen einer Zuständigkeitsprüfung über Details aus dem Hauptvertrag verhandeln muss⁶³⁷.

Im Folgenden soll daher untersucht werden, inwieweit sich die Bestimmung der Zuständigkeit aus zwingend zu beachtendem nationalem Recht ergeben und welche Regelungsbereiche den Schiedsordnungen verbleiben.

B: Verwendete Begrifflichkeiten

Im Zusammenhang mit der Zuständigkeitsentscheidung tauchen immer wieder die Begriffe „Kompetenz-Kompetenz“ und „Unabhängigkeit der Schiedsvereinbarung vom Hauptvertrag“⁶³⁸ auf, denen die verschiedenen nationalen Kodifizierungen zum Schiedsverfahren teilweise unterschiedliche Bedeutungen verleihen.

⁶³⁷ Gehrlein, ZIP 1995, S. 964.

⁶³⁸ In den USA als „separability“ oder „autonomy“ und „competence/competence“, in Frankreich als „compétence de la compétence“.

I. Die Unabhängigkeit der Schiedsvereinbarung vom Hauptvertrag

Die meisten Rechtsordnungen gehen wie § 1040 Abs. I Satz 2 ZPO davon aus, dass die Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung von der des Hauptvertrages unabhängig ist⁶³⁹. Auf diese Weise wird verhindert, dass durch das Bestreiten der Gültigkeit des Hauptvertrages die Schiedsvereinbarung in Frage gestellt werden kann. Damit ist nicht gemeint, dass eine Schiedsvereinbarung, die in einem Hauptvertrag enthalten ist, immer gültig ist, auch wenn der Hauptvertrag als ungültig anzusehen ist. Vielmehr wird in einem ersten Schritt die Gültigkeit der Schiedsvereinbarung unterstellt⁶⁴⁰, damit sich ein Schiedsgericht überhaupt mit Fragen der Gültigkeit des Hauptvertrages auseinander setzen kann⁶⁴¹. Dadurch wird verhindert, dass durch die bloße Behauptung der Unwirksamkeit des Hauptvertrages dem Schiedsgericht der Boden für eine Entscheidung entzogen wird⁶⁴².

II. Die Kompetenz-Kompetenz

Im Gegensatz zum einheitlichen Verständnis von Unabhängigkeit der Schiedsvereinbarung vom Hauptvertrag verfolgen diese Rechtsordnungen unter dem Schlagwort „Kompetenz-Kompetenz“ verschiedene Konzepte bei der Entscheidung der Frage, wer über die Zuständigkeit entscheidet⁶⁴³. Zur Verdeutlichung bietet es sich an, unterschiedliche Anrufungszeitpunkte staatlicher Gerichte voneinander zu unterscheiden⁶⁴⁴. Zunächst könnte eine Partei ein Interesse haben, die Zuständigkeit von Schiedsgerichten vor Beginn eines Schiedsverfahrens anzugreifen. Weiter stellt sich die Frage, ob während eines Schiedsverfahrens staatliche Gerichte die Zuständigkeit des Schiedsgerichts überprüfen können. Und schließlich kann die gleiche Zuständigkeitsfrage nach Erlass des Schiedsspruchs gestellt werden, wobei dies typischerweise in einem Aufhebungs- oder Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren untersucht wird⁶⁴⁵.

1. Rechtslage in Deutschland

In Deutschland wurde bis zur Rezeption des UNCITRAL-MG unter Kompetenz-Kompetenz die Befugnis der Schiedsgerichte verstanden, mit bindender Wirkung gegenüber staatlichen

⁶³⁹ Gottwald, S. 21; Schlosser in Stein/Jonas, § 1040 ZPO, Rn: 3.

⁶⁴⁰ Redfern/Hunter, para.5-31.

⁶⁴¹ Barceló III, Vanderbilt Journal of Transnational Law 2003, S. 1115, 1120.

⁶⁴² Lionnet, S. 138.

⁶⁴³ Rechtsvergleichende Betrachtungen zu diesem Thema bei Gottwald, S. 65 ff; Park, American Review of International Arbitration 1997, S. 133, 140 f.

⁶⁴⁴ Barceló III, Vanderbilt Journal of Transnational Law 2003, S. 1115, 1118.

⁶⁴⁵ Vgl. z.B. Art. 34 ff UNCITRAL-MG.

Gerichten über die Existenz und Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung zu entscheiden⁶⁴⁶. Unter der Voraussetzung, dass eine Schiedsvereinbarung als Kompetenz-Kompetenz-Klausel zu verstehen ist, hatte ein staatliches Gericht nur diese Klausel auf ihre Gültigkeit zu untersuchen⁶⁴⁷. Das galt sowohl vor dem Schiedsverfahren, als auch nach Bejahung der Zuständigkeit durch das Schiedsgericht⁶⁴⁸. Aufgrund der großzügigen Auslegung durch den BGH galt eine Kompetenz-Kompetenz-Klausel als fast immer in der Schiedsvereinbarung enthalten⁶⁴⁹. Durch die Schiedsverfahrensrechtsnovelle von 1997 wurde dieser Rechtszustand dahingehend geändert, dass die endgültige Entscheidung des Schiedsgerichts durch eine lediglich vorläufige ersetzt wurde⁶⁵⁰. Nunmehr erlaubt § 1032 Abs. 2 ZPO die Anrufung eines staatlichen Gerichts vor Konstituierung des Schiedsgerichts, um die Schiedsvereinbarung auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen⁶⁵¹. Nach Konstituierung soll das Schiedsgericht eine vorläufige Kompetenz-Kompetenz haben⁶⁵², die Frage der Zuständigkeit unter Ausschluss staatlicher Gerichte zu entscheiden, § 1040 Abs. 1 Satz 1 ZPO. Lediglich ein Zwischenentscheid nach § 1040 Abs. 3 ZPO oder der endgültige Schiedsspruch gemäß § 1059 Abs. 2 ZPO geben wieder die Möglichkeit einer staatlichen Zuständigkeitskontrolle. Eine dennoch vereinbarte Kompetenz-Kompetenz-Klausel macht die Schiedsvereinbarung aber in Übrigen nicht gegenstandslos⁶⁵³.

2. Rechtslage in Frankreich

Dem Grundsatz einer (vorläufigen) Zuständigkeit des Schiedsgerichts folgen auch die meisten benachbarten Rechtssysteme⁶⁵⁴. Frankreich zum Beispiel regelt in Article 1458 nouveau code de procédure civile die Verpflichtung staatlicher Gerichte, sich auf Einrede für unzuständig zu erklären, wenn sie zeitlich vor einem Schiedsgericht mit einer Schiedsvereinbarung konfrontiert werden. Lediglich bei offenkundiger Unwirksamkeit der Schiedsvereinbarung soll das staatliche Gericht entscheiden können. Nach Befassung eines Schiedsgerichts mit dieser Frage und insbesondere nach einer positiven Zuständigkeitsentscheidung durch das Schiedsgericht, ist eine Kompetenz staatlicher Gerichte grundsätzlich abzulehnen. Durch Rechtsprechung

⁶⁴⁶ Lionnet, S. 140 f.

⁶⁴⁷ BGHZ 68, 356, 366 f.

⁶⁴⁸ BGH in NJW 1991, S. 2215.

⁶⁴⁹ Schlosser, Rn: 556.

⁶⁵⁰ § 1040 ZPO; BGH SchiedsVZ 2005, 95 ff.; vgl. im Übrigen Triebel/Coenen, RPS-Beilage zu BB 2003, Heft 25, S. 1 ff.

⁶⁵¹ Huber, SchiedsVZ 2003, S. 73, 74.

⁶⁵² Lionnet, S. 142; Triebel/Coenen, RPS-Beilage zu BB 2003, Heft 25, S. 1 ff.

⁶⁵³ BGH SchiedsVZ 2005, 95, 97.

⁶⁵⁴ Gottwald, S. 66 f; Mahlich, NJW 1998, S. 563.

wurde diese Regelung, die nach ihrem Wortlaut lediglich im nationalen Bereich Geltung beansprucht, auf internationale Schiedsverfahren ausgedehnt⁶⁵⁵.

3. Rechtslage in den USA

In den USA wird das Problem der Kompetenz-Kompetenz kritischer gesehen⁶⁵⁶. Grundsätzlich wird anerkannt, dass Parteien die Wahl haben, entweder ein staatliches Gericht oder ein Schiedsgericht mit der Beurteilung der Zuständigkeitsfrage zu befassen⁶⁵⁷. Obwohl im Rahmen einer Überprüfung eines Schiedsspruchs gefällt, wird in der Sache *First Options of Chicago v. Kaplan*⁶⁵⁸ in einem obiter dictum betont, dass Zuständigkeitsfragen primär staatliche Gerichte, Sachfragen aber auch Schiedsgerichte betreffen. Für die Situation eines bereits ergangenen Schiedsspruchs wird staatlichen Gerichten aufgetragen, einen weiten Beurteilungsspielraum von Schiedsgerichten anzuerkennen. Auf die Situation vor Erlass eines Schiedsspruchs übertragen ergeben sich aber Unsicherheiten, da eine Lösung entweder zugunsten einer starken Kontrolle durch staatliche Gerichte, entsprechend Section 3 Federal Arbitration Act⁶⁵⁹ oder eben dagegen aus der zuvor zitierten Entscheidung abgelesen werden kann⁶⁶⁰. Es wird aber auch klargestellt, dass Kompetenz-Kompetenz-Klauseln zu respektieren sind⁶⁶¹. Zwar betrifft die oben genannte Entscheidung ein nationales Schiedsverfahren, es ist aber kein Grund ersichtlich, von diesen Grundsätzen in internationalen Verfahren abzuweichen. Vielmehr liegt die Annahme einer Kompetenz-Kompetenz bei ausdrücklicher oder durch Bezugnahme auf eine Schiedsordnung vorhandener Kompetenz-Kompetenz-Klausel in internationalen Schiedsverfahren näher als in nationalen, weil der Bezug zum nationalen US-amerikanischen Recht in internationalen Verfahren geringer ist als in nationalen Verfahren. Im Übrigen wird die Verwandtschaft dieser Rechtsprechung zu deutschen Kompetenz-Kompetenz-Vorstellungen betont⁶⁶², die in diesem Punkt auch keinen Unterschied zwischen nationalen und internationalen Verfahren macht.

⁶⁵⁵ Barceló III, Vanderbilt Journal of Transnational Law 2003, S. 1115, 1124 ohne weitere Nachweise.

⁶⁵⁶ Gottwald, S. 66; Mahlich, NJW 1998, S. 563.

⁶⁵⁷ AT&T Technologies, Inc. v. Communications Workers of America, 475 U.S. 643, 649 (1986).

⁶⁵⁸ First Options of Chicago v. Kaplan, 514 U.S. 938 (1995).

⁶⁵⁹ Gottwald, S. 66.

⁶⁶⁰ Park, American Review of International Arbitration 1997, S. 133, 137 m.w.N..

⁶⁶¹ Barceló III, Vanderbilt Journal of Transnational Law 2003, S. 1115, 1132.

⁶⁶² Park, American Review of International Arbitration 1997, S. 133, 141.

C: Problemlösungen der Schiedsordnungen

Da Unsicherheiten hinsichtlich etwaiger Verzögerungen oder gar der Verhinderung eine Sachentscheidung des Schiedsgerichts durch die Beteiligung staatlicher Gerichte im internationalen Handelsverkehr nicht tragbar sind, wird eine (vorläufige) Kompetenz-Kompetenz der Schiedsgerichte im internationalen Rechtsverkehr allgemein als vorzugswürdig angesehen⁶⁶³. Allerdings ist die Anerkennung einer solchen Kompetenz-Kompetenz im Sinne eines zumindest vorläufigen Ausschlusses der staatlichen Gerichtsbarkeit bei der Beurteilung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts durch nationale Vorgaben bestimmt und daher nicht durch eine Schiedsordnung regelbar. Es ist Aufgabe des nationalen Rechts zu regeln, wann inländische Gerichte eine Zuständigkeitsentscheidung für das Schiedsgericht treffen können. Dennoch sind gelegentlich Regelungen zur Kompetenz-Kompetenz in institutionellen Schiedsordnungen zu finden. Art. 6 Abs. 2 ICC-SchO⁶⁶⁴ weist im Rahmen der *prima facie* Regelung (vgl. Kapitel 4, A, V) der Institution eine Beurteilung der Zuständigkeit zu. Letztendlich wird diese Frage aber durch das Schiedsgericht entschieden⁶⁶⁵. Die Notwendigkeit dieser Zuweisung der Zuständigkeitsentscheidung durch die Schiedsordnung wird vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Rechtspraxis verständlich. Fehlte eine solche Regelung, würde es bei einer Schiedsvereinbarung, die lediglich die ICC-Schiedsordnung für anwendbar erklärt, an einem eindeutigen Zuweisen der Entscheidung über die Zuständigkeit mangeln. Damit wäre der Obstruktion einer Partei bei einem Schiedsverfahren in den USA Tür und Tor geöffnet. Ergänzend stellt Art. 6 Abs. 4 ICC-SchO⁶⁶⁶ die Unabhängigkeit der Schiedsvereinbarung vom Hauptvertrag fest⁶⁶⁷ und erlaubt auf diese Weise dem Schiedsgericht eine Beurteilung des Sachverhaltes auch bei bestrittener Existenz des Hauptvertrages. Auf diese Weise sichert die ICC-Schiedsordnung eine Zuständigkeitsentscheidung des Schiedsgerichts im Rahmen des

⁶⁶³ Berger, Arbitration Interaktive, Rn: 7-47 ff.

⁶⁶⁴ Article 6 ICC-SchO: (2) If the Respondent does not file an Answer, as provided by Article 5, or if any party raises one or more pleas concerning the existence, validity or scope of the arbitration agreement, the Court may decide, without prejudice to the admissibility or merits of the plea or pleas, that the arbitration shall proceed if it is *prima facie* satisfied that an arbitration agreement under the Rules may exist. In such a case, any decision as to the jurisdiction of the Arbitral Tribunal shall be taken by the Arbitral Tribunal itself. If the Court is not so satisfied, the parties shall be notified that the arbitration cannot proceed. In such a case, any party retains the right to ask any court having jurisdiction whether or not there is a binding arbitration agreement.

⁶⁶⁵ Art. 6 Abs. 2 Satz 2 ICC-SchO; vgl. auch Wolf, S. 117.

⁶⁶⁶ Article 6 ICC-SchO: (4) Unless otherwise agreed, the Arbitral Tribunal shall not cease to have jurisdiction by reason of any claim that the contract is null and void or allegation that it is non-existent, provided that the Arbitral Tribunal upholds the validity of the arbitration agreement. The Arbitral Tribunal shall continue to have jurisdiction to determine the respective rights of the parties and to adjudicate their claims and pleas even though the contract itself may be non-existent or null and void.

⁶⁶⁷ Derains/Schwartz, S. 104 ff.

zwingend anwendbaren nationalen Rechts, ohne das es zusätzlicher Parteivereinbarungen bedarf.

Die DIS-Schiedsordnung hält, anscheinend vor dem Hintergrund einer gesicherten Anerkennung der Kompetenz-Kompetenz im deutschen Recht (vgl. § 1040 ZPO) eine diesbezügliche Regelung nicht für notwendig. Wegen § 1040 Abs. 1 ZPO erkennen deutsche Gerichte die vorläufige Kompetenz-Kompetenz des Schiedsgerichts an. Anders beurteilt sich diese Frage aber, wenn ein DIS-Verfahren in den USA stattfindet. Wie gezeigt bedarf es dort einer ausdrücklichen Regelung zur Kompetenz-Kompetenz. Daher ist in diesem Falle eine Parteivereinbarung angezeigt, die allerdings in Form der Standard-DIS-Schiedsklausel den Anforderungen an Eindeutigkeit genügen müsste⁶⁶⁸. Es könnte nämlich argumentiert werden, dass „without recourse to the ordinary courts of law“ auch eine Kompetenz-Kompetenz begründet. Jedoch ist mit der Gefahr zu rechnen, dass ein staatliches Gericht die Standardschiedsklausel in der Weise auslegt, dass staatliche Gerichte eben nur hinsichtlich der Hauptsache („in connection with the contract“) ausgeschlossen sein sollen („without recourse to the ordinary courts of law“), die Standardschiedsklausel also lediglich als einfache Schiedsklausel ohne Kompetenz-Kompetenz-Klausel sei. Daher könnte es zur Sicherheit empfehlenswert sein, die Kompetenz-Kompetenz eindeutig zu formulieren. Für eine Klausel könnte sich unter Anlehnung an die AAA-Schiedsordnung folgende Formulierung anbieten, die die Standardschiedsklausel ergänzt:

„The tribunal shall have the power to rule on its own jurisdiction, including any objections with respect to the existence, scope or validity of the arbitration agreement“

Ebenfalls durch die Schiedsordnung nicht erwähnt wird die Unabhängigkeit der Schiedsvereinbarung vom Hauptvertrag. Für den Fall internationaler Schiedsverfahren in Deutschland besteht wegen Art. 1040 Abs. 1 Satz 2 ZPO kein Problem. Auch international herrscht weitgehend Einigkeit, von dieser Unabhängigkeit auszugehen. Daher bedarf es regelmäßig keiner weiteren Parteivereinbarung⁶⁶⁹. Sollte das Schiedsverfahren aber in einem Land durchgeführt werden, in dem nicht von der Unabhängigkeit der Schiedsvereinbarung ausgegangen wird, empfiehlt sich entweder eine gesonderte Parteivereinbarung oder aber die Aufnahme der Schiedsvereinbarung in eine gesonderte Urkunde.

⁶⁶⁸ DIS-Standardklausel: "All disputes arising in connection with the contract (... description of the contract ...) or its validity shall be finally settled according to the Arbitration Rules of the German Institution of Arbitration e.V. (DIS) without recourse to the ordinary courts of law."

⁶⁶⁹ Aden, Art. 6 ICC-SchO, Rn: 23.

Art. 15 AAA-SchO widmet diesem Fragenkreis unter Beachtung der US-amerikanischen Eigenheiten besondere Aufmerksamkeit⁶⁷⁰. Art. 15 Abs. 1 AAA-SchO⁶⁷¹ hebt besonders die Befugnis des Schiedsgerichts hervor, die Existenz, den Umfang und die Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung zu begutachten und über die eigene Zuständigkeit zu entscheiden. Insofern ist durch die Wahl der AAA-Schiedsordnung also genügend Vorsorge für eine Zuständigkeitsentscheidung durch das Schiedsgericht getroffen. Darüber hinausgehende Parteivereinbarungen sind folglich nicht notwendig. Art. 15 Abs. 2 AAA-SchO⁶⁷² betont des Weiteren die Unabhängigkeit der Schiedsvereinbarung vom Hauptvertrag. Dem Schiedsgericht steht eine Überprüfung des Hauptvertrages zu, in dem eine Schiedsvereinbarung enthalten ist. Sollte es dessen Nichtigkeit feststellen, ist nicht gleichzeitig gesagt, dass auch die Schiedsvereinbarung nichtig ist. Wie bereits zur DIS-Schiedsordnung gezeigt hätte es aber einer solchen Regelung, vor allem nicht in dieser Detailgenauigkeit, in der überwiegenden Anzahl der Fälle nicht bedurft. Zusätzlich präkludiert Art. 15 Abs. 3 AAA-SchO⁶⁷³ zu spät vorgebrachte Zuständigkeitsrügen und gestattet dem Schiedsgericht, darüber zu entscheiden. Jedoch muss bezweifelt werden, dass ein staatliches Gericht nur aufgrund der Existenz dieser Schiedsordnung der gleichen Meinung ist. Sollte diese Regel nämlich bedeuten, dass Ansprüche, die nicht von einer Schiedsvereinbarung umfasst sind, dennoch geltend gemacht werden können, ist zumindest aus deutscher Sicht mit der Aufhebung dieses Schiedsspruchs zu rechnen.

Sowohl die ICC- als auch die AAA-Schiedsordnung beinhalten also eine Kompetenz-Kompetenz-Klausel und statuieren die Unabhängigkeit der Schiedsvereinbarung vom Hauptvertrag. Sie sind damit auch für die Fallstricke der US-amerikanischen Rechtsprechung gewappnet. Die DIS-Schiedsordnung hingegen schweigt zu diesen Punkten und bedarf daher einer wohl durchdachten Schiedsvereinbarung, die z.B. für Schiedsverfahren in den USA einer ausdrücklichen Regelung dieser Punkte bedarf. Im Endeffekt sind aber auch Schiedsgerichte, die sich durch eine Kompetenz-Kompetenz-Klausel zur Entscheidung veranlasst sehen, nicht davon befreit, die Wirksamkeit und Reichweite der Schiedsvereinbarung genau zu überprüfen, um die Aufhebung des Schiedsspruchs zu vermeiden. Nach den untersuchten Schiedsordnungen ist die Zuständigkeitsentscheidung primär die Aufgabe des Schiedsgerichts, vor-

⁶⁷⁰ Hoellering, *Dispute Resolution Journal* 1996, S. 100, 102.

⁶⁷¹ Article 15 AAA-SchO: (1) The tribunal shall have the power to rule on its own jurisdiction, including any objections with respect to the existence, scope or validity of the arbitration agreement.

⁶⁷² Article 15 AAA-SchO: (2) The tribunal shall have the power to determine the existence or validity of a contract of which an arbitration clause forms a part. Such an arbitration clause shall be treated as an agreement independent of the other terms of the contract. A decision by the tribunal that the contract is null and void shall not for that reason alone render invalid the arbitration clause.

⁶⁷³ Article 15 AAA-SchO: (3) A party must object to the jurisdiction of the tribunal or to the arbitrability of a claim or counterclaim no later than the filing of the statement of defense, as provided in Article 3, to the claim or counterclaim that gives rise to the objection. The tribunal may rule on such objections as a preliminary matter or as part of the final award.

läufige Entscheidungen sind, obwohl nur in Art. 6 ICC-SchO angesprochen, in allen Verfahren möglich und die Regel.

Kapitel 8: Der Einstweilige Rechtsschutz im Schiedsverfahren

A: Problemstellung

Ebenso wie in nationalen Zivilverfahren besteht in Schiedsverfahren das Bedürfnis nach einstweiligem Rechtsschutz. So könnten z.B. Maßnahmen zur Sicherung der Vollstreckung oder der Erhaltung von Beweismitteln notwendig werden. Im Allgemeinen sind vorläufige und sichernde Maßnahmen aller Art und ohne Beschränkung auf einstweilige Verfügungen und Arreste i.S.d. §§ 916 ff ZPO möglich⁶⁷⁴. Art. 21 AAA-SchO, Art. 20 DIS-SchO und Art. 23 ICC-SchO enthalten Regelungen, die dem Schiedsgericht ein weites Ermessen hinsichtlich vorläufiger Maßnahmen geben. Art. 21 Abs. 1 AAA-SchO⁶⁷⁵ und Art. 20 Abs. 1 DIS-SchO⁶⁷⁶ stellen auf die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme ab („necessary“), während Art. 23 Abs. 1 ICC-SchO⁶⁷⁷ auf Geeignetheit abstellt („appropriate“.) Es ist aber nicht zu sehen, dass damit in der Sache Unterschiede gewollt oder bewirkt werden.

Die Existenz dieser Regelungen legt die Vermutung nahe, dass von ihnen auch Gebrauch gemacht wird und Schiedsgerichte einstweiligen Rechtsschutz gewähren⁶⁷⁸. Näher betrachtet stellt sich dennoch die Frage, ob ein Schiedsgericht eine solche Anordnung tatsächlich treffen kann und wird. Unter Zuständigkeitsgesichtspunkten herrscht aus deutscher Sicht Klarheit darüber, dass Schiedsgerichte grundsätzlich gem. § 1041 ZPO⁶⁷⁹ Eilmaßnahmen treffen dürfen. Alternativ, gegebenenfalls sogar kumulativ⁶⁸⁰, können auch staatliche Gerichte gem. § 1033 ZPO angerufen werden. Während § 1041 ZPO abdingbar ist, handelt es sich bei § 1033 ZPO um eine zwingende Regelung⁶⁸¹. Im internationalen Kontext ist die Lage nicht einheit-

⁶⁷⁴ Berger, DZWiR 1998, S. 45, 51.

⁶⁷⁵ Article 21 AAA-SchO: (1) At the request of any party, the tribunal may take whatever interim measures it deems necessary, including injunctive relief and measures for the protection or conservation of property.

⁶⁷⁶ Article 20 DIS-SchO: (1) Unless otherwise agreed by the parties, the arbitral tribunal may, at the request of a party, order any interim measure of protection as the arbitral tribunal may consider necessary in respect of the subject matter of the dispute. The arbitral tribunal may require any party to provide appropriate security in connection with such measure.

⁶⁷⁷ Article 23 ICC-SchO: (1) Unless the parties have otherwise agreed, as soon as the file has been transmitted to it, the Arbitral Tribunal may, at the request of a party, order any interim or conservatory measure it deems appropriate. The Arbitral Tribunal may make the granting of any such measure subject to appropriate security being furnished by the requesting party. Any such measure shall take the form of an order, giving reasons, or of an Award, as the Arbitral Tribunal considers appropriate.

⁶⁷⁸ Vgl. z.B. ICC-case No. 3540, 1980.

⁶⁷⁹ § 1041 Abs. 1 Satz 1 ZPO: „Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, so kann das Schiedsgericht auf Antrag einer Partei vorläufige oder sichernde Maßnahmen anordnen, die es in Bezug auf den Streitgegenstand für erforderlich hält.“

⁶⁸⁰ Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 1033 ZPO, Rn: 5.

⁶⁸¹ Münch in MüKo, § 1033 ZPO, Rn: 14.

lich. Nicht alle Jurisdiktionen gewährleisten, dass Schiedsgerichte in dieser Sache überhaupt entscheiden können⁶⁸². Die herkömmliche Haltung vieler Rechtsordnungen war, dass Eilmaßnahmen den staatlichen Gerichten vorbehalten sind⁶⁸³. Dieser Ansicht folgen derzeit noch Griechenland und Italien⁶⁸⁴. Bestehende nationale Unterschiede sind insbesondere zu beachten, da eine Eilmaßnahme sowohl am Ort des Schiedsverfahrens als auch am Vollstreckungs-ort Geltung erlangen soll. In Folge der fortschreitenden Umsetzung des Art. 17 UNCITRAL-MG durch nationale Gesetzgeber sind die Ansichten jedoch zugunsten einer Kompetenz des Schiedsgerichts für den Erlass einstweiliger Maßnahmen neben der Kompetenz staatlicher Gerichte im Fluss⁶⁸⁵.

Es können aber auch Zweifel an der Kompetenz der staatlichen Gerichte bestehen. So reichte die Einschätzung der eigenen Kompetenz dreier englischer Instanzen im Fall *Channel Tunnel Group v. Balour Beatty*⁶⁸⁶ von der Zuständigkeit des staatlichen Gerichts (High Court) über die Unzuständigkeit (Court of Appeal) bis hin zu grundsätzlicher Zuständigkeit, aber Absehen von einer Maßnahme, da sonst dem Schiedsgericht nichts mehr zu entscheiden bliebe (House of Lords)⁶⁸⁷.

Weitgehende internationale Einstimmigkeit herrscht über die Frage, ob Dritte Adressat schiedsgerichtlicher Eilmaßnahmen sein können. Dies ist zu verneinen, wenn Dritte nicht an die Schiedsvereinbarung gebunden sind und Schiedsgerichte daher unter Zuständigkeitsgesichtspunkten gegenüber dem Dritten nicht handeln können⁶⁸⁸.

Abgesehen von der grundsätzlichen Zulässigkeit schiedsgerichtlicher Eilmaßnahmen sind in der Praxis weitere Umstände zu berücksichtigen. Einem Schiedsgericht könnte die Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes dadurch unmöglich sein, dass es noch nicht konstituiert wurde⁶⁸⁹. Weiter ist prozesstaktisch darauf hinzuweisen, dass einstweiliger Rechtsschutz häufig aus einem Überraschungsmoment heraus erfolgreich ist. Da Schiedsgerichte aber nicht die Befugnis haben, selbst zu vollstrecken⁶⁹⁰, würde mit einer schiedsgerichtlichen Eilentscheidung zwangsläufig um staatliche Vollziehung nachgesucht werden müssen⁶⁹¹, was den Über-

⁶⁸² Marchac, *American Review of International Arbitration* 1999, S. 123, 136.

⁶⁸³ Gottwald, S. 61 ff.; als Beispiel aus der deutschen Rechtssprechung sei auf die Entscheidung des OLG Frankfurt/Main abgedruckt in NJW 1959, S. 1088 verwiesen.

⁶⁸⁴ Art. 889 griechische Zivilprozessordnung, Art. 818 italienische Zivilprozessordnung.

⁶⁸⁵ Borches, S. 90 ff.; Schlosser in Stein/Jonas, § 1041 ZPO; Schütze, BB 1998, S. 1650.

⁶⁸⁶ *Channel Tunnel Group v. Balour Beatty Construction Ltd.* AC 334 (1993).

⁶⁸⁷ Werbicki, *Dispute Resolution Journal* 2003, S. 62, 68.

⁶⁸⁸ Redfern/Hunter, para. 7-14

⁶⁸⁹ Werbicki, *Dispute Resolution Journal* 2003, S. 62, 64.

⁶⁹⁰ Ebenso, wie Schiedssprüche der Anerkennung und Vollstreckung bedürfen, vgl. zum deutschen Recht Lachmann, Rn: 1427.

⁶⁹¹ Bandel, S. 114, 197 ff.

raschungseffekt nehmen kann⁶⁹². Überdies sind Schiedsgericht zur Gewährung rechtlichen Gehörs in jeder Lage des Verfahrens verpflichtet, was unter gewissen Voraussetzungen auf staatliche einstweilige Maßnahmen nicht zutrifft⁶⁹³. Wenn aber rechtliches Gehör gewährt werden muss, und sei es auch nur in Form von schriftlichen Äußerungen, ist der Anordnungsgegner wiederum gewarnt. Ob und welche einstweiligen Maßnahmen in Betracht kommen, kann nur im Einzelfall ermittelt werden, da mögliche Maßnahmen am Sachverhalt zu orientieren sind. Welchen Rahmen die Schiedsordnungen in diesem Zusammenhang stecken, soll im Folgenden ermittelt werden.

B: Lösung durch die Schiedsordnungen

An erster Stelle ist festzuhalten, dass Normen aus Schiedsordnungen nicht in der Lage sind, nationalen Normen die Geltung zu nehmen, die zwingend die Zuständigkeit (auch) an staatliche Gerichte delegieren. Daher können vorgenannte Normen lediglich regeln, ob und wie Schiedsgerichte entscheiden können, falls ihnen überhaupt im Rahmen der zwingend zu beachtenden nationalen Regelungen eine Anordnungskompetenz zufällt. Sinn der Regelungen ist es damit zunächst, festzulegen, dass die mögliche Parallelität von staatlichem und schiedsgerichtlichem einstweiligen Rechtsschutz auch im Rahmen institutioneller Schiedsverfahren bestehen soll⁶⁹⁴. Darüber hinausgehende Regelungen haben Ordnungscharakter. Zum Ausschluss schiedsgerichtlicher Maßnahmen bedarf es einer allgemein als zulässig erachteten Ausschlussvereinbarung⁶⁹⁵. Des Weiteren ist vorweg zu bemerken, dass logische Voraussetzung einer einstweiligen schiedsgerichtlichen Maßnahme die Konstituierung des Schiedsgerichts ist. Einstweilige Maßnahmen vor Konstituierung sind also nur möglich, wenn durch zusätzliche Parteivereinbarung ein Entscheidungsträger bestellt werden kann. Für diese Fälle halten sowohl AAA als auch ICC spezielle Regelwerke bereit, die bei gesonderter Vereinbarung auf Antrag einer Partei der Institution die Befugnisse geben, einen Schiedsrichter zu bestellen, der die eilbedürftige Regelung trifft⁶⁹⁶. In DIS-Verfahren empfiehlt es sich, entweder eine Parteivereinbarung über die Bestellung eines Schiedsrichters für Eilmaßnahmen durch die Parteien zu treffen oder eine Vereinbarung unter Einbeziehung der Institution, sollte sie für die Bestellung zuständig werden. Auf jeden Fall muss darauf geachtet werden, dass es

⁶⁹² Lionnet, S. 326.

⁶⁹³ § 921 ZPO.

⁶⁹⁴ Bandel, S. 26 ff.

⁶⁹⁵ Bandel, S. 16 ff.

⁶⁹⁶ Bei der ICC: Pre-Arbitral Referee Procedure, vgl. Lionnet, S. 327; bei der AAA: Optional Rules for Emergency Measures of Protection, vgl. Werbicki, Dispute Resolution Journal 2003, S. 62, 65.

nicht der Mitwirkung des Anordnungsgegners für eine Schiedsrichterbestellung bedarf, da im Anordnungsfall wohl kaum mit seiner notwendigen Mitwirkung zu rechnen ist.

Art. 21 Abs. 1 AAA-SchO regelt zunächst die Kompetenz des Schiedsgerichts, auf Antrag alle ihm notwendig erscheinenden Anordnungen, insbesondere Unterlassungsanordnungen und Sicherungsanordnungen⁶⁹⁷, zu erlassen. Nicht erwähnt ist die Möglichkeit anderweitiger Parteivereinbarungen. Aufgrund der Parteiautonomie sind aber Parteivereinbarungen, die den Erlass einstweiliger Maßnahmen durch das Schiedsgericht ausschließen, ebenfalls zulässig. Im Gegensatz zum UNCITRAL-MG erfolgt hier keine Einschränkung auf Maßnahmen, die mit dem Streitgegenstand im Zusammenhang stehen⁶⁹⁸, sicher müssen sie aber von der Schiedsvereinbarung erfasst sein. Art. 21 Abs. 3 AAA-SchO⁶⁹⁹ stellt zunächst in überflüssiger Weise fest, dass der Anrufung eines staatlichen Gerichts nicht die Schiedsvereinbarung entgegensteht. Wie bereits ausgeführt kann eine Schiedsordnung nicht über zwingende Zuständigkeitsentscheidungen in nationalen Rechtsordnungen hinweghelfen. Ob es des Weiteren der Aussage im zweiten Halbsatz des Art. 21 Abs. 3 AAA-SchO bedurfte, erscheint zweifelhaft. Da einstweilige Maßnahmen streitgegenständlich etwas anderes darstellen als das folgende Hauptsacheverfahren, kann durch Antrag auf einstweilige Anordnung wohl kaum konkludent auf die Durchführung eines Hauptsacheschiedsverfahrens verzichtet werden. Art. 21 Abs. 2, 4 AAA-SchO gibt dem Schiedsgericht weites Ermessen hinsichtlich der Form und Kostenfolge einer Anordnung diesen Inhalts⁷⁰⁰. So sind z.B. Beschluss und Schiedsspruch vorstellbar. Unter vollstreckungsrechtlichen Gesichtspunkten ist jedoch darauf hinzuweisen, dass das New Yorker Übereinkommen auf vollgültige Schiedssprüche abstellt und damit die Vollstreckung eines Beschlusses mit Risiken behaftet ist⁷⁰¹. Die Kostentragung kann auch schon vor endgültigem Schiedsspruch festgesetzt werden. Weiter legt Art. 21 Abs. 2 AAA-SchO⁷⁰² fest, dass eine Sicherheit für eine solche Anordnung festgesetzt werden kann.

Art. 20 Abs. 1 DIS-SchO überträgt Schiedsgerichten die Befugnis, auf Antrag vorläufige oder sichernde Maßnahmen, gegebenenfalls gegen Sicherheitsleistung, zu erlassen, wenn sie im Zusammenhang mit dem Streitgegenstand stehen. Ausdrücklich angesprochen wird, dass diese Kompetenz bei anders lautender Parteivereinbarung nicht bestehen soll. Ob durch die Ver-

⁶⁹⁷ Vgl. Beispiele von Eilmaßnahmen in AAA-Verfahren Hoellering, ICC-Publication No. 519 (E) 1993, S. 31 ff.

⁶⁹⁸ Marchac, American Review of International Arbitration 1999, S. 123, 128.

⁶⁹⁹ Article 21 AAA-SchO: (3) A request for interim measures addressed by a party to a judicial authority shall not be deemed incompatible with the agreement to arbitrate or a waiver of the right to arbitrate.

⁷⁰⁰ Marchac, American Review of International Arbitration 1999, S. 123, 130.

⁷⁰¹ Aden, Art. 23 ICC-SchO, Rn: 30.

⁷⁰² Article 21 AAA-SchO: (2) Such interim measures may take the form of an interim award, and the tribunal may require security for the costs of such measures. (4) The tribunal may in its discretion apportion costs associated with applications for interim relief in any interim award or in the final award.

wendung eines Systembegriffs des deutschen Rechts („Streitgegenstand“) gegenüber der AAA-Schiedsordnung eine Einschränkung vorzunehmen ist, kann bezweifelt werden. „Streitgegenstand“ muss im Sinne von „streitiges Rechtsverhältnis“ verstanden werden⁷⁰³. Eine schiedsgerichtliche Maßnahme setzt hier wie dort voraus, dass sie von der Schiedsvereinbarung umfasst ist. Ob das der Fall ist, ist durch Auslegung zu ermitteln⁷⁰⁴. Die DIS-Schiedsordnung sagt nichts zur Form, in der eine Eilmaßnahme zu erlassen ist. Für Beschlüsse muss aber das Gleiche gelten wie bereits zur AAA beschrieben. Art. 20 Abs. 2 DIS-SchO⁷⁰⁵ ordnet in inhaltlicher Übereinstimmung mit der AAA-Schiedsordnung an, dass die Schiedsvereinbarung die Inanspruchnahme staatlicher Gerichte nicht ausschließt.

Auch Art. 23 ICC-SchO⁷⁰⁶ regelt diesen Sachbereich zugunsten einstweiliger Maßnahmen durch das Schiedsgericht in inhaltlichem Einklang mit der AAA und DIS. Im Gegensatz zur AAA, aber im Einklang mit der DIS-Schiedsordnung wird ausdrücklich angesprochen, dass diese Kompetenz bei anders lautender Parteivereinbarung nicht bestehen soll. Zeitlich ist die Befugnis des Schiedsgerichts von der Übermittlung der Akten abhängig. Das bedeutet aber keinen Unterschied zu den beiden anderen Schiedsordnungen. Es wird lediglich ein möglichst früher Zeitpunkt gewählt, der vor der Festlegung des Schiedsauftrages gemäß Art. 18 ICC-SchO liegt und dem Schiedsgericht Maßnahmen erlaubt, bevor es förmlich eingesetzt ist⁷⁰⁷. Als Form ist ausdrücklich ein begründeter Beschluss oder ein Schiedsspruch vorgesehen. Die Regelung, dass „in geeigneten Fällen“ auch nach Übergabe der Akten an das Schiedsgericht staatliche Hilfe in Anspruch genommen werden kann, wird nicht heißen, dass in „ungeeigneten“ Fällen immer nur das Schiedsgericht zuständig ist. Abgesehen davon, dass die Zuständigkeit nationaler Gerichte nicht durch eine Schiedsordnung bestimmt werden kann, ist Art. 23 Abs. 2 Satz 1 ICC-SchO im Lichte des Satzes 2 zu interpretieren. Dort wird die Schiedsvereinbarung dahingehend konkretisiert, dass sie auch staatliche Hilfe zulässt. Ein Vorrang

⁷⁰³ Aden, Art. 20 DIS-SchO, Rn: 2.

⁷⁰⁴ Aden, Art. 20 DIS-SchO, Rn: 3.

⁷⁰⁵ Article 20 DIS-SchO: (2) It is not incompatible with an arbitration agreement for a party to request an interim measure of protection in respect of the subject-matter of the dispute from a court before or during arbitral proceedings.

⁷⁰⁶ Article 23 ICC-SchO: (1) Unless the parties have otherwise agreed, as soon as the file has been transmitted to it, the Arbitral Tribunal may, at the request of a party, order any interim or conservatory measure it deems appropriate. The Arbitral Tribunal may make the granting of any such measure subject to appropriate security being furnished by the requesting party. Any such measure shall take the form of an order, giving reasons, or of an Award, as the Arbitral Tribunal considers appropriate. (2) Before the file is transmitted to the Arbitral Tribunal, and in appropriate circumstances even thereafter, the parties may apply to any competent judicial authority for interim or conservatory measures. The application of a party to a judicial authority for such measures or for the implementation of any such measures ordered by an Arbitral Tribunal shall not be deemed to be an infringement or a waiver of the arbitration agreement and shall not affect the relevant powers reserved to the Arbitral Tribunal. Any such application and any measures taken by the judicial authority must be notified without delay to the Secretariat. The Secretariat shall inform the Arbitral Tribunal thereof.

⁷⁰⁷ Aden, Art. 23 ICC-SchO, Rn: 4.

des Schiedsgerichts wird schon aus prozesstaktischen Gründen nicht gemeint sein, da dieser wegen des notwendigen Exequaturverfahrens unnötige Verzögerungen mit sich brächte. Einzige Besonderheit ist, dass Anträge an staatliche Gerichte und deren Anordnungen an das Sekretariat zu melden sind. Das wiederum setzt das Schiedsgericht in Kenntnis⁷⁰⁸.

⁷⁰⁸ Art. 23 Abs. 2 S. 3, 4 ICC-SchO.

Kapitel 9: Die Verhandlung

A: Mündlichkeit oder Schriftlichkeit

I. Einleitung

Die Frage, ob und zu welchem Anlass eine mündliche Verhandlung stattzufinden hat, ist vom „Konflikt“ angloamerikanischer und kontinentaleuropäischer Vorstellungen geprägt. In Europa wird dem schriftlichen Vortrag eine bedeutende Stellung eingeräumt, während in den USA das Schwergewicht auf dem mündlichen Vortrag liegt⁷⁰⁹. Beispielhaft sei auf die unterschiedlichen Auffassungen zum Umfang von einleitenden Schriftsätzen verwiesen. Während in Deutschland ein substantiierter und schlüssiger Klagevortrag erwartet wird, werden in den USA Klagen durch kursorische Klageschriften eingeleitet, deren Erläuterung und Ergänzung der mündlichen Verhandlung vorbehalten bleibt.

Aus Gründen der Zeit- und Kostenersparnis ist im internationalen Schiedsverfahren neben den ansteigenden Erwartungen an die Substantiiertheit der Schiedsklage (vgl. Kapitel 4, A) eine Tendenz zu schriftlichen Beweismitteln zu verzeichnen⁷¹⁰. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob ein kompletter Verzicht auf eine mündliche Verhandlung möglich ist. Von dieser Möglichkeit ist freilich nur Gebrauch zu machen, wenn dadurch nicht Aufhebungsverfahren wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs ausgelöst werden⁷¹¹. Im Folgenden soll untersucht werden, ob anhand der zentralen Vorschriften zur Verhandlung Unterschiede in der Möglichkeit bestehen, auf mündliche Verfahrenselemente zu verzichten. In diesem Zusammenhang sind sowohl die Regelungen der Schiedsordnungen zu vergleichen als auch mögliche Parteivereinbarungen zu untersuchen. Dem Ablauf der mündlichen Verhandlung sind demgegenüber eigene Gliederungspunkte gewidmet.

II. Regelung der Schiedsordnungen

Im Rahmen der Parteiautonomie sind Regelungen vorstellbar, die entweder eine mündliche Verhandlung vorschreiben oder auf sie verzichten. Art. 28 DIS-SchO⁷¹² gestattet eine Ent-

⁷⁰⁹ Rubinstein, Chicago Journal of International Law 2004, S. 303, 308.

⁷¹⁰ Berger, S. 294.

⁷¹¹ Coe, S. 108; Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 138; vgl. z.B. § 1059 Abs.2 Nr. 2 lit. b ZPO.

⁷¹² Article 28 DIS-SchO: Subject to agreement by the parties, the arbitral tribunal shall decide whether to hold oral hearings or whether the proceedings shall be conducted on the basis of documents and other materials.

scheidung des Schiedsgerichts zur Mündlichkeit nur, sollte keine Parteivereinbarung vorliegen („subject to agreement by the parties“). Der Wortlaut gestattet daher sowohl den Verzicht als auch die Verpflichtung zur Durchführung einer mündlichen Verhandlung. Die AAA- und ICC-Schiedsordnung äußern sich nicht ausdrücklich zur Möglichkeit von Parteivereinbarungen. Es ist jedoch nicht ersichtlich, dass parteiautonome Änderungen ausgeschlossen sein sollen⁷¹³. In Art. 22 Abs. 4 AAA-SchO⁷¹⁴ und Art. 20 Abs. 1, 6 ICC-SchO⁷¹⁵ sind lediglich einseitige Antragsrechte zur mündlichen Durchführung bestimmter Phasen des Verfahrens vorgesehen. Daher müssen erst recht Parteivereinbarungen zur Durchführung einer mündlichen Verhandlung bindend sein. Aber auch der parteiautonome Verzicht auf eine mündliche Verhandlung muss zulässig sein, wenn dem Schiedsgericht die Möglichkeit eingeräumt wird, aus eigener Initiative auf die Mündlichkeit zu verzichten.

Außerhalb möglicher Parteivereinbarungen ist es Aufgabe der Schiedsordnungen, dem Schiedsgericht einen Rahmen zu stecken, innerhalb dessen es selbst entscheiden kann, ob auf die Mündlichkeit verzichtet werden kann. Vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung der Gewährung rechtlichen Gehörs für potenzielle Aufhebungsverfahren ist es die Aufgabe der Schiedsordnungen, unter prozessökonomischen Gesichtspunkten die richtige Balance zwischen Schriftlichkeit und Mündlichkeit herzustellen, ohne jedoch Einzelfallentscheidungen zu behindern. Es könnte zwar auch auf schriftlichem Wege rechtliches Gehör gewährt werden, da dies aber aufwändiger ist und nur unter Zeitverzögerungen möglich erscheint, besteht die Gefahr, Parteien den Vortrag zu erschweren und damit den Anspruch auf rechtliches Gehör zu verletzen. Daher ist die Entscheidung für oder gegen Mündlichkeit nicht lediglich eine Frage der Praktikabilität, sondern auch der Zulässigkeit.

Art. 20 ICC-SchO regelt die Gleichwertigkeit von schriftlichem und mündlichem Vorbringen⁷¹⁶. Art. 20 Abs. 2 ICC-SchO⁷¹⁷ geht von zunächst schriftlichem Parteivortrag aus. Der Partei ist auf Antrag eine mündliche Äußerungsmöglichkeit zu gewähren, was also den Eintritt in die mündliche Verhandlung erfordert. Andere Beweismittel sind ebenfalls mündlich zu

Unless the parties have agreed that no hearings shall be held, the arbitral tribunal shall hold such hearings at an appropriate stage of the proceedings, if so requested by a party.

⁷¹³ Vgl. im Übrigen Kapitel 6, E, I.

⁷¹⁴ Article 22 AAA-SchO: (4) At the request of any party, the tribunal shall give the parties an opportunity to question the expert at a hearing. At this hearing, parties may present expert witnesses to testify on the points at issue.

⁷¹⁵ Article 20 ICC-SchO: (2) After studying the written submissions of the parties and all documents relied upon, the Arbitral Tribunal shall hear the parties together in person if any of them so requests or, failing such a request, it may of its own motion decide to hear them. (6) The Arbitral Tribunal may decide the case solely on the documents submitted by the parties unless any of the parties requests a hearing.

⁷¹⁶ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 136.

⁷¹⁷ Article 20 ICC-SchO: (2) After studying the written submissions of the parties and all documents relied upon, the Arbitral Tribunal shall hear the parties together in person if any of them so requests or, failing such a request, it may of its own motion decide to hear them.

behandeln, wenn entweder eine Partei dies beantragt, oder eine dementsprechende schiedsrichterliche Entscheidung gefällt wird (Art. 20 Abs. 3, 4 ICC-SchO⁷¹⁸). Art 20 Abs. 6 ICC-SchO erlaubt aber auch ausdrücklich, dass eine mündliche Verhandlung unterbleiben kann, solange sie nicht von einer Partei beantragt wird. Insoweit ist allerdings bei einer Entscheidung des Schiedsgerichts zu beachten, dass es nicht sehenden Auges rechtliches Gehör verweigern darf, da die Gewährung rechtlichen Gehörs über den Schiedsrichtervertrag und die in Bezug genommene Schiedsordnung zur Vertragspflicht wird. Eine Entscheidung, wie im Einzelfall zu verfahren ist, kann nur auf Grundlage des schriftlichen Vorbringens getroffen werden. Ein Verzicht auf die Mündlichkeit kommt nur dann in Frage, wenn dieses keine weitere Sachverhaltsaufklärung geboten erscheint und die Parteien im schriftlichen Wege ausreichend Gelegenheit hatten, ihre Ansichten vorzutragen.

Art. 20 Abs. 1 AAA-SchO⁷¹⁹ geht im Grundsatz von der Durchführung einer mündlichen Verhandlung aus und räumt damit der Mündlichkeit den Vorrang ein. Jedoch wird durch das Gestatten schriftlicher Zeugenaussagen in Art. 20 Abs. 5 AAA-SchO⁷²⁰ mit der strengen amerikanischen Tradition der Mündlichkeit gebrochen. Auch wenn eine ausdrückliche Erwähnung hinsichtlich der übrigen Beweismittel und des Parteivortrages fehlt, soll auch in AAA-Verfahren einen Schiedsspruch gestützt auf schriftliches Vorbringen, etwa auf Urkunden, möglich sein⁷²¹. Da jedoch keine Regelung diesbezüglich besteht, kann bezweifelt werden, dass Schiedsgerichte von dieser Möglichkeit im großen Stil Gebrauch machen. Jedenfalls vor der hohen Bedeutung mündlichen Vorbringens in den USA, ist besonders kritisch auf Aufhebungsgründe wegen Verletzung rechtlichen Gehörs zu achten. Dies hat zumindest dann zu gelten, wenn amerikanische Gerichte für Aufhebungsverfahren zuständig sind. Im Ergebnis hängt auch hier die Entscheidung zugunsten eines schriftlichen Verfahrens von der Vollständigkeit und Überzeugungskraft des schriftlichen Vorbringens ab.

Der deutschen Rechtstradition wohl vertraut, wird die Möglichkeit des schriftlichen Verfahrens in Art. 28 DIS-SchO nur kurz angesprochen. Ein schriftliches Verfahren ist möglich, auf Antrag einer Partei ist aber in die mündliche Verhandlung einzutreten. Dieser Regelung ist keine Entscheidung für oder gegen die Mündlichkeit zu entnehmen, weshalb auch hier von

⁷¹⁸ Article 20 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal may decide to hear witnesses, experts appointed by the parties or any other person, in the presence of the parties, or in their absence provided they have been duly summoned. (4) The Arbitral Tribunal, after having consulted the parties, may appoint one or more experts, define their terms of reference and receive their reports. At the request of a party, the parties shall be given the opportunity to question at a hearing any such expert appointed by the Tribunal.

⁷¹⁹ Article 20 AAA-SchO: (1) The tribunal shall give the parties at least 30 days advance notice of the date, time and place of the initial oral hearing. The tribunal shall give reasonable notice of subsequent hearings.

⁷²⁰ Article 20 AAA-SchO: (5) Evidence of witnesses may also be presented in the form of written statements signed by them.

⁷²¹ AAA Task Force, ADR & The Law 1997, S. 582, 587; Coe, S. 590; Oehmke, § 103:1.

der Gleichwertigkeit mündlichen und schriftlichen Vorbringens ausgegangen werden kann. Die vom Schiedsgericht zu treffende Ermessensentscheidung hängt, wie bereits zuvor dargelegt neben praktischen Erwägungen von dem Gebot ab, rechtliches Gehör zu gewähren. Daher sind auch im DIS-Verfahren Einzelfallentscheidungen zu treffen.

Festzuhalten ist also, dass die betrachteten Schiedsordnungen grundsätzlich die Möglichkeit schriftlichen Vorbringens bieten, in AAA-Verfahren allerdings eine Systementscheidung zugunsten der Mündlichkeit getroffen wird, während hingegen DIS und ICC von der Gleichwertigkeit von mündlichem und schriftlichem Vortrag ausgehen. Nicht abschließend geregelt ist aber der komplette Verzicht auf eine mündliche Verhandlung. Außerhalb von Parteivereinbarungen oder einem einseitigen Antrag auf Durchführung der mündlichen Verhandlung steht ein Absehen von einer mündlichen Verhandlung im Ermessen des Schiedsgerichts. Dieses wird im Regelfall zur Vermeidung der Gehörsrüge mündlich verhandeln⁷²². Nicht unerwähnt soll bleiben, dass Schiedsrichter zumindest im Falle einer zeitabhängigen Vergütung zum mündlichen Verhandeln tendieren könnten. Besteht also kein wesentlicher Streit über die Tatsachen, kann es angeraten sein, durch Parteivereinbarung auf die mündliche Verhandlung zu verzichten.

B: Ladungsfristen

Der Sinn von Ladungsfristen besteht darin, den Parteien eine effektive Darstellung ihrer Rechtsposition zu gestatten⁷²³. Da internationale Schiedsverfahren durch eine Reihe von ungewissen Faktoren beeinflusst werden können - zu nennen sind etwa unterschiedliche Postlaufzeiten oder unterschiedliche lange Wege zum Schiedsverfahrensort - stellt sich die Frage, wie Schiedsordnungen auf diese Ungewissheit reagieren können. Für ein Höchstmaß an Einzelfallgerechtigkeit sorgen sicherlich Einzelfallanordnungen durch das Schiedsgericht. Die Normierung fester Fristen lässt hingegen nicht genügend Spielraum, auf mögliche Unterschiede Rücksicht zu nehmen.

Lediglich Art. 20 Abs. 1 AAA-SchO⁷²⁴ statuiert feste Ladungsfristen. Die Parteien sind 30 Tage vor dem Termin der ersten mündlichen Verhandlung von Ort und Zeit des Schiedsverfahrens zu unterrichten. Nachfolgende Termine sind rechtzeitig bekannt zu machen. Was unter Rechtzeitigkeit zu verstehen ist, kann sich nur aus einer Einzelfallbetrachtung ergeben.

⁷²² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 138.

⁷²³ Vgl. z.B. Hartmann in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 217 ZPO, Rn: 2.

⁷²⁴ Article 20 AAA-SchO: (1) The tribunal shall give the parties at least 30 days advance notice of the date, time and place of the initial oral hearing. The tribunal shall give reasonable notice of subsequent hearings.

Dabei sind insbesondere die Wertungen aus Art. 16 Abs. 1 AAA-SchO hinsichtlich eines fairen Verfahrens zu beachten. Wie sich aus Art. 1 Abs. 1 AAA-SchO ergibt, steht es den Parteien allerdings frei, anderweitige Vereinbarungen, etwa im Schiedsauftrag⁷²⁵, zu treffen. Eine solche Regelung empfiehlt sich insbesondere, wenn von vornherein feststeht, dass eine Partei geographisch oder logistisch benachteiligt ist.

Art. 21 Abs. 1 ICC-SchO⁷²⁶ fordert hingegen lediglich eine rechtzeitige Ladung der Parteien. Mit Rücksicht auf den Anspruch auf rechtliches Gehör und dem Gleichbehandlungsgrundsatz aus Art. 15 Abs. 2 ICC-SchO ist darauf zu achten, dass sich Ladungsfristen für beide Parteien gleich auswirken, etwa im Hinblick auf die Entfernung zum Verfahrensort⁷²⁷. Die DIS-Schiedsordnung äußert sich nicht zu Ladungsfristen. Jedoch ergibt sich aus den Vorschriften zum fairen Verfahren in Art. 26 Abs. 1 DIS-SchO, dass ebenfalls für beide Parteien angemessene Fristen zu setzen sind.

Abschließend ist noch auf die Möglichkeit parteiautonomer Festsetzungen von Ladungsfristen hinzuweisen. Da weder die Schiedsordnungen eine Parteivereinbarung ausschließen, noch ersichtlich ist, dass eine Veränderung dieser Regelungen an charakteristischen Wesensmerkmalen der jeweiligen Schiedsordnung rüttelt, ist von ihrer Zulässigkeit auszugehen⁷²⁸.

C: Säumnisfolgen

Ebenso wie im nationalen Zivilprozess besteht auch im Schiedsverfahren das Risiko, dass ein Verfahrensbeteiligter, in den meisten Fällen der Beklagte, sich weigert, am Verfahren mitzuwirken oder nur nachlässig teilnimmt. Diese Weigerung kann sich entweder auf das gesamte Verfahren oder zumindest Teile davon beziehen. So könnte der Beklagte nicht auf die Schiedsklage reagieren oder Teilen der mündlichen Verhandlung fern bleiben. Soweit ersichtlich lehnen alle nationalen Schiedsverfahrensrechte in diesen Fällen eine Versäumnisentscheidung allein auf Grundlage des Vorbringens der mitwirkenden Partei ab⁷²⁹. § 1048 ZPO z.B. ermöglicht den Fortgang des Verfahrens ohne Geständnisfiktion. Begründet wird diese Haltung damit, dass Schiedssprüche endgültig sind und in Schiedsverfahren keine dem staatlichen Verfahren vergleichbaren Kontrollmöglichkeiten des Schiedsspruchs bestehen⁷³⁰. Dem Schiedsgericht obliegt es in diesen Fällen, die Angaben der aktiven Partei zu überprüfen, nö-

⁷²⁵ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 139.

⁷²⁶ Article 21 ICC-SchO: (1) When a hearing is to be held, the Arbitral Tribunal, giving reasonable notice, shall summon the parties to appear before it on the day and at the place fixed by it.

⁷²⁷ Aden, Art. 21 ICC-SchO, Rn: 2.

⁷²⁸ Vgl. im Übrigen Kapitel 6, E, I.

⁷²⁹ Otto, IPRax 2002, S. 164, 167; Redfern/Hunter, para 8-39.

⁷³⁰ Otto, IPRax 2002, S. 164, 167.

tigenfalls Beweis zu erheben und zu einem endgültigen Schiedsspruch zu kommen⁷³¹. Die säumige Partei trifft der selbst gewählte Nachteil, den Angriffen des Klägers nicht entgegenzutreten zu können⁷³².

Da die Säumnisfolgen nicht zum zwingend zu beachtenden nationalen Recht gehören⁷³³, ist es Aufgabe der Schiedsordnungen, einen eigenen Lösungsweg zu entwerfen. Auch institutionelle Schiedsverfahren orientieren sich an der oben dargestellten Handhabung der Säumnis⁷³⁴.

Art. 6 Abs. 2 ICC-SchO⁷³⁵ regelt den Fall der unterbliebenen Klageerwiderung. Den Schiedsgerichtshof trifft aufgrund des Administrationsvertrages eine Verfahrensförderungspflicht, der er entweder durch Bestellung der Schiedsrichter entsprechend der Parteivereinbarung, oder der Schiedsordnung oder durch Veranlassung der Parteien, alles weitere zu unternehmen, gerecht werden kann. Voraussetzung einer positiven Entscheidung ist jedoch, dass der Schiedsgerichtshof *prima facie* davon überzeugt ist, dass nach der Schiedsvereinbarung ein ICC-Verfahren durchzuführen ist (vgl. Kapitel 4, A, V). Adressat dieser Entscheidung des Schiedsgerichtshofes ist die Institution als solche⁷³⁶. Art. 6 Abs. 2 ICC-SchO regelt ausdrücklich nur das Ausbleiben der Klageerwiderung durch den Beklagten. Unter „Respondent“ ist wegen des Verweises auf Art. 5 ICC-SchO auch der Widerbeklagte zu verstehen, da auch diese Klage hinsichtlich ihrer Zulässigkeit untersucht werden muss. Eine Regelung zum Ausbleiben der Klage bedarf es nicht, da es in diesem Fall nicht zu einem Schiedsverfahren kommt. Art. 6 Abs. 3 ICC-SchO⁷³⁷ ordnet, falls eine positive *prima facie* Entscheidung gefällt wurde, an, dass das Schiedsgericht bei Säumnis einer Partei („any of the parties“) das Verfahren fortführen soll, unabhängig vom Stadium in dem es sich befindet. Daher ist von Art. 6 Abs. 3 ICC-SchO auch der Fall der unterbliebenen oder unzureichenden Partizipation im Beweisverfahren umfasst⁷³⁸. Gleichzeitig ist eine Geständnisfiktion entsprechend einem nationalen Versäumnisurteil untersagt⁷³⁹. In eben diese Richtung ist auch Art. 21 Abs. 2 ICC-SchO⁷⁴⁰

⁷³¹ Redfern/Hunter, para 8-39.

⁷³² Otto, IPRax 2002, S. 164, 168.

⁷³³ Vgl. etwa § 1048 Abs. 4 Satz 2 ZPO.

⁷³⁴ Otto, IPRax 2002, S. 164, 168.

⁷³⁵ Article 6 ICC-SchO: (2) If the Respondent does not file an Answer, as provided by Article 5, or if any party raises one or more pleas concerning the existence, validity or scope of the arbitration agreement, the Court may decide, without prejudice to the admissibility or merits of the plea or pleas, that the arbitration shall proceed if it is *prima facie* satisfied that an arbitration agreement under the Rules may exist. In such a case, any decision as to the jurisdiction of the Arbitral Tribunal shall be taken by the Arbitral Tribunal itself. If the Court is not so satisfied, the parties shall be notified that the arbitration cannot proceed. In such a case, any party retains the right to ask any court having jurisdiction whether or not there is a binding arbitration agreement.

⁷³⁶ Aden, § 6 ICC-SchO, Rn: 6.

⁷³⁷ Article 6 ICC-SchO: (3) If any of the parties refuses or fails to take part in the arbitration or any stage thereof, the arbitration shall proceed notwithstanding such refusal or failure.

⁷³⁸ Vgl. im Übrigen Kapitel 10, B zur Beweislast.

⁷³⁹ Aden, § 6 ICC-SchO, Rn: 20 f.

zu verstehen. Er ermöglicht die Durchführung der mündlichen Verhandlung in Abwesenheit einer Partei. Durch die Anordnung, das Schiedsgericht solle mit dem Verfahren fortfahren, wird für den Regelfall mit einer Fortführung zu rechnen sein.

In größerer Übersichtlichkeit und Klarheit als bei der ICC-Schiedsordnung sind die Säumnisfolgen in Art. 23 AAA-SchO geregelt. Sowohl bei Säumnis einer Partei („a party“) mit einer Klageerwiderung (Art. 23 Abs. 1 AAA-SchO⁷⁴¹) als auch bei Säumnis einer Partei in der mündlichen Verhandlung trotz ordnungsgemäßer Ladung (Art. 23 Abs. 2 AAA-SchO⁷⁴²) ist es dem Schiedsgericht gestattet, das Verfahren fortzusetzen („may proceed“). Das Art. 23 Abs. 1 AAA-SchO nicht auf den Beklagten abstellt, bedeutet in der Sache keinen Unterschied. Nur der Beklagte - sei es der ursprüngliche Beklagte oder der Widerbeklagte - können es versäumen, eine Klageerwiderung („statement of defense“) einzureichen. Schließlich ermöglicht Art. 23 Abs. 3 AAA-SchO⁷⁴³ eine Entscheidung nach Lage der Akten, wenn eine Partei ihre Mitwirkung in der Beweisaufnahme oder der Verhandlung verweigert. Zwar ist angeordnet, dass das Schiedsgericht mit dem Verfahren fortfahren oder eine Entscheidung nach Lage der Akten treffen darf. Damit scheint aber nicht gemeint zu sein, dass dem Schiedsgericht gegenüber dem ICC-Verfahren ein größerer Beurteilungsspielraum bleiben soll, ein Versäumnisurteil mit Geständnisfiktion zu erlassen. Vielmehr wird durch „may“ angedeutet, dass das Schiedsgericht die Gründe der Säumnis zu ermitteln und gegebenenfalls Verfahrensabschnitte zu wiederholen hat⁷⁴⁴. Ein Schiedsspruch, der lediglich auf das als richtig unterstellte Vorbringen des Klägers gestützt ist, soll jedenfalls nicht möglich sein⁷⁴⁵.

Art. 30 Abs. 1 DIS-SchO⁷⁴⁶, der die Fortsetzung des Verfahrens ohne Geständnisfiktion bei ausbleibenden Klageerwiderung ermöglicht, stellt die Regel auf, dass eben kein dem nationalen Zivilprozess vergleichbare Versäumnisentscheidung ergehen muss. Wie sich aus dem Verweis auf Art. 9 DIS-SchO ergibt, wird nur auf den Beklagten und nicht auf den Widerbeklagten abgestellt. Nicht ausdrücklich erwähnt aber dennoch zu beachten ist, dass im Regel-

⁷⁴⁰ Article 21 ICC-SchO: (2) If any of the parties, although duly summoned, fails to appear without valid excuse, the Arbitral Tribunal shall have the power to proceed with the hearing.

⁷⁴¹ Article 23 AAA-SchO: (1) If a party fails to file a statement of defense within the time established by the tribunal without showing sufficient cause for such failure, as determined by the tribunal, the tribunal may proceed with the arbitration.

⁷⁴² Article 23 AAA-SchO: (2) If a party, duly notified under these rules, fails to appear at a hearing without showing sufficient cause for such failure, as determined by the tribunal, the tribunal may proceed with the arbitration.

⁷⁴³ Article 23 AAA-SchO: (3) If a party, duly invited to produce evidence or take any other steps in the proceedings, fails to do so within the time established by the tribunal without showing sufficient cause for such failure, as determined by the tribunal, the tribunal may make the award on the evidence before it.

⁷⁴⁴ Oehmke, § 102:4.

⁷⁴⁵ Oehmke, § 102:4.

⁷⁴⁶ Article 30 DIS-SchO: (1) If the respondent fails to communicate his statement of defence within the time-limit set in accordance with section 9, the arbitral tribunal may continue the proceedings without treating such failure in itself as an admission of the claimant's allegations.

fall kein Versäumnisurteil ergehen darf⁷⁴⁷, da, wie bereits erläutert, keine nachträglichen Kontrollmöglichkeiten bestehen. Art. 30 Abs. 2 DIS-SchO⁷⁴⁸ erweitert die zuvor gefundene Lösung auf alle weiteren Fälle der Säumnis, also insbesondere auch auf die des Klägers (auch als Widerbeklagter). Die Anordnung, Schiedssprüche nach vorliegenden Erkenntnissen erlassen zu können, soll keine klassischen Versäumnisurteile rechtfertigen. Auch in diesem Fall ist das Schiedsgericht gem. Art. 27 Abs. 2 DIS-SchO verpflichtet, einen Schiedsspruch nur aufgrund eines ausreichend ermittelten Sachverhalts zu erlassen⁷⁴⁹. Art. 30 Abs. 3 DIS-SchO⁷⁵⁰, der sehr an die zivilprozessuale Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erinnert, muss in der Weise interpretiert werden, dass eine entschuldigte Säumnis keine nachteiligen Folgen haben darf, solange sich keine unangemessenen Verzögerungen ergeben⁷⁵¹. Dies ist insbesondere der Fall, wenn bereits ein Schiedsspruch erlassen wurde. Nach Erlass des Schiedsspruchs ist überdies die Vertragspflicht aus dem Schiedsrichtervertrag erfüllt, weshalb wohl schon aus diesem Grund keine Befugnis der Schiedsrichter besteht, das Verfahren erneut aufzurollen. Nach allen hier behandelten Schiedsordnungen besteht die Ungewissheit, wie ein Schiedsgericht im konkreten Fall verfahren wird, da jeweils keine ausdrückliche und bindende Verpflichtung der Verfahrensfortführung angeordnet ist. Zwar ergibt sich diese Verpflichtung mittelbar aus der Verfahrensförderungspflicht des Schiedsgerichts sowie aus den Regeln über ein faires Verfahren und der Gewährung rechtlichen Gehörs. Verbleibende Unsicherheiten können und sollten aber durch Parteivereinbarung beseitigt werden, die übrigens nur in Art. 30 Abs. 3 DIS-SchO ausdrücklich angesprochen werden. Aber auch in ICC- und AAA-Verfahren ist von der Zulässigkeit anderweitiger Parteivereinbarungen auszugehen⁷⁵². Eine solche Parteivereinbarung könnte z.B. ausdrücklich beinhalten, dass ein Schiedsspruch nur dann erlassen werden kann, wenn das Schiedsgericht subjektiv davon überzeugt ist, dass der Sachverhalt ausreichend ermittelt wurde. In ICC- und AAA-Verfahren bestehen überdies keine ausdrücklichen Möglichkeiten der Entschuldigung der Säumnis. Auch wenn es in AAA-Verfahren Usus ist, die entschuldigte Säumnis nicht zu beachten, empfiehlt es sich in beiden Verfahren, ausdrücklich eine Entschuldigungsmöglichkeit durch Parteivereinbarung einzuführen.

⁷⁴⁷ Aden, § 30 DIS-SchO, Rn: 4.

⁷⁴⁸ Article 30 DIS-SchO: (2) If any party fails to appear at an oral hearing after having been duly summoned, or to produce documentary evidence within a set time-limit, the arbitral tribunal may continue the proceedings and make the award on the evidence before it.

⁷⁴⁹ Aden, § 30 DIS-SchO, Rn: 6.

⁷⁵⁰ Article 30 DIS-SchO: (3) Any default which has been justified to the tribunal's satisfaction will be disregarded. Apart from that, the parties may agree otherwise on the consequences of default.

⁷⁵¹ Aden, § 30 DIS-SchO, Rn: 11.

⁷⁵² Vgl. Kapitel 6, E, I.

D: Dolmetscher

Art 20 Abs. 3 AAA-SchO⁷⁵³ regelt die Verpflichtung der Institution, auf Antrag des Schiedsgerichts oder nach Parteivereinbarung Vorkehrungen für die Übersetzung von Zeugenaussagen zu treffen. Auch wenn nicht ausdrücklich erwähnt, wird zumindest bei der ICC nicht anders verfahren, da die Institution regelmäßig aus einem Pool bewährter Dolmetscher wählen kann⁷⁵⁴. Die Kosten sind von den Parteien als Auslagen zu tragen. In DIS-Verfahren ist nicht ersichtlich, dass sich die Institution um die Bestellung von Dolmetschern kümmert. Die Regelung zur Festlegung einer Verfahrenssprache in Art. 22 DIS-SchO lässt vermuten, dass jede Partei selbst dafür zu sorgen hat, sich in der festgelegte Sprache äußern zu können. Bringt jedoch eine Partei einen eigenen Übersetzer mit, ist nicht ausgeschlossen, dass die Gegenseite darin eine Durchbrechung der Nichtöffentlichkeit gem. Art. 43 DIS-SchO. Daher erscheint es angebracht, dem Schiedsgericht durch Parteivereinbarung die Bestellung von Übersetzern zu übertragen, da auf diese Weise gewährleistet wird, tatsächlich außerhalb des Rechtsstreits stehende Dolmetscher zu beschäftigen.

E: Protokoll

Anders als im deutschen Zivilprozess ordnet das deutsche Schiedsverfahrensrecht, ebenso wie das UNCITRAL-Mustergesetz, keine Protokollierung des Verfahrens an⁷⁵⁵. Gelegentlich ergibt aber zwingendes nationales Recht die Verpflichtung, ein Protokoll anfertigen zu lassen⁷⁵⁶. Hintergrund des Verzichts auf eine Regelung im deutschen Recht ist, dass rechtsstaatliche Erwägungen nicht die Anfertigen eines Protokolls erzwingen⁷⁵⁷, insbesondere weil die privatautonome Ausgestaltung des Schiedsverfahrens den Parteien eines Aufhebungsverfahrens zumutet, dieses durch eigene Aufzeichnungen zu begründen⁷⁵⁸. Zwar sprechen praktische Gründe für eine Protokollierung. Insbesondere bei größeren Verfahren kann ein Protokoll als Gedächtnisstütze wertvolle Dienste leisten. Aus der Nützlichkeit an sich kann aber nicht darauf geschlossen werden, dass eine Verpflichtung zur Anfertigung besteht⁷⁵⁹.

⁷⁵³ Article 20 AAA-SchO: (3) At the request of the tribunal or pursuant to mutual agreement of the parties, the administrator shall make arrangements for the interpretation of oral testimony or for a record of the hearing.

⁷⁵⁴ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 113.

⁷⁵⁵ Vgl. auch Lachmann, Rn: 2140.

⁷⁵⁶ Aden, Art. 15 ICC-SchO, Rn: 34.

⁷⁵⁷ Schlosser, Rn: 667.

⁷⁵⁸ Berger, S. 293 f.

⁷⁵⁹ Berger, S. 294 m.w.N.

Ebenso wie das „Ob“ der Protokollierung steht das „Wie“ im Ermessen des Schiedsgerichts⁷⁶⁰. Abhängig von praktischen Erfordernissen kann bei der Detailgenauigkeit des Protokolls differenziert werden. Kurzprotokolle etwa können Kosten sparend auch von Schiedsgericht geführt werden, wohingegen ausführliche Protokolle oder gar stenographische Mitschriften die Mitwirkung einer Sekretärin erfordern und damit höhere Kosten produzieren⁷⁶¹. Da also primär praktische Gesichtspunkte die Protokollierung steuern, genießen die Institutionen einen weiten Spielraum, ob und wie sie eine solche anordnen.

Die ICC-Schiedsordnung verzichtet komplett auf eine entsprechende Anordnung. Protokollierung erfolgt also nur, wenn entweder die Parteien dies vereinbaren⁷⁶² oder das Schiedsgericht eine entsprechende Entscheidung trifft. Sollte sich das Schiedsgericht für einen kostenintensiven Weg entscheiden, wird es sich mit den Parteien absprechen müssen, da diese auch die Kosten zu tragen haben. Da Protokolle eine gewisse Gewähr für die Rechtmäßigkeit des Verfahrens bieten⁷⁶³, ist Parteien eines ICC-Verfahrens zu empfehlen, vorprozessual eine Parteivereinbarung zu diesem Punkt zu treffen.

Art 20 Abs. 3 AAA-SchO⁷⁶⁴ regelt die Verpflichtung der Institution, auf Initiative des Schiedsgerichts oder nach Parteivereinbarung Vorkehrungen für die Anfertigung eines Protokolls zu treffen. Daher richtet sich Art. 20 Abs. 3 AAA-SchO als organisatorische Vorschrift an die Institution. Gleichzeitig wird aber, da dem Schiedsgericht ein Antrag auf Protokollierung an die Institution zusteht, angedeutet, dass dem Schiedsgericht ein diesbezügliches Entscheidungsrecht zusteht. Ermessenleitlinien, ob und wie die Schiedsrichter von einem Protokoll Gebrauch zu machen haben, bestehen jedoch nicht. Daher sind auch hier, wie im ICC-Verfahren, praktische Gesichtspunkte und insbesondere die Kostentragung ausschlaggebend. Da eine einvernehmliche Entscheidung der Parteien für ein Protokoll vorausgesetzt wird, empfiehlt sich auch hier eine vorprozessuale Einigung, da innerhalb des Verfahrens u.U. kein Einigungswille mehr gegeben ist.

Art. 29 DIS-SchO⁷⁶⁵ ordnet in ihrer englischen Fassung im Wege einer Soll-Vorschrift die Anfertigung eines Protokolls an, der Wortlaut der deutschen Fassung legt eine bindende Verpflichtung des Schiedsgerichts nahe. Da es sich bei der DIS um eine deutsche Institution handelt, liegt die Vermutung nahe, dass das „shall“ im Sinne der deutschen Fassung wie eine

⁷⁶⁰ Berger, S. 294.

⁷⁶¹ Lachmann, Rn: 2141 ff.

⁷⁶² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 142.

⁷⁶³ Hartmann in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Einführung vor § 159 ZPO, Rn: 2.

⁷⁶⁴ Article 20 AAA-SchO: (3) At the request of the tribunal or pursuant to mutual agreement of the parties, the administrator shall make arrangements for the interpretation of oral testimony or for a record of the hearing.

⁷⁶⁵ Article 29 DIS-SchO: A record shall be made of all oral hearings. The record shall be signed by the chairman. The parties shall each receive a copy of the record.

Verpflichtung zu verstehen ist. Sicherheit ist auch hier wieder nur durch Parteivereinbarung herzustellen. Darüber hinaus ordnet Art. 29 DIS-SchO an, dass der Vorsitzende das Protokoll zu unterschreiben hat, daher also die Verantwortung für die Richtigkeit trägt und eine Ausfertigung an jede Partei zu übergeben ist.

Es bleibt also festzuhalten, dass die AAA- und ICC-Schiedsordnung sowohl hinsichtlich des „ob“ als auch hinsichtlich des „wie“ der Protokollierung dem Schiedsgericht einen großen Ermessensspielraum überlassen. In DIS-Verfahren ist zumindest das „wie“ in das Belieben des Schiedsgerichts gestellt. Aus Gründen der Vorhersehbarkeit der Kosten, aber auch zur Sicherung möglicher Beweise für Aufhebungsverfahren ist den Parteien anzuraten, im Rahmen der Schiedsvereinbarung über die Protokollierung einvernehmen herbeizuführen.

F: Nicht-Öffentlichkeit

Art. 20 Abs. 4 AAA-SchO⁷⁶⁶ legt fest, dass die mündliche Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. In AAA-Verfahren sind Ausnahmen nur zugelassen, wenn die Parteien dies vereinbaren oder zwingendes nationales Recht Öffentlichkeit vorschreibt. Es darf jedoch bezweifelt werden, dass Verfahren in einem solchen Land geführt werden, da Nicht-Öffentlichkeit einer der entscheidenden Vorteile des Schiedsverfahrens ist. Aus deutscher Sicht bestehen insoweit jedenfalls keine Schwierigkeiten, als § 169 GVG nur nationale Gerichte anspricht.

Gem. Art. 21 Abs. 3 ICC-SchO⁷⁶⁷ sind auch ICC-Verfahren nicht öffentlich. Ausnahmen von der Nicht-Öffentlichkeit sind hier nur nach Parteivereinbarung und zusätzlicher Zustimmung des Schiedsgerichts möglich. Da die ICC-Schiedsordnung Öffentlichkeit also kennt, kann nicht angenommen werden, Nicht-Öffentlichkeit gehöre zu den nicht abdingbaren, wesentlichen Charakteristika der ICC-Schiedsgerichtsbarkeit. Daher müsste es an sich auch möglich sein, durch Parteivereinbarung Öffentlichkeit auch ohne Zustimmung des Schiedsgerichts herzustellen. Da durch Öffentlichkeit aber auch die Schiedsrichter betroffen sind, kann die Parteivereinbarung nach Abschluss des Schiedsrichtervertrages als Vertrag zulasten Dritter nur mit Zustimmung der Schiedsrichter geschlossen werden. Vor Abschluss des Schiedsrich-

⁷⁶⁶ Article 20 AAA-SchO: (4) Hearings are private unless the parties agree otherwise or the law provides to the contrary. The tribunal may require any witness or witnesses to retire during the testimony of other witnesses. The tribunal may determine the manner in which witnesses are examined.

⁷⁶⁷ Article 21 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal shall be in full charge of the hearings, at which all the parties shall be entitled to be present. Save with the approval of the Arbitral Tribunal and the parties, persons not involved in the proceedings shall not be admitted.

tervertrages muss eine Vereinbarung auch ohne Zustimmung möglich sein, da es dem Schiedsgericht unbenommen bleibt, den Schiedsrichtervertrag nicht zu schließen.

In der DIS-Schiedsordnung ist keine Regelung zu finden, die ausdrücklich Nicht-Öffentlichkeit vorschreibt. Jedoch wäre die Anwendbarkeit dieser Schiedsordnung erheblich eingeschränkt, sollten Schiedsverfahren öffentlich sein. Es kann daher kein Zweifel bestehen, dass auch hier zumindest eine Parteivereinbarung Voraussetzung für Öffentlichkeit ist. Anklang findet diese Auffassung in Art. 43 Abs. 1 DIS-SchO⁷⁶⁸. Vertraulichkeit ist nur zu wahren, wenn Nichtbeteiligten soweit wie möglich der Zutritt zur mündlichen Verhandlung verwehrt wird. Das ist freilich nicht immer möglich. So ist es nötig „von den Beteiligten im Verfahren hinzugezogene Personen“ zuzulassen, Art. 43 Abs. 1 DIS-SchO. Dabei kann es sich zunächst um Zeugen oder Sachverständige handeln, die natürlich zumindest für die Zeit ihrer Aussage, den Raum betreten müssen⁷⁶⁹. Es können aber auch Nichtbeteiligte sein, die nach Parteivereinbarung teilnehmen dürfen.

G: Vertretung der Parteien

Art. 21 Abs. 4 Satz 1 ICC-SchO⁷⁷⁰ regelt ebenso wie Art. 26 Abs. 1 Satz 3 DIS-SchO⁷⁷¹, dass Parteien entweder persönlich erscheinen oder sich vertreten lassen können. Es wird nicht näher geregelt, wer die Partei zu vertreten hat, auch wenn davon auszugehen ist, dass dafür meist Rechtsanwälte engagiert werden⁷⁷². Jedoch ist zu beachten, dass nationale Regelungen die Vertretung von Parteien auch im schiedsgerichtlichen Verfahren nur einheimischen Rechtsanwälten vorbehalten könnten⁷⁷³.

In der AAA-Schiedsordnung findet die Zulässigkeit der Vertretung keine ausführliche Erwähnung, kann jedoch ebenfalls vorausgesetzt werden, wenn Art. 18 Abs. 1 AAA-SchO die Zustellung an den Vertreter regelt.

⁷⁶⁸ Article 43 DIS-SchO: (1) The parties, the arbitrators and the persons at the DIS Secretariat involved in the administration of the arbitral proceedings shall maintain confidentiality towards all persons regarding the conduct of arbitral proceedings, and in particular regarding the parties involved, the witnesses, the experts and other evidentiary materials. Persons acting on behalf of any person involved in the arbitral proceedings shall be obligated to maintain confidentiality.

⁷⁶⁹ Aden, Art. 21 ICC-SchO, Rn: 11.

⁷⁷⁰ Article 21 ICC-SchO: (4) The parties may appear in person or through duly authorized representatives. In addition, they may be assisted by advisers.

⁷⁷¹ Article 26 DIS-SchO: (1) The parties shall be treated with equality. Each party shall be given a full opportunity to present his case at all stages of the proceedings. The parties shall be given sufficient advance notice of any hearing and of any meeting of the arbitral tribunal for the purpose of taking evidence. The parties are entitled to be legally represented.

⁷⁷² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 151.

⁷⁷³ Derains/Schwartz, S. 270, insbesondere Fn. 612.

Art. 21 Abs. 4 Satz 2 ICC-SchO gestattet darüber hinaus, dass neben Vertretern, die im Einzelfall auch die Funktion eines Beraters übernehmen können⁷⁷⁴, weitere Berater hinzugezogen werden. Eine entsprechende Regelung bei AAA und DIS fehlt. Zwar mutet es vor dem Hintergrund der Nicht-Öffentlichkeit von Schiedsverfahren seltsam an, wenn auf diesem Wege einer Partei die Möglichkeit eingeräumt wird, ein gewisses Maß an Öffentlichkeit zu schaffen. Dieser Einwand wäre dann aber auch bei jedem Vertreter angebracht, wird in der Praxis jedoch nicht erhoben. Schließlich käme niemand auf die Idee, Vertreter des Raumes zu verweisen, wenn sie nicht vertreten, sondern beraten. Es bietet sich daher an, Berater i.S.d. ICC-Schiedsordnung in den anderen Schiedsordnungen unter den Begriff des Vertreters zu subsumieren. Geheimhaltungsinteressen sind demgegenüber auf anderem Wege zu begegnen (Kapitel 13).

⁷⁷⁴ Derains/Schwartz, S. 270.

Kapitel 10: Die Beweisaufnahme

A: Einführung

Die Regelungen zur Beweisaufnahme in den Schiedsordnungen⁷⁷⁵ sind sehr kurz und täuschen damit über die Bedeutung dieser umstrittenen Materie hinweg. Ein ausdifferenziertes System brächte hingegen den großen Nachteil, dass sich eine Schiedsordnung mit einer bestimmten Art der Beweiserhebung identifizieren muss. Betrachtet man allein die unterschiedlichen Herangehensweisen der common-law-Staaten und der civil-law-Staaten, wird klar, dass eine Schiedsordnung, die weitest mögliche internationale Anerkennung finden möchte, nicht abschließend Stellung beziehen will. Zwar könnte ein beweisrechtliches System eingeführt werden, das bei fehlender Parteivereinbarung zur Geltung kommt. Jedoch würde es die Akzeptanz einer Schiedsordnung schwächen, wenn sich Parteien vor dem Abschluss einer Schiedsvereinbarung auf ein Beweisverfahren zu einigen hätten. Damit ist jedoch nicht gesagt, dass eine solche Vereinbarung nicht möglich wäre. Vielmehr ist auch in diesem Punkt Parteiautonomie das höchste Gut⁷⁷⁶. Einschränkungen sind lediglich durch zwingendes nationales Recht hinzunehmen⁷⁷⁷. Als vereinheitlichte Standards, die durch Vereinbarung einbezogen werden können und die einen gerechten Ausgleich der beteiligten Rechtsvorstellungen im Auge haben, bieten sich z.B. die IBA Rules on the Taking of Evidence in International Commercial Arbitration an⁷⁷⁸. Eine Parteivereinbarung könnte folgenden Wortlaut haben:

*„In addition to the [institutional rules], the parties agree that the arbitration shall be conducted according to the IBA Rules of Evidence.”*⁷⁷⁹

Mangels einer Parteivereinbarung zum Beweisverfahren ist das Schiedsgericht berufen, die Beweisaufnahme ebenso in eigener Verantwortung zu gestalten, wie das übrige Verfahren⁷⁸⁰. Ausdruck findet diese Auffassung beispielsweise in Art. 16 Abs. 3 AAA-SchO⁷⁸¹, der dem

⁷⁷⁵ Art. 19 AAA-SchO, Art. 27 DIS-SchO, Art. 20 ICC-SchO.

⁷⁷⁶ Böckstiegel, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 1, 4.

⁷⁷⁷ Gottwald, S. 68 ff.

⁷⁷⁸ Kaufmann-Kohler/Bärtsch, SchiedsVZ 2004, S. 13, 18.

⁷⁷⁹ Vgl. Vorwort der IBA-Rules of Evidence.

⁷⁸⁰ Vgl. auch Kapitel 6, E.

⁷⁸¹ Article 16 AAA-SchO: (3) The tribunal may in its discretion direct the order of proof, bifurcate proceedings, exclude cumulative or irrelevant testimony or other evidence, and direct the parties to focus their presentations on issues the decision of which could dispose of all or part of the case.

Schiedsgericht („may“) gestattet, das Beweisverfahren zu gestalten. Art. 21 Abs. 1 DIS-SchO⁷⁸² überträgt dem Schiedsgericht ausdrücklich ein derartiges Anordnungs- und Gestaltungsermessen („discretion“). Auch Art. 20 Abs. 3 ICC-SchO⁷⁸³ deutet in diese Richtung, da das Schiedsgericht eigenständig entscheiden kann („may“), welche Beweismittel es heranziehen möchte.

An welchem Rechtskreis sich die Beweisaufnahme im Endeffekt orientiert, richtet sich, begreift man das Schiedsgericht als Team⁷⁸⁴, nach der „rechtlichen Heimat“ der Mehrzahl der Schiedsrichter. Häufig werden Schiedsrichter Mischformen der Beweisverfahren aus den beteiligten Rechtskreisen wählen, um den Sachverhalt effektiv aufklären zu können⁷⁸⁵. Dabei ist wieder auf zwingendes nationales Recht sowie auf den nationalen ordre public zu achten, der der Sachverhaltsaufklärung Grenzen setzen kann⁷⁸⁶. Gleichzeitig sind Schiedsrichter zur Gleichbehandlung der Parteien aufgerufen, was sie dazu verpflichtet, nicht nur beiden Parteien gleich viel Zeit für die Beweisführung zuzubilligen, sondern auch Chancengleichheit hinsichtlich des Beweisverfahrens zu gewährleisten⁷⁸⁷. Es kann nicht hingenommen werden, dass einer Partei ein für sie vollkommen fremdes Beweissystem aufgegeben wird, während die andere Partei genau dieses System aus ihrem nationalen Zivilprozessrecht kennt. So wird beispielsweise die US-amerikanische „pre-trial-discovery“ in internationalen Schiedsverfahren mit einer US-amerikanischen und einer nicht US-amerikanischen Partei selten zur Anwendung gebracht⁷⁸⁸.

Um die losen Regelungen der Schiedsordnungen richtig einzuordnen, empfiehlt es sich, weder vom Extremfall der Beweisrechtsdogmatik des einen Rechtskreises noch von der des anderen auszugehen. Vielmehr sollen zunächst mit Blick auf die Praxis allgemeine Grundsätze zum Beweisrecht, wie z.B. Umfang der Sachverhaltsaufklärung, Beweislast und Beweiswürdigung geklärt werden. Danach werden einige besonders wichtige Beweismittel (Sachverständigenbeweis, Zeugenbeweis und Urkundenbeweis) systematisch in die Schiedsordnungen eingeordnet und ihre Handhabung in der Praxis dargestellt.

⁷⁸² Article 21 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall establish the facts underlying the dispute. To this end it has the discretion to give directions and, in particular, to hear witnesses and experts and order the production of documents. The arbitral tribunal is not bound by the parties' applications for the admission of evidence.

⁷⁸³ Article 20 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal may decide to hear witnesses, experts appointed by the parties or any other person, in the presence of the parties, or in their absence provided they have been duly summoned.

⁷⁸⁴ Lachmann, Rn: 645; Lörcher, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, S. 36, 45 f.

⁷⁸⁵ Wirth, SchiedsVZ 2003, S. 9 ff.

⁷⁸⁶ Gottwald, S. 68 ff.

⁷⁸⁷ Böckstiegel, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 1, 5.

⁷⁸⁸ Böckstiegel, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 1, 5.

B: Umfang der Sachverhaltsaufklärung, Beweislast und Beweiswürdigung

Das Schiedsgericht wird durch die Schiedsordnungen zur Aufklärung des Sachverhalts berechtigt. Art. 19 Abs. 3 AAA-SchO⁷⁸⁹ sagt, dass das Schiedsgericht die Vorlage von Beweisen anordnen kann („may“). Dagegen wird durch Art. 27 Abs. 1 Satz 1 DIS-SchO⁷⁹⁰ („shall establish the facts“) und Art. 20 Abs. 1 ICC-SchO⁷⁹¹ („shall proceed ... to establish the facts“) angedeutet, dass neben der in dieser Formulierung enthaltenen Berechtigung auch eine Verpflichtung zur Sachverhaltsermittlung besteht. Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass im Gegensatz zum zivilrechtlichen Beibringungsgrundsatz das Schiedsgericht eine Ermittlungspflicht trifft⁷⁹². Dabei ist es unerheblich, ob diese Pflicht ausdrücklich angesprochen ist, wie im DIS- und ICC-Verfahren, oder keine Erwähnung findet, wie bei der AAA. Um eine ordre-public-Widrigkeit des Schiedsspruchs nach unzureichend ermitteltem Sachverhalt und damit die Aufhebung im Aufhebungsverfahren zu verhindern, ist von einer solchen Pflicht auszugehen⁷⁹³, auch wenn damit noch nichts über ihren Umfang gesagt ist. Damit ist in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit der insbesondere für US-amerikanische Verhältnisse bemerkenswerte Grundsatz festgeschrieben, dass dem Schiedsrichter eine starke und nicht lediglich eine passive Stellung, wie etwa dem Richter im nationalen US-amerikanischen Verfahrensrecht, eingeräumt wird⁷⁹⁴.

Da dem Schiedsgericht aber Zwangsbefugnisse zur Tatsachenermittlung fehlen, ist es auf die Kooperation der Parteien angewiesen⁷⁹⁵, um nicht auf die Grundgedanken zur objektiven Beweislast zurückgreifen zu müssen. Vor allem von dritter Seite aus besteht keine Mitwirkungsverpflichtungen im Schiedsverfahren, da sich staatsbürgerliche Pflichten nicht auf private Schiedsverfahren übertragen lassen⁷⁹⁶. Einige Jurisdiktionen jedoch bieten staatliche Hilfe bei der Sachverhaltsermittlung an⁷⁹⁷, wie z.B. § 1050 ZPO. In der Praxis kann also nicht von einer „Amtsermittlung“, etwa dem deutschen Strafprozess entsprechend, gesprochen werden. Vielmehr werden die Parteien in vorbereitenden Schriftsätzen widersprüchliche Tatsachenangaben machen, die dann Anlass geben, diese Widersprüche aufzuklären. Durch diese Verfah-

⁷⁸⁹ Article 19 AAA-SchO: (3) At any time during the proceedings, the tribunal may order parties to produce other documents, exhibits or other evidence it deems necessary or appropriate.

⁷⁹⁰ Article 27 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall establish the facts underlying the dispute. To this end it has the discretion to give directions and, in particular, to hear witnesses and experts and order the production of documents. The arbitral tribunal is not bound by the parties' applications for the admission of evidence.

⁷⁹¹ Article 20 ICC-SchO: (1) The Arbitral Tribunal shall proceed within as short a time as possible to establish the facts of the case by all appropriate means.

⁷⁹² Dies gilt auch im AAA-Verfahren, vgl. Coe, S. 590.

⁷⁹³ Lachmann, Rn: 666.

⁷⁹⁴ Berger, S. 295.

⁷⁹⁵ Aden, Art. 27 DIS-SchO, Rn: 2.

⁷⁹⁶ Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 468.

⁷⁹⁷ Böckstiegel, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 1, 6.

rensweise wird auch den die Praxis prägenden Verfahrenskulturen Geltung verschafft, welche mehr oder weniger davon ausgehen, dass die Parteien die Tatsachen in das Verfahren einführen und die Beweise beibringen. Lediglich bei Sachverständigen ist es in der Praxis häufig der Fall, dass Schiedsgerichte sie auf eigene Initiative beauftragen⁷⁹⁸. Um Verzögerungstaktiken begegnen zu können ist es notwendig, dass nicht jedem Beweisantrag der Parteien gefolgt werden muss, zumindest solange keine Parteivereinbarung vorliegt⁷⁹⁹. In der ICC-Praxis wurde z.B. die Einholung von neutralem Sachverständigenrat zum ungarischen Recht abgelehnt, weil das Schiedsgericht über ausreichend Sachkenntnis in Person eines ungarischen Schiedsrichters verfügte, um Parteigutachten zum ungarischen Recht ausreichend kritisch zu hinterfragen⁸⁰⁰.

Schon aus praktischen Gesichtspunkten darf die Ermittlungspflicht des Schiedsgerichts nicht ohne Grenzen bestehen, um in angemessener Zeit und mit angemessenem Aufwand zu einem Ergebnis zu kommen. Die grundsätzlich bestehenden Ermittlungsbefugnisse und Ermittlungsverpflichtungen werden einmal durch den Grad der Überzeugung, den das Schiedsgericht vom Sachverhalt erlangen muss, also durch das Beweismaß begrenzt. Auch hier ist wieder auf eine unterschiedliche Herangehensweise in common-law-Staaten und civil-law-Staaten hinzuweisen. Während in Kontinentaleuropa für den Nachweis von Tatbestandsvoraussetzungen üblicherweise eine an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit verlangt wird, genügt im common-law normalerweise eine überwiegende Wahrscheinlichkeit⁸⁰¹. Wegen des Grundsatzes, dass Parteien gleich zu behandeln sind, ist es nach den behandelten Schiedsordnungen erforderlich, den Schiedsrichtern eine Entscheidung im Einzelfall vorzubehalten⁸⁰². So ist auch hier wieder auf einen angemessenen Ausgleich von Interessen von Parteien aus verschiedenen Rechtskreisen zu achten. Daher unterlassen es die Schiedsordnungen, sich auf ein bestimmtes Beweismaß festzulegen. Zwar wäre es rechtlich möglich, Parteivereinbarungen zu treffen. Praktisch können dabei aber erhebliche Probleme auftreten. Zunächst besteht ein Einigungshindernis, da jede Partei von der Interessengerechtigkeit der eigenen Rechtskultur überzeugt ist. Vor allem aber könnten Schiedsrichter durch eine Parteivereinbarung dazu er-

⁷⁹⁸ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 135.

⁷⁹⁹ Art. 20 AAA-SchO: (6) The tribunal shall determine the admissibility, relevance, materiality and weight of the evidence offered by any party. The tribunal shall take into account applicable principles of legal privilege, such as those involving the confidentiality of communications between a lawyer and client.; Art. 27 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall establish the facts underlying the dispute. To this end it has the discretion to give directions and, in particular, to hear witnesses and experts and order the production of documents. The arbitral tribunal is not bound by the parties' applications for the admission of evidence.; Art. 20 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal may decide to hear witnesses, experts appointed by the parties or any other person, in the presence of the parties, or in their absence provided they have been duly summoned.

⁸⁰⁰ ICC-case no. 5418, 1987.

⁸⁰¹ Böckstiegel, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 1, 3.

⁸⁰² Aden, Art. 20 ICC-SchO, Rn. 30.

mutigt werden, trotz anderweitiger Überzeugung entweder zu wenig oder aber zu viel zu ermitteln. Es erscheint daher angebracht, durch die Bestellung geeigneter Schiedsrichter Vorsorge für eine angemessene Beweiserhebung zu treffen und ihnen im Übrigen eine Einzelfallentscheidung in Anbetracht des Verfahrensablaufes oder der anzuwendenden *lex causae*⁸⁰³ zu gestatten.

Die Ermittlungspflicht des Schiedsgerichts wird weiter durch Beweislastregelungen eingeschränkt. Zu beachten ist aber, dass Beweislastregeln in verschiedenen Rechtskulturen teils materiellrechtlich, teils prozessrechtlich zu beurteilen sind⁸⁰⁴. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass die materiellrechtliche Einordnung von Beweislastregeln eine Bindung an die (gewählte) *lex causae* bedingt, soweit dort materiellrechtliche Beweislastregeln vorhanden sind⁸⁰⁵. Daher wäre bei einer Bindung von Beweislastregeln an die *lex causae* eine Analyse erforderlich, inwieweit materielles Recht die Beweislastverteilung regelt und in welchem Rahmen Schiedsrichter die Beweislast durch ihre Verfahrensgestaltungsfreiheit vorgeben können⁸⁰⁶. In weitgehendem internationalen Einklang und nach dem Vorbild des Art. 24 UNCITRAL-MG hat es sich auch in Schiedsverfahren durchgesetzt, die Verteilung danach vorzunehmen, dass jede Partei die Tatsachen, die ihr Begehren stützen, zu beweisen hat⁸⁰⁷ (*incumbit probatio qui dicit, non qui negat*). Jeder hat also ihm günstige Tatsachen zu beweisen.

Erstaunlicher Weise hält es lediglich Art. 19 Abs. 1 AAA-SchO⁸⁰⁸ für nötig, diesen Grundsatz zu statuieren. Aus US-amerikanischer Sicht ist der Hinweis geboten, dass damit eine dem dortigen System unbekannte Pattsituation geschaffen wird. Einerseits sind die Parteien für die Beibringung des Beweises verantwortlich, um ihrer objektiven Beweislast zu genügen. Auf der anderen Seite sind sie aber durch die starke Stellung des Schiedsrichters und die im internationalen Schiedsverfahren übliche Beschränkung von Sachverhaltsermittlung durch „discovery“, in der Beibringung von Beweisen im Verhältnis zum US-amerikanischen nationalen Zivilprozess behindert⁸⁰⁹. Diese Benachteiligung, die freilich nicht im Sinne einer Ungleichbehandlung verstanden werden kann, da auf beide Parteien die gleichen Regelungen zur Anwendung gelangen, ist hinzunehmen. Hintergrund dieses Ansatzes sind keine Behinderungs-

⁸⁰³ Schlosser, Rn: 743.

⁸⁰⁴ Böckstiegel, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 1, 2.

⁸⁰⁵ Berger, S. 307 ff.

⁸⁰⁶ Berger, S. 308.

⁸⁰⁷ Redfern/Hunter, para. 6-66.

⁸⁰⁸ Article 19 AAA-SchO: (1) Each party shall have the burden of proving the facts relied on to support its claim or defense.

⁸⁰⁹ Cremades, *Dispute Resolution Journal* 2003, S. 72, 75; Rubinstein, *Chicago Journal of International Law* 2004, S. 303, 304 f.

absichten US-amerikanischer Parteien, sondern der Versuch, „fishing expeditions“ zu verhindern⁸¹⁰, um nicht zuletzt Zeit- und Kostenaspekten gerecht zu werden.

Die Nichterwähnung von Beweislastregeln in den Schiedsordnungen der ICC und DIS lässt erwarten, dass Streit darüber entsteht, ob Beweislastregeln materiellrechtlich vorgegeben sind, oder der Verfahrensgestaltungsfreiheit der Schiedsrichter unterliegen. Durch die Wahl der IBA-Rules of Evidence (insbesondere Art. 9 Abs. 1 IBA-Rules) ließe sich Sicherheit schaffen, dass die Schiedsrichter in ihrem Ermessen genau so frei sind, wie in AAA-Verfahren. Eine ausdrückliche Parteivereinbarung des Grundsatzes „ei incumbit probatio qui dicit, non qui negat“ erscheint nicht angebracht, da Schiedsrichter höchst wahrscheinlich selbst zu diesem Ergebnis gelangen, sei es über das materielle Recht, sei es über die Anwendung allgemeiner Grundsätze. Starke Verzerrungen hinsichtlich der Beweislast verbieten sich überdies schon aus den Regelungen zum fairen Verfahren. Demgegenüber bestehen aber Gefahren durch stark ausdifferenzierte Schiedsklauseln, die vor allem in Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten bestehen können⁸¹¹.

Hinsichtlich der Würdigung der Beweise ist das Schiedsgericht, jedenfalls im Rahmen der allgemeinen Verfahrensgrundsätze, frei⁸¹². Verbindlichen Ausdruck findet diese Einstellung lediglich in Art. 20 Abs. 6 AAA-SchO. Für ICC- und DIS-Verfahren ist mangels einer ausdrücklichen Regelung auf die Ausführungen zur Beweislast zu verweisen, da die Beweiswürdigung im Allgemeinen parallel dazu gehandhabt wird⁸¹³. Daher ergibt sich die freie Beweiswürdigung schon aus der Verfahrensgestaltungsfreiheit der Schiedsgerichte und muss nicht durch Parteivereinbarung herbeigeführt werden.

C: Der Sachverständigenbeweis

I. Problemstellung

Der Sachverständigenbeweis ist ein in der internationalen Wirtschaftsschiedsgerichtsbarkeit sehr häufig gebrauchtes Beweismittel⁸¹⁴. In technischen oder wirtschaftlichen Fragestellungen z.B. kann es notwendig werden, externen Rat einzuholen.

Auch wenn die Bestellung eines Sachverständigen durch das Schiedsgericht aus Zeit- und Kostenaspekten, aber auch wegen eigener Sachkunde häufig unterbleiben kann und muss, ist

⁸¹⁰ Rubinstein, Chicago Journal of International Law 2004, S. 303, 305.

⁸¹¹ Townsend, Dispute Resolution Journal 2003, S. 28, 32.

⁸¹² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 146.

⁸¹³ Berger, S. 307.

⁸¹⁴ Berger, S. 299; dagegen spricht Calavros dem Sachverständigenbeweis eine überragende Bedeutung ab, mit dem Hinweis auf die hohe Sachkunde der Schiedsrichter, vgl. Calavros, S. 118.

die Bedeutung des Sachverständigenbeweises nicht geschmälert. Im Unterschied etwa zum deutschen nationalen Zivilprozess ist in internationalen Schiedsverfahren als Sachverständiger nicht nur der (schieds-)gerichtlich bestellte zu verstehen, sondern auch der durch eine Partei beigebrachte Sachverständige⁸¹⁵. Dieser Unterschied fußt in unterschiedlichen rechtlichen Traditionen im kontinentaleuropäischen und angloamerikanischen Rechtskreis⁸¹⁶. In den USA ist es z.B. üblich, dass Parteien dem Gericht jeweils eigene Gutachten vorlegen, die Parteien den jeweils gegnerischen Sachverständigen vernehmen sowie das Gericht Fragen stellt und so ein objektives Bild von den zu begutachtenden Tatsachen entsteht⁸¹⁷. In Deutschland wird ein solcher parteibestellter Sachverständiger häufig abwertend als „Privatgutachter“ betitelt, da sein Anspruch auf Entlohnung gegen nur eine Partei ihn abhängig machen könnte⁸¹⁸. Dennoch ist in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit der parteibestellte Gutachter weithin anerkannt, auch wenn z.B. § 1049 Abs. 2 Satz 2 ZPO oder Art. 26 Abs. 2 UNCITRAL-MG diesen Punkt nur beiläufig und in scheinbar anderem Zusammenhang erwähnen⁸¹⁹.

Einigkeit besteht insoweit, dass ein parteibenannter Sachverständiger nicht aufgrund der Tatsache, dass er von einer Partei zu vergüten ist, von der anderen Partei abgelehnt werden kann⁸²⁰. Ob es sich bei einem solchen Gutachten um das eines sachverständigen Zeugen, ähnlich § 414 ZPO⁸²¹, oder gar nur um Parteivortrag handelt, spielt auf internationaler Ebene keine Rolle. Da schon die Schiedsverfahrensgesetze und Schiedsordnungen nicht regeln, wer Zeuge sein kann, und die feinsinnige Unterscheidung zwischen (sachverständigem) Zeugen und Parteivortrag nicht überall bekannt ist⁸²², sollte das Schiedsverfahren nicht mit solchen Unterscheidungen überfrachtet werden. Der Beweiswert eines solchen Gutachtens kann freilich nicht so hoch angesetzt werden wie der eines gerichtsbestellten Gutachtens⁸²³ und nähert sich auf diese Weise wieder der oben angesprochenen Unterscheidung an. Es verwundert nicht, dass der Ausweg häufig in einem Gegengutachten im Auftrag der anderen Partei und schließlich in einem Obergutachten im Auftrag des Schiedsgerichts besteht⁸²⁴.

Schließlich ist noch festzuhalten, dass es eine originäre Aufgabe des Schiedsgerichtes ist, die rechtlichen Fragen des Schiedsverfahrens zu lösen. Daher ist bei Abfassung des Auftrages an den Gutachter darauf zu achten, dass ihm eine konkrete, auf seinen Gutachtenauftrag be-

⁸¹⁵ Schlosser in Stein/Jonas, § 1049 ZPO, Rn. 1.

⁸¹⁶ Berger, S. 299.

⁸¹⁷ Coe, S. 246.

⁸¹⁸ Schlosser in Stein/Jonas, § 1049 ZPO, Rn. 1.

⁸¹⁹ Calavros, S. 118; Münch in MüKo, § 1049 ZPO, Rn. 21.

⁸²⁰ Schlosser in Stein/Jonas, § 1049 ZPO, Rn. 1.

⁸²¹ Dagegen spricht, dass der Gutachter keine geschehenen Tatsachen oder Zustände bezeugt, Trappe, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 101.

⁸²² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 140.

⁸²³ Münch in MüKo, § 1049 ZPO, Rn. 19.

⁸²⁴ Berger, S. 300.

schränkte Aufgabe übertragen wird. Eine rechtliche Würdigung durch ihn, genauer die unkritische Übernahme dieser Würdigung durch das Schiedsgericht, käme einer unzulässigen Übertragung der Schiedsrichtertätigkeit auf einen Dritten gleich⁸²⁵.

II. Regelungen der Schiedsordnungen

Der Bedeutung des Sachverständigen als Beweismittel werden die Schiedsordnungen dadurch gerecht, dass neben rudimentären Regelungen zu anderen Beweismitteln, dem Sachverständigen verhältnismäßig viel Platz gewidmet ist.

Art. 20 Abs. 3 ICC-SchO⁸²⁶ regelt, dass von Parteien ernannte Sachverständige („experts appointed by the parties“) in Anwesenheit der Parteien, bei ordnungsgemäßer Ladung auch in ihrer Abwesenheit, gehört werden können. Zunächst wird damit geregelt, dass das ICC-Verfahren parteiernannte Sachverständige kennt und aufgrund der Aufzählung in einer Reihe mit anderen Beweismitteln als Beweismittel und nicht lediglich Parteivortrag akzeptiert. Den Parteien steht also ein Antragsrecht auf Anhörung ihrer Sachverständigen zu. Nicht ausdrücklich geregelt aber anerkannt ist es, dass auch das Schiedsgericht auf eigene Initiative parteibenannte Sachverständige anhören kann⁸²⁷. Schließlich beinhaltet der Wortlaut auch die Möglichkeit, parteibestellte Gutachten lediglich auf schriftlichem Wege zu berücksichtigen⁸²⁸. Das Schiedsgericht ist nicht verpflichtet („may decide“), dem Antrag der Partei zu folgen, wird dies aber regelmäßig tun, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, rechtliches Gehör sei nicht gewährt worden⁸²⁹. Das „may“ bezieht sich dabei nicht auf die Anhörungsalternativen mit und ohne Anwesenheit der Parteien, da insofern keine echte Wahlmöglichkeit besteht. Sind die Parteien anwesend kommt eine Anhörung in ihrer Abwesenheit wegen der Pflicht rechtliches Gehör zu gewähren nicht in Betracht. Lediglich bei Abwesenheit der Parteien trotz ordnungsgemäßer Ladung besteht für das Schiedsgericht ein Ermessen, Sachverständige dennoch zu hören.

Eine ablehnende Entscheidung zu Beweisanträgen ist zu begründen⁸³⁰, um eine nachträgliche Prüfung im Aufhebungsverfahren zu ermöglichen. Beantragen aber beide Parteien die Vernehmung eines parteibenannten Sachverständigen, ist darin eine stets zu beachtende Verfahrensvereinbarung zu sehen, Art. 15 Abs. 1 ICC-SchO.

⁸²⁵ Berger, S. 301.

⁸²⁶ Article 20 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal may decide to hear witnesses, experts appointed by the parties or any other person, in the presence of the parties, or in their absence provided they have been duly summoned.

⁸²⁷ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 139 f.

⁸²⁸ Aden, Art. 20 ICC-SchO, Rn: 32.

⁸²⁹ Derains/Schwartz, S. 255 f.

⁸³⁰ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 139 f.

Art. 20 Abs. 4 ICC-SchO⁸³¹ gestattet dem Schiedsgericht, nach Anhörung der Parteien oder auf ihren Antrag einen oder mehrere Sachverständige zu beauftragen, den Gutachtenauftrag festzulegen und das Gutachten entgegen zu nehmen. Damit scheint der Weg über ein Obergutachten gefördert zu werden, wenn das Gericht einmal nach seinem Ermessen parteibenannte Sachverständige anhört, andererseits nach Absprache mit den Parteien selbst Sachverständigengutachten in Auftrag geben kann. Die Erstellung eines Obergutachtens ist unter Kostenaspekten aber nicht wünschenswert und steht u.U. auch nicht mit der zügigen Beweisermittlung nach Art. 20 Abs. 1 ICC-SchO im Einklang. Dennoch kann, im Falle einseitiger „Privatgutachten“ in ihm der einzige Ausweg liegen, da nur der gerichtlich bestellte Sachverständige an Unparteilichkeit und Unabhängigkeit ähnlich dem Schiedsgericht gebunden ist⁸³². Das Erfordernis der Anhörung der Parteien („after having consulted the parties“) gewährleistet, beidseitig unerwünschte Obergutachten durch nachträgliche Parteivereinbarung auszuschließen⁸³³. Bei der Auswahl eines kompetenten Sachverständigen kann das Schiedsgericht die Hilfe des ICC International Centre for Expertise in Anspruch nehmen⁸³⁴. Rechte und Pflichten der Sachverständigen selbst ergeben sich nicht direkt aus der Schiedsordnung, sondern aus ihrem Gutachtenauftrag („their terms of reference“). Sollte es zu einer Bestellung eines Sachverständigen durch das Schiedsgericht kommen, sind die Parteien auf Antrag befugt, Fragen an den Sachverständigen zu richten, Art. 20 Abs. 4 Satz 2 ICC-SchO. Obwohl nicht ausdrücklich angesprochen, ist es notwendig, dass auch ein Fragerecht an parteiernannten Sachverständigen besteht. Dieses Erfordernis ergibt sich aus der Überlegung, dass Parteien aufgrund ihrer Nähe zum Sachverhalt besser in der Lage sind, parteiische Gutachten anhand von Fakten zu widerlegen.

Die Regelungen zum Sachverständigenbeweis in der DIS-Schiedsordnung entsprechen beinahe wortgleich denen des UNCITRAL-MG und der ZPO, weshalb insoweit auf allgemeine Grundlagen zum Schiedsverfahren zurückgegriffen werden kann. Wie zuvor untersucht trifft das Schiedsgericht eine eingeschränkte Ermittlungspflicht. Zur Ermittlung des Sachverhalts ist es gem. Art. 27 Abs. 1 Satz 2 DIS-SchO⁸³⁵ befugt, Sachverständige zu hören. Damit sind zunächst einmal gerichtlich bestellte Sachverständige gemeint, da die Regelung des Art. 27 Abs. 3 DIS-SchO „expert witnesses“, nach der deutschen Fassung „eigene Sachverständige“

⁸³¹ Article 20 ICC-SchO: (4) The Arbitral Tribunal, after having consulted the parties, may appoint one or more experts, define their terms of reference and receive their reports. At the request of a party, the parties shall be given the opportunity to question at a hearing any such expert appointed by the Tribunal.

⁸³² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 145.

⁸³³ Derains/Schwartz, S. 259.

⁸³⁴ Derains/Schwartz, S. 260.

⁸³⁵ Article 27 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall establish the facts underlying the dispute. To this end it has the discretion to give directions and, in particular, to hear witnesses and experts and order the production of documents. The arbitral tribunal is not bound by the parties' applications for the admission of evidence.

kennt und somit von Sachverständigen nach Art. 27 Abs. 1 DIS-SchO unterscheidet. Daneben statuiert Art. 27 Abs. 2 DIS-SchO⁸³⁶ die im deutschen Prozessrecht selbstverständliche Bestellung von Sachverständigen durch das Schiedsgericht, einschließlich der Festlegung des Themas des Gutachtens. Trotz des insoweit eindeutigen Wortlautes des Art. 27 Abs. 1 DIS-SchO besteht für das Schiedsgericht die Möglichkeit, sowohl schriftlichen als auch mündlichen (durch Parteien in Auftrag gegebenen) Sachverständigenrat zu berücksichtigen, zumal kein abgeschlossener Kanon zulässiger Beweismittel besteht⁸³⁷. Wie Art. 27 Abs. 1 Satz 3 DIS-SchO feststellt, ist das Schiedsgericht nicht an Beweisanträge der Parteien gebunden. Jedoch ist im Hinblick auf die Wahrung rechtlichen Gehörs sparsam mit einer Ablehnung umzugehen, die von der Zielrichtung eher als Ausschluss des Ausforschungsbeweises zu bewerten ist⁸³⁸.

Art. 27 Abs. 3 DIS-SchO⁸³⁹ schließlich regelt die Verpflichtung der Sachverständigen, an der mündlichen Verhandlung teilzunehmen, wenn dies entweder eine Partei beantragt oder das Schiedsgericht ein solches Vorgehen für erforderlich hält. Dabei kann sich diese Pflicht nur mittelbar auf Sachverständige auswirken, indem innerhalb ihres Gutachtauftrags neben den dort zu konkretisierenden Rechten und Pflichten auf die Schiedsordnung Bezug genommen wird. Den Parteien steht wiederum ein Fragerecht zu. Darüber hinaus ist ihnen gestattet, eigene Sachverständige zu Ausführungen des gerichtlich bestellten Sachverständigen aussagen zu lassen. In der Praxis dürfte durch die unterschiedliche Formulierung der DIS- und ICC-Schiedsordnung kein unterschiedliches Ergebnis erzielt werden⁸⁴⁰. Es ist aber auffällig, dass der Wortlaut des Art. 27 DIS-SchO zugunsten gerichtsbestellter Sachverständiger zu deuten ist⁸⁴¹. Daher ist Parteien vor Bestellung eigener Sachverständiger anzuraten, sich mit dem Schiedsgericht darüber zu verständigen, ob es ein solches Gutachten überhaupt berücksichtigt. Eine Ergänzung der Schiedsvereinbarung zu diesem Punkt stehen zwar die Schiedsordnungen nicht feindlich gegenüber (vgl. Art. 27 Abs. 2 und 3 DIS-SchO „unless otherwise agreed“), jedoch sollte von derartigen Ergänzungen nur sparsam Gebrauch gemacht werden, um die Schiedsvereinbarung nicht zu überfrachten und nicht zu riskieren, dass üblicherweise

⁸³⁶ Article 27 DIS-SchO: (2) Unless otherwise agreed by the parties, the arbitral tribunal may appoint one or more experts to report to it on specific issues to be determined by the arbitral tribunal. It may also require a party to give the expert any relevant information or to produce, or to provide access to, any relevant documents or property for his inspection.

⁸³⁷ Münch in MüKo, § 1049 ZPO, Rn: 18 ff.

⁸³⁸ Aden, Art. 27 DIS-SchO, Rn: 6.

⁸³⁹ Article 27 DIS-SchO: (3) Unless otherwise agreed by the parties, if a party so requests or if the arbitral tribunal considers it necessary, the expert shall, after delivery of his written or oral report, participate in an oral hearing where the parties have the opportunity to put questions to him and to present expert witnesses in order to testify on the points at issue.

⁸⁴⁰ Aden, Art. 27 DIS-SchO, wo direkt auf Art. 20 ICC-SchO verwiesen wird.

⁸⁴¹ Münch in MüKo, § 1049 ZPO, Rn: 18.

reibungslos funktionierende Schiedsordnungen durch Parteivereinbarung unpraktikabel werden⁸⁴².

Art. 22 AAA-SchO ist ebenso wie Art. 27 DIS-SchO als Reproduktion des Art. 27 UNCITRAL-MG gedacht⁸⁴³. Da im angloamerikanischen Rechtskreis beheimatet, bedürfte es wohl keiner ausdrücklichen Regelung, dass Parteien Sachverständige bestellen können⁸⁴⁴. Art. 22 Abs. 4 Satz 2 AAA-SchO⁸⁴⁵ nennt diese Möglichkeit dennoch, allerdings wie die DIS-Schiedsordnung bezogen auf ein Recht der Parteien, gerichtlich bestellte Sachverständige durch eigenen Sachverständige zu hinterfragen. Mit den gleichen Argumenten wie zuvor ist aber von einem bereits von Anfang an bestehenden Recht der Parteien, ihre Sachverständigen heranzuziehen, auszugehen. Aus US-amerikanischer Sicht ist vielmehr die Möglichkeit bemerkenswert, dass das Schiedsgericht einen Sachverständigen bestellen kann. Art. 22 Abs. 1 und 3 AAA-SchO⁸⁴⁶ ordnen an, dass ein schriftliches Gutachten zu erstatten ist⁸⁴⁷, dessen Grundlagen den Parteien zugänglich sein müssen und welches an beide Parteien übermittelt werden muss. Dem Anspruch auf rechtliches Gehör wird durch ein auf Antrag zu gewährendes Fragerecht der Parteien gem. Art. 22 Abs. 4 Satz 1 AAA-SchO genüge getan. Die in der ICC-Schiedsordnung angesprochene Verpflichtung der Sachverständigen, zur mündlichen Verhandlung zu erscheinen ist zwar nicht angesprochen, wird aber durch Art. 22 Abs. 4 AAA-SchO vorausgesetzt, der den Parteien die Möglichkeit gibt, Sachverständige zu befragen. Wie zuvor schon erläutert, bedarf es einer Fixierung dieser Pflicht im Gutachtauftrag. Das Erfordernis, die Parteien gem. Art. 22 Abs. 3 AAA-SchO von der Beauftragung in Kenntnis zu setzen dient ihrer Einflussnahme auf den Gutachtauftrag, da auch hier Parteivereinbarungen zu beachten sind⁸⁴⁸. Voraussetzung einer Vereinbarung ist aber, zu wissen, worüber eine Einigung zu erzielen ist. Dies zu erfahren kann in ICC- und DIS-Verfahren am Besten dadurch gewährleistet werden, dass Parteien in weitem Umfang am Schiedsauftrag mitwirken und sich entsprechende Informationspflichten sichern. Jedenfalls sollte in diesem Punkt keine ausführliche Regelung in die Schiedsvereinbarung aufgenommen werden, da sich

⁸⁴² Townsend, *Dispute Resolution Journal*, 2003, S. 28, 32.

⁸⁴³ Coe, S. 247.

⁸⁴⁴ Coe, S. 246.

⁸⁴⁵ Article 22 AAA-SchO: (4) At the request of any party, the tribunal shall give the parties an opportunity to question the expert at a hearing. At this hearing, parties may present expert witnesses to testify on the points at issue.

⁸⁴⁶ Article 22 AAA-SchO: (1) The tribunal may appoint one or more independent experts to report to it, in writing, on specific issues designated by the tribunal and communicated to the parties. (3) Upon receipt of an expert's report, the tribunal shall send a copy of the report to all parties and shall give the parties an opportunity to express, in writing, their opinion on the report. A party may examine any document on which the expert has relied in such a report.

⁸⁴⁷ Gutachten von parteibestellten Sachverständigen werden ebenfalls meist schriftlich ins Verfahren eingeführt, vgl. Eijssvoogel, S. 20.

⁸⁴⁸ Gaede, *Practising Law Institute* 1998, S. 211, 287.

das gleiche Ergebnis von selbst aus den Regelungen zur Gewährung rechtlichen Gehörs ergeben und damit die Gefahr komplizierter Schiedsvereinbarung im Vordergrund steht.

Im Unterschied zur ICC ist in Art. 22 Abs. 2 AAA-SchO⁸⁴⁹ und Art. 27 Abs. 2 DIS-SchO angesprochen, dass die Parteien eine Prozessförderungspflicht in der Weise trifft, dem Sachverständigen mit sachdienlichen Auskünften, Schriftstücken oder der Gewährung von Augenschein behilflich zu sein⁸⁵⁰. Unterschiede liegen darin, dass diese Prozessförderungspflicht im DIS-Verfahren nur nach Aufforderung durch das Schiedsgericht bestehen, während die AAA-Schiedsordnung insoweit schweigt und daher immer von einer Prozessförderungspflicht auszugehen ist. Die Weigerung einer Partei kann negativ in die Beweiswürdigung einfließen⁸⁵¹. Zwar überträgt Art. 22 Abs. 2 AAA-SchO dem Schiedsgericht die Aufgabe, Streitigkeiten über die Befolgung dieser Pflicht zu entscheiden. Da aber auch in AAA-Verfahren nicht ersichtlich ist, dass dem Schiedsgericht irgendwelche Zwangsbefugnisse gegenüber Parteien zustehen, kann diese Regelung nur wieder zu einer Bewertung in Wege der Beweiswürdigung führen. Im ICC-Verfahren fehlt eine ausdrückliche Prozessförderungspflicht der Parteien. Aber auch hier kann nichts anderes gelten, da sonst ein Leichtes wäre, die Beweisaufnahme zu beeinflussen. Jedenfalls die Berücksichtigung im Wege der Beweiswürdigung führt mittelbar zu einer Prozessförderungspflicht.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass, obwohl im Wortlaut unterschiedlich, in der Praxis ein grundsätzlich unterschiedliches Herangehen an den Sachverständigenbeweis nicht zu erwarten ist. Zwar regelt nur die ICC-Schiedsordnung explizit, dass parteibestellte Sachverständige originäres Beweismittel sein können. Über den normativen Umweg der Hinterfragung gerichtsbestellter Gutachten durch eigene Sachverständige wird aber auch in DIS- und AAA-Verfahren dieser Weg eröffnet. In allen Verfahren wird von der Zulässigkeit schriftlicher Sachverständigengutachten ausgegangen, wobei aber jeweils die Möglichkeit der mündlichen Befragung durch die Parteien eröffnet wird. In allen drei Verfahren trifft die Parteien eine Verfahrensförderungspflicht in der Weise, dass Sachverständigen (mündliche oder schriftliche) Auskünfte zu erteilen sind, die für das Gutachten benötigt werden.

Um aber abschließend vor Überraschungen sicher zu sein, empfiehlt sich eine weitestgehende Festlegung von Standards für den Sachverständigenbeweis im Schiedsauftrag⁸⁵². Eine Regelung in der Schiedsvereinbarung ist hingegen nicht zu empfehlen, um diese nicht zu über-

⁸⁴⁹ Article 22 AAA-SchO: (2) The parties shall provide such an expert with any relevant information or produce for inspection any relevant documents or goods that the expert may require. Any dispute between a party and the expert as to the relevance of the requested information or goods shall be referred to the tribunal for decision.

⁸⁵⁰ Vgl. insoweit mit einer vergleichbaren Regelung auch Art. 22 Abs. 2 AAA-SchO.

⁸⁵¹ Münch in MüKo, § 1049 ZPO, Rn: 8.

⁸⁵² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 141.

frachten. Jedenfalls wäre ein Ausschluss der Berücksichtigung von Parteigutachten ökonomisch unvernünftig, da Parteigutachten häufig zur Prozessvorbereitung angefertigt werden und daher zumindest die Möglichkeit bestehen sollte, sie auf ihre Objektivität zu überprüfen.

D: Der Zeugenbeweis

I. Problemstellung

Auch wenn der Wert des Zeugen als Beweismittel gelegentlich kritisch hinterfragt wird⁸⁵³, ist auf ihn sowohl in staatlichen Zivilverfahren als auch in Schiedsverfahren nicht zu verzichten. Das beinahe beiläufige Erwähnen des Zeugen in den Regelungen der Schiedsordnungen⁸⁵⁴ gibt Anlass zu fragen, ob seiner Bedeutung ausreichend Rechnung getragen wurde, etwa um eine fallorientierte und an Effektivitätsgesichtspunkten ausgerichtete Verfahrensgestaltung vorzunehmen⁸⁵⁵ oder ob Parteivereinbarungen zur Lückenfüllung notwendig sind. Darüber hinaus gilt es zu untersuchen, welchen Einfluss unterschiedliche nationale Vorstellungen zum Zeugenbeweis auf die Gestaltung eines internationalen Schiedsverfahrens ausüben und inwieweit dadurch Parteivereinbarungen veranlasst sind.

II. Regelungen der Schiedsordnungen

Schon der erste Blick auf die Regelungen zum Zeugenbeweis verrät, dass die Schiedsordnungen nicht mehr als ein Skelett zu diesem Beweismittel regeln wollten. In einem ersten Schritt ist festzuhalten, dass Art. 20 Abs. 2 und Abs. 5 AAA-SchO⁸⁵⁶, Art. 27 Abs. 1 DIS-SchO⁸⁵⁷ und Art. 20 Abs. 3 ICC-SchO⁸⁵⁸ den Zeugen als Beweismittel grundsätzlich anerkennen. Lediglich Art. 20 Abs. 2 und Abs. 5 AAA-SchO äußern sich aber zu Fragen, die über die grundsätzliche Zulässigkeit des Zeugenbeweises hinausgehen. Es ist also anhand der getroffenen

⁸⁵³ Lachmann, Rn: 812.

⁸⁵⁴ Art. 20 AAA-SchO, Art. 27 Abs. 1 DIS-SchO, Art. 20 Abs. 3 ICC-SchO.

⁸⁵⁵ Bühler, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 94, 95.

⁸⁵⁶ Article 20 AAA-SchO: (2) At least 15 days before the hearings, each party shall give the tribunal and the other parties the names and addresses of any witnesses it intends to present, the subject of their testimony and the languages in which such witnesses will give their testimony. (5) Evidence of witnesses may also be presented in the form of written statements signed by them.

⁸⁵⁷ Article 27 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall establish the facts underlying the dispute. To this end it has the discretion to give directions and, in particular, to hear witnesses and experts and order the production of documents. The arbitral tribunal is not bound by the parties' applications for the admission of evidence.

⁸⁵⁸ Article 20 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal may decide to hear witnesses, experts appointed by the parties or any other person, in the presence of the parties, or in their absence provided they have been duly summoned.

Regelungen zu ermitteln, inwiefern sie sich mit der allgemein geübten Praxis des Zeugenbeweises decken und ob zusätzliche Parteivereinbarungen angebracht erscheinen.

Zunächst ist festzuhalten, dass in den hier behandelten Schiedsordnungen nicht geregelt ist, wer Zeuge im Schiedsverfahren sein kann. Entgegen der Unterscheidung zwischen Parteivortrag und Zeugenaussage im deutschen Recht können mangels einer Definition des Zeugen in den Schiedsordnungen auch Organe einer Partei so genannte „party witnesses“ sein⁸⁵⁹. Es ist also von einem weiten Zeugenbegriff auszugehen. Freilich bedarf es, vergleichbar der Lage bei parteibestellten und gerichtsbestellten Sachverständigen, einer genauen Betrachtung des Beweiswertes (vgl. im Übrigen zur Beweiswürdigung Kapitel 10, B).

Wie zu jedem Beweisantrag obliegt es dem Schiedsgericht zu entscheiden, ob Zeugen als Beweismittel überhaupt und zum konkreten Zeugnisthema zugelassen werden⁸⁶⁰. Art. 20 Abs. 5 AAA-SchO⁸⁶¹ überträgt dem Schiedsgericht die Verpflichtung („shall“), über die Zulässigkeit von (auf Antrag der Parteien eingeführt) Zeugenaussagen zu entscheiden. Art. 27 Abs. 1 DIS-SchO und Art. 20 Abs. 3 ICC-SchO stellen die Frage der Heranziehung von Zeugen in das Ermessen des Schiedsgerichts. Damit kann gedanklich zunächst der Fall eines Beweisantrages der Parteien von der auf Initiative des Schiedsgerichts veranlassten Zeugenaussage zu unterscheiden. Im Allgemeinen gilt, dass ein Antrag auf Zeugenvernehmung das Schiedsgericht nicht zu selbiger verpflichten kann⁸⁶². Im Rahmen der Entscheidung über derartige Anträge ist auf Gleichbehandlung der Parteien, Gewährung rechtlichen Gehörs und ein faires Verfahren zu achten⁸⁶³. Zumindest im ICC- und DIS-Verfahren können Schiedsgerichte darüber hinaus auch auf eigene Initiative Zeugen „einladen“⁸⁶⁴. Art. 19 Abs. 3 AAA-SchO legt die Interpretation nahe, dass dort nur über den Umweg einer Anordnung an die Parteien Zeugen aus Initiative des Schiedsgerichts zum Erscheinen veranlasst werden können. Insbesondere scheint nicht angelegt zu sein, direkte „Einladungen“ durch das Schiedsgericht auszusprechen, da der Wortlaut diesen Weg nicht umfasst. Das Bemühen der Parteien um die Präsenz

⁸⁵⁹ Berger, *Arbitration Interactive*, S. 217.

⁸⁶⁰ Article 16 AAA-SchO: (3) The tribunal may in its discretion direct the order of proof, bifurcate proceedings, exclude cumulative or irrelevant testimony or other evidence, and direct the parties to focus their presentations on issues the decision of which could dispose of all or part of the case.; Article 27 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall establish the facts underlying the dispute. To this end it has the discretion to give directions and, in particular, to hear witnesses and experts and order the production of documents. The arbitral tribunal is not bound by the parties' applications for the admission of evidence.; Article 20 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal may decide to hear witnesses, experts appointed by the parties or any other person, in the presence of the parties, or in their absence provided they have been duly summoned.

⁸⁶¹ Article 20 AAA-SchO: (5) The tribunal shall determine the admissibility, relevance, materiality and weight of the evidence offered by any party. The tribunal shall take into account applicable principles of legal privilege, such as those involving the confidentiality of communications between a lawyer and client.

⁸⁶² Zur DIS vgl. Art. 27 Abs. 1 Satz 3 DIS-SchO, zur AAA vgl. 20 Abs. 5 AAA-SchO, zur ICC und der Einstellung US-amerikanischer Gerichte zu diesem Thema vgl. Derains/Schwartz, S. 256.

⁸⁶³ Oehmke, § 99:1.

⁸⁶⁴ Aden, Art. 27 DIS-SchO, Rn: 4; Derains/Schwartz, S. 256.

von Zeugen wird ausreichend durch die Regelung zur objektiven Beweislast in Art. 19 Abs. 1 AAA-SchO gesichert. Ebenso spricht die Regelung des Art. 22 AAA-SchO, der ausdrücklich die Bestellung gerichtlicher Sachverständiger gestattet und Zeugen nicht mit anführt gegen eine „Einladungsrecht“ des Schiedsgerichts. Ob daher aus den Regelungen zur Verfahrensgestaltungsfreiheit eine solche Kompetenz konstruiert werden kann, erscheint fraglich. Eine in diese Richtung weisende Schiedsvereinbarung kann allerdings nicht empfohlen werden, da schon praktische Gründe immer die Initiative der Parteien erfordern, die den Sachverhalt besser kennen als das Schiedsgericht. Die Einführung von Zeugen wird daher über die Regelung zur objektiven Beweislast als ausreichend gesichert angesehen und den Parteien überlassen. Eine Unnötige Komplexität der Schiedsvereinbarung kann mithin vermieden werden.

Es wäre falsch, in allen Fällen von einer „Ladung“ durch das Schiedsgericht zu sprechen, da nicht alle Verfahrensordnungen, und insbesondere nicht die institutionellen Schiedsordnungen, Zwangsbefugnisse des Schiedsgerichts vorsehen. So gewährt deutsches Recht dem Schiedsgericht keine Zwangsbefugnisse hinsichtlich des Erscheinens und der Herbeiführung einer Zeugenaussage⁸⁶⁵. Es besteht lediglich die Möglichkeit, gerichtliche Hilfe bei der Beweisaufnahme in Anspruch zu nehmen⁸⁶⁶. Auch wenn durch das Fragerecht der Schiedsrichter nach § 1050 Satz 3 ZPO die eventuell fehlende Sachkunde des die Beweisaufnahme durchführenden Amtsrichters⁸⁶⁷ ausgleichen werden kann, ist mit einer Anreise zum zuständigen Amtsgericht ein erheblicher Zeit- und Kostenaufwand verbunden. In den USA wird hingegen die Auffassung vertreten, dass Schiedsrichter mit Hilfe von „subpoenas“ Zeugenaussagen vor dem Schiedsgericht erzwingen können, wenn sie durch Gesetz (etwa § 7 Federal Arbitration Act) dazu ermächtigt sind⁸⁶⁸. Diese sind dann von staatlichen Gerichten zu vollstrecken⁸⁶⁹. Da allerdings eine gesetzlich angeordnete Zwangsbefugnis an der Staatsgrenze endet und somit bei internationalen Schiedsverfahren in den Vereinigten Staaten nur dort befindliche Zeugen gezwungen werden können, wird möglicherweise die verfahrensrechtliche Gleichbehandlung gebieten, auf Zwangsmaßnahmen zu verzichten. In internationalen Schiedsverfahren wird überdies vertreten, eine Hilfe von US-amerikanischen Gerichten mit dem Hinweis zu verneinen, dass private Schiedsverfahren nicht als „international tribunals“ i.S.v. 28 United States Code § 1782 (a) anzusehen seien⁸⁷⁰. Zumindest aber die Benennung von Zeugen und ihres Zeugnisthemas ist Voraussetzung, dass Zeugenaussagen eingeführt werden können. Art. 20

⁸⁶⁵ Schlosser in Stein/Jonas, § 1050 ZPO, Rn: 3; Schwab/Walter, S. 149.

⁸⁶⁶ Vgl. § 1050 ZPO.

⁸⁶⁷ Vgl. § 1062 Abs. 4 ZPO.

⁸⁶⁸ Oehmke, § 91:1; 91:5.

⁸⁶⁹ Oehmke, § 41:69; 91:2.

⁸⁷⁰ Cromwell, Journal of Dispute Resolution 2000, S. 177 ff.

Abs. 2 AAA-SchO regt eine für US-amerikanische Verhältnisse unübliche Festlegung des Zeugnisthemas an, die vor dem Hintergrund einer generellen Skepsis gegenüber dem Ausforschungsbeweis im kontinental-europäischen Rechtskreis bei DIS und ICC unterbleiben konnte. Die Verpflichtung, das Zeugenthema zu umreißen, ergibt sich von selbst aus der Tatsache, dass die Berücksichtigung von Beweismitteln in das Ermessen des Schiedsgerichts gestellt ist und nur Beweise erhoben werden, von denen eine gewisse Relevanz für die zu treffende Entscheidung zu erwarten ist.

Üblicherweise erfolgt die Benennung von Zeugen durch die Parteien, denen der Sachverhalt bis dahin besser vertraut ist als dem Schiedsgericht. Art. 20 Abs. 2 AAA-SchO ordnet an, dass Parteien 15 Tage vor dem Termin den Zeugen identifizieren und den Inhalt seiner Zeugenaussage umschreiben sollen. Bei DIS und ICC empfiehlt sich eine entsprechende Regelung einer Einführungsfrist im Schiedsauftrag, um allen Beteiligten eine effektive Vorbereitung zu ermöglichen. Die Parteien werden aus Eigeninteresse, soweit sie keine Obstruktionspläne verfolgen, möglichst frühzeitig Zeugen benennen, um ihrer Beweislast zu genügen. Dass diese Einführung der Zeugen nur unter Beschreibung des Zeugnisthemas erfolgen soll, ergibt sich bereits aus der Tatsache, dass das Schiedsgericht über die Zulässigkeit zu entscheiden hat. Eine solche Entscheidung kann aber nicht ohne die dafür notwendige Entscheidungsgrundlage erfolgen. Entschließt sich das Schiedsgericht zu einer mündlichen Zeugenvernehmung, bringen regelmäßig die Parteien ihre Zeugen mit zum mündlichen Verhandlungstermin, da dem Schiedsgericht Zwangsbefugnisse zur Anordnung des Erscheinens fehlen.

Insbesondere in größeren Verfahren ist es üblich, dass die Parteien in ihren Schriftsätzen schriftliche Zeugenaussagen, so genannte „witness statements“, übermitteln⁸⁷¹. Schriftliche Zeugenaussagen dienen einmal der Beweissicherung, können aber auch prozessökonomischen Zwecken dienen, da u.U. auf mündliche Aussagen und damit auf besondere Termine zur Beweisaufnahme verzichtet werden kann. Zwar ist mit schriftlichen Zeugenaussagen ein relativ großer Aufwand zur Vorbereitung des Verfahrens verbunden, jedoch kann ein erheblicher Zeitgewinn in der mündlichen Verhandlung, z.B. durch eine vertiefte Vorbereitung des Schiedsgerichts, der Gegenseite, vor allem aber des Zeugen bewirkt werden⁸⁷². Die Abgabe eidlich beschworener schriftlicher Zeugenaussagen, so genannter „affidavits“, ist hingegen unüblich, weil das Schiedsgericht als private Einrichtung nicht zur Abnahme von Eiden berechtigt ist⁸⁷³. Zur Bereitstellung dieser Aussagen ist es aber notwendig, einen im deutschen Zivilverfahren standesrechtlich untersagten oder zumindest inhaltlich beschränkten Umgang

⁸⁷¹ Berger, S. 303.

⁸⁷² Bühler, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 94, 96.

⁸⁷³ Bühler, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 94, 97.

von Anwälten mit Zeugen vor dem eigentlichen Verfahren zu pflegen⁸⁷⁴. So ist es im common-law nicht nur üblich, die schriftliche Zeugenaussage mit Hilfe des Parteivertreters zu gestalten, sondern sogar die Zeugenvernehmung im Vorfeld des Verfahrens durchzuspielen⁸⁷⁵. Daher wird gelegentlich gegen schriftliche Zeugenaussagen eingewandt, dass von ihnen kein zusätzlicher Erkenntnisgewinn zu erwarten ist, da ihr Inhalt durch die Verfahrensbevollmächtigten vorgegeben wird und sich daher sowieso in den Schriftsätzen wieder findet⁸⁷⁶. Lediglich Art. 20 Abs. 5 AAA-SchO spricht die Möglichkeit schriftlicher Zeugenaussagen ausdrücklich an. Im Allgemeinen muss auch für DIS-Verfahren von der Zulässigkeit schriftlicher Zeugenaussagen ausgegangen werden. Zunächst spricht der Wortlaut des Art. 27 Abs. 1 DIS-SchO nicht dagegen, da dort dem Schiedsgericht lediglich gestattet wird, Zeugen mündlich zu vernehmen („it has the discretion ... to hear witnesses“). Zwar könnte der Verzicht auf eine ausdrückliche Regelung, wie sie in Art. 25 UNCITRAL-MG (1976) vorgesehen war, als Ausschluss schriftlicher Zeugenaussagen verstanden werden. Die §§ 1025 ff ZPO verzichtet aber auch auf eine ausdrückliche Regelung, und für „ZPO-Schiedsverfahren“ wird allgemein von der Zulässigkeit schriftlicher Zeugenaussagen ausgegangen, da der Schiedsrichter nicht an §§ 373 ff ZPO gebunden ist⁸⁷⁷. Die Anordnung der freien Verfahrensgestaltung in Art. 24 Abs. 1 DIS-SchO umfasst daher nach teleologischer und systematischer Auslegung auch die Möglichkeit, schriftliche Zeugenaussagen zuzulassen. Auch in ICC-Verfahren ist ein solches Vorgehen anerkannt und praktiziert⁸⁷⁸, wobei sich die Zulässigkeit schriftlicher Zeugenaussagen ebenfalls aus der Anordnung der freien Verfahrensgestaltung nach Art. 15 ICC-SchO ergibt. Selbstverständlich besteht aber mangels Parteivereinbarung oder Anordnung durch das Schiedsgericht nach dem Wortlaut der Schiedsordnungen kein Zwang, schriftliche Zeugenaussagen vorzulegen. Parteien von Schiedsverfahren sollten sich überlegen, ob sie angesichts zu befürchtender Unwahrheiten in schriftlichen Zeugenaussagen überhaupt von dieser Art des Zeugenbeweises Gebrauch machen wollen oder ob nicht lieber auf schriftliche Zeugenaussagen von vornherein verzichtet wird. Jedenfalls sollte Klarheit über die Zulässigkeit und den Beweiswert schriftlicher Zeugenaussagen geschaffen werden. Außerhalb von Fällen, in denen entweder der komplette Ausschluss oder aber die verpflichtende Berücksichtigung schriftlicher Zeugenaussagen gewollt ist, bedarf es nicht zwingend einer Parteivereinbarung. Die bestehende Unsicherheit liegt einzig in dem Punkt, dass unberücksichtigt gebliebene

⁸⁷⁴ Wobei freilich eine ausdrückliche gesetzliche Normierung fehlt, vgl. zum Ganzen Schlosser, SchiedsVZ 2004, S. 225 ff; Wirth, SchiedsVZ 2003, S. 9, 13.

⁸⁷⁵ Zur in den USA üblichen Vorbereitung auf depositions, also der Befragung von Zeugen durch die Gegenseite vor Verfahrensbeginn vgl. Cundiff, S. 29ff; zur allgemeinen Vorbereitung von Zeugen vgl. Oehmke, § 81:5.

⁸⁷⁶ Lachmann, Rn: 810.

⁸⁷⁷ Münch in MüKo, § 1049 ZPO, Rn: 32.

⁸⁷⁸ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 141.

schriftliche Zeugenaussagen zusätzlich mündlich in das Verfahren eingeführt werden müssen. Aus taktischen Gründen könnte es daher angeraten sein, bis zu einer möglichen Klärung dieses Punktes durch Rücksprache mit dem Schiedsgericht auf das Vorlegen schriftlicher Zeugenaussagen zu verzichten, um der Gegenseite nicht unnötig das Befragen der Zeugen anhand bereits bekannter Aussagen zu erleichtern.

Sollten schriftliche Zeugenaussagen nicht ausreichen oder lediglich mündliche Zeugenaussagen als Beweismittel berücksichtigt werden, stellt sich weiter die Frage nach dem Ablauf der Zeugenvernehmung. Fehlen Parteivereinbarungen, ist das Schiedsgericht nach freiem Ermessen befugt, das Verfahren zu gestalten (vgl. Kapitel 6, E). In diesem Falle gilt es, eine Entscheidung entweder zugunsten des eher kontinental-europäischen Vorgehens zu treffen, die Zeugenbefragung also primär in die Hände des Schiedsrichters zu legen, oder aber sich für ein angloamerikanisches Vorgehen zu entscheiden, welches die Zeugenbefragung primär den Anwälten überlässt⁸⁷⁹. Selbst in Verfahren, in denen lediglich Parteien aus civil-law-Staaten teilnehmen, ist die Befragung durch die Parteien, die so genannte „cross-examination“ durchaus üblich, nicht nur weil es bequem für das Schiedsgericht ist, sondern auch, weil der Wissensvorsprung der Parteien zielorientierte Fragen zum Sachverhalt zulässt und der Eindruck von Parteilichkeit des befragenden Schiedsrichters verhindert werden kann⁸⁸⁰. Eine diesbezügliche Regelung besteht zwar nicht, die Anordnung dieses Vorgehens ist aber Teil der Verfahrensgestaltungsfreiheit des Schiedsgerichts.

In welcher Reihenfolge die Parteivertreter Zeugen befragen, ist nicht vorgeschrieben und bleibt daher dem Schiedsauftrag oder der Verfahrensgestaltungsfreiheit des Schiedsgerichts überlassen⁸⁸¹. Anwälte aus civil-law-Staaten haben bei „cross-examinations“ insofern einen strategischen Nachteil, als sie ohne Training in Befragungstechnik diese Situation meistern müssen, während in den USA schon in der Ausbildung großer Wert auf gute Befragungstechniken und Vorbereitung der Zeugen gelegt wird⁸⁸². Die Vorbereitung des Zeugen geht sogar soweit, dass eine Kleiderordnung durch den Anwalt festgelegt wird sowie sein komplettes Erscheinungsbild auf die Situation abgestimmt wird⁸⁸³. Mangelndes Wissen über den Umgang mit Zeugen vor und während des Verfahrens ist durch gebührende Vorbereitung auszugleichen, die aber Kenntnis des geplanten Verfahrens erfordert. Daher ist zumindest im Rahmen des Schiedsauftrages Klarheit zu schaffen.

⁸⁷⁹ Wirth, SchiedsVZ 2003, S. 9, 14.

⁸⁸⁰ Zu einem kurzen Aufriss des Zwecks und der Vorteile der „cross-examination“ vgl. Beechey, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 99 f; Wirth, SchiedsVZ 2003, S. 9, 14.

⁸⁸¹ Eijssvoegel, S. 3, 8; Oehmke, § 99:14.

⁸⁸² Cundiff, S. 29 ff; Oehmke, § 81:5.

⁸⁸³ Oehmke, § 81:6.

Wie sich gezeigt hat, folgt der Zeugenbeweis im internationalen Schiedsverfahren eigenen Spielregeln, die darüber hinaus flexibel und daher kaum vorhersehbar sind. Die AAA-Schiedsordnung überträgt dem Schiedsgericht die Entscheidung über die Zulässigkeit von Zeugenaussagen, die von den Parteien eingeführt werden. Die DIS- und ICC-Schiedsordnung überlassen es dem Gericht, zu entscheiden, ob es Zeugen hören will, wobei diese Entscheidung unabhängig von der Einführung von Zeugen durch die Parteien möglich ist. Im Ergebnis sollen aber in jedem der untersuchten Verfahren sowohl die Parteien als auch des Schiedsgericht die Zeugenvernehmung veranlassen könne – die Parteien auf Antrag an das Schiedsgericht und das Schiedsgericht auf eigene Initiative. Nur die AAA-Schiedsordnung gestattet ausdrücklich schriftliche Zeugenaussagen, aber auch in ICC- und DIS-Verfahren wird von ihrer Zulässigkeit ausgegangen. Insbesondere der Ablauf der Zeugenvernehmung stellt eine hybride Mischung der Verfahren dar, die im common-law und im civil-law zu finden sind⁸⁸⁴. Selbst in Streitigkeiten zwischen Parteien aus civil-law-Staaten ist die Verwendung von common-law-Verfahrenselementen durchaus üblich, weil sie in vielen Situationen durchaus effektiv sind und zur Wahrheitsfindung und damit Akzeptanz des Schiedsspruchs beitragen⁸⁸⁵. Im Allgemeinen verbietet es sich daher, mit einer strikten Erwartung an ein Schiedsverfahren heranzugehen. Vielmehr hängt die konkrete Ausgestaltung vom Einzelfall ab, etwa davon, aus welchen Staaten die Parteien stammen oder ob „fremde“ Verfahrenselemente im konkreten Fall hilfreich sind. Daher reflektieren auch die nationalen Schiedsverfahrensgesetze ebenso wie die Schiedsgerichtsordnungen durch eine geringe Anzahl zwingender Verfahrensvorschriften eine möglichst große Verfahrensfreiheit⁸⁸⁶.

Um Überraschungen zu vermeiden wäre es möglich, bereits in der Schiedsvereinbarung, etwa durch die Einbeziehung der IBA-Rules of Evidence, Vorsorge zu treffen. Auch einzelne Verfahrensvereinbarungen sind vorstellbar und zulässig. So könnte etwa an den Ausschluss eines Kreuzverhörs gedacht werden, um Zeugen zu schonen und so eventuell überhaupt erst ihr Erscheinen zu ermöglichen. Eine einvernehmliche Regelung etwa in den „Terms of Reference“ steht vor dem praktischen Problem, dass beide Seiten überblicken können, welche Verfahrensweise ihnen Vorteile bringt und auf diese Vorteile nicht freiwillig verzichten werden. Gegen eine Aufnahme von Einzelregelungen zum Zeugenbeweis in die Schiedsvereinbarung spricht jedoch wieder die Gefahr einer zu komplexen Schiedsklausel. Daher empfiehlt es sich, die Erwartungen an die Handhabung dieses Beweismittels bei der Formulierung des Schieds-

⁸⁸⁴ Berger, *Arbitration Interactive*, S. 216; Wirth, *SchiedsVZ* 2003, S. 9, 13 ff.

⁸⁸⁵ Wirth, *SchiedsVZ* 2003, S. 9, 11.

⁸⁸⁶ Gottwald, S. 68 ff.

auftrags zu problematisieren, um eine Festlegung des Schiedsgerichts zu erreichen und sich notfalls auf fremde Verfahrenselemente gründlich vorbereiten zu können.

E: Der Urkundenbeweis

I. Problemstellung

Im Zivilverfahren in den USA bedeutet Urkundenbeweis im allgemeinen ein ausuferndes und daher zeit- und kostenintensiven Vorverfahren („pre-trial-discovery“), das durch weit reichende Vorlageanordnungen der Parteien untereinander die notwendigen Beweismittel für ein Verfahren beschaffen soll⁸⁸⁷. Ziel ist die Ermittlung des tatsächlichen geschichtlichen Vorgangs⁸⁸⁸. Im Gegensatz dazu ist der Urkundenbeweis im civil-law durch ein Verbot des Ausforschungsbeweises geprägt, was Vorlageanordnungen im Vergleich zu etwa den USA durch hohe Bestimmtheitsanforderungen an Beweisanträge wesentlich erschwert. Der Urkundenbeweis ist ferner durch den Beibringungsgrundsatz beeinflusst, der, verteilt nach Beweislastregeln, den Parteien die Einführung von Beweisen auferlegt. Die Vorlageanordnung liegt dann in den Händen des Gerichts. Durch das Stützen von Urteilen auf eine eher „formale Wahrheit“ wird im civil law ein Kompromiss zwischen Effizienz und Fairness gesucht⁸⁸⁹.

Wie bereits dargestellt orientieren sich internationale Schiedsverfahren nur in geringem Umfang an nationalen Gerichtsverfahren. Daher stellt sich auch hier wieder die Frage, welchen Rahmen die Schiedsordnungen für den Urkundenbeweis vorgeben und ob Bedarf an darüber hinausgehenden Parteivereinbarungen besteht.

II. Regelungen der Schiedsordnungen

Die Regelungsdichte zum Urkundenbeweis entspricht etwa der zum Zeugenbeweis. Zunächst bestimmen die Schiedsordnungen in Art. 19 Abs. 2 und Abs. 3 AAA-SchO⁸⁹⁰, Art. 27 Abs. 1 DIS-SchO⁸⁹¹ und Art. 20 Abs. 5 ICC-SchO⁸⁹² die grundsätzliche Zulässigkeit des Urkundenbeweises. Art. 19 Abs. 3 AAA-SchO, Art. 27 Abs. 1 DIS-SchO und Art. 20 Abs. 5 ICC-SchO

⁸⁸⁷ Berger, Arbitration Interactive, S. 220.

⁸⁸⁸ Kaufmann-Kohler/Bärtsch, SchiedsVZ 2004, S. 13, 17.

⁸⁸⁹ Kaufmann-Kohler/Bärtsch, SchiedsVZ 2004, S. 13, 17.

⁸⁹⁰ Article 19 AAA-SchO: (2) The tribunal may order a party to deliver to the tribunal and to the other parties a summary of the documents and other evidence which that party intends to present in support of its claim, counterclaim or defense. (3) At any time during the proceedings, the tribunal may order parties to produce other documents, exhibits or other evidence it deems necessary or appropriate.

⁸⁹¹ Article 27 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall establish the facts underlying the dispute. To this end it has the discretion to give directions and, in particular, to hear witnesses and experts and order the production of documents. The arbitral tribunal is not bound by the parties' applications for the admission of evidence.

⁸⁹² Article 20 ICC-SchO: (5) At any time during the proceedings, the Arbitral Tribunal may summon any party to provide additional evidence.

gestatten dem Schiedsgericht, die Vorlage von Urkunden durch jede Partei anzuordnen. Aus der unterschiedlichen Formulierung („produce“ in der AAA-SchO, „production“ in der DIS-SchO, „provide“ in der ICC-SchO) ergeben sich in der Sache keine Unterschiede. Die Möglichkeit eines Beweisantrages wird zwar nicht ausdrücklich angesprochen, ergibt sich aber mittelbar aus der Befugnis des Schiedsgerichts, Beweisanträgen keine Folge zu leisten⁸⁹³. Aussagen über die Gestaltung des Urkundenbeweises fehlen aber zum großen Teil.

Im internationalen Schiedsverfahren wird eine „pre-trial-discovery“ nach US-amerikanischen Verhältnissen meist vermieden⁸⁹⁴. Zwar gewähren die Schiedsordnungen den Schiedsrichtern ein weites Verfahrensermessen, welches auch „pre-trial-discovery“ umfassen kann⁸⁹⁵, dennoch wird davon nur in eingeschränktem Umfang gebrauch gemacht, da insbesondere Zeit- und Kostenaspekte, aber auch die Angst vor „fishing expeditions“⁸⁹⁶ dagegen sprechen. Freilich kann nicht ausgeschlossen werden, dass Schiedsrichter im Einzelfall „discovery“ anordnen. Daher sollten Parteien, die nicht der Gegenseite, sondern (zumindest zur Überprüfung etwaiger Geheimhaltungsinteressen) dem Schiedsgericht Urkunden zu Prüfung vorlegen wollen, eine Schiedsvereinbarung treffen, die „pre-trial-discovery“ ausschließt⁸⁹⁷.

Ein weiterer Punkt, der eng mit der Angst vor Ausforschung im Rahmen der „discovery“ zusammenhängt, betrifft die Frage, wie genau ein Beweisantrag formuliert sein muss, um das Schiedsgericht zu einem Beweisbeschluss zu veranlassen. Da es Ziel des Schiedsverfahrens ist, die Streitigkeit effizient zu erledigen, muss es gegenüber der US-amerikanischen „document production“ eine Einschränkung auf relevante Urkunden vornehmen. Eine unmäßige Papierflut würde das Verfahren unnötig verlängern. Art. 19 Abs. 2 AAA-SchO gestattet dem Schiedsgericht, die Parteien zur Vorlage von Zusammenfassungen („summary“) von Urkunden aufzufordern. Da eine Regelung, die lediglich ein „summary“ der vorzulegenden Urkunden im Sinne einer Aufzählung relevanter Dokumenten dem Schiedsgericht nicht gestatten würde, über deren Relevanz zu entscheiden, wird es sich bei dem „summary“ eher um eine inhaltliche Zusammenfassung handeln. Vergleichbare Regelungen fehlen in der DIS- und

⁸⁹³ Article 16 AAA-SchO: (3) The tribunal may in its discretion direct the order of proof, bifurcate proceedings, exclude cumulative or irrelevant testimony or other evidence, and direct the parties to focus their presentations on issues the decision of which could dispose of all or part of the case.; Article 27 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall establish the facts underlying the dispute. To this end it has the discretion to give directions and, in particular, to hear witnesses and experts and order the production of documents. The arbitral tribunal is not bound by the parties' applications for the admission of evidence.; Article 20 ICC-SchO: (3) The Arbitral Tribunal may decide to hear witnesses, experts appointed by the parties or any other person, in the presence of the parties, or in their absence provided they have been duly summoned.; vgl. im Übrigen Kapitel 10 B.

⁸⁹⁴ Böckstiegel, in: Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, S. 1, 6.

⁸⁹⁵ Art. 19 Abs. 3 AAA-SchO, Art. 27 Abs. 1 DIS-SchO, Art. 20 Abs. 5 ICC-SchO; vgl. weiter Schlosser, Rn: 641.

⁸⁹⁶ Vgl. z.B. Coe, S. 243; Berger, Arbitration Interactive S. 221 f; Derains/Schwartz, S. 261.

⁸⁹⁷ Hierfür bieten sich die IBA-Rules of Evidence an.

ICC-Schiedsordnung. Nachdem das Schiedsgericht im Rahmen der allgemeinen Verfahrensgestaltungsfreiheit Herr über die Beweiserhebung ist und eine Beweisaufnahme unter Zeit- und Kostenaspekten nur hinsichtlich relevanter Tatsachen stattfinden sollte, ergibt sich ein Konkretisierungsbedürfnis schon daraus, dass der Sachvortrag der Parteien die Prüfung der Relevanz vorgesehener Beweismittel ermöglichen soll (vgl. z.B. Kapitel 4, A, IV). Eine über dieses Konkretisierungsbedürfnis hinausgehende Zusammenfassung erscheint nicht nur unnötig, sondern unter Beschleunigungsgesichtspunkten kontraproduktiv. Daher sollte Art. 19 Abs. 2 AAA-SchO nur als Ausdruck der allgemeinen Substantiierungspflicht des Parteivortrags verstanden werden.

Die in Bezug auf Vorlageanordnungen fehlende Zwangsbefugnis von Schiedsgerichten⁸⁹⁸ bedeutet regelmäßig keinen Nachteil, da die unentschuldbare Weigerung, Urkunden vorzulegen, negativ in die Beweiswürdigung einfließen kann⁸⁹⁹ und Parteien so zur Vorlage angehalten werden. Vergleichbar mit der Zulassung von „subpoenas“ zum Zeugenbeweis könnte in einzelnen Verfahren in den USA auch eine Zwangsvorlageanordnung gegen Parteien möglich sein⁹⁰⁰. Geht es um die Vorlageanordnung gegen Dritte, fehlt dem Schiedsgericht ebenfalls jegliche Zwangsbefugnis. Zunächst übertragen die Schiedsordnungen keine Anordnungsbezugnis gegenüber Dritten (es ist nur von Anordnungen gegenüber den Parteien die Rede). Außerdem kann ein privates Schiedsgericht nicht mit staatlichen Gerichten verglichen werden, da eine staatsbürgerliche Pflicht als Zeuge auszusagen nicht gegenüber privaten Gerichten besteht. Daher kann nur mit den oben beschriebenen Nachteilen die Hilfe staatlicher Gerichte in Anspruch genommen werden⁹⁰¹.

Ein weiterer umstrittener Punkt betrifft die Frage, ob gegen Vorlageanordnungen Einwände erhoben werden können. Einmal könnten Geschäftsgeheimnisse aber auch anderweitige Unterlagen, wie z.B. vertrauliche Arzt-Patienten-Kommunikation vor der Kenntnisaufnahme durch Dritte schützenswert erscheinen. Die meisten nationalen Schiedsrechte und institutionellen Schiedsordnungen erwähnen keine generellen Privilegien, die gegen eine Anordnung zur Urkundenvorlage eingewendet werden könnten. Art. 20 Abs. 7 ICC-SchO trifft aber explizit eine Regelung zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und sonstigen vertraulichen Informationen. Eine Entscheidung, ob Informationen vertraulich sind, trifft das Schiedsgericht nach Abwä-

⁸⁹⁸ Ihm gegenüber bestehen keine staatsbürgerlichen Verpflichtungen, derartigen Zwang zu dulden.

⁸⁹⁹ Berger, *Arbitration Interactive*, S. 224; Derains/Schwartz, S. 262; McAllister/Bloom, *Journal of Maritime Law and Commerce* 2003, S. 35, 43; Münch in *MüKo*, § 1049 ZPO, Rn: 38.

⁹⁰⁰ Coe, S. 193 f; vgl. des Weiteren die Ausführungen zu Kapitel 10, D.

⁹⁰¹ Zu „subpoenas“ gegen Dritte vgl. McAllister/ Bloom, *Journal of Maritime Law and Commerce* 2003, S. 35, 46; Coe, S. 281 f; zur Vorlageanordnung gegen Dritte im deutschen Recht vgl. Kaufmann-Kohler/Bärtsch, *SchiedsVZ* 2004, S. 13, 17.

gung der Geheimhaltungsinteressen gegen den Grundsatz des rechtlichen Gehörs⁹⁰². Auch Art. 20 Abs. 6 AAA-SchO trifft dazu eine Regelung, die speziell das „attorney-client privilege“ im Auge hat, wie es dem US-amerikanischen Recht bekannt ist⁹⁰³. Da im internationalen Schiedsverfahren Verunsicherung darüber herrscht, aus welchem Recht solche „privileges“ zu entnehmen sind⁹⁰⁴, empfiehlt sich eine Regelung im Schiedsauftrag.

Im internationalen Schiedsverfahren ist daher wegen des Spannungsverhältnisses zwischen civil-law und common-law damit zu rechnen, dass Parteien mit unterschiedlichen Erwartungen in die Beweiserhebung eintreten. Dennoch ist durch die Schiedsordnungen nicht veranlasst, große Unterschiede in der Sache vorauszusetzen. Jeweils sind die Parteien und das Schiedsgericht zur Beibringung von Urkundenbeweisen berechtigt. Ein pre-trial-discovery ist nach allen Verfahren möglich, sollte keine dementsprechende Parteivereinbarung vorliegen, jedoch wird sie aus Gleichbehandlungsgründen und aus Zeitaspekten häufig unterbleiben. Auch die unterschiedlichen Substanziierungspflichten im nationalen Zivilprozess in civil-law- und common-law-Staaten wirken sich nicht auf das Schiedsverfahren aus. Im Allgemeinen wird ein geringeres Maß an Substanziierung erwartet, als z.B. im deutschen Zivilprozess. Insbesondere die Regelung des Art. 19 Abs. 2 AAA-SchO zeigt aber, dass dennoch ein bestimmtes Maß an Substantiierung zu beachten ist, um fishing expeditions zu verhindern. Unterschiede bestehen aber darin, in wie weit die Schiedsordnungen Urkunden von der Vorlagepflicht ausschließen. Die ICC-Schiedsordnung schützt primär Geschäftsgeheimnisse, während die AAA-Schiedsordnung US-amerikanische „privileges“ im Auge hat. Die DIS-Schiedsordnung schweigt hierzu. Auch hier ist wieder über eine Einbeziehung der IBA-Rules of Evidence nachzudenken, da sie einen fairen Ausgleich zwischen common-law und civil-law im Auge haben⁹⁰⁵.

⁹⁰² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 146 f.

⁹⁰³ AAA Task Force, ADR & The Law 1997, S. 582, 587.

⁹⁰⁴ Die Möglichkeiten reichen vom Verfahrensrecht über zwingend zu beachtendes Recht am Schiedsverfahrensort, dem auf die Schiedsvereinbarung anwendbaren Recht bis zum Recht des Staates, in dem die Beweiserhebung zwangsweise durchzuführen ist, vgl. Kaufmann-Kohler/Bärtsch, SchiedsVZ 2004, S. 13, 19.

⁹⁰⁵ Raeschke-Kessler, Arbitration International, Vol. 18, No. 4, S. 411, 415.

Kapitel 11: Die Beendigung des Erkenntnisverfahrens

Nachdem das Schiedsgericht den Sachverhalt ermittelt hat und die Parteien Gelegenheit hatten, ihre Sicht der Dinge darzulegen, beendet das Schiedsgericht das Erkenntnisverfahren, um zur Beratung über einen Schiedsspruch zu schreiten⁹⁰⁶. Wegen unterschiedlicher Auffassungen von „Wahrheit“ im Sinne von notwendiger Tatsachengrundlage für Entscheidungen im common-law und im civil-law (vgl. Kapitel 10, B) bedarf es verlässlicher Standards für die Parteien, um nicht mit wichtigem Vorbringen ausgeschlossen zu werden. Die Entscheidung, keine weiteren Beweise oder keinen weiteren Parteivortrag zuzulassen, erfolgt im Spannungsverhältnis zwischen Verfahrensbeschleunigung, effektiver Sachverhaltsaufklärung und der Gewährung rechtlichen Gehörs.

Durch die Beendigung des Erkenntnisverfahrens wird den Parteien weiterer Einfluss auf den zugrunde liegenden Sachverhalt und die Überzeugung des Schiedsgerichts abgeschnitten, weshalb darüber nachzudenken ist, unter welchen Voraussetzungen von der Verletzung rechtlichen Gehörs gesprochen werden kann. Da es an weiteren schiedsgerichtlichen Instanzen fehlt, kann der Einwand, rechtliches Gehör wurde nicht gewährt, nur im Aufhebungsverfahren und im Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren geltend gemacht werden. Es ist anerkannt, dass Schiedsgerichte rechtliches Gehör in gleichem Umfang wie staatliche Gerichte zu gewähren haben⁹⁰⁷. Es wird aber z.B. nicht erwartet, dass sämtliche Beweisanträge ihren Niederschlag im Schiedsspruch gefunden haben⁹⁰⁸. Das Übergehen eines Beweisantrages an sich stellt auch nach deutschem Verständnis nicht immer einen Aufhebungsgrund i.S.d. § 1059 Abs. 2 Nr. 1 lit. d ZPO oder einen Grund der Verweigerung der Anerkennung und Vollstreckung gem. § 1061 Abs. 1 ZPO i.V.m. Art. V Abs. 2 lit. b New Yorker Übereinkommen wegen Verletzung des nationalen ordre public in Gestalt des Art. 103 Abs. 1 GG dar⁹⁰⁹. Deshalb müssen im Einzelfall besondere Umstände deutlich machen, dass tatsächliches Vorbringen eines Beteiligten entweder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder bei der Entscheidung nicht erwogen worden ist⁹¹⁰. Eine Entscheidung über die Aufhebung ist darüber hinaus nur mit Blick auf das anwendbare materielle- und Verfahrensrecht möglich⁹¹¹. Die Unsicher-

⁹⁰⁶ Art. 24 AAA-SchO, Art. 31 DIS-SchO, Art. 22 ICC-SchO.

⁹⁰⁷ BGH NJW 1992, S. 2299.

⁹⁰⁸ BVerfGE 5, 22, 24 = NJW 1956, 1026.

⁹⁰⁹ Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 1059 ZPO, Rn: 9.

⁹¹⁰ BVerfGE 65, 293, 295 f.

⁹¹¹ BVerfGE 79, 51, 62 = NJW 1989, 519; BVerfGE 69, 141, 143 = NJW 1985, 1150.

heiten hinsichtlich des anwendbaren Rechts und des Umfangs der Anwendbarkeit können im Ergebnis nur dazu führen, von den Schiedsrichtern eine nach pflichtgemäßem Ermessen „richtige“ Auslegung und Anwendung des Rechts zu verlangen⁹¹².

Art. 31 DIS-SchO⁹¹³ fordert, dass die Parteien nach Überzeugung des Gerichts ausreichend Gelegenheit gehabt haben müssen, ihre Version des Sachverhalts („as to the facts of the case,“) vorzubringen, bevor es zu einer Beendigung kommen kann. Ist das der Fall, kann („may“) das Schiedsgericht eine Frist setzen, nach deren Ablauf neuer Sachvortrag zurückgewiesen werden kann („may reject further pleadings“). Das „kann“ hinsichtlich der Fristsetzung gem. Art. 31 DIS-SchO beinhaltet aber auch die Möglichkeit, ohne Fristsetzung die Beweisaufnahme zu beenden⁹¹⁴. Im Gegensatz zum „Schließen der Verhandlung“ nach § 136 Abs. 4 ZPO wird über eine Fristsetzung den Parteien Gelegenheit gegeben, ihren Sachvortrag zu ergänzen⁹¹⁵. Das Gebot, rechtliches Gehör zu gewähren, wird aber dazu führen, das Erkenntnisverfahren nur dann zu beenden, wenn keine weiteren Beweisanträge zu erwarten sind, weitere Beweisanträge ersichtlich nicht zur Sachverhaltsaufklärung beitragen oder zur Verzögerung gestellt wurden⁹¹⁶. Eine förmliche Benachrichtigung der Parteien ist zwar nicht vorgesehen, allerdings wird eine Beendigung ohne Benachrichtigung der Parteien in den meisten Fällen unzulässig sein. Zwar könnte man meinen, es bedürfe keiner Mitteilung, wenn schon keine Frist benötigt wird. Für die Gewährung rechtlichen Gehörs könne es keinen Unterschied machen, ob die Beendigung der Beweiserhebung sofort ab Kundgabe durch den Schiedsrichter oder ohne Kundgabe eintritt. Den Parteien bleibe in beiden Fällen jeweils keine Zeit mehr, ihren Sachvortrag zu ergänzen. Unterschiede zur fristlosen Beendigung der Beweisaufnahme ergeben sich aber daraus, dass den Parteien keine Möglichkeit gegeben wird, auf die Entscheidung des Schiedsgerichts Einfluss zu nehmen. Daher bietet es sich u.U. an, im Rahmen des Schiedsauftrages eine Verpflichtung des Schiedsgerichts zur Benachrichtigung vom Ende des Erkenntnisverfahrens zu vereinbaren. Eine Klausel könnte unter Anlehnung an die AAA-Schiedsordnung wie folgt lauten:

⁹¹² Aden, NJW 1993, S. 1964, 1965.

⁹¹³ Article 31 DIS-SchO: The arbitral tribunal may, when satisfied that the parties have had sufficient opportunity to present their case, set a time-limit. Upon the expiry of the time-limit, the arbitral tribunal may reject further pleadings by the parties as to the facts of the case.

⁹¹⁴ Ohne Begründung dagegen Aden, Art. 31 DIS-SchO, der auf Art. 22 ICC-SchO Rn: 1 verweist, für die ICC wird aber gerade davon ausgegangen, dass es keiner Frist bedarf, vgl. Craig/Park/Paulsson, S. 135.

⁹¹⁵ Aden, Art. 31 DIS-SchO, Rn: 2.

⁹¹⁶ Redfern/Hunter, para.6-114.

„After asking the parties if they have any further testimony or evidentiary submissions and upon receiving negative replies or if satisfied that the record is complete, the tribunal shall declare the hearings closed.”

Parteivereinbarungen hinsichtlich der Weiterführung der Beweisaufnahme sind, obwohl in der Schiedsordnung nicht genannt, aufgrund der Parteiautonomie ebenfalls zu beachten. Aber auch die (einseitige) Anregung, dass noch relevante Beweise beigebracht werden können, wird nicht missachtet werden. Es ist nämlich davon auszugehen, dass Schiedsgerichte ebenfalls bemüht sind, ihre Entscheidung auf einer umfassenden Tatsachenbasis zu treffen. Nur das entspricht der Verpflichtung, den Sachverhalt zu erforschen. Aus diesem Gesichtspunkt kann bisweilen sogar die Berücksichtigung nachträglicher Beweise bis zum Erlass des Schiedsspruchs erwartet werden⁹¹⁷.

Ebenfalls unter der Voraussetzung, dass die Parteien in den Augen des Schiedsgerichts ausreichend Zeit hatten, ihren Sachverhalt zu präsentieren („a reasonable opportunity to present their cases“), ordnet Art. 22 Abs. 1 ICC-SchO⁹¹⁸ die Beendigung der Beweisaufnahme durch das Schiedsgericht an. Es besteht aber keine Pflicht, zuvor eine Frist für weiteres Parteivorbringen zu setzen⁹¹⁹. Ein Hinweis auf die Beendigung der Beweisaufnahme erfolgt vielmehr durch förmliche Beendigung („shall declare the proceedings closed“), um den Parteien die einvernehmliche Fortsetzung zu ermöglichen. Ausdrücklich wird es dem Schiedsgericht anheim gestellt, nachträgliche Beweise gem. Art. 22 Abs. 1 Satz 2 ICC-SchO zuzulassen, wobei daraus kein Anspruch einer Partei auf Wiedereröffnung der Beweisaufnahme erwachsen soll⁹²⁰. Im Sinne einer lediglich administrativen Regelung verpflichtet Art. 22 Abs. 2 ICC-SchO⁹²¹ das Schiedsgericht, dem Sekretariat einen vorläufigen Termin für die Übermittlung des Entwurfs des Schiedsspruchs an den Gerichtshof zur Bestätigung gemäß Art. 27 ICC-SchO zu nennen. Sinn dieser Regelung ist es, die Schiedsrichter durch diese „Selbstverpflichtung“ zum zügigen Verfassen des Schiedsspruchs anzuhalten⁹²².

⁹¹⁷ Ausführlich dazu Redfern/Hunter, para.6-114.

⁹¹⁸ Article 22 ICC-SchO: (1) When it is satisfied that the parties have had a reasonable opportunity to present their cases, the Arbitral Tribunal shall declare the proceedings closed. Thereafter, no further submission or argument may be made, or evidence produced, unless requested or authorized by the Arbitral Tribunal.

⁹¹⁹ Craig/Park/Paulsson, S. 135.

⁹²⁰ Craig/Park/Paulsson, S. 135.

⁹²¹ Article 22 ICC-SchO: (2) When the Arbitral Tribunal has declared the proceedings closed, it shall indicate to the Secretariat an approximate date by which the draft Award will be submitted to the Court for approval pursuant to Article 27. Any postponement of that date shall be communicated to the Secretariat by the Arbitral Tribunal.

⁹²² Craig/Park/Paulsson, S. 136.

Auch Art. 24 Abs. 1 AAA-SchO⁹²³ überlässt es dem Schiedsgericht, die Beweisaufnahme förmlich für beendet zu erklären („may declare the hearings closed“). Vor dem Hintergrund der Erwartungen in common-law-Staaten, dass der Sachverhalt vollumfänglich aufzuklären ist, wurde die Gewährung rechtlichen Gehörs ausdrücklich auf eine Beteiligung der Parteien bei der Entscheidung über die Beendigung der Beweisaufnahme angelegt („after asking the parties“). Das Schiedsgericht hat also zuvor die Parteien zu fragen, ob sie weitere Beweismittel beibringen wollen. Nur auf negative Antwort hin oder wegen der Überzeugung, dass der Sachverhalt ausreichend ermittelt ist, kann die Beendigung der Beweisaufnahme erklärt werden. Damit ist eine Information der Parteien über die Beendigung des Erkenntnisverfahrens sichergestellt. Das „may“ in Art. 24 Abs. 1 AAA-SchO begründet also nicht die Vermutung, dass das Schiedsgericht das Erkenntnisverfahren ohne Benachrichtigung der Parteien, also im informellen Weg beendet. Allenfalls eine informelle Beendigung des Erkenntnisverfahrens könnte ermöglicht sein, wobei die Parteien aber, wie eben gezeigt, Kenntnis von der Absicht des Schiedsgerichts erhalten. Gemäß Art. 24 Abs. 2 AAA-SchO⁹²⁴ kann das Beweisverfahren auf Antrag der Parteien oder auf Initiative des Schiedsgerichts vor Erlass des Schiedsspruchs wieder eröffnet werden. Unter zwingenden Umständen, etwa eindeutig erkennbarer Ermittlungsdefizite, ist sogar die nachträgliche Zulassung von Beweismitteln nach Erlass des Schiedsspruchs und verbunden mit einer Korrektur desselben möglich⁹²⁵.

Die Regelungen der Schiedsordnungen geben kaum Anlass, von einer unterschiedlichen Handhabung der Beendigung des Verfahrens auszugehen. Zwar wird durch die AAA- und ICC-Schiedsordnung eine förmliche Beendigung des Erkenntnisverfahrens postuliert, Zweck dieser Regelung kann es aber nur sein, den Parteien Einfluss auf den Beendigungszeitpunkt zuzubilligen, was auch durch einfache Unterrichtung, wie sie im DIS-Verfahren zu fordern ist, geschehen kann. Jede der untersuchten Schiedsordnungen stellt es in das Ermessen des Schiedsgerichts, das Erkenntnisverfahren wiederzueröffnen.

Inhaltlich steht für eine Beendigung und eine mögliche Wiedereröffnung die Überzeugung des Schiedsgerichts im Mittelpunkt, den Sachverhalt ausreichend ermittelt zu haben. Da rechtliche Würdigungen, welche zu treffen originäre Aufgabe des Schiedsgerichts ist, nicht durch die Parteien vorgegeben werden können, fragt sich, inwieweit Parteivereinbarungen möglich erscheinen. Da die streitige Entscheidung dem Schiedsgericht übertragen ist, sollten Parteien

⁹²³ Article 24 AAA-SchO: (1) After asking the parties if they have any further testimony or evidentiary submissions and upon receiving negative replies or if satisfied that the record is complete, the tribunal may declare the hearings closed.

⁹²⁴ Article 24 AAA-SchO: (2) The tribunal in its discretion, on its own motion or upon application of a party, may reopen the hearings at any time before the award is made.

⁹²⁵ Oehmke, § 112:3.

nur auf Rahmenbedingungen der Würdigung des Tatsachenvortrags Einfluss nehmen. Für die einvernehmliche Regelung des Streits an sich steht nämlich das Rechtsinstitut des Vergleiches zur Verfügung. Diese Rahmenbedingungen sind aber vor allem das anwendbare materielle Recht und das Verfahrensrecht, worauf die Parteien im Idealfall schon im Rahmen der Schiedsvereinbarung eingehen. Hinsichtlich weiterer Vereinbarungen, z.B. bezüglich der Beweislast und des Beweismaßes sei auf obige Ausführungen verwiesen (vgl. Kapitel 10, B). Weiter könnte erwogen werden, eine Vereinbarung über Fristen zu treffen, die den Parteien verbleiben soll, um noch fehlende Beweismittel herbeizuschaffen. Um Unsicherheiten zu vermeiden, wann nachträgliche Beweismittel zuzulassen sind, könnten des Weiteren „Wiedereinsetzungsregelungen“ getroffen werden. Allerdings ist auch hier wieder auf die Gefahr zu komplexer Schiedsvereinbarungen hinzuweisen, weshalb zu überlegen ist, ob es ausreicht, „Wiedereinsetzungsregelungen“ (etwa für Fälle entschuldigter Säumnis mit einem Vorbringen) in den Schiedsauftrag aufzunehmen oder zumindest in einem frühen Verfahrensstadium über die Auffassungen des Schiedsgerichts informiert zu werden, um den anschließenden Sachvortrag darauf anzupassen.

Kapitel 12: Die Rüge von Verfahrensverstößen

Art. 25 AAA-SchO⁹²⁶, Art. 41 DIS-SchO⁹²⁷ und Art. 33 ICC-SchO⁹²⁸ ordnen unter der Überschrift „Verlust des Rügerechts“, „Waiver“ und „Waiver of Rules“ an, dass Verletzungen bestimmter Vorschriften nicht zu beachten sind, wenn sich die Parteien nicht darauf berufen. Auch wenn der Grundsatz, dass dem Einwilligenden kein Unrecht geschieht („volenti non fit iniuria“), ein Weltrechtsgrundsatz ist⁹²⁹, muss dennoch darüber gesprochen werden, in was eingewilligt werden kann. Es fragt sich also, worauf sich der Verlust des Rügerechts bezieht, in welchen Verfahrensabschnitten dieser Verlust zur Geltung kommt, unter welchen Voraussetzungen dieser Verlust eintritt und in welcher Form und Frist eine Rüge zu erheben ist, um den Verlust des Rügerechts zu vermeiden.

In Art. 41 DIS-SchO und Art. 33 ICC-SchO wird ausdrücklich auf den Verlust des Rügerechts betreffend die Verletzung von Regelungen der institutionellen Schiedsordnung („these Arbitration Rules“ oder „these Rules“) Bezug genommen. Art. 25 AAA-SchO drückt sich insofern nicht eindeutig aus, als er von „... any provision of the rules...“ spricht, muss aber auch in diese Richtung verstanden werden. Zunächst ergibt sich aus dem Sinn und Zweck der Regelung, dass es sich nur um die Verletzung von Verfahrensvorschriften handeln kann, da materiellrechtliche Verstöße erst im Schiedsspruch erkennbar werden und nach dessen Erlass nicht mehr von Fortführung des Verfahrens („proceeds with the arbitration“) gesprochen werden kann. Daher kommen als „rules“ alle verfahrensrechtlichen Anforderungen in Betracht, wozu vor allem die Schiedsordnung der AAA zählt.

Was darüber hinaus mit „rules“ und „...requirement under the rules...“ in Art. 25 AAA-SchO gemeint ist, erklärt sich nicht von selbst. Neben der Missachtung von, durch die Schiedsordnung vorgegebenem Verfahrensrecht, ergeben sich verfahrensrechtliche Anforderungen aus nationalem Verfahrensrecht, parteiautonom bestimmtem Verfahrensrecht und schiedsgerichtlich vorgegebenen Verfahrensweise. Mit besonderer Wachsamkeit ist zunächst der Verlust

⁹²⁶ Article 25 AAA-SchO: A party who knows that any provision of the rules or requirement under the rules has not been complied with, but proceeds with the arbitration without promptly stating an objection in writing thereto, shall be deemed to have waived the right to object.

⁹²⁷ Article 41 DIS-SchO: A party who knows that any provision of these Arbitration Rules or any other agreed requirement under the arbitral procedure has not been complied with and yet proceeds with the arbitration without stating his objection to such non-compliance without undue delay, may not raise that objection later.

⁹²⁸ Article 33 ICC-SchO: A party which proceeds with the arbitration without raising its objection to a failure to comply with any provision of these Rules, or of any other rules applicable to the proceedings, any direction given by the Arbitral Tribunal, or any requirement under the arbitration agreement relating to the constitution of the Arbitral Tribunal, or to the conduct of the proceedings, shall be deemed to have waived its right to object.

⁹²⁹ Aden, Art. 33 ICC-SchO, Rn: 1.

des Rügerechts hinsichtlich solcher Regelungen zu begutachten, die aus nationalen Schiedsverfahrensgesetzen stammen. Die Schiedsordnungen schließen nationales Recht aus, soweit es nicht zwingend ist⁹³⁰. Also bleiben nur mehr zwingende nationale Regelungen übrig. Wie der Name „zwingende“ nationale Regelung aber schon sagt, können diese Regelungen nicht abbedungen werden. Daher kann durch eine Präklusionsvorschrift nicht Disponibilität wieder eingeführt werden⁹³¹. Dies muss insbesondere auch dann gelten, wenn einer Schiedsordnung („...the rules...“) insoweit nicht entsprochen wird, als zwingende nationale Regelungen lediglich wiederholt werden⁹³². Die Inkorporation solcher Regelungen in die Schiedsordnung nimmt ihnen nicht ihren zwingenden Charakter. Daher wird für Art. 41 DIS-SchO und Art. 33 ICC-SchO davon ausgegangen, dass zwingende nationale Vorschriften präklusionsfest sind⁹³³. Diese Auslegung muss auch für Art. 25 AAA-SchO Gültigkeit beanspruchen.

Es verbleiben also Verstöße gegen parteiautonom vereinbarte Verfahrensvorschriften und schiedsgerichtlich gesetztem Verfahrensrecht. Hinsichtlich der letzten Alternative kommen Verstöße vor allem dadurch in Betracht, dass das Schiedsgericht eigene Vorgaben missachtet oder dass eine Partei unmoniert Anordnungen des Schiedsgerichts missachtet⁹³⁴. Art. 41 DIS-SchO bezieht sich nach seinem Wortlaut auf „any other agreed requirement under the arbitral procedure“, worunter die Schiedsvereinbarung, eventuelle Verfahrensvereinbarungen und das schiedsgerichtlich bestimmte Verfahrensrecht zu subsumieren sind⁹³⁵. Die Regelung des Art. 33 ICC-SchO legt fest, dass Verstöße gegen sonstig anwendbares Verfahrensrecht, Verstöße gegen Anordnungen des Schiedsgerichts, Verstöße gegen Konstituierungsregeln oder Regeln zur Durchführung des Verfahrens gerügt werden können. Es sind keine Unterschiede in der Sache zwischen DIS- und ICC-Verfahren zu erwarten, auch wenn die ICC-Schiedsordnung ausführlicher präklusionsfähige Rechtsnormen auflistet. Auch für Art. 25 AAA-SchO ist diese Auslegung geboten, da unter „requirements under the rules“ alle verfahrensrechtlichen Anforderungen verstanden werden können, die nicht zum zwingenden nationalem Recht gehören. Für diese Auffassung spricht auch die sprachliche Verwandtschaft von Art. 25 AAA-SchO mit Art. 4 UNCITRAL-MG, für den die Auslegungsregeln zu Art. 41 DIS-SchO herangezogen werden können⁹³⁶.

Der Verlust des Rügerechts betrifft, soweit zulässig, sowohl das Schiedsverfahren selbst, wie sich aus dem Wortlaut der Regelungen ergibt, als auch eventuelle Aufhebungs- oder Anner-

⁹³⁰ Vgl. Kapitel 6, E, I.

⁹³¹ BT-Drucksache: 13 / 5274, S. 32.

⁹³² Münch in MüKo, § 1027 ZPO, Rn: 4.

⁹³³ Aden Art. 41 DIS-SchO, der auf Art. 33 ICC-SchO verweist, dort insbes. Rn: 3.

⁹³⁴ Münch in MüKo, § 1027 ZPO, Rn: 6.

⁹³⁵ Münch in MüKo, § 1027 ZPO, Rn: 4 ff.

⁹³⁶ Münch in MüKo, § 1027 ZPO, Rn: 1.

kennungs- und Vollstreckungsverfahren⁹³⁷. Diese Konsequenz ist zwar nicht durch den Wortlaut der Regelungen vorgegeben, ergibt sich aber aus dem Sinn und Zweck dieser Verfahren, die der Überprüfung des ordnungsgemäßen Ablaufs des Schiedsverfahrens dienen. Was als ordnungsgemäß bezeichnet werden kann ergibt sich nur mit Blick auf die Schiedsordnungen, die gerade Präklusionsvorschriften enthalten.

Vorraussetzung des Verlusts des Rügerechtes ist, dass der Verletzung von Vorschriften der oben bezeichneten Art von den Parteien nicht entgegengetreten wurde. Der Wortlaut von Art. 25 AAA-SchO, Art. 41 DIS-SchO und Art. 33 ICC-SchO setzt eine rügelose Fortsetzung des Verfahrens voraus. Die deutsche Fassung des Art. 41 DIS-SchO stellt hingegen lediglich auf die unterlassene Rüge ab. Es fragt sich, wie dieser Widerspruch aufzuklären ist. Nach dem Wortlaut von Art. 25 AAA-SchO und Art. 33 ICC-SchO führt das bloße Nichtteilnahme, verbunden mit dem Ablauf einer gewissen (noch näher zu konkretisierenden) Zeit, allein nicht zum Verlust des Rügerechtes, da von „proceeds“ die Rede ist. Untersucht man die Motive, aus denen nicht mehr teilgenommen werden könnte, können sie im Zusammenhang zum Verfahrensfehler stehen oder autonom davon sein. Unterstellt man aber, dass sie mit dem Verfahrensfehler in Zusammenhang steht, etwa weil dem Schiedsgericht die Verfahrensleitung nicht mehr zugetraut wird, kann die Nichtteilnahme verbunden mit Zeitablauf nicht als Rügeverzicht verstanden werden. Es ist nicht ersichtlich, dass die deutsche Fassung des Art. 41 DIS-SchO auf die Hintergründe der Nichtteilnahme abstellen will. Daher spricht vieles dafür, auch für die deutsche Fassung von Art. 41 DIS-SchO für den Verlust des Rügerechtes vorauszusetzen, dass rügelos weiterverhandelt wird. Insoweit stimmen also auch die Voraussetzungen, unter denen von einem Verzicht auf das Rügerecht ausgegangen werden kann, weitgehend überein.

In Art. 25 AAA-SchO und Art. 41 DIS-SchO wird ausdrücklich darauf abgestellt, dass ein Verlust des Rügerechtes nur eintreten kann, wenn der Partei der Mangel bekannt war. Ein solches Wissenselement ist in Art. 33 ICC-SchO zwar nicht festgelegt, wird aber dennoch als Voraussetzung angesehen⁹³⁸. Richtigerweise kann nur gerügt werden, was bekannt ist. Andernfalls könnte nicht von „volenti“ gesprochen werden. Schwierigkeiten wird lediglich der Beweis bringen, dass etwas nicht bekannt war. Eine Partei wird sich beispielsweise schwerlich darauf berufen können, dass ihr ein Verstoß gegen eine selbst gewählte Verfahrensordnung unentdeckt geblieben wäre. Es stellt sich also die Frage, wie mit fahrlässige Unkenntnis umzugehen ist. Zwar könnte man auch hier meinen, dass Tatsachen, die fahrlässig nicht erkannt wurden und damit ebenfalls unbekannt sind, keiner Rüge bedürfen. Erwägenswert wäre

⁹³⁷ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 221.

⁹³⁸ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 220.

aber auch eine Sanktion der fahrlässigen Unkenntnis, da auf diesem Wege eine erhöhte Sorgfalt im Verfahren gewährleistet würde. Ob fahrlässige Unkenntnis schadet, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Für die ICC wird aus der Lückenhaftigkeit der Regelung geschlossen, dass eine Spezifizierung und Anwendung im Ermessen des Schiedsgerichts bzw. eines staatlichen Gerichts liegt⁹³⁹. Bei AAA und DIS liegt es wegen ihres Wortlautes nahe, trotz fahrlässiger Unkenntnis ein späteres Rügerecht vorzubehalten. Da diese Regelungen auf dem UNCITRAL-MG beruhen, das aufgrund der Überlegung, dass eine Sanktionierung fahrlässiger Unkenntnis mehr Probleme bereite als verhindere⁹⁴⁰, darauf verzichtet, ist anzunehmen, dass Gleiches auch in AAA- und DIS-Verfahren gelten soll⁹⁴¹. Zur Klarstellung sollte Rücksprache mit dem Schiedsgericht gehalten werden.

Art. 25 AAA-SchO erwartet von den Parteien, dass sie sich „promptly“ gegen eine Rechtsverletzung wehren. „Promptly“ lässt sich sowohl mit „sofort“ als auch mit „unverzüglich“ übersetzen. Ein Blick in Art. 27 AAA-SchO, der „promptly“ die Anfertigung des Schiedsspruchs anordnet, spricht gegen eine Übersetzung mit „sofort“. Art. 41 DIS-SchO statuiert ebenfalls „Unverzüglichkeit“ als Voraussetzung. Die im deutschen Recht übliche Umschreibung „ohne schuldhaftes Zögern“ korrespondiert mit der englischen Umschreibung „without undue delay“, die übrigens auch im UNCITRAL-MG verwendet wird. Art. 33 ICC-SchO trifft diesbezüglich keine Regelung, geht aber auch nicht von einem fristlosen Rügerecht aus. Als Richtschnur wird die 30-Tages-Frist des Art. 11 Abs. 2 ICC-SchO herangezogen⁹⁴², eine exakte Bestimmung liegt aber wieder in den Händen der Schiedsrichter⁹⁴³. Daher empfiehlt es sich, die Frist, in der ein Verfahrensfehler zu rügen ist, in den Schiedsauftrag aufzunehmen.

DIS und ICC regeln nicht, in welcher Form eine Rüge zu erfolgen hat. Art. 25 AAA-SchO fordert eine schriftliche Rüge. Sollte in DIS- und ICC-Verfahren mündlich gerügt werden, was mangels gegenteiliger Aussagen der Schiedsordnungen möglich sein muss, ist aus Beweisgründen ein Vermerk im Protokoll zu fordern.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, dass lediglich Art. 41 DIS-SchO den Verlust des Rügerechts als Präklusion ausgestaltet, während AAA und ICC von einem fiktiven individuellen Verzicht („...shall be deemed to have waived the right to object.“) sprechen⁹⁴⁴. Dass sich daraus Unterschiede ergeben, muss bezweifelt werden. Problematisch könnte zwar sein, dass nationale Gerichte im Rahmen eines Aufhebungs- oder Anerkennungs- und Vollstreckungs-

⁹³⁹ Craig/Park/Paulsson, S. 181.

⁹⁴⁰ Calavros, S. 35, UN-Doc. A/40/17 zu Art. 4 UNCITRAL-MG.

⁹⁴¹ Vgl. auch Münch in MüKo, § 1027 ZPO, Rn: 8.

⁹⁴² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 220.

⁹⁴³ Craig/Park/Paulsson, S. 181.

⁹⁴⁴ Vgl. auch Münch in MüKo, § 1027 ZPO, Rn: 1.

verfahrens damit befasst werden, weshalb nicht ausgeschlossen werden kann, dass gegen den fiktiven individuellen Verzicht bei AAA und ICC der Beweis des Gegenteils zulässig ist⁹⁴⁵. Praktisch ist jedoch nur schwer ein Grund vorstellbar, der über die bei der AAA tatbestandlich angelegte aber auch im ICC-Verfahren verlangten Unkenntnis hinausgeht und als gegenteilige Tatsache in Frage kommt.

Der Verlust des Rügerechts tritt nach den untersuchten Schiedsordnungen also ein, wenn weiterverhandelt wird, ohne die Verletzung verfahrensrechtlicher Vorschriften zu rügen. Als verfahrensrechtliche Vorschriften kommen die Regelungen der Schiedsordnungen, durch Parteivereinbarung für anwendbar erklärte Verfahrensvorschriften und schiedsrichterlich gesetztes Verfahrensrecht in Betracht. Rügen wegen Verstößen gegen zwingend geregelte nationale Verfahrensvorschriften sind hingegen nicht verzichtbar. Unsicherheiten hinsichtlich der Frist, in der zu rügen ist, ergeben sich aus der Formulierung „promptly“ bei der AAA, „undue delay“ bei der DIS und der Nichterwähnung einer Frist in der ICC-Schiedsordnung. Diese Unsicherheit ist durch Rücksprache mit dem Schiedsgericht aufzuklären. Weiter ist hinsichtlich der Bedeutung fahrlässiger Unkenntnis der Rügegründe eine Klarstellung im Schiedsauftrag wünschenswert.

⁹⁴⁵ Etwa entsprechend § 292 ZPO.

Kapitel 13: Der Schiedsspruch

A: Einführung

Nach Beendigung der Sachverhaltsfeststellung hat das Schiedsgericht, regelmäßig unter Leitung des Vorsitzenden, über den Schiedsspruch (award) zu beraten, abzustimmen und die Entscheidung zu erlassen⁹⁴⁶. Mit dem Schiedsspruch endet das Schiedsverfahren⁹⁴⁷.

Streiterledigung ist die primäre Aufgabe des Schiedsrichters aus dem Schiedsrichtervertrag (vgl. oben Kapitel 2, D, I), der er im Regelfall durch den Erlass eines Schiedsspruchs gerecht wird⁹⁴⁸. Den Schiedsrichter trifft einmal die Pflicht, alle Streitpunkte zu erledigen⁹⁴⁹, andererseits aber nicht über die Schiedsvereinbarung hinauszugehen⁹⁵⁰, da ihm insoweit die Zuständigkeit fehlt.

Der Schiedsspruch sollte den allgemeinen Erwartungen an das Schiedsverfahrens, wie z.B. kurze Verfahrensdauer⁹⁵¹ und hohe Akzeptanz des Schiedsspruchs aufgrund herausragender Kompetenz der Schiedsrichter⁹⁵², vor allem aber den Erwartungen an effektive Streitentscheidung gerecht werden. Sorgfalt darf nicht bedeuten, beiden Parteien durch einen (faulen) Kompromiss gerecht zu werden, sondern dass der Streit sachgerecht beigelegt werden soll⁹⁵³. Wie Art. 35 ICC-SchO sagt, ist zwar jede Anstrengung zu unternehmen, dass der Schiedsspruch vollstreckbar ist. Jedoch ist nicht immer vorherzusehen, in welchem Land um Vollstreckung nachgesucht werden wird, weshalb die Anerkennung und Vollstreckung nach unterschiedlichen Voraussetzungen beurteilt werden könnte⁹⁵⁴. Daher ist ein Schiedsspruch, der allen erdenkbaren Voraussetzungen genügt, wenig praktikabel. Es kann nicht erwartet werden, dass der Schiedsspruch in allen nur erdenklichen nationalen Rechtsordnungen für anerkennungs- und vollstreckungsfähig gehalten wird⁹⁵⁵. Auch wenn vollstreckungsrechtliche Aspekte in den Schiedsordnungen von DIS und AAA unerwähnt bleiben, ist auch dort Streit-

⁹⁴⁶ Lachmann, Rn: 946 ff.

⁹⁴⁷ So ausdrücklich Art. 39 Abs. 1 DIS-SchO, daneben gibt es weitere Beendigungsmöglichkeiten, etwa den Beschluss des Schiedsgerichts oder der Institution, das Verfahren zu beenden, gemäß Art. 39 Abs. 2, 3 DIS-SchO, Gründe für eine anderweitige Beendigung als durch Schiedsspruch sind z.B. ein Vergleich gemäß Art. 29 Abs. 1 AAA-SchO, Art. 32 DIS-SchO, Art. 26 ICC-SchO, die einvernehmliche Verfahrensbeendigung und die Nichtbeteiligung beider Parteien am Verfahren, vgl. Art. 29 Abs. 2 AAA-SchO, Art. 39 Abs. 2, 3 DIS-SchO.

⁹⁴⁸ Schlosser in Stein/Jonas, vor § 1025 ZPO, Rn: 13; Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 220.

⁹⁴⁹ Oehmke, § 115:5.

⁹⁵⁰ Oehmke, § 117:3.

⁹⁵¹ Lionnet, S. 61 ff.

⁹⁵² Schütze/Tscherning/Wais, Rn: 9.

⁹⁵³ Oehmke, § 115:13.

⁹⁵⁴ Zu denken ist etwa an unterschiedliche Auffassungen zum nationalen ordre public.

⁹⁵⁵ Redfern/Hunter, para. 8-03.

erledigung vordringliche Aufgabe aus dem Schiedsrichtervertrag, weshalb auch dort ein Schiedsspruch zu vermeiden ist, von dem von vornherein klar ist, dass ihm die Vollstreckbarkeit versagt werden wird. Zumindest ist aber zu verhindern, dass ein Schiedsspruch sehenden Auges derart falsch gestaltet wird, dass er am Ort des Schiedsverfahrens in einem Aufhebungsverfahren erfolgreich angefochten werden kann. Auch wenn die Hürden für eine Aufhebung zumindest im deutschen Recht relativ hoch gesteckt sind und etwa das Nicht-Berücksichtigen eines Tatsachenvortrags⁹⁵⁶, das Übergehen eines Beweisantrags⁹⁵⁷ oder die Verletzung von Auslegungsregeln⁹⁵⁸ nur unter besonderen Voraussetzungen eine Aufhebung rechtfertigen⁹⁵⁹, empfiehlt sich keine Orientierung an Mindeststandards. Von qualitativ schlechten Schiedssprüchen könnte z.B. nicht erwartet werden, dass die unterliegende Partei die auferlegte Verpflichtung ohne Vollstreckungsverfahren von sich aus erfüllt⁹⁶⁰. Aber selbst wenn der Schiedsspruch nicht auf freiwillige Befolgung angelegt ist, ist er doch Grundlage des Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahrens⁹⁶¹ und daher mit Sorgfalt zu verfassen.

Es ist Aufgabe der Schiedsordnungen, ein Gerüst für die Anfertigung des Schiedsspruchs aufzustellen, welches unter Berücksichtigung der Notwendigkeit von individualisierenden Entscheidungen im Einzelfall dennoch allgemein anerkannte Grundsätze an den Erlass des Schiedsspruchs festlegt. Daher ist im Folgenden zu untersuchen, welche formalen Kriterien durch die Schiedsordnungen an Schiedssprüche gestellt werden. Dabei empfiehlt es sich nicht, mit Blick auf materiellrechtliche Aspekte einen formalen Rahmen vorgeben zu wollen, da es gerade Aufgabe der Schiedsordnungen sein soll, ein praktikables Verfahrensrecht unabhängig von anwendbaren materiellen Recht aufzustellen. Vielmehr ist der Bereich, in dem materielles Recht auf das Verfahren einwirkt (z.B. beweisrechtliche Aspekte die durch das materielle Recht vorgegeben werden) als Variable des Schiedsverfahrens zu handhaben und der sachgerechten Verfahrensleitung des Schiedsgerichts im Einzelfall anzuvertrauen. Unter Aussparung materiellrechtlicher Aspekte ist aber des Weiteren zu fragen, ob Parteivereinbarungen zum Erlass des Schiedsspruchs den durch die Schiedsordnungen gesetzten Rahmen sinnvoll verändern oder ergänzen können.

⁹⁵⁶ BGH, NJW 1992, 2299 f; BayObLG, RPS-Beilage zum BB 2000, Heft 12, S. 16 ff, 18.

⁹⁵⁷ BGH, NJW 1966, S. 549.

⁹⁵⁸ BayObLG, RPS-Beilage zum BB 2000, Heft 12, S. 16 ff.

⁹⁵⁹ Sandroek, BB 2001, S. 2173 ff.

⁹⁶⁰ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 223.

⁹⁶¹ Vgl. Art. I Abs. 1 New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958.

B: Rahmenbedingungen des Schiedsspruchs

I. Beratung und Abstimmung

Schiedssprüche, die von mehr als einem Schiedsrichter zu verfassen sind, sind Ergebnis von Beratungen und Abstimmungen. Zunächst stellt sich daher die Frage, welche Mehrheitsverhältnisse für eine wirksame Entscheidung benötigt werden.

Lediglich Art. 33 Abs. 3 DIS-SchO ordnet an, dass anderweitige Parteivereinbarungen anzuerkennen sind. Zu denken ist etwa an eine Vereinbarung, die Einstimmigkeit festlegt und die wie folgt lauten könnte:

„The award of the arbitral tribunal shall be made unanimously.“

Jedoch sollten Parteien vor einer solchen Vereinbarung kritisch bedenken, dass auf diese Weise Verzögerungen wegen höheren Beratungs- und Abstimmungsbedarfs provoziert werden. Daher ist von einer solchen Vereinbarung abzuraten, sollte nicht ausnahmsweise besonderer Wert auf Akzeptanz der Entscheidung durch alle Parteien gelegt werden. Obwohl nicht ausdrücklich in den Regelungen zum Erlass des Schiedsspruchs erwähnt, ist auch in ICC- und AAA-Verfahren aufgrund der Parteiautonomie der Vorrang von Parteivereinbarung zu berücksichtigen (vgl. Kapitel 6, E).

Art. 26 Abs. 1 AAA-SchO⁹⁶², Art. 33 Abs. 3 DIS-SchO⁹⁶³ und Art. 25 Abs. 1 ICC-SchO⁹⁶⁴ fordern grundsätzlich eine Mehrheitsentscheidung für den Erlass des Schiedsspruchs. Vom Erlass des Schiedsspruchs sind verfahrensleitenden Entscheidungen abzugrenzen, die keine Schiedssprüche in diesem Sinne sind und die meist nach Übertragung dieser Funktion vom Vorsitzenden getroffen werden können (vgl. Kapitel 6, E, II). Im Rahmen der Abstimmung zum Schiedsspruch entstehen Probleme, wenn sich keine Mehrheit finden lässt, wenn also alle Schiedsrichter unterschiedlich votieren, zwei Schiedsrichter unterschiedlich votieren oder wenn nicht alle Schiedsrichter bei der Entscheidung mitwirken. In diesen Fällen hat aufgrund des Mehrheitserfordernisses die Beratung so lange anzudauern, bis ein Ergebnis gefunden

⁹⁶² Article 26 AAA-SchO: (1) When there is more than one arbitrator, any award, decision or ruling of the arbitral tribunal shall be made by a majority of the arbitrators. If any arbitrator fails to sign the award, it shall be accompanied by a statement of the reason for the absence of such signature.

⁹⁶³ Article 33 DIS-SchO: (3) In arbitral proceedings with more than one arbitrator, any decision of the arbitral tribunal shall be made, unless otherwise agreed by the parties, by a majority of all its members.

⁹⁶⁴ Article 25 ICC-SchO: (1) When the Arbitral Tribunal is composed of more than one arbitrator, an Award is given by a majority decision. If there be no majority, the Award shall be made by the chairman of the Arbitral Tribunal alone.

wurde. Gelegentlich kann dies nur über Kompromisse erreicht werden, die nicht immer zu einem sachgerechten Ergebnis führen.

Verweigert ein Schiedsrichter die Mitwirkung, sind immer noch wirksame Mehrheitsentscheidungen möglich. Folgerichtig statuiert Art. 33 Abs. 4 DIS-SchO⁹⁶⁵, dass trotz der Mitwirkungsverweigerung (mehrheitlich) entschieden werden kann. In diesem Falle kann der Erlass des Schiedsspruchs durch den sich weigernden Schiedsrichter auch nicht verhindert werden, da es seiner Unterschrift unter dem Schiedsspruch nicht bedarf. Grundsätzlich wird eine Unterschrift aller Schiedsrichter gefordert⁹⁶⁶. Art. 34 Abs. 1 DIS-SchO fordert aber auf, die Gründe für das Fehlen einer Unterschrift anzugeben, sollte sich ein Schiedsrichter weigern, zu unterschreiben. Die Parteien sollen von der Absicht, ohne den sich weigernden Schiedsrichter einen Schiedsspruch zu erlassen, unterrichtet werden, um ihnen eine Möglichkeit zu geben, auf den sich Weigernden einzuwirken⁹⁶⁷.

Art. 26 Abs. 1 AAA-SchO trifft zwar ebenfalls eine Regelung, wie das Fehlen einer nach dieser Regel grundsätzlich verlangten Unterschrift der Schiedsrichter geheilt werden kann, sagt aber nicht ausdrücklich, wie im Falle der Verweigerung eines Schiedsrichters weiter zu verfahren ist. Da allerdings Mehrheitsentscheidungen genügen, kann die Weigerung eines Schiedsrichters (etwa des durch die unterliegende Partei ernannten Schiedsrichters) nicht dazu führen, dass keine Entscheidung erlassen werden kann. Es ist nicht angeordnet, dass es einer Information der Parteien von der Absicht, ohne den sich weigernden zu entscheiden, bedarf. Wird Wert auf dessen Mitwirkung etwa zu Steigerung der Akzeptanz des Schiedsspruchs gelegt, könnte im Rahmen des Schiedsauftrages eine entsprechende Parteivereinbarung herbeigeführt werden.

Art. 25 Abs. 1 ICC-SchO schlägt einen eigenen, etwas fragwürdigen Weg ein. Zwar werden Mehrheitsentscheidungen im Grundsatz angeordnet, jedoch wird der Vorsitzende ermächtigt, allein zu entscheiden, wenn sich keine Mehrheit finden lässt. Der Vorteil dieser Regelung soll darin liegen, dass faule Kompromisse vermieden werden und Druck auf die übrigen Schiedsrichter ausgeübt wird, sich nicht destruktiv zu verhalten, da sie wissen, dass der Vorsitzende allein entscheiden kann⁹⁶⁸. Damit verbunden ist aber gleichzeitig die Möglichkeit, dass der

⁹⁶⁵ Article 33 DIS-SchO: (4) If an arbitrator refuses to take part in the vote on a decision, the remaining arbitrators may take the decision without him, unless otherwise agreed by the parties. The remaining arbitrators shall decide by majority vote. The parties shall be given advance notice of the intention to make an award without the arbitrator who refuses to participate in the vote. In the case of other decisions, the parties shall be informed subsequent to the decision of the refusal to participate in the vote.

⁹⁶⁶ Article 34 DIS-SchO: (1) The award shall be made in writing and shall be signed by the arbitrator or arbitrators. In arbitral proceedings with more than one arbitrator, the signatures of the majority of all members of the arbitral tribunal shall suffice, provided that the reason for any omitted signature is stated.

⁹⁶⁷ Albers in Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 1052 ZPO, Rn: 7.

⁹⁶⁸ Derains/Schwartz, S. 285.

Vorsitzende keinen Anlass sieht, kompromissbereit zu sein⁹⁶⁹. Auch wenn es in der Praxis meist zu einstimmigen Entscheidungen kommt⁹⁷⁰, ist mit der Möglichkeit einer Entscheidung durch den Vorsitzenden unter anerkennungs- und vollstreckungsrechtlichen Aspekten vorsichtig umzugehen. Obwohl diese Art der Entscheidung durch das in Bezug nehmen der ICC-Schiedsordnung zum Inhalt zu beachtender Parteivereinbarungen gemacht wurde, ist ein Widerspruch zur Vereinbarung eines Dreier-Schiedsgerichts nicht zu leugnen. Daher sollte zumindest eruiert werden, ob Aufhebungsgründe am Ort des Schiedsverfahrens etwa wegen Überschreitung der Schiedsvereinbarung geschaffen werden. Für ICC-Verfahren ist nicht geregelt, wie fehlende, grundsätzlich aber verlangte⁹⁷¹ Unterschriften unter dem Schiedsspruch geheilt werden können. Bei der ICC kann es sich um das Fehlen einer Unterschrift analog den Konstellationen bei AAA und DIS handeln. Es könnte nach dem soeben Gesagten aber auch vorkommen, dass zwei Unterschriften fehlen. Üblicherweise wird auch hier zu begründen sein, warum die fehlenden Unterschriften nicht zu erlangen waren⁹⁷².

Für ICC-Verfahren empfiehlt sich gegebenenfalls eine Parteivereinbarung hinsichtlich einer Abwahl der alleinigen Entscheidungsbefugnis des Vorsitzenden. Da für beide Parteien die Gefahr besteht, dass sich „ihr“ Schiedsrichter nicht an der Entscheidung beteiligt, ist es ausreichend, wenn eine Einigung im Rahmen des Schiedsauftrages erfolgt. Ebenfalls der Schiedsvereinbarung vorbehalten bleiben kann eine Regelung zur Information der Parteien über die Mitwirkungsverweigerung eines oder mehrerer Schiedsrichters.

II. Umfang der Streiterledigung durch den Schiedsspruch

Wie bereits in Kapitel 2, D, I aufgezeigt, wird den Schiedsrichtern in ihrem Schiedsrichtervertrag die (vollumfängliche) Erledigung des Rechtsstreits übertragen. Dem werden sie durch einen inhaltlich vollumfänglichen Schiedsspruch, der überdies in der Sache das letzte Wort beansprucht, gerecht. Daher fordern Art. 27 Abs. 1 AAA-SchO⁹⁷³, Art. 39 Abs. 1 DIS-SchO⁹⁷⁴ und Art. 24 Abs. 1 ICC-SchO⁹⁷⁵, dass ein „final award“ zu erlassen ist. Auf dem Weg

⁹⁶⁹ Aden, Art. 25 ICC-SchO, Rn: 13.

⁹⁷⁰ Derains/Schwartz, S. 285.

⁹⁷¹ Article 27 ICC-SchO: (1) Before signing any Award, the Arbitral Tribunal shall submit it in draft form to the Court. The Court may lay down modifications as to the form of the Award and, without affecting the Arbitral Tribunal's liberty of decision, may also draw its attention to points of substance. No Award shall be rendered by the Arbitral Tribunal until it has been approved by the Court as to its form.

⁹⁷² Vgl. ICC-case No. 2977, 2978 and 3033, 1978; Derains/Schwartz, S. 285.

⁹⁷³ Article 27 AAA-SchO: (1) Awards shall be made in writing, promptly by the tribunal, and shall be final and binding on the parties. The parties undertake to carry out any such award without delay.

⁹⁷⁴ Article 39 DIS-SchO: (1) The arbitral proceedings are terminated by the final award, by an order of the arbitral tribunal pursuant to subsection 2 of this section or by the DIS Secretariat pursuant to subsection 3 of this section.

zu einer endgültigen Entscheidung können aber auch Entscheidungen angezeigt sein, die z.B. im Sinne vorläufiger Subsumtionsschritte Zwischenergebnisse festhalten oder gar über Teile des Klageanspruchs endgültig entscheiden⁹⁷⁶. Im Folgenden soll untersucht werden, welche Art von Schiedssprüchen durch die Schiedsordnungen angesprochen sind und ob es einer Lückenfüllung durch Parteivereinbarung bedarf.

Art. 27 Abs. 1 AAA-SchO sagt ausdrücklich, dass der Schiedsspruch endgültig („final“) zu sein hat, erläutert aber im Übrigen nicht, was unter endgültig zu verstehen ist. In der Sache geht es darum, dass alle Rechte und Pflichten der Parteien in Bezug auf den von der Schiedsvereinbarung umfassten Streit behandelt und abschließend geregelt werden⁹⁷⁷, sei es durch einen Endschiedsspruch in der Sache, sei es durch Unzuständigkeitsentscheidung. Ausgangspunkt für die Beurteilung der Frage, ob endgültig entschieden wurde, sind die gestellten Klageanträge. Dabei begrenzen sie nicht nur „nach unten“ worüber zu entscheiden ist, sondern auch „nach oben“ worüber entschieden werden darf. Art. 33 Abs. 2 DIS-SchO⁹⁷⁸ statuiert diese Antragsbindung ausdrücklich. Für ICC- und AAA-Verfahren ergibt sie sich auch ohne ausdrückliche Anordnung⁹⁷⁹. Die Antragsbindung ist als Pflicht aus dem Schiedsrichtervertrag abzuleiten, der immer mit Blick auf einen konkret zu entscheidenden Sachverhalt abgeschlossen wird. Sowohl Antragsgegner wie Antragssteller haben einen Anspruch darauf, dass nur die übertragenen Kompetenzen wahrgenommen werden, diese aber auch ausgeübt werden müssen. Antragsbindung kann indes nicht so verstanden werden, dass vom Antrag abweichende Entscheidungen unzulässig wären, die sinngemäß mit dem Antrag überein stimmen⁹⁸⁰ und vom Ergebnis der Auslegung des Schiedsauftrages umfasst sind.

In Art. 33 DIS-SchO, der die Formalia des Schiedsspruchs regelt, ist zwar nicht enthalten, dass der Schiedsspruch endgültig zu sein hat, Art. 39 Abs. 1 DIS-SchO ordnet aber an, dass das Schiedsverfahren durch einen endgültigen Schiedsspruch („final award“) beendet werden. Dem entspricht die Anordnung des Art. 24 Abs. 1 ICC-SchO, der Erlassfristen für den endgültigen Schiedsspruch anordnet und damit jedoch sagt, dass ein solcher erwartet wird. Aber

⁹⁷⁵ Article 24 ICC-SchO: (1) The time limit within which the Arbitral Tribunal must render its final Award is six months. Such time limit shall start to run from the date of the last signature by the Arbitral Tribunal or of the parties of the Terms of Reference, or, in the case of application of Article 18(3), the date of the notification to the Arbitral Tribunal by the Secretariat of the approval of the Terms of Reference by the Court.

⁹⁷⁶ Münch in MüKo, § 1056 ZPO, Rn: 4 ff.

⁹⁷⁷ Oehmke, § 117:6.

⁹⁷⁸ Article 33 DIS-SchO: (2) In rendering the award, the arbitral tribunal is bound by the requests for relief made by the parties.

⁹⁷⁹ Aden, Art. 33 DIS-SchO, Rn: 5, Art. 29 ICC-SchO, Rn: 2.

⁹⁸⁰ Aden, Art. 33 DIS-SchO, Rn: 6.

auch ohne ausdrückliche Erwähnung wäre vollumfängliche und endgültige Streiterledigung zu fordern, weil der Schiedsrichter nur so seiner vertraglichen Verpflichtung gerecht wird⁹⁸¹. Auf dem Weg zur endgültigen Streiterledigung können Zwischenschritte zur endgültigen Entscheidung angezeigt sein⁹⁸². Art. 27 Abs. 7 AAA-SchO⁹⁸³ nennt „interim, interlocutory or partial orders and award“. Durch die Differenzierung zwischen „orders“ und „award“ wird deutlich gemacht, dass neben förmlichen Schiedssprüchen („awards“), auf die Art. 27 Abs. 1 AAA-SchO Anwendung findet, auch nicht förmliche Entscheidungen („orders“ zu Zwischenfragen oder abgrenzbaren Teilbereichen ergehen können. Art. 2 ICC-SchO⁹⁸⁴ schreiben fest, dass es neben endgültigen Schiedssprüchen auch Teil- („partial awards“) und Zwischenentscheidungen („interim awards“) geben soll⁹⁸⁵. Einerseits wird immer auf einen förmlichen Schiedsspruch („award“) Bezug genommen, andererseits eröffnet die Formulierung „inter alia“ aber die Möglichkeit, vom aufgezählten Katalog von awards abzuweichen. Sowohl international als auch in den untersuchten Schiedsordnungen herrscht keine Klarheit über die zu verwendenden Begrifflichkeiten. So ist bereits in Art. 27 Abs. 7 AAA-SchO nicht klar, ob mit „interim award“ und „interlocutory award“ unterschiedlichen Entscheidungen gemeint sind. Zwar deutet die einzelne Aufzählung darauf hin, inhaltlich können aber keine Unterschiede ausgemacht werden. Häufig werden die Bezeichnungen Teil- und Zwischenschiedsspruch synonym verwendet, oder verfahrensleitende Entscheidungen als Zwischenschiedsspruch bezeichnet⁹⁸⁶.

Zur Förderung systematischer Klarheit bietet sich, trotz anders lautendem Wortlaut der Schiedsordnungen, eine Differenzierung nach selbständig und nicht selbständig anfechtbaren Entscheidungen an. Auf der Stufe der selbständig anfechtbaren Entscheidungen könnten wiederum solche Entscheidungen, die den Streit der Parteien endgültig erledigen und solchen, die zur endgültigen Streiterledigung weiterer Schiedssprüche bedürfen, unterschieden werden⁹⁸⁷. Zur Klärung von Fragen nach der Anfechtbarkeit von schiedsrichterlichen Entscheidungen bedarf es also im Einzelfall eine Unterredung mit dem Schiedsgericht, welcher Terminologie es zu folgen gedenkt.

⁹⁸¹ Vgl. auch Derains/Schwartz, S. 297.

⁹⁸² In einem ICC-Verfahren (ICC-case no. 5073, 1986) ging es um die Frage, ob eine Zwischenentscheidung zum Anspruchsgrund ergehen kann, um im Nachhinein in zeit- und kosteneffektiver Weise eine endgültige Entscheidung unter Einschluss der Anspruchshöhe erlassen zu können.

⁹⁸³ Article 27 AAA-SchO: (7) In addition to making a final award, the tribunal may make interim, interlocutory or partial orders and awards.

⁹⁸⁴ Article 2 ICC-SchO: In these Rules: (i) "Arbitral Tribunal" includes one or more arbitrators. (ii) "Claimant" includes one or more claimants and "Respondent" includes one or more respondents. (iii) "Award" includes, *inter alia*, an interim, partial or final Award.

⁹⁸⁵ Vgl. auch Derains/Schwartz, S. 36 ff.

⁹⁸⁶ Berger, S. 409 ff.

⁹⁸⁷ Berger, S. 410.

Auch wenn in der DIS-Schiedsordnung nicht ausdrücklich erwähnt, sollen auch dort Zwischenentscheidungen möglich sein. Zunächst gilt es als allgemein anerkannt, dass der Erlass von Zwischen- und Teilschiedssprüche in das Ermessen des Schiedsgerichts gestellt ist⁹⁸⁸. Darüber hinaus kann, ähnlich wie bei den Regelungen der ZPO zum Schiedsverfahren, aus der Verwendung der Worte „final award“ geschlossen werden, dass es auch andere Schiedssprüche gegen muss⁹⁸⁹. Art. 33 DIS-SchO ist dann, weil keine Beschränkung auf „final awards“ vorgesehen ist, auf alle Schiedssprüche anwendbar.

Die Nichterwähnung von Zwischenentscheidungen in der DIS-Schiedsordnung macht eine Klarstellung sowohl über die Möglichkeit des Erlasses als auch über die zu verwendenden Begrifflichkeiten notwendig. Das Schiedsgericht sollte daher auf eigene Initiative oder auf Anregung durch eine Partei darüber Auskunft erteilen, welche Bedeutung es der jeweiligen Entscheidung beimisst, ob sie also selbständig anfechtbar sein soll oder nicht. Für eine solche Aufklärung bietet sich ein möglichst früher Zeitpunkt des Verfahrens an, etwa im Rahmen von vorbereitenden Sitzungen.

III. Zeitlimits

Als einer der wichtigsten Vorteile des Schiedsverfahrens wird immer wieder seine kurze Verfahrensdauer genannt⁹⁹⁰. Ausschlaggebend dafür ist zunächst, dass eine endgültige Entscheidung in einer Instanz erreicht werden kann. Dieser Vorteil kann aber nur gesichert werden, wenn das Verfahren in dieser einen Instanz auch selbst innerhalb kurzer Zeit durchgeführt wird. Sicher hängt der erforderliche Zeitaufwand mit dem konkreten Einzelfall zusammen, weshalb es notwendig ist, den Schiedsrichtern einen gewissen Spielraum für ihre Entscheidungsfindung zu lassen. Andererseits ist darauf zu achten, dass dieser Spielraum nicht dazu verführt, Zeitverzögerungen herbeizuführen. Daher ist es Aufgabe der Schiedsordnungen, dafür zu sorgen, dass die Schiedsrichter in angemessen kurzer Zeit zu einer Entscheidung finden.

Zunächst ist in allen hier behandelten Schiedsordnungen die Anordnung enthalten, dass das Verfahren in möglichst kurzer Zeit durchzuführen sei⁹⁹¹. Art. 27 Abs. 1 AAA-SchO⁹⁹² spricht von „promptly“, womit freilich nicht sofort, sondern eher unverzüglich gemeint sein kann, da dem Schiedsgericht eine Zeitspanne zur Beratung über den Schiedsspruch und sein Verfassen

⁹⁸⁸ Lachmann, Rn: 984 f; Oehmke, § 115:10.5.

⁹⁸⁹ Münch in MüKo, § 1056 ZPO, Rn: 3.

⁹⁹⁰ Vgl. Kapitel 1, A.

⁹⁹¹ Art. 16 Abs. 2 AAA-SchO, Art. 33 Abs. 1 DIS-SchO, Art. 20 Abs. 1 ICC-SchO.

⁹⁹² Article 27 AAA-SchO: (1) Awards shall be made in writing, promptly by the tribunal, and shall be final and binding on the parties. The parties undertake to carry out any such award without delay.

zuzubilligen ist. Art. 33 Abs. 1 DIS-SchO⁹⁹³ ordnet an, dass der Schiedsspruch „within a reasonable period of time“ zu erlassen ist, dem Schiedsgericht also eine angemessene Zeitspanne verbleibt. Vom Wortlaut her ist also im AAA-Verfahren mit einem zügigeren Erlass des Schiedsspruchs zu rechnen. Dagegen legt Art. 24 ICC-SchO⁹⁹⁴ grundsätzlich fest, dass der Schiedsspruch innerhalb von sechs Monaten nach Unterzeichnung der „Terms of Reference“ oder deren Surrogat nach Art. 18 Abs. 3 ICC-SchO zu erlassen ist⁹⁹⁵. Eine entsprechende Regelung durch Parteivereinbarung ist auch bei AAA und DIS zu überdenken. Gefahren ergeben sich nur insoweit, als die Überschreitung solcher Zeitlimits den zu spät erlassenen Schiedsspruch nichtig machen könnte⁹⁹⁶. Art. 24 Abs. 2 ICC-SchO gestattet daher dem Schiedsgerichtshof, entweder auf eigene Initiative oder auf Antrag des Schiedsgerichts, die Frist zu verlängern. Da aus prozesstaktischen Gründen in AAA- und DIS-Verfahren nicht mit einer nachträglichen Parteivereinbarung zur Verlängerung der Frist zu rechnen ist, weil keine Einigung zu erzielen sein wird, ist auf eine Vereinbarung in der Schiedsvereinbarung oder besser im Schiedsauftrag zu achten. Inhalt dieser Vereinbarung sollte sein, dass eine unabhängige, nicht beteiligte Person oder Gruppe von Personen über die Fristverlängerung für den Erlass des Schiedsspruchs entscheidet. Unabhängig sind jedenfalls nicht die Schiedsrichter, deren Honoraranspruch durch die Dauer des Verfahrens betroffen ist. Dies ist zunächst der Fall bei zeitabhängiger Vergütung. Aber auch die Überschreitung von Erlassfristen lässt Ansprüche aus Verzug möglich erscheinen. Daher sollten die Schiedsrichter in dieser Frage nicht in eigener Sache entscheiden.

Da es bei AAA und DIS aber keine unabhängige Entscheidungsinstanz wie den Schiedsgerichtshof der ICC („court“) gibt, fragt sich, wer diese Aufgabe wahrnehmen kann. In AAA-Verfahren könnte diese Aufgabe je nach Kompetenz der „case administrator“ übernehmen. Ob das DIS-Sekretariat zu einer solchen Entscheidung in der Lage ist, sollte zuvor mit ihm abgestimmt werden. Auf jeden Fall käme die Benennung eines unabhängigen Dritten in Frage, freilich mit unerwünschten Kostenfolgen.

⁹⁹³ Article 33 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall conduct the proceedings expeditiously and shall render an award within a reasonable period of time.

⁹⁹⁴ Article 24 ICC-SchO: (1) The time limit within which the Arbitral Tribunal must render its final Award is six months. Such time limit shall start to run from the date of the last signature by the Arbitral Tribunal or of the parties of the Terms of Reference, or, in the case of application of Article 18(3), the date of the notification to the Arbitral Tribunal by the Secretariat of the approval of the Terms of Reference by the Court. (2) The Court may extend this time limit pursuant to a reasoned request from the Arbitral Tribunal or on its own initiative if it decides it is necessary to do so.

⁹⁹⁵ Zu beachten ist der unterschiedliche Weg, den die ICC beim Erlass des Schiedsspruchs einschlägt, vgl. Art. 27 ICC-SchO.

⁹⁹⁶ Oehmke, § 118:7; Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 161 ff.

IV. Die Ausfertigung und Übersendung des Schiedsspruchs

Die Ausfertigung des Schiedsspruchs, also die Herstellung von Urkunden, die vollen Beweis für ihre Echtheit und den Inhalt der Entscheidung erbringen, ist grundsätzlich Aufgabe des Schiedsgerichts, welches die letztendliche Verantwortung für den Schiedsspruch zu tragen hat. Hilfsfunktionen, wie etwa die Übersendung des Schiedsspruchs, können aber der Institution übertragen werden. In Folgenden ist die interne Aufgabenverteilung beim Erlass eines Schiedsspruchs und dessen Übermittlung an die Parteien zu untersuchen.

Gem. Art. 34 Abs. 1 DIS-SchO⁹⁹⁷ hat das Schiedsgericht eine ausreichende Anzahl von Urschriften, also von den Schiedsrichtern unterzeichneten Schiedssprüchen, anzufertigen und gem. Art. 36 Abs. 1 DIS-SchO⁹⁹⁸ an die DIS zu übersenden. Es sind so viele Exemplare einzureichen, dass die Parteien jeweils einen Schiedsspruch erhalten sowie ein zusätzliches Exemplar, das bei der DIS verbleibt. Die Übersendung der Schiedssprüche an die Parteien erfolgt gem. Art. 36 Abs. 2 DIS-SchO⁹⁹⁹ durch die Institution und kann gemäß Art. 36 Abs. 3 DIS-SchO¹⁰⁰⁰ davon abhängig gemacht werden, dass DIS und Schiedsrichter vollständig bezahlt worden sind.

In AAA-Verfahren ist der Schiedsspruch, auch wenn eine Anordnung in der Schiedsordnung fehlt, an den "case administrator" zu übermitteln, bisweilen sogar per Telefon, der wiederum auf Formblättern die notwendige Anzahl von Exemplaren herstellt, die anschließend vom Schiedsgericht zu unterschreiben sind¹⁰⁰¹. Das Schiedsgericht bedient sich also des Administrators zur Ausfertigung, wobei es aber durch seine Unterschrift die letztendliche Verantwortung übernimmt. Gemäß Art. 27 Abs. 5 AAA-SchO¹⁰⁰² hat dann der "case administrator" den Parteien jeweils ein Exemplar des Schiedsspruchs zu übersenden. Obwohl durch den Wortlaut indiziert wird es nicht ausreichen, den Parteien eine Kopie des Schiedsspruchs zukommen zu lassen, da nach Art. V Abs. 1 lit. a New Yorker Übereinkommen beglaubigte Abschriften des Schiedsspruchs dem Antrag auf Anerkennung und Vollstreckung beigelegt werden müssen. Der beglaubigten Abschrift kommt mithin beweisrechtlich die Funktion einer Ausfertigung

⁹⁹⁷ Article 34 DIS-SchO: (1) The award shall be made in writing and shall be signed by the arbitrator or arbitrators. In arbitral proceedings with more than one arbitrator, the signatures of the majority of all members of the arbitral tribunal shall suffice, provided that the reason for any omitted signature is stated.

⁹⁹⁸ Article 36 DIS-SchO: (1) The arbitral tribunal shall provide a sufficient number of originals of the arbitral award. Without undue delay, the DIS Secretariat shall be supplied with one original of the award to keep on file as well as a sufficient number for delivery to the parties.

⁹⁹⁹ Article 36 DIS-SchO: (2) The DIS Secretariat delivers one original of the award to each party.

¹⁰⁰⁰ Article 36 DIS-SchO: (3) Delivery of the award to the parties may be withheld until the costs of the arbitral proceedings have been paid in full to the arbitral tribunal and to the DIS.

¹⁰⁰¹ Oehmke, § 115:4.

¹⁰⁰² Article 27 AAA-SchO: (5) Copies of the award shall be communicated to the parties by the administrator.

zu. Daher ist auf die Zusendung entsprechender Schiedssprüche zu achten, gegebenenfalls durch eine Ergänzung des Administrationsvertrages.

Auffällig ist, dass die Regeln der AAA nicht darauf angelegt sind, die Übersendung des Schiedsspruchs von einer Zahlung der Kosten durch die Parteien abhängig zu machen. Vielmehr erfolgt gemäß Art. 33 Abs. 4 AAA-SchO eine endgültige Abrechnung mit den Parteien, nachdem der Schiedsspruch erlassen wurde. Die Schiedsrichter tragen also das Risiko, dass ihr Honorar und die Auslagen nicht gezahlt werden, weshalb sie zwar nicht durch die Schiedsordnung, aber durch den Administrator aufgefordert werden¹⁰⁰³, durch ausreichende Festsetzung von Kostenvorschüssen Vorsorge zu treffen.

Darüber hinaus hat das Schiedsgericht gemäß Art. 27 Abs. 6 AAA-SchO¹⁰⁰⁴ für eine eventuell notwendige Registrierung des Schiedsspruchs nach dem Recht am Ort des Erlasses zu sorgen¹⁰⁰⁵. Im DIS-Verfahren existiert keine entsprechende Vorschrift und eine solche Pflicht wird daher nicht begründet ist.

Art. 27 ICC-SchO¹⁰⁰⁶ beschreibt einen, vom zuvor dargestellten Vorgehen, abweichenden Weg. Als eine der bedeutendsten Besonderheiten des ICC-Verfahrens sind die Schiedsrichter aufgefordert, zunächst einen Entwurf des Schiedsspruchs zu verfassen und diesen an den Schiedsgerichtshof zur (noch näher zu beschreibenden) Prüfung zu übersenden. Genauer gesagt wird ein Entwurf an das Sekretariat übersandt, wo der zuständige Referent des Sekretariats (u.U. zusammen mit dem Generalsekretär und einem Vertreter des Schiedsgerichtshofes) eine Vorprüfung des awards vornimmt, bevor der Schiedsgerichtshof, je nach Schwierigkeit des Falles, eine endgültige Prüfung im kleinen oder großen Plenum vornimmt¹⁰⁰⁷. Der Schiedsgerichtshof darf Modifikationen hinsichtlich der Form des Schiedsspruchs anordnen. Auf diese Weise wird ein relativ einheitliches Bild von ICC-Schiedssprüchen erzeugt, denen darüber hinaus eine gewisse Gewähr zukommt, dass keine gravierenden formellen Fehler begangen wurden¹⁰⁰⁸. Nach Art. 6 Anhang II zur ICC-Schiedsordnung wird auch überprüft, ob zwingende nationale Vorschriften am Ort des Schiedsverfahrens missachtet wurden. Hinsichtlich sachlicher Bedenken kommt dem Schiedsgerichtshof lediglich ein Hinweisrecht zu. Eine Entscheidungsbefugnis des Schiedsgerichtshofes käme einer unzulässigen Delegation von

¹⁰⁰³ Vgl. Oehmke, § 165:30.

¹⁰⁰⁴ Article 27 AAA-SchO: (6) If the arbitration law of the country where the award is made requires the award to be filed or registered, the tribunal shall comply with such requirement.

¹⁰⁰⁵ So etwa in Brasilien, vgl. Gottwald, S. 95.

¹⁰⁰⁶ Article 27 ICC-SchO: Before signing any Award, the Arbitral Tribunal shall submit it in draft form to the Court. The Court may lay down modifications as to the form of the Award and, without affecting the Arbitral Tribunal's liberty of decision, may also draw its attention to points of substance. No Award shall be rendered by the Arbitral Tribunal until it has been approved by the Court as to its form.

¹⁰⁰⁷ Derains/Schwartz, S. 291 ff.

¹⁰⁰⁸ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 169.

schiedsrichterlichen Aufgaben gleich¹⁰⁰⁹, die zudem auf ein Gremium übertragen wären, das keine Gelegenheit hatte, die Parteien persönlich anzuhören¹⁰¹⁰. Hinweise empfehlen sich z.B. bei Wertungswidersprüchen oder falscher Rechtsanwendung im award. Eine Pflicht, die Ausführungen des Schiedsgerichtshofes zu beachten, besteht nach der Systematik der Norm für das Schiedsgericht allerdings nur hinsichtlich formeller Kritikpunkte. Die Formulierung „without affecting the Arbitral Tribunal’s liberty of decision“ bezieht sich nur auf materiellrechtliche Probleme („points of substance“), weshalb im Umkehrschluss formelle Änderungen das Schiedsgericht binden¹⁰¹¹. Entscheidender Vorteil dieses Vorgehens ist, dass die Wahrscheinlichkeit, einen vollstreckbaren Schiedsspruch zu erlangen, erhöht wird. Einerseits werden die Schiedsrichter wegen der nachfolgenden Kontrolle besondere Sorgfalt bei Abfassung des Schiedsspruchs walten lassen¹⁰¹². Andererseits können inhaltlich und formell falsche Entscheidungen frühzeitig erkannt und korrigiert werden. Nachteile ergeben sich aber aus einer zum Teil erheblichen Verzögerung des Verfahrens¹⁰¹³.

Die Bekanntgabe der Entscheidung erfolgt ebenfalls durch das Sekretariat, wobei eine Übersendung von unterschriebenen Exemplaren an die Parteien von der vollständigen Zahlung der Kosten abhängig gemacht werden soll, Art. 28 Abs. 1 ICC-SchO¹⁰¹⁴. Gemäß Art. 28 Abs. 4 ICC-SchO¹⁰¹⁵ verbleibt ein Original („an original“ nicht „the original“) bei der ICC, was die Vermutung nahe legt, dass auch die an die Parteien übersandten Fassungen als Originale zu betrachten sind. Eine letztendliche Festlegung muss aber nicht erfolgen, da unterschriebene Exemplare an die Parteien versandt werden, die beweisrechtlich einer Ausfertigung entsprechen. Andere Formen der Bekanntmachung sind durch Art. 28 Abs. 3 ICC-SchO¹⁰¹⁶ ausgeschlossen, womit insbesondere einer Registrierung oder Hinterlegung bei staatlichen Stellen eine Absage erteilt wird¹⁰¹⁷. Hinsichtlich sonstiger auf das Schiedsverfahren zwingend anwendbarer Vorschriften (meist formeller Art), sowie einer zwingend angeordneten Hinterle-

¹⁰⁰⁹ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 169 f.

¹⁰¹⁰ Redfern/Hunter, para. 8-100.

¹⁰¹¹ Vgl. auch Derains/Schwartz, S. 289 f.

¹⁰¹² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 171.

¹⁰¹³ Derains/Schwartz, S. 291 f.

¹⁰¹⁴ Article 28 ICC-SchO: (1) Once an Award has been made, the Secretariat shall notify to the parties the text signed by the Arbitral Tribunal, provided always that the costs of the arbitration have been fully paid to the ICC by the parties or by one of them.

¹⁰¹⁵ Article 28 ICC-SchO: (4) An original of each Award made in accordance with the present Rules shall be deposited with the Secretariat.

¹⁰¹⁶ Article 28 ICC-SchO: (3) By virtue of the notification made in accordance with Paragraph 1 of this Article, the parties waive any other form of notification or deposit on the part of the Arbitral Tribunal.

¹⁰¹⁷ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 173.

gung, ist das Schiedsgericht und die Institution zur Unterstützung der Parteien aufgerufen, Art. 28 Abs. 5 ICC-SchO¹⁰¹⁸.

Im Ergebnis sind also unterschiedliche Herangehensweisen an den Erlass des Schiedsspruchs zu verzeichnen. Bei AAA und DIS werden Schiedssprüche unter Federführung der Schiedsrichter abgefasst, unterschrieben und schließlich von der Institution versandt. Nur die DIS macht das Versenden von der Zahlung der Kosten abhängig. In AAA-Verfahren wird das Schiedsgericht zusätzlich aufgefordert, bei der Registrierung des Schiedsspruchs behilflich zu sein. Im ICC-Verfahren wird der Schiedsspruch hingegen unter weitgehender Mitwirkung des Schiedsgerichtshofes verfasst, dem ein formellrechtliches Korrekturrecht und ein materiellrechtliches Hinweisrecht zukommt. Die letztendlich Verantwortung übernehmen aber wieder die Schiedsrichter durch ihre Unterschrift unter den award. Die Versendung des Schiedsspruchs wird durch die Institution übernommen. Sonstige Handlungen, wie etwa eine Registrierung werden in Kooperation von Schiedsgericht und Institution vorgenommen.

In AAA- und DIS-Verfahren fragt es sich, ob Modifikationen an den Schiedsordnungen in der Weise vorgenommen werden sollten, dass eine, dem ICC-Verfahren vergleichbare, Kontrolle des Schiedsspruchs vorgenommen wird. Abgesehen von der Frage, ob bei AAA und DIS adäquate Einrichtungen vorgehalten sind, die eine Aufgabe vergleichbar der des ICC-Schiedsgerichtshofes wahrnehmen können, stellt sich die Frage, ob ein Vorgehen vergleichbar dem der ICC interessengerecht ist. Schließlich hat die Auswahl geeigneter Schiedsrichter gerade den Sinn, für vollstreckbare Schiedssprüche zu sorgen. Jedenfalls wäre aber die nachträgliche Kontrolle des Schiedsspruchs kostenintensiv und mit besonderem Aufwand verbunden. Daher wird eine entsprechende Parteivereinbarung meist unterbleiben. Aber auch die Regelungen der ICC können nicht in der Art abgewandelt werden, dass das Schiedsgericht den Schiedsspruch allein erlässt, da die Beteiligung des Schiedsgerichtshofes zu den wesentlichen, nicht abdingbaren Charakteristika der ICC gehört (vgl. Kapitel 6, E, I).

V. Die Wirkung des Schiedsspruchs

Die Wirkung von Schiedssprüchen ist nur zum Teil durch Schiedsordnungen regelbar. Soweit nationale Zivilprozesse betroffen sind, ist die Wirkung des Schiedsspruchs durch nationale Interessen vorgegeben und unterliegt daher nationalen Regelungen. Die hohe Akzeptanz des New Yorker Übereinkommen sorgt jedoch insoweit für einen gewissen internationalen Entscheidungseinklang. Lediglich zwischen den Beteiligten kann durch Bezugnahme auf eine Schiedsordnung die Wirkung von Schiedssprüchen vertraglich geregelt werden. Daher bleibt

¹⁰¹⁸ Article 28 ICC-SchO: (5) The Arbitral Tribunal and the Secretariat shall assist the parties in complying with whatever further formalities may be necessary.; vgl. weiter Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 174.

zu fragen, welcher Regelungsbereich den Schiedsordnungen tatsächlich verbleibt und ob sie diesen ausschöpfen.

Die Wirkungen eines Schiedsspruchs werden durch Art. 38 DIS-SchO¹⁰¹⁹ im Ergebnis unter gewissen Einschränkungen¹⁰²⁰ denen eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteils gleichgestellt¹⁰²¹. Da diese Regelung jedoch Auswirkungen nicht nur auf die Parteien haben¹⁰²², geht eine solche Anordnung eigentlich über das hinaus, was einer Schiedsordnung zusteht. Für Rechtsordnungen, die einem Schiedsspruch andere Wirkungen zubilligen als die deutsche Rechtsordnung, kann diese Regelung aber zumindest wie eine schuldrechtliche Verpflichtung der Parteien verstanden werden, den Schiedsspruch wie ein rechtskräftiges Urteil zu befolgen¹⁰²³. Art. 28 Abs. 6 ICC-SchO¹⁰²⁴ formuliert folgerichtig etwas vorsichtiger, dass der Schiedsspruch Bindungswirkung unter den Parteien beanspruchen „soll“ und soweit nicht zwingend angeordnet keinen Rechtsmitteln unterliegt¹⁰²⁵. Ebenso ordnet Art. 27 Abs. 1 Satz 1 AAA-SchO¹⁰²⁶ an, dass der Schiedsspruch für die Parteien bindend sein „soll“.

Die aus Art. 38 DIS-SchO hilfsweise abgeleitete schuldrechtliche Bindung der Parteien, den Schiedsspruch zu befolgen, wird in Art. 28 Abs. 6 ICC-SchO und Art. 27 Abs. 1 Satz 2 AAA-SchO ausdrücklich angesprochen und somit durch Bezugnahme auf die Schiedsordnung in der Schiedsvereinbarung vertragliche Pflicht der Parteien, deren Nichtbefolgung Schadensersatzansprüche nach sich ziehen kann¹⁰²⁷.

Festzuhalten ist also, dass die Schiedsordnungen lediglich das Verhältnis der Parteien zueinander im Bezug auf den Schiedsspruch regeln. Die DIS-Schiedsordnung geht, soweit sie weitergehende Folgen anordnet, zumindest in der Formulierung über ihre Kompetenz hinaus.

VI. Haftung der Schiedsrichter und der Institution

Ähnlich wie Richter im nationalen Recht, sind Schiedsrichter vor den Folgen von Fehlentscheidungen zu schützen, um die rechtsprechende Tätigkeit im Schiedsverfahren auf Dauer zu

¹⁰¹⁹ Article 38 DIS-SchO: The award is final and has the same effect between the parties as a final and binding court judgment.

¹⁰²⁰ Lachmann, Rn: 1024 ff.

¹⁰²¹ Lionnet, S. 263.

¹⁰²² Z.B. die Beachtlichkeit im nationalen Zivilprozess auf Einrede.

¹⁰²³ Aden, Art 38 DIS-SchO, Rn: 1.

¹⁰²⁴ Article 28 ICC-SchO: (6) Every Award shall be binding on the parties. By submitting the dispute to arbitration under these Rules, the parties undertake to carry out any Award without delay and shall be deemed to have waived their right to any form of recourse insofar as such waiver can validly be made.

¹⁰²⁵ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 174.

¹⁰²⁶ Article 27 AAA-SchO: (1) Awards shall be made in writing, promptly by the tribunal, and shall be final and binding on the parties. The parties undertake to carry out any such award without delay.

¹⁰²⁷ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 175.

gewährleisten. Daher enthalten die Schiedsordnungen auch weitgehende Regelungen zum Haftungsausschluss.

Art. 44 Abs. 1 DIS-SchO¹⁰²⁸ schließen die Haftung der Schiedsrichter für jede Art von Handlung aus, die im Zusammenhang mit dem Erlass des Schiedsspruchs steht. Lediglich vorsätzliche Pflichtverletzungen berechtigen zum Schadensersatz. Nach Art. 44 Abs. 2 DIS-SchO¹⁰²⁹ sind sowohl die Schiedsrichter als auch die Institution mit all ihren Organen und Mitarbeitern von der Haftung für „any other act or omission“ befreit, solange keine vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzung vorliegt. Im Ergebnis wird also differenziert nach der Haftung der Schiedsrichter für die Entscheidungstätigkeit, die bloß bei vorsätzlichen Pflichtverletzungen in Betracht kommt, und der Haftung der Schiedsrichter und der Institution für sonstiges Handeln, welche bei grober Fahrlässigkeit und Vorsatz eingreift.

Art. 35 AAA-SchO¹⁰³⁰ ordnet einen Haftungsausschluss an, egal ob eine Pflichtverletzung im Zusammenhang mit dem Schiedsspruch oder allgemein mit dem Verfahren steht. Lediglich vorsätzliche Schädigungen sind nicht erfasst („conscious and deliberate wrongdoing“).

Der Haftungsausschluss des Art. 34 ICC-SchO¹⁰³¹ geht über die Anordnungen der AAA und DIS hinaus, indem er sowohl die Schiedsrichter als auch die Institution von jeder Haftung ausnimmt, sogar für vorsätzliche Pflichtverletzungen. Ziel soll es sein, nationalen Gerichten die Möglichkeit zu geben, entsprechend der dortigen Rechtslage die Reichweite der Regelung zu bestimmen und gegebenenfalls einzuschränken¹⁰³².

Parteien könnten überlegen, ob der weitgehende Ausschluss der Haftung zu ihrem Nachteil gereicht. Schon aus rein tatsächlichen Gründen werden Schiedsrichter und Institution bemüht sein, pflichtgemäß zu handeln, um auch in Zukunft für Schiedsverfahren in Frage zu kommen. Letztendlich lässt sich aber niemals ausschließen, dass Fehler gemacht werden. Daher ist zu bezweifeln, dass Institution und Schiedsrichter sich auf eine individualvertragliche Erweiterung ihrer Haftung einlassen werden. Zumindest können aber für eine Haftung für Fahrlässigkeit die festgelegten Honorartabellen und Verwaltungsgebühren nicht gelten, soweit eine solche Haftung nicht in den Gebühren berücksichtigt wurde. Den besten Schutz vor Pflichtver-

¹⁰²⁸ Article 44 DIS-SchO: (1) All liability of an arbitrator for any act in connection with deciding a legal matter is excluded, provided such act does not constitute an intentional breach of duty.

¹⁰²⁹ Article 44 DIS-SchO: (2) All liability of the arbitrators, the DIS, its officers and its employees for any other act or omission in connection with arbitral proceedings is excluded, provided such acts do not constitute an intentional or grossly negligent breach of duty.

¹⁰³⁰ Article 35 AAA-SchO: The members of the tribunal and the administrator shall not be liable to any party for any act or omission in connection with any arbitration conducted under these rules, except that they may be liable for the consequences of conscious and deliberate wrongdoing.

¹⁰³¹ Article 34 ICC-SchO: Neither the arbitrators, nor the Court and its members, nor the ICC and its employees, nor the ICC National Committees shall be liable to any person for any act or omission in connection with the arbitration.

¹⁰³² Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 222.

letungen oder zumindest die Möglichkeit von Schadensersatz bietet die Wahl eines Verfahrens, der Schiedsrichter und Institution einer weitgehenden Haftung unterziehen. Sollten die dortigen Regelungen zum zwingenden nationalen Recht gehören, werden die Regelungen der Schiedsordnungen dem Urteil des nationalen Gerichts nicht zugrunde gelegt.

C: Inhalt des Schiedsspruches

I. Allgemeine Grundsätze

Als Grundlage eines Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahrens bedarf es eines Schiedsspruches, der dem Vollstreckungsgericht einen Einblick in das Verfahren eröffnet. Schiedsrichter könnten auf die Idee kommen, lediglich eine unbegründete Entscheidung oder ein Skelett einer Entscheidungsbegründung zu liefern oder gar nur mündlich zu entscheiden, in der Annahme, der Schiedsspruch sei auf diesem Wege vor Aufhebung geschützt.

Zunächst ist festzuhalten, dass Schiedssprüche nach den hier behandelten Schiedsordnungen schriftlich zu ergehen haben. Ausdrücklich ergibt sich dieses Erfordernis aus Art. 27 Abs. 1 AAA-SchO¹⁰³³ und Art. 34 Abs. 1 DIS-SchO¹⁰³⁴. Für ICC-Verfahren ergibt es sich mittelbar aus den Regelungen zur Unterschrift unter dem award nach Art. 27 ICC-SchO. Im Grundsatz sind die Schiedssprüche des Weiteren von allen Schiedsrichtern zu unterschreiben, Ausnahmen hierzu wurden unter Kapitel 12, B, I dargestellt.

Form und Inhalt eines Schiedsspruches folgen keinen festen Regeln, wie etwa bei einem deutschen Zivilurteil. Vor dem Hintergrund eines durchzuführenden Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahrens ergeben sich einige Erfordernisse, die, zum Teil durch die Schiedsordnung vorgegeben, zum Teil aber nur aus Zweckmäßigkeitserwägungen heraus, zu beachten sind. Im Folgenden wird der Inhalt des Schiedsspruchs unterteilt nach formellen Anforderungen, eigentlicher Entscheidung der Hauptsache und Entscheidung über die Kosten untersucht.

Art. 34 Abs. 2 DIS-SchO¹⁰³⁵ ordnet an, dass der Schiedsspruch die Parteien, ihre Prozessbevollmächtigten und die Namen der Schiedsrichter anzugeben hat. Es wird indes nicht angeordnet, dass das in Form eines Rubrums zu geschehen hat, was jedoch wegen der Übersichtlichkeit zweckmäßig ist. Um Vollstreckbarkeit zu gewährleisten, muss trotz Nichterwähnung

¹⁰³³ Article 27 AAA-SchO: (1) Awards shall be made in writing, promptly by the tribunal, and shall be final and binding on the parties. The parties undertake to carry out any such award without delay.

¹⁰³⁴ Article 34 DIS-SchO: (1) The award shall be made in writing and shall be signed by the arbitrator or arbitrators. In arbitral proceedings with more than one arbitrator, the signatures of the majority of all members of the arbitral tribunal shall suffice, provided that the reason for any omitted signature is stated.

¹⁰³⁵ Article 34 DIS-SchO: (2) The award shall contain full identification of the parties to the arbitral proceedings and their legal representatives and the names of the arbitrators who have rendered the award.

in den Schiedsordnungen bei ICC und AAA¹⁰³⁶ das Gleiche gelten. Einer dahingehenden Parteivereinbarung bedarf es jedoch nicht, da von Schiedsrichter im Allgemeinen erwartet werden kann, dass sie dieses Erfordernis von selbst erfüllen. Über die Korrekturvorschriften zum Schiedsspruch (vgl. Kapitel 12, D) ließen sich dennoch auftretende Fehler beheben.

Der Ort des Schiedsverfahrens erlangt insbesondere als Anwendungsvoraussetzung des New Yorker Übereinkommens besondere Bedeutung. Die Zeit des Erlasses ist, wie z.B. in § 1059 Abs. 3 ZPO, für Aufhebungsanträge von Bedeutung. Im Schiedsspruch sind der Tag, an dem er erlassen wurde, und der Ort des Schiedsverfahrens, wie von den Parteien oder dem Schiedsgericht bestimmt, anzugeben¹⁰³⁷. Art. 34 Abs. 4 Satz 2 DIS-SchO¹⁰³⁸ und Art. 25 Abs. 3 ICC-SchO¹⁰³⁹ ordnen überdies an, dass der angegebene Tag und Ort, als Tag und Ort des Erlasses des Schiedsspruchs gelten sollen. Trotz fehlender Regelungen wird im AAA-Verfahren das Gleiche gelten müssen um sowohl für Aufhebungs-, wie Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren eine Prüfung der dann zuständigen Gerichte zu ermöglichen. Es ist aber zu beachten, dass staatliche Gerichte sich nicht immer gezwungen fühlen, Fiktionen zu Zeit und Ort des Erlasses anzuerkennen¹⁰⁴⁰. Parteien sollten deshalb in eigenem Interesse diese Angaben des Schiedsspruchs kontrollieren und gegebenenfalls verbessern lassen.

Weiter wird gem. Art. 27 Abs. 2 AAA-SchO¹⁰⁴¹, Art. 34 Abs. 4 Satz 1 DIS-SchO und Art. 25 Abs. 3 ICC-SchO von den Schiedsordnungen gefordert, dass der Schiedsspruch zu begründen ist. Da Ziel eines Schiedsverfahrens die Streiterledigung sein soll, ist ein Schiedsspruch in Form eines Entscheidungssatzes zu erwarten. Zwar wird empfohlen, Entscheidungssätze mit Blick auf ihre Vollstreckung dem Tenor staatlicher Gerichtsurteile anzunähern¹⁰⁴², die fehlende Erwähnung eines Entscheidungssatzes in den Schiedsordnungen gibt dem Schiedsgericht allerdings weites Ermessen, wie seine Entscheidung aussehen soll. Nicht erwähnt wird hingegen, in welchem Umfang der Schiedsspruch über den Entscheidungssatz hinaus zu begründen ist. Wie bereits dargelegt, könnten Schiedsrichter auf die Idee kommen, durch eine kurze, nichts sagende Begründung keine Anhaltspunkte für einen Aufhebungsantrag zu bieten. Indes kann ein solches Vorgehen genau das Gegenteil bewirken, nämlich, dass der Schiedsspruch

¹⁰³⁶ Oehmke, § 41:93.

¹⁰³⁷ Art. 27 Abs. 2 AAA-SchO, Art. 34 Abs. 4 Satz 1 DIS-SchO, Art. 25 Abs. 3 ICC-SchO.

¹⁰³⁸ Article 34 DIS-SchO: (4) The award shall state the date on which it was rendered and the place of arbitration as determined in accordance with section 21. The award shall be deemed to have been made on that date and at that place.

¹⁰³⁹ Article 25 ICC-SchO: (3) The Award shall be deemed to be made at the place of the arbitration and on the date stated therein.

¹⁰⁴⁰ House of Lords, *Hiscox v. Outhwaite* (1991), All E.R. 641.

¹⁰⁴¹ Article 27 AAA-SchO: (2) The tribunal shall state the reasons upon which the award is based, unless the parties have agreed that no reasons need be given.

¹⁰⁴² Lachmann, Rn: 990 ff.

wegen Nichtgewährung rechtlichen Gehörs angefochten wird¹⁰⁴³. Darüber hinaus wird eine floskelhafte Begründung nur in den wenigsten Fällen den Namen „Begründung“ verdienen.

Auf eine Begründung kann bei DIS und AAA durch die Parteien verzichtet werden („unless the parties have agreed ...“), bei der ICC ist eine Verzichtsmöglichkeit hingegen fraglich¹⁰⁴⁴. Ein Verzicht auf eine Begründung ist in vielen Fällen aber nicht wünschenswert, um die Deckung der Haftpflichtversicherung nicht zu verlieren¹⁰⁴⁵.

Eine weitere Aufgabe der Schiedsrichter ist es regelmäßig, im award gem. Art. 31 AAA-SchO¹⁰⁴⁶, Art. 35 DIS-SchO¹⁰⁴⁷ und Art. 31 ICC-SchO¹⁰⁴⁸ die Kosten des Schiedsverfahrens festzusetzen und die Kostentragung zu verteilen, soweit keine diesbezügliche Parteivereinbarung vorliegt¹⁰⁴⁹. Welche Rechnungsposten dazu gehören und wie ihre Höhe zu bestimmen ist, wurde bereits oben in Kapitel 4, D abgehandelt. Daher sei hier lediglich auf die Art der Kostenfestsetzung im Schiedsspruch hingewiesen. Zur Darstellung der Kostenfestsetzung eignet sich als Ausgangspunkt die Regelung des Art. 35 DIS-SchO, da dort, wie aus dem deutschen Zivilprozess bekannt, zwischen Quotelung und konkreter Summenfestlegung unterschieden wird¹⁰⁵⁰. Nach Art. 35 Abs. 1, 2 DIS-SchO hat das Schiedsgericht im Schiedsspruch über die Kostentragung zu entscheiden, wobei im Regelfall die unterliegende Partei die Kos-

¹⁰⁴³ Lachmann, Rn: 1016 f.

¹⁰⁴⁴ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 164.

¹⁰⁴⁵ Lionnet, S. 259.

¹⁰⁴⁶ Article 31 AAA-SchO: The tribunal shall fix the costs of arbitration in its award. The tribunal may apportion such costs among the parties if it determines that such apportionment is reasonable, taking into account the circumstances of the case. Such costs may include: (a) the fees and expenses of the arbitrators; (b) the costs of assistance required by the tribunal, including its experts; (c) the fees and expenses of the administrator; (d) the reasonable costs for legal representation of a successful party; and (e) any such costs incurred in connection with an application for interim or emergency relief pursuant to Article 21.

¹⁰⁴⁷ Article 35 DIS-SchO: (1) Unless otherwise agreed by the parties, the arbitral tribunal shall also decide in the arbitral award which party is to bear the costs of the arbitral proceedings, including those costs incurred by the parties and which were necessary for the proper pursuit of their claim or defence. (2) In principle, the unsuccessful party shall bear the costs of the arbitral proceedings. The arbitral tribunal may, taking into consideration the circumstances of the case, and in particular where each party is partly successful and partly unsuccessful, order each party to bear his own costs or apportion the costs between the parties. (3) To the extent that the costs of the arbitral proceedings have been fixed, the arbitral tribunal shall also decide on the amount to be borne by each party. If the costs have not been fixed or if they can be fixed only once the arbitral proceedings are terminated, the decision shall be taken by means of a separate award. (4) Subsections 1, 2 and 3 of this section apply mutatis mutandis where the proceedings have been terminated without an arbitral award, provided the parties have not reached an agreement on the costs.

¹⁰⁴⁸ Article 31 ICC-SchO: The costs of the arbitration shall include the fees and expenses of the arbitrators and the ICC administrative expenses fixed by the Court, in accordance with the scale in force at the time of the commencement of the arbitral proceedings, as well as the fees and expenses of any experts appointed by the Arbitral Tribunal and the reasonable legal and other costs incurred by the parties for the arbitration. (2) The Court may fix the fees of the arbitrators at a figure higher or lower than that which would result from the application of the relevant scale should this be deemed necessary due to the exceptional circumstances of the case. Decisions on costs other than those fixed by the Court may be taken by the Arbitral Tribunal at any time during the proceedings. (3) The final Award shall fix the costs of the arbitration and decide which of the parties shall bear them or in what proportion they shall be borne by the parties.

¹⁰⁴⁹ Münch in MüKo, § 1057 ZPO, Rn: 7.

¹⁰⁵⁰ Münch in MüKo, § 1057 ZPO, Rn: 7, 8.

ten zu tragen hat. Unter Berücksichtigung des Einzelfalls, insbesondere bei teilweiseem Obsiegen und Unterliegen, kann aber auch die Aufhebung der Kosten oder Kostenteilung angeordnet werden. Damit entspricht die Quotelung den Regelungen der §§ 91 ff ZPO¹⁰⁵¹. Nach Art. 35 Abs. 3 DIS-SchO muss das Schiedsgericht weiter die betragsmäßige Kostenfestsetzung vornehmen und die Summe entsprechend der ermittelten Quote verteilen¹⁰⁵². Bedenklich muss die Festsetzung der Kosten im Hinblick auf das Schiedsrichterhonorar erscheinen. Durch die Befugnis, das Honorar festzusetzen, wird der Schiedsrichter quasi Richter in eigener Sache¹⁰⁵³. Zwar könnte man meinen, die Festsetzung von Honoraren im Anhang zur Schiedsordnung gebe feste Größen der Honorare vor, weshalb kein Schiedsspruch in eigener Sache vorliege. Da es sich jedoch nicht immer um eine bezifferte Klage handeln muss (etwa Gestaltungs- oder Feststellungsklagen) und den Schiedsrichtern nach Art. 40 Abs. 2 DIS-SchO die Festlegung des Streitwertes obliegt, werden sie doch wieder zu Richtern in eigener Sache. Da durch die DIS kein Kontrollsystem der Honorare in die Schiedsordnung implementiert wurde, ist der einzige Ausweg eine nachträgliche Überprüfung der Kostenentscheidung im Aufhebungsverfahren¹⁰⁵⁴. Beurteilungsmaßstab muss die korrekte Ausübung des „pflichtgemäßen Ermessens“ nach Art. 40 Abs. 2 DIS-SchO bei Festlegung des Streitwertes sein, welches sich an objektiven Standards, z.B. an §§ 3-9 ZPO, orientieren muss¹⁰⁵⁵.

Art. 31 Abs. 3 ICC-SchO ordnet an, dass eine Quoten- und Summenentscheidung zu ergehen hat. Auch die Möglichkeit der Kosten(ver)teilung ist angesprochen, ohne sie jedoch weiter zu konkretisieren. Um zu verhindern, dass der Eindruck entsteht, die Schiedsrichter könnten selbst über ihre Honorare verfügen, ordnet Art. 31 Abs. 2 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 Anhang III zur ICC-Schiedsordnung an, dass die Schiedsrichterhonorare durch den Schiedsgerichtshof festgesetzt werden. Dies erfolgt im bereits beschriebenen Verfahren der Bestätigung des Schiedsspruchs durch den Schiedsgerichtshof gemäß Art. 27 ICC-SchO¹⁰⁵⁶.

Art. 31 AAA-SchO ordnet ebenfalls die Festsetzung der Kosten im Schiedsspruch an. Auch dort ist eine Kosten(ver)teilung angeordnet, die im Ermessen des Schiedsgerichts liegen soll¹⁰⁵⁷. Da in AAA-Verfahren eine zeitabhängige Honorierung der Schiedsrichter erfolgt und die Parteien diesen Punkt bereits bei Abschluss des Schiedsrichtervertrages klären, also die Höhe des Honorars nur noch aus Multiplikation des Zeitaufwandes mit dem vereinbarten Ho-

¹⁰⁵¹ Aden, Art 35 DIS-SchO, Rn: 5.

¹⁰⁵² Münch in MüKo, § 1057 ZPO, Rn: 8.

¹⁰⁵³ Münch in MüKo, § 1057 ZPO, Rn: 8.

¹⁰⁵⁴ Schwab/Walter, Kap. 33, Rn: 15.

¹⁰⁵⁵ Aden, Art 35 DIS-SchO, Rn: 5.

¹⁰⁵⁶ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 209.

¹⁰⁵⁷ Smith, Dispute Resolution Journal 2001, S. 30, 32.

norar erfolgt, entscheiden die Schiedsrichter nicht in eigener Sache. Unsicherheiten über den tatsächlichen Aufwand verbleiben freilich.

Festzuhalten bleibt, dass die Schiedsordnungen den wesentlichen Inhalt der Schiedssprüche regeln. Darüber hinausgehende Parteivereinbarungen scheinen nicht notwendig, solange nicht besonderen Anforderungen an den Schiedsspruch genügt werden soll.

II. Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut

Art. 32 Abs. 1 DIS-SchO¹⁰⁵⁸ fordert das Schiedsgericht auf, jederzeit auf eine einvernehmliche Lösung des Rechtsstreits oder einzelner Streitpunkte hinzuwirken¹⁰⁵⁹. Durch die Formulierung „should“ und das beinahe wörtliche Übernehmen der Regelung des § 279 Abs. 1 Satz 1 ZPO wird eine Verpflichtung des Schiedsgerichts zur Durchführung von Vergleichsverhandlungen nahe gelegt. Von einer derartigen Verpflichtung auszugehen, erscheint aber zweifelhaft angesichts der Tatsache, dass die Schiedsvereinbarung das Schiedsgericht gerade zur Rechtsprechung berufen will. Obwohl einer Schiedsvereinbarung eine gewisse Vergleichsbereitschaft der Parteien innewohnt, kann nicht allgemein davon ausgegangen werden, dass es vom Auftrag an die Schiedsrichter umfasst sein soll, Güte- und Vergleichsverhandlungen durchzuführen¹⁰⁶⁰. Jedenfalls dürfen Vergleichsbemühungen nicht den eigentlichen Auftrag zur Entscheidung des Rechtsstreits verdrängen. Schon um dem Eindruck von Voreingenommenheit zu begegnen, wird das Schiedsgericht entweder nur geringen Aufwand in diese Richtung betreiben oder aber gleich einen Schiedsspruch nach Art. 33 Abs. 1 DIS-SchO erlassen, wenn es schon in der Lage ist, einen Vorschlag zur Einigung über den Streit zu unterbreiten¹⁰⁶¹. Im letztgenannten Fall wäre es sogar verfahrensfehlerhaft, den Parteien eine Entscheidung zu verweigern¹⁰⁶². Daher liegt es nahe, „should“ lediglich als Ausdruck eines eingeschränkten Ermessens zu betrachten, jedoch nicht als feststehende Verpflichtung. Dennoch nimmt die DIS-Schiedsordnung mit dieser Regelung eine Sonderstellung ein. Die Schiedsordnungen der ICC und AAA äußern sich nicht zu einer „Pflicht“ der Schiedsrichter, auf einvernehmliche Streitbeilegung hinzuwirken. Letztendlich ist die Durchführung oder Nichtdurchführung des Schiedsverfahrens auch eine Frage, die von den Parteien zu entscheiden ist. Daher ist nicht zu erwarten, dass die fehlende Erwähnung einer solchen Anordnung in den

¹⁰⁵⁸ Article 32 DIS-SchO: (1) At every stage of the proceedings, the arbitral tribunal should seek to encourage an amicable settlement of the dispute or of individual issues in dispute.

¹⁰⁵⁹ Die im AAA-Verfahren angebotene Mediation durch die Institution (vgl. Kapitel 3, C) ist funktional anders und daher nicht vergleichbar.

¹⁰⁶⁰ Sanders, Yearbook of Commercial Arbitration Volume II, 1977, S. 15 f.

¹⁰⁶¹ Aden, Art. 32 DIS-SchO, Rn: 1ff.

¹⁰⁶² Aden, Art. 32 DIS-SchO, Rn: 3.

Schiedsordnungen der ICC und AAA zu Unterschieden in den Verfahren führen wird, da auch im DIS-Verfahren kein Zwang für die Parteien besteht, sich zu vergleichen.

Besteht aber Vergleichsbereitschaft, kann es auch im Schiedsverfahren zu einem Vergleich der Parteien vor Erlass des Schiedsspruchs kommen, der die Fortsetzung des Schiedsverfahrens unter streiterledigenden Gesichtspunkten überflüssig macht. Es stellt sich dann die Frage, welche Auswirkungen der Vergleich auf das Schiedsverfahren und die spätere Vollstreckung aus dem Vergleich hat.

Da der Vergleich, ebenso wie das Schiedsverfahren selbst, privatrechtlicher Natur ist, steht die Fortführung des Schiedsverfahrens zur Disposition der Parteien. Sie sind frei, das Verfahren jederzeit einvernehmlich zu beenden¹⁰⁶³. Den Schiedsordnungen steht also nicht zu, über die Beendigung des Verfahrens zu bestimmen. Art. 29 Abs. 1 Satz 1 AAA-SchO¹⁰⁶⁴ und Art. 32 Abs. 2 Satz 1 DIS-SchO¹⁰⁶⁵ ordnen an, dass das Schiedsverfahren im Falle eines Vergleiches das Verfahren beenden solle („shall“). Diese Anordnung ist aber, vergleichbar mit der Auslegung von § 1053 ZPO, nicht als selbständige Verpflichtung zur Verfahrensbeendigung zu sehen¹⁰⁶⁶. Wie bereits gesagt, wäre das Schiedsgericht nicht in der Lage, das Verfahren gegen den Willen der Parteien fortzusetzen. Bei Erledigung der Sache durch Vergleich ist das Schiedsgericht also verpflichtet, das Verfahren zu beenden. Eine Anordnung der Verfahrensbeendigung innerhalb von Art. 26 ICC-SchO¹⁰⁶⁷ konnte daher mit Recht unterbleiben.

Dagegen gewinnt der vollstreckungsrechtliche Gesichtspunkt zentrale Bedeutung, da eine privatrechtliche Vergleichsurkunde zwar als Beweismittel in einem nationalen Zivilprozess eingesetzt werden kann, diese Urkunde im Allgemeinen¹⁰⁶⁸ jedoch nicht vollstreckbar ist oder für vollstreckbar erklärt werden kann¹⁰⁶⁹. Daher ist es Aufgabe einer Schiedsordnung, die Parteiinteressen im Auge hat, den Parteien bei der Niederlegung des Vergleiches in einer Weise zu assistieren, die Vollstreckbarkeit vergleichbar der eines Schiedsspruchs gewährleistet. Diesem Erfordernis wird im Allgemeinen ein Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut

¹⁰⁶³ Lachmann, Rn: 1157.

¹⁰⁶⁴ Article 29 AAA-SchO: (1) If the parties settle the dispute before an award is made, the tribunal shall terminate the arbitration and, if requested by all parties, may record the settlement in the form of an award on agreed terms. The tribunal is not obliged to give reasons for such an award.

¹⁰⁶⁵ Article 32 DIS-SchO: (2) If, during arbitral proceedings, the parties settle the dispute, the arbitral tribunal shall terminate the proceedings. If requested by the parties, the arbitral tribunal shall record the settlement in the form of an arbitral award on agreed terms, unless the contents of the settlement are in violation of public policy (ordre public).

¹⁰⁶⁶ Münch in MüKo, § 1053 ZPO, Rn: 16 ff.

¹⁰⁶⁷ Article 26 ICC-SchO: If the parties reach a settlement after the file has been transmitted to the Arbitral Tribunal in accordance with Article 13, the settlement shall be recorded in the form of an Award made by consent of the parties if so requested by the parties and if the Arbitral Tribunal agrees to do so.

¹⁰⁶⁸ Abgesehen von der im deutschen Recht bestehenden Möglichkeit des vollstreckbaren Anwaltsvergleiches nach §§ 796 a, 796 b, 796 c, 794 ZPO, der aber zunächst durch das Prozessgericht oder einen Notar für vollstreckbar erklärt werden muss.

¹⁰⁶⁹ Aden, Art. 26 ICC-SchO, Rn: 1ff.

gerecht, der, soweit ersichtlich, von allen nationalen Rechtsordnungen wie ein normaler Schiedsspruch anerkannt wird¹⁰⁷⁰. Technisch wird der Vergleich also in einen Schiedsspruch übernommen, da er „in the form of an award“ niedergelegt wird.

Es ist jedoch auf die Gefahr hinzuweisen, dass ein staatliches Gericht, bei dem um Vollstreckung nachgesucht wird, einen solchen Schiedsspruch nicht als streitentscheidend auffasst, da ja nicht das Schiedsgericht, sondern die Parteien den Streit entschieden haben, und so die Vollstreckung z.B. mit Hinweis auf den nationalen ordre public versagt wird¹⁰⁷¹. Jedoch wird in den meisten Fällen zumindest insoweit eine Streitentscheidung anzunehmen sein, als noch über Kosten des Schiedsverfahrens zu entscheiden ist. Im Allgemeinen wird nicht anzunehmen sein, dass die Parteien den kostenintensiven Weg des Schiedsverfahrens wählen¹⁰⁷², wenn nicht irgendein Streit zugrunde liegt¹⁰⁷³. Sollte also dem Erlass eines Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut nicht die zu befürchtende Verweigerung der Vollstreckung, z.B. wegen Verletzung des nationalen ordre public¹⁰⁷⁴ entgegenstehen, ist mit seinem Erlass zu rechnen.

Die Bestimmung der Wirkungen dieses Schiedsspruchs in Art. 32 Abs. 3 Satz 2 DIS-SchO¹⁰⁷⁵ erscheint dagegen überflüssig, da seine Anerkennung eine Frage ist, die die nationalen Rechtsordnungen für sich entscheiden können.

Gem. Art. 32 Abs. 2 DIS-SchO und Art. 26 ICC-SchO ist tatbestandliche Voraussetzung eines Schiedsspruchs mit vereinbartem Wortlaut, dass das Schiedsverfahren bereits begonnen wurde. Fällt die Einigung in den Zeitraum vor Beginn des Schiedsverfahrens, ist zu beachten, dass es in einer Reihe von Rechtssystemen nicht möglich ist, noch ein Schiedsverfahren anzustrengen¹⁰⁷⁶. Jedenfalls ist ein Schiedsverfahren nicht der billigste Weg, zu einer vollstreckbaren Urkunde zu kommen. Art. 29 AAA-SchO lässt die Auslegung zu, dass eine Vergleich und damit eine Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut auch vor Beginn des Schiedsverfahrens („before an award is made“) möglich ist. Aus zuvor genannten Gründen sind an der Sinnhaftigkeit eines solchen Vorgehens Zweifel geboten. Ausgeschlossen erscheint es jedoch nach der AAA-Schiedsordnung nicht.

In allen drei Schiedsordnungen kommt ein Vergleich nach Erlass des Schiedsspruches nicht in Betracht. In diesem Falle ist das Verfahren abgeschlossen und die Schiedsrichter haben ihre

¹⁰⁷⁰ Schlosser, Rn: 674.

¹⁰⁷¹ Lörcher, BB 2000, S. 2 ff; Schwab/Walter, Kap. 30, Rn: 40.

¹⁰⁷² Z.B. im Vergleich zu einem, von einem Notar nach § 794 ZPO beurkundeten Vergleich.

¹⁰⁷³ Lörcher, BB 2000, S. 2, 3.

¹⁰⁷⁴ So ausdrücklich Art. 32 Abs. 2 Satz 2 DIS-SchO hinsichtlich des Inhalts des Vergleichs.

¹⁰⁷⁵ Article 32 DIS-SchO: (3) An award on agreed terms shall be made in accordance with section 34 and shall state that it is an award. Such an award has the same effect as any other award on the merits of the case.

¹⁰⁷⁶ Lörcher, BB 2000, S. 2, 3.

vertragliche Verpflichtung erfüllt. Daher wird nur der Vergleich nach Beginn des Schiedsverfahrens bis zum Erlass des Schiedsspruchs erfasst.

Art. 26 ICC-SchO, Art. 32 Abs. 2 DIS-SchO und Art. 29 Abs. 1 AAA-SchO fordern einen Antrag der Parteien auf Erlass eines Schiedsspruchs mit vereinbartem Wortlaut („if requested by the parties“).

Darüber hinaus fordert Art. 32 Abs. 1 DIS-SchO, der beinahe wortgleich mit § 1053 ZPO übereinstimmt, dass der Inhalt des Vergleichs nicht ordre public-widrig sein darf. Im Endeffekt läuft die Kontrolle des Parteivergleichs auf eine Überprüfung am Maßstab der Aufhebungsbestimmungen am Ort des Schiedsverfahrens hinaus¹⁰⁷⁷. Der Kontrollmaßstab ist damit im Vergleich zur AAA und ICC erheblich eingeschränkt, da dort die Entscheidung, ob ein solcher Schiedsspruch erlassen wird, nicht an eine ordre public Kontrolle geknüpft wird, sondern allgemein in dessen Ermessen gestellt wird („may“ in der AAA-Schiedsordnung, „if the Arbitral Tribunal agrees to do so“ in der ICC-Schiedsordnung). Es ist also von einem unterschiedlichen Kontrollmaßstab auszugehen. Ziel der Kontrolle überhaupt ist es, sicherzustellen, dass keine gesetzeswidrigen Vergleichsregelungen getroffen oder Grundsätze eines fairen Verfahrens verletzt werden¹⁰⁷⁸. Liegen diese Voraussetzungen jedoch vor, ist („shall“) ein Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut zu erlassen.

Art. 29 AAA-SchO ist vom Wortlaut her weiter gefasst, wenn das Schiedsgericht einen Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut erlassen darf („may“). Das Schiedsgericht ist also frei in seiner Entscheidung. AAA-Schiedsrichtern wird nahe gelegt, nur so zu verfahren, wenn sie der Überzeugung sind, dass das vereinbarte Ergebnis korrekt ist¹⁰⁷⁹. Art. 26 ICC-SchO stellt ebenfalls auf die Zustimmung des Schiedsgerichts ab und überlässt diese Entscheidung dem schiedsrichterlichen Ermessen¹⁰⁸⁰. Ablehnend ist z.B. zu entscheiden, sollte der Vergleich missbräuchlich geschlossen werden¹⁰⁸¹. Im Ergebnis kann also davon ausgegangen werden, dass ein Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut bei der DIS zu ergehen hat, solange der ordre public nicht entgegensteht, in ICC- und AAA-Verfahren kann der Schiedsrichter sich weigern, einen solchen Schiedsspruch zu erlassen, wenn er ihn für unangemessen hält.

Nach der AAA- und DIS-Schiedsordnung besteht keine Verpflichtung, einen Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut mit einer Begründung zu versehen¹⁰⁸². Auch wenn in der ICC-Schiedsordnung keine Ausnahme vom Begründungszwang vorgesehen ist, wird bei Schieds-

¹⁰⁷⁷ Münch in MüKo, § 1053 ZPO, Rn: 12 f.

¹⁰⁷⁸ Münch in MüKo, § 1053 ZPO, Rn: 11.

¹⁰⁷⁹ Oehmke, § 116:2.

¹⁰⁸⁰ Derains/Schwartz, S. 287 ff.

¹⁰⁸¹ Aden, Art. 29 ICC-SchO, Rn: 12.

¹⁰⁸² Art. 29 Abs. 1 Satz 2 AAA-SchO, Art. 32 Abs. 3 i.V.m. Art. 34 Abs. 3 DIS-SchO.

sprüchen mit vereinbartem Wortlaut auch hier auf eine Begründung verzichtet¹⁰⁸³. Im Hinblick auf eine eventuell notwendige Vollstreckung ist den Parteien jedoch anzuraten, zumindest eine Bezugnahme auf den Parteivergleich als Begründung anfügen zu lassen.

III. Zinsen

Aus kontinentaleuropäischem Blickwinkel ist mit der Zuerkennung von Zinsen kein Problem verbunden. Die Frage nach Zinsen lässt sich aus dem anwendbaren materiellen Recht heraus beantworten. International ist zu beachten, dass einige Rechtsordnungen Zinsen nicht zulassen, so etwa islamische Rechtsordnungen, deren Zinsverbot durch die Sharia geprägt ist¹⁰⁸⁴. Art. 28 AAA-SchO¹⁰⁸⁵ ermächtigt das Schiedsgericht, unter Berücksichtigung des anwendbaren Rechts und dem zugrunde liegenden Vertrag, Zinsen und Zinseszinsen zuzusprechen. Die Formulierung „as it considers appropriate“ deutet zwar auf ein weites Ermessen hin, über die Bindung an Parteivereinbarungen, insbesondere hinsichtlich des materiellen Rechts, aber auch hinsichtlich materiellrechtlicher Zinsvereinbarungen ohne in Bezugnahme nationaler materiellrechtlicher Normen ist die Entscheidung hinsichtlich des Grundes und der Höhe gebunden¹⁰⁸⁶. Aus der Nichterwähnung von Zinsen in den Schiedsordnungen der ICC und DIS wird sich im Ergebnis kein Unterschied ergeben, da auch dort das materielle Recht und der Hauptvertrag über die Zinsen bestimmen.

Neben dem Problem der Zulässigkeit von Zinsen als solchen stellt sich aber häufig die Frage, wie die Zinsberechnung im konkreten Fall auszusehen hat. Solange anwendbare nationale Rechtsordnungen dazu Vorgaben machen, ergeben sich keine Probleme. Schwieriger liegt der Fall, wenn entweder die zugrunde liegende materielle Rechtsordnung keine klare Aussage trifft, das zugrunde liegende materielle Recht nicht zweifelsfrei zu bestimmen ist, eine Entscheidung nach internationalen Handelsbräuchen begehrt wird oder gar eine Entscheidung nach billigem Ermessen getroffen werden kann. Dann stellt sich die Frage, welche Berechnungsmethode aus internationaler Sicht den Erwartungen der Parteien am nächsten kommt¹⁰⁸⁷. Da kurz vor Erlass des Schiedsspruchs der Ausgang des Verfahrens vorhersehbar wird und die unterliegende Partei im Zweifel andere Vorstellung zur Höhe der Zinsen hat als die obsiegende Partei, könnte das Schiedsgericht die Ungewissheit über den Ausgang zu Be-

¹⁰⁸³ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 165.

¹⁰⁸⁴ Gotanda, American Journal of International Law 1996, S. 40, 47 ff.

¹⁰⁸⁵ Article 28 AAA-SchO: (4) A monetary award shall be in the currency or currencies of the contract unless the tribunal considers another currency more appropriate, and the tribunal may award such pre-award and post-award interest, simple or compound, as it considers appropriate, taking into consideration the contract and applicable law.

¹⁰⁸⁶ Art. 28 Abs. 1 AAA-SchO.

¹⁰⁸⁷ Zu Vorschlägen unterschiedlicher Berechnungsmethoden vgl. Gotanda, American Journal of International Law 1996, S. 40 ff.

ginn des Schiedsverfahrens nutzen und Vereinbarungen der Parteien zu diesem Punkt herbeiführen.

IV. Punitive damages

Auch wenn die Frage nach punitive damages eher materiell-rechtlich einzuordnen ist und damit jenseits der Zielsetzung der Schiedsordnung und damit dieser Arbeit liegt, ist angesichts der kontinentaleuropäischen Abneigung gegenüber Strafschadensersatz ein kurzer Hinweis angebracht.

DIS- und ICC-Schiedsordnung verlieren dazu kein Wort, wohl weil es aus kontinentaleuropäischer Sicht nicht notwendig ist, diesem angloamerikanischen Institut eine Absage zu erteilen. In vielen Fällen widerspricht es dem *ordre public*, Strafschadensersatz zuzuerkennen. Daher scheitert schon aus diesem Grund die Anerkennung und Vollstreckung eines zusprechenden Schiedsspruchs¹⁰⁸⁸. Aber selbst die AAA-Schiedsordnung schließt in Art. 28 Abs. 5¹⁰⁸⁹ die Zuerkennung von Strafschadensersatz aus. Lediglich im Falle der Verzögerung oder arglistigen Beeinträchtigung des Schiedsverfahrens ist die Zuerkennung von Strafschadensersatz nicht ausgeschlossen, Art. 28 Abs. 5 Satz 2 AAA-SchO.

Das Schweigen der DIS- und ICC-Schiedsordnung kann indes Probleme aufwerfen, wenn das Schiedsverfahren in den USA geführt wird. Zumindest für nationale Schiedsverfahren wird dort davon ausgegangen, dass mehrdeutige Parteivereinbarungen im Zweifel den Schiedsrichter ermächtigen, „punitive damages“ zuzuerkennen¹⁰⁹⁰. Sogar bei eindeutigem Verbot von Strafschadensersatz nach dem anwendbaren materiellen Recht könnte es dazu kommen, dass ein Schiedsrichter Strafschadensersatz zuerkennt, wenn das Verfahren in den USA geführt wird¹⁰⁹¹. Daher empfiehlt sich eine eindeutige Parteivereinbarung im Vorfeld des Schiedsverfahrens, die sich an der AAA-Schiedsordnung orientieren kann und wie folgt lauten könnte:

The parties expressly waive and forego any right to punitive, exemplary or similar damages.“

¹⁰⁸⁸ Redfern/Hunter, para. 8-10 ff.

¹⁰⁸⁹ Article 28 AAA-SchO: (5) Unless the parties agree otherwise, the parties expressly waive and forego any right to punitive, exemplary or similar damages unless a statute requires that compensatory damages be increased in a specified manner. This provision shall not apply to any award of arbitration costs to a party to compensate for dilatory or bad faith conduct in the arbitration.

¹⁰⁹⁰ *Mastrobuono v. Shearson Lehman, Inc.*, 115 S. Ct. 1212 (1995).

¹⁰⁹¹ Gotanda, *Harvard International Law Journal* 1997, S. 59 ff.

D: Die Berichtigung und Auslegung des Schiedsspruchs

Selbst bei hoch qualifizierten Schiedsrichter ist nicht immer gewährleistet, dass der Schiedsspruch allen formalen und inhaltlichen Anforderungen genügt. Sollte nach Abschluss des Verfahrens bei Durchsicht des Schiedsspruchs auffallen, dass Fehler enthalten sind, der Schiedsspruch in sich unverständlich ist oder Lücken bestehen, fragt es sich, ob das Schiedsgericht den erlassenen Schiedsspruch noch ändern kann. Daher ist abschließend noch auf Berichtigungs-, Auslegungs- und Ergänzungsmöglichkeit einzugehen.

Nach Art. 30 Abs. 1 AAA-SchO¹⁰⁹², Art. 37 Abs. 1 DIS-SchO¹⁰⁹³ und Art. 29 Abs. 1, 2 ICC-SchO¹⁰⁹⁴ ist der Berichtigung von Rechen-, Schreib- oder sonstige Fehler dieser Art, also eine Korrektur, die die eigentliche Entscheidung nicht verändert ermöglicht. Daher kann eine Berichtigung nicht zu einer Änderung im Inhalt des Schiedsspruchs führen, da das Schiedsgericht nach Erlass des Schiedsspruchs nicht mehr dafür zuständig ist und somit Aufhebungsgründe geschaffen würden¹⁰⁹⁵. Von der Berichtigung ist die Auslegung („interpretation“) des Schiedsspruchs zu unterscheiden, die lediglich auf eine Erläuterung abzielt¹⁰⁹⁶. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass Auslegungsanträge nicht dazu missbraucht werden, die Erfüllung von Schiedssprüchen über ein vorgeschobenes Auslegungsbegehren zu blockieren¹⁰⁹⁷. Dem können die Schiedsrichter durch Ablehnung missbräuchlichen Auslegungsgesuchen entgegenwirken¹⁰⁹⁸. Die DIS-Schiedsordnung schränkt daher die Auslegung des Schiedsspruchs auf eine solche nur hinsichtlich „specific parts of the award“ ein und verhindert auf diese Weise pauschale Auslegungsbegehren. Schließlich besteht gem. Art. 30 Abs. 1 AAA-SchO und Art. 37 Abs. 1 DIS-SchO noch die Möglichkeit, nicht beschiedene Streit-

¹⁰⁹² Article 30 AAA-SchO: (1) Within 30 days after the receipt of an award, any party, with notice to the other parties, may request the tribunal to interpret the award or correct any clerical, typographical or computation errors or make an additional award as to claims presented but omitted from the award.

¹⁰⁹³ Article 37 DIS-SchO: (1) Any party may request the arbitral tribunal
- to correct in the award any errors in computation, any clerical or typographical errors or any errors of similar nature,- to give an interpretation of specific parts of the award,- to make an additional award as to claims presented in the arbitral proceedings but omitted from the award.

¹⁰⁹⁴ Article 29 ICC-SchO: (1) On its own initiative, the Arbitral Tribunal may correct a clerical, computational or typographical error, or any errors of similar nature contained in an Award, provided such correction is submitted for approval to the Court within 30 days of the date of such Award. (2) Any application of a party for the correction of an error of the kind referred to in Article 29(1), or for the interpretation of an Award, must be made to the Secretariat within 30 days of the receipt of the Award by such party, in a number of copies as stated in Article 3(1). After transmittal of the application to the Arbitral Tribunal, it shall grant the other party a short time limit, normally not exceeding 30 days, from the receipt of the application by that party to submit any comments thereon. If the Arbitral Tribunal decides to correct or interpret the Award, it shall submit its decision in draft form to the Court not later than 30 days following the expiration of the time limit for the receipt of any comments from the other party or within such other period as the Court may decide.

¹⁰⁹⁵ Vgl. § 1059 Abs. 2 Nr. 1 lit. d ZPO; vgl. weiter Schwab/Walter, Kap. 21, Rn. 14.

¹⁰⁹⁶ Schwab/Walter, Kap. 21, Rn. 15.

¹⁰⁹⁷ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 178.

¹⁰⁹⁸ Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 179.

punkte nachträglich zu bescheiden („make an additional award as to claims presented [...] but omitted from the award“). Auch wenn diese Möglichkeit nicht wörtlich der ICC-Schiedsordnung zu entnehmen ist, wohl weil im Kontrollverfahren nach Art. 27 ICC-SchO die meisten dieser Fehler entdeckt werden dürften, ist von der grundsätzlichen Zulässigkeit dieses Vorgehens auszugehen¹⁰⁹⁹.

Nach Art. 30 Abs. 1 AAA-SchO, Art. 37 Abs. 2 DIS-SchO¹¹⁰⁰ und Art. 29 Abs. 2 ICC-SchO steht den Parteien ein Antragsrecht auf Berichtigung und Auslegung innerhalb von 30 Tagen nach Empfang des Schiedsspruchs zu. Die AAA- und DIS-Schiedsordnungen beziehen dieses Antragsrecht des Weiteren auf die Ergänzung des Schiedsspruchs. Da, wie festgestellt, auch im ICC-Verfahren eine Ergänzung möglich ist, muss auch dort ein dahin gehendes Antragsrecht der Parteien bestehen.

Daneben besteht noch die Möglichkeit, dass das Schiedsgericht von sich aus Änderungen vornimmt. Nach Art. 37 Abs. 4 DIS-SchO¹¹⁰¹ und Art. 29 Abs. 1 ICC-SchO beschränkt sich eine Änderung ohne Antrag auf die Berichtigung von Fehlern der oben beschriebenen Art, also ist keine Auslegung oder Ergänzung zulässig. Bei ICC-Verfahren ist eine 30-Tagesfrist nach Erlass des Schiedsspruchs für eine Korrektur auf Initiative des Schiedsgerichts einzuhalten. Im DIS-Verfahren ist hingegen keine zeitliche Grenze festgesetzt. Auch wenn die AAA-Schiedsordnung keine Berichtigung auf Initiative des Schiedsgerichts vorsieht, wird diese Praxis doch von US-amerikanischen Gerichten toleriert¹¹⁰² und daher in common-law-Schiedsverfahren angewendet¹¹⁰³.

Bei AAA und DIS ist ein Antrag der Parteien auf Korrektur des Schiedsspruchs gegenüber dem Schiedsgericht zu stellen. Wie jedoch zu verfahren ist, wenn das Schiedsgericht als solches nicht mehr zu erreichen ist, wird nicht eingegangen. Im Ergebnis wird nur die Möglichkeit bleiben, die Institution um Hilfe zu ersuchen. Daher überzeugt auch der Ansatz des Art. 27 Abs. 2 ICC-SchO, der einen Antrag binnen 30 Tagen an das Sekretariat fordert¹¹⁰⁴. Selbstverständlich ist es notwendig, die andere Partei von diesem Begehren zu unterrichten, damit diese von ihrem Anspruch auf rechtliches Gehör gebrauch machen kann. Art. 29 Abs. 2 ICC-SchO sieht daher vor, dass die andere Partei vom Schiedsgericht informiert wird und innerhalb von weiteren 30 Tagen zum Antrag Stellung zu nehmen hat. Art. 37 DIS-SchO ordnet

¹⁰⁹⁹ Aden, Art 29 ICC-SchO, Rn: 5.

¹¹⁰⁰ Article 37 DIS-SchO: (2) Unless otherwise agreed by the parties, the request shall be made within 30 days after receipt of the award. A copy of the request shall be delivered to the DIS Secretariat.

¹¹⁰¹ Article 37 DIS-SchO: (4) The arbitral tribunal may also make a correction to the award on its own initiative.

¹¹⁰² United Steelworkers of America, AFL-CIO-CLC v. Ideal Cement Co., Div. of Ideal Basic Industries, Inc., 762 F. 2d 837.

¹¹⁰³ Oehmke, § 126:1.

¹¹⁰⁴ Vgl. auch Schäfer/Verbist/Imhoos, S. 177.

diesbezüglich nichts an. Über Art. 5 Abs. 1 DIS-SchO trifft aber die beantragende Partei die Pflicht, die übersandten Schriftstücke der Gegenseite zuzuleiten. Art. 30 Abs. 1 AAA-SchO fordert die beantragende Partei ebenfalls zur Benachrichtigung der Gegenseite auf. Hingegen ist in keiner der Schiedsordnungen geregelt, wie rechtliches Gehör in den Korrekturverfahren zu gewähren ist. Daher kann nur aus den allgemeinen Vorschriften zum rechtlichen Gehör abgeleitet werden, dass rechtliches Gehör zu gewähren ist. Für das konkrete Verfahren ist daher hinsichtlich des „Wie“ der Gewährung auf die allgemeinen Grundsätze zu verweisen¹¹⁰⁵. Es ist also davon auszugehen, dass im Falle fehlender diesbezüglicher Parteivereinbarungen dem Schiedsgericht die Wahl verbleibt, rechtliches Gehör im schriftlichen oder mündlichen Wege zu gewähren.

Unterschiede zwischen den Schiedsordnungen bestehen vor allem in der Frist, in der das Schiedsgericht die Anträge zu bearbeiten hat. Am zügigsten läuft dieses Verfahren bei der AAA ab. Nach Art. 30 Abs. 2 AAA-SchO¹¹⁰⁶ hat das Schiedsgericht innerhalb von 30 Tagen zu entscheiden. Vor der Entscheidung ist die Gegenseite anzuhören. Art. 37 Abs. 3 DIS-SchO¹¹⁰⁷ gibt für Berichtigungen und Auslegungen 30 Tage, für Ergänzungen aber 60 Tage Zeit, wobei es sich dabei lediglich um eine Ordnungsvorschrift handelt¹¹⁰⁸. Art. 29 Abs. 2 ICC-SchO lässt dem Schiedsgericht 30 Tage nach Ablauf der Äußerungsfrist für die Gegenseite, dem Schiedsgerichtshof den Entwurf der ausgelegten oder berichtigten Entscheidung vorzulegen. Für Ergänzungen wird über eine Verlängerung dieser Frist analog Art. 29 Abs. 2 ICC-SchO zu diskutieren sein. Im Ergebnis ist das Antragsverfahren bei AAA-Verfahren auf Erledigung in kürzerem Zeitraum als bei DIS und ICC angelegt. Für Auslegungen und Berichtigungen sind die Fristen bei AAA und DIS allerdings gleich. Lediglich für Ergänzungen beansprucht die DIS-SchO einen längeren Zeitraum, der sich mit der Frist aller Anträge der hier behandelten Art bei der ICC deckt.

Nach Art. 37 Abs. 5 DIS-SchO¹¹⁰⁹ und Art. 29 Abs. 3 ICC-SchO¹¹¹⁰ ist auf die Einhaltung des für den Erlass des Schiedsspruchs zu beachtenden Verfahrens zu achten. In der AAA-Schiedsordnung ist zum einzuhaltenden Verfahren nichts gesagt. Es kann aber nichts anderes

¹¹⁰⁵ Vgl. Kapitel 9, A.

¹¹⁰⁶ Article 30 AAA-SchO: (2) If the tribunal considers such a request justified, after considering the contentions of the parties, It shall comply with such a request within 30 days after the request.

¹¹⁰⁷ Article 37 DIS-SchO: (3) The arbitral tribunal should make the correction or give the interpretation within 30 days and make an additional award within 60 days.

¹¹⁰⁸ Aden, Art 37 DIS-SchO, Rn: 3.

¹¹⁰⁹ Article 37 DIS-SchO: (5) Sections 33, 34 and 36 apply to correction or interpretation of the award or to an additional award.

¹¹¹⁰ Article 29 ICC-SchO: (3) The decision to correct or to interpret the Award shall take the form of an addendum and shall constitute part of the Award. The provisions of Articles 25, 27 and 28 shall apply *mutatis mutandis*.

gelten, da eine Abweichung vom ursprünglichen Verfahren einen Aufhebungsgrund wegen unzulässigen Verfahrens begründen könnte.

Das Fehlen einer Kostenregelung für Berichtigungen, Auslegungen oder Ergänzungen bei AAA und DIS kann nur so verstanden werden, dass dafür keine Kosten anfallen. Das ist auch verständlich, da dieser Antrag (zumindest auch) auf einem Fehler des Schiedsgerichts beruht¹¹¹¹. Die Auferlegung weiterer Kosten für einen solchen Antrag nach Anhang III zur ICC-Schiedsordnung Art. 2 Nr. 7 erscheint daher etwas vermessen.

¹¹¹¹ Aden, Art 37 DIS-SchO, Rn: 4.

Kapitel 14: Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens

A: Einführung

Als einer der großen Vorteile wird immer wieder die Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens beschrieben¹¹¹². Die weite Verbreitung dieses Allgemeinplatzes hat zum Teil dazu geführt, dass die Erwartung an das Schiedsverfahren von der Vorstellung geprägt ist, dass alle im Schiedsverfahren offenbarten Tatsachen der Geheimhaltung unterliegen. Dabei wird diese Erwartung in der Praxis häufig enttäuscht¹¹¹³. Prominentestes und zugleich anschaulichstes Beispiel ist die Kontrolle des Schiedsspruchs in Aufhebungs- oder Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren vor nationalen Gerichten, deren Verhandlung öffentlich geführt wird und die nicht ohne Einblick in die Abläufe des Schiedsverfahrens durchgeführt werden kann. Zudem können legitime Interessen der Parteien bestehen, Abläufe des Schiedsverfahrens öffentlich zu machen, um z.B. den Bedingungen ihrer Betriebshaftpflichtversicherung gerecht zu werden oder Aktionären in der Aktionärsversammlung berechnete Fragen zur finanziellen Auswirkung anhängiger Verfahren zu beantworten¹¹¹⁴. Schließlich gibt es rechtspolitische Anliegen, die die Frage nach dem Sinn von Geheimhaltung in dieser Absolutheit stellen. So kann Geheimhaltung bewirken, dass zu verwandten Sachverhalten unterschiedliche Schiedssprüche ergehen. Ein gewisses Maß an Öffentlichkeit hätte weiter den Vorteil, dass Wissenschaft und Praxis aus vorangegangenen Schiedsverfahren lernen könnten. Zudem könnten Parteien aus veröffentlichten Schiedsverfahren ihre eigenen prozessualen Risiken besser abschätzen und so den kostengünstigeren Weg eines vorprozessualen Vergleichs anstreben¹¹¹⁵. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass über Umfang der Vertraulichkeit und ihre Rechtsgrundlagen einige Verunsicherung herrscht¹¹¹⁶ und nationale Gerichte in ihrer Rechtsprechung weit voneinander abweichen¹¹¹⁷. So hat der High Court of Australia in der Sache *Esso/BHP v. Plowmann*¹¹¹⁸ in einer für die internationale Welt des Schiedsverfahrens aufrüttelnden Weise entschieden, dass der Schiedsvereinbarung keine stillschweigende Geheimhaltungsabrede innewohnt, und selbst wenn dem so wäre, dass eine solche nicht absolut bestehen

¹¹¹² Vgl. z.B. Lionnet, S. 61.

¹¹¹³ Brown, American University International Law Review 2001, S. 969, 972.

¹¹¹⁴ Lionnet, S. 237.

¹¹¹⁵ Vgl. zum ganzen Brown, American University International Law Review 2001, S. 969, 1017 ff.

¹¹¹⁶ Lionnet, S. 235.

¹¹¹⁷ Eine Auflistung der stark divergierenden Rechtsprechung in unterschiedlichen Jurisdiktionen bei Brown, American University International Law Review 2001, S. 969, 975 ff.

¹¹¹⁸ *Esso/BHP v. Plowman*, 69 ALJR 404.

könne, und folglich eine Partei verurteilt, Unterlagen aus einem Schiedsverfahren offen zu legen.

Im Folgenden wird zunächst thematisiert, in wieweit Schiedssprüche der Geheimhaltung unterliegen. Da Geheimhaltungsinteressen aber nicht nur das Ergebnis eines Schiedsverfahrens betreffen, sondern schon vor und während des Verfahrens bestehen ist des weiteren darauf einzugehen, wie derartige Interessen durch die Schiedsordnungen geschützt werden.

B: Regelungen der Schiedsordnungen

Art. 27 Abs. 4 AAA-SchO¹¹¹⁹ eröffnet die Möglichkeit, Schiedssprüche zu publizieren. Voraussetzung ist jedoch, dass die Parteien einer Veröffentlichung zustimmen oder sie durch zwingendes nationales Recht gefordert wird. Hingegen ist die Handhabung bei DIS und ICC strikter, da eine Veröffentlichung nach den Aufforderungen einer nationalen Rechtsordnung nicht ausgesprochen wird. Eine Veröffentlichung des ICC-Schiedsspruchs, die zwar nicht in der Schiedsordnung geregelt ist in der Praxis aber dennoch vorkommt, hat immer in der Weise zu erfolgen, dass die Identität der Parteien nicht bekannt gegeben wird, es sei denn, die Parteien willigen in eine Veröffentlichung ein¹¹²⁰. Die strikte Formulierung in Art. 42 DIS-SchO¹¹²¹ verbietet jede Veröffentlichung, solange nicht die Parteien und die DIS schriftlich zugestimmt haben. In keinem Falle aber dürfen Individualisierungsangaben und Angaben zu den Namen der Parteien, Parteivertretern und Schiedsrichtern gemacht werden. Lediglich zu statistischen Zwecken ist gem. Art. 43 Abs. 2 DIS-SchO¹¹²² eine anonymisierte Veröffentlichung gestattet.

Als weitere Aspekte der „Vertraulichkeit“ des Schiedsverfahrens sind gedanklich Nicht-Öffentlichkeit und Geheimhaltung zu unterscheiden¹¹²³. Den hier behandelten Schiedsordnungen ist gemein, dass Schiedsverfahren mangels gegenteiliger Parteivereinbarung nicht öffentlich sind (vgl. Kapitel 9, B, IV). Diese Regelungen aus dem Bereich der Vertraulichkeit führen indes noch nicht zu Geheimhaltung in dem Sinne, dass die am Verfahren Beteiligten Stillschweigen über das Verfahren bewahren. Unter Geheimhaltung ist also insbesondere zu

¹¹¹⁹ Article 27 AAA-SchO: (4) An award may be made public only with the consent of all parties or as required by law.

¹¹²⁰ Art. 28 Abs. 2 ICC-SchO; Aden, Art 28 ICC-SchO, Rn: 12.

¹¹²¹ Article 42 DIS-SchO: The arbitral award may be published only with written permission of the parties and the DIS. Under no circumstances may the publication include the names of the parties, their legal representatives or the arbitrators or any other information specific to the arbitral proceedings.

¹¹²² Article 43 DIS-SchO: (2) The DIS may publish information on arbitral proceedings in compilations of statistical data, provided such information excludes identification of the persons involved.

¹¹²³ Lionnet, S. 236 ff.

verstehen, dass die Existenz eines Schiedsverfahrens, die beteiligten Parteien, der Inhalt des Schiedsverfahrens und der des Schiedsspruchs geheim gehalten werden¹¹²⁴.

Am klarsten tritt diese Verunsicherung über Notwendigkeit und Reichweite von Normen, die Vertraulichkeit vorschreiben, im Fehlen jeglicher Regelungen in der ICC-Schiedsordnung zu Tage. Die Working Party zur Erarbeitung der neuen ICC-Schiedsordnung von 1998 konnte sich nicht auf eine allgemeine Geheimhaltungsregelung einigen, vor allem weil nicht absehbar war, wie man den berechtigten Interessen nach Ausnahmen zu einer solchen Regelung gerecht werden kann¹¹²⁵. Das einzige, worauf man sich einigen konnte, war die Regelung des Art. 20 Abs. 7 ICC-SchO¹¹²⁶ sowie Appendix II zur ICC-Schiedsordnung. Art. 1. Appendix II zur ICC-Schiedsordnung Art. 1 betrifft nur die Arbeit des Schiedsgerichtshofes der ICC und überträgt damit keine Geheimhaltungspflichten an das Schiedsgericht. Art. 20 Abs. 7 ICC-SchO überträgt dem Schiedsgericht die Befugnis, für die Sachverhaltsermittlung Schutzanordnungen zugunsten von Geschäftsgeheimnissen und vertraulichen Informationen zu erlassen, die, vergleichbar mit „protective orders“ aus dem US-amerikanischen Zivilprozess, Einwendungen gegen bestimmte Beweisanordnungen ermöglichen¹¹²⁷. Über eine weitergehende Geheimhaltungsregelung konnte man sich nicht einigen und hat es damit den Parteien überlassen, weitergehende Geheimhaltung zu vereinbaren¹¹²⁸. Fehlt daher eine Parteivereinbarung, kann von den Beteiligten keine Geheimhaltung verlangt werden.

Art. 34 AAA-SchO¹¹²⁹ geht wesentlich über die Regelung der ICC hinaus, indem die Schiedsrichter und die Institution selbst (mit der Ausnahme des Art. 27 Abs. 8 AAA-SchO) Stillschweigen über alle Umstände des Schiedsverfahrens zu wahren haben. Mit Absicht wurden die Parteien nicht zur Geheimhaltung verpflichtet, um nicht mit einer absoluten Regelung den vielen berechtigten Ausnahmen zur Geheimhaltung entgegen zu treten¹¹³⁰. Diesbezügliche Regelungen bleiben also ebenfalls einer Parteivereinbarung vorbehalten.

Am ausführlichsten regelt Art. 43 DIS-SchO¹¹³¹ die Vertraulichkeit. Zunächst werden alle am Verfahren Beteiligten zu weitestgehender Geheimhaltung verpflichtet. Zusätzlich wird dem

¹¹²⁴ Lionnet, S. 237.

¹¹²⁵ Derains/Schwartz, S. 12 f.

¹¹²⁶ Article 20 ICC-SchO: (7) The Arbitral Tribunal may take measures for protecting trade secrets and confidential information.

¹¹²⁷ Derains/Schwartz, S. 264.

¹¹²⁸ Derains/Schwartz, S. 264 f.

¹¹²⁹ Article 34 AAA-SchO: Confidential information disclosed during the proceedings by the parties or by witnesses shall not be divulged by an arbitrator or by the administrator. Except as provided in Article 27, unless otherwise agreed by the parties, or required by applicable law, the members of the tribunal and the administrator shall keep confidential all matters relating to the arbitration or the award.

¹¹³⁰ AAA Task Force, ADR & The Law 1997, S. 582, 589.

¹¹³¹ Article 43 DIS-SchO: (1) The parties, the arbitrators and the persons at the DIS Secretariat involved in the administration of the arbitral proceedings shall maintain confidentiality towards all persons regarding the conduct of arbitral proceedings, and in particular regarding the parties involved, the witnesses, the experts and other

Schiedsgericht¹¹³² die Möglichkeit gegeben, Dritte, von den Parteien hinzugezogene Personen zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Lediglich Art. 43 Abs. 2 DIS-SchO gestattet Informationen entpersonalisiert zu statistischen Zwecken zu verwenden.

Wenn also, wie beschrieben, die Parteien mit weitgehenden Geheimhaltungserwartungen in ein Schiedsverfahren gehen, können sie böse Überraschungen erleben. Zunächst ist nicht gewährleistet, dass überall davon ausgegangen wird, der Schiedsvereinbarung wohne eine stillschweigende Geheimhaltungsabrede inne. Auch über die Bezugnahme auf eine Schiedsordnung ist Geheimhaltung nicht gewährleistet. Am wenigsten Schutz bietet die ICC-Schiedsordnung, am meisten die der DIS. Die weit reichende Vertraulichkeitsregelung des Art. 43 DIS-SchO darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass zwingende nationale Regelungen, wie die Regelungen zu Aufhebungsverfahren doch wieder zu einer gewissen Wahrscheinlichkeit führen, dass Geheimnisse nicht gewahrt werden können. Zudem ist ein bloßes Verbot der Weitergabe von Informationen ohne eine Regelung zu Vertragsstrafen ein stumpfes Schwert¹¹³³. Es empfiehlt sich daher, dementsprechend mit Parteivereinbarungen zu reagieren. Unter Orientierung an Art. 43 DIS-SchO könnte folgende Regelung zum Vertragsinhalt gemacht werden:

„The parties, the arbitrators and the persons at the [institution] involved in the administration of the arbitral proceedings shall maintain confidentiality towards all persons regarding the conduct of arbitral proceedings, and in particular regarding the parties involved, the witnesses, the experts and other evidentiary material unless otherwise required by national law.

Any person who violates this requirement or fails to comply with any of its requirements shall upon conviction thereof be fined not more than [amount and currency] for each violation, and in addition shall pay all costs and expenses involved in the case.”

evidentiary materials. Persons acting on behalf of any person involved in the arbitral proceedings shall be obligated to maintain confidentiality. (2) The DIS may publish information on arbitral proceedings in compilations of statistical data, provided such information excludes identification of the persons involved.

¹¹³² Aden, Art 43 DIS-SchO, Rn: 1.

¹¹³³ Aden, Art 43 DIS-SchO, Rn: 1.

Kapitel 15: Schlussbetrachtung

Administrierte Schiedsverfahren nach der internationalen Schiedsordnung der AAA und den Schiedsordnungen der DIS und ICC unterscheiden sich in ihren Grundzügen nur wenig voneinander, da sie sich stark am UNICTRAL-MG orientieren. Im Einzelfall kann es dennoch zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, je nachdem, welche Verfahrensordnung an welchem Verfahrensort zur Geltung kommen soll. Die Wahl einer der Institutionen erfordert also eine Einzelfallbetrachtung. Die Herkunft der Parteien, der Verfahrensort und ein unterschiedliches Bedürfnis nach Administrierung und Überwachung beeinflussen diese Wahl. Vor allem aber beeinflusst die Qualifikation der Schiedsrichter das Verfahren. Daher kann starkes Vertrauen in das Schiedsgericht Administration an vielen Stellen entbehrlich machen.

Die verschiedenen rechtlichen Traditionen in den Sitzstaaten der Institutionen nehmen zwar nur in geringerem Umfang Einfluss auf die Gestaltung der Schiedsordnungen, als die Unterschiede in den beteiligten Rechtskreisen vermuten lassen. Dennoch sind Regelungen, die im einen Rechtskreis entbehrlich sind, im anderen Rechtskreis notwendig und daher durch Parteivereinbarung herbeizuführen, sollte eine Regelung in der vereinbarten Schiedsordnung fehlen. Zu nennen sind vor allem Vereinbarungen zu Mehr-Parteien-Schiedsverfahren¹¹³⁴, zur Beweisaufnahme¹¹³⁵, sowie zum Einfluss staatlicher Gerichte in Schiedsverfahren¹¹³⁶. Die DIS-Schiedsordnung geht z.B. nicht auf „punitive damages“¹¹³⁷, Kompetenz-Kompetenz¹¹³⁸ und die Zulässigkeit schriftlichen Vorbringens¹¹³⁹ ein. Zumindest für Schiedsverfahren in den USA erscheint sie von daher ausfüllungsbedürftig, was einen entsprechenden Mehraufwand und vor allem das Wissen um das Ergänzungsbedürfnis erfordert. Die AAA-Schiedsordnung kann hingegen ohne Modifikationen problemlos für ein Verfahren auch in Deutschland verwendet werden. Die ICC-Schiedsordnung ist in dieser Hinsicht ebenfalls nicht konkretisierungsbedürftig und daher beinahe universell einsetzbar.

Nur selten empfiehlt sich eine Ergänzung der durch die Institutionen vorgeschlagenen Standardschiedsklauseln. Abgesehen von der Gefahr, durch komplizierte Schiedsklauseln zur Verkomplizierung eines an sich bewährten Verfahrens beizutragen, bedarf es keiner Parteivereinbarungen, um ein im Großen und Ganzen sachgerechtes Schiedsverfahren zu gewähr-

¹¹³⁴ Kapitel 5, C, III.

¹¹³⁵ Kapitel 10.

¹¹³⁶ Etwa hinsichtlich der Entscheidung über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts, vgl. Kapitel 7.

¹¹³⁷ Kapitel 13, C, IV.

¹¹³⁸ Kapitel 7, C.

¹¹³⁹ Kapitel 9, A.

leisten. Im Einzelfall, insbesondere bei der Verwendung der DIS-Schiedsordnung in Schiedsverfahren in den USA, kann etwas anderes geboten sein. Dagegen empfiehlt sich das Häufigere eine Parteivereinbarung im Rahmen des Schiedsauftrages, um für den Einzelfall ein zügiges und reibungsloses Verfahren zu ermöglichen. Insbesondere die Gestaltung der Beweisaufnahme und der mündlichen Verhandlung sind von Parteivereinbarungen und einem schiedsrichterlichen Bestimmungsrecht dominiert, weshalb nur in geringem Umfang Vorgaben durch die Schiedsordnungen gemacht werden. In diesen Bereichen sind die Schiedsordnungen flexibel und je nach Verfahrensort und Einzelfall der Ergänzung zugänglich und ausfüllungsbedürftig.

Eng im Zusammenhang mit der Frage der Ergänzungsbedürftigkeit steht die Frage nach der Abdingbarkeit einzelner Regelungen der institutionellen Schiedsordnungen. DIS und vor allem die AAA, die Verfahren auch nach fremden Verfahrensordnungen administriert, stehen Veränderungen freundlich gegenüber. Die Schiedsordnungen sind verändernden Parteivereinbarungen zugänglich, solange nicht Regelungen, die gleichzeitig zu den zwingend zu beachtenden nationalen Regelungen gehören, verändert werden sollen¹¹⁴⁰. Die ICC ist auf Wahrung einer besonderen Stellung bedacht und akzeptiert keine Veränderungen an vielen administrativen Regelungen¹¹⁴¹. Daher können die wesentlichen Verzögerungen wegen Einschaltung des Schiedsgerichtshofes auch nicht durch Parteivereinbarungen umgangen werden.

Durch die Übertragung von Aufgaben an die Institution werden gegenüber dem ad-hoc Verfahren veränderte Verfahrensschritte notwendig. Vorhandene Unterschiede innerhalb der untersuchten Schiedsordnungen erklären sich primär aus einer unterschiedlichen Auffassung der Administrierungsaufgabe der Institution. Die Institutionen versuchen, sich mittels eines unterschiedlichen Angebotes an Hilfestellungen und Kontrollmechanismen ein eigenes Profil zu geben. Die Wahl einer Schiedsordnung könnte daher nach dem Kriterium der Einflussnahme der Institution getroffen werden. Tendenziell übt die ICC am meisten Einfluss auf den Ablauf des Verfahrens aus. Zunächst wird ihr im Rahmen einer prima-facie-Entscheidung übertragen, ihre Zuständigkeit zu überprüfen¹¹⁴². Auch wenn prima-facie-Entscheidungen der AAA und DIS möglich sind, obwohl dies nicht in den Schiedsordnungen angelegt ist, muss davon ausgegangen werden, dass dort nur augenscheinliche Zuständigkeitsfragen geklärt werden. Vorteilhaft am Verfahren der ICC ist in diesem Zusammenhang, dass Kosten für die Konstituierung des Schiedsgerichts für Fälle vermieden wird, in denen eine Klage unzulässig ist. Da aber auch im DIS- und AAA-Verfahren offensichtlich unzulässige Klagen abgewiesen wer-

¹¹⁴⁰ Kapitel 6, E.

¹¹⁴¹ Kapitel 6, E.

¹¹⁴² Kapitel 4, A, IV.

den, ist als Vorteil dieser Verfahren ihre Zeiteffizienz anzuführen. Auch hinsichtlich der Konstituierung des Schiedsgerichts ist der Einfluss der ICC sehr stark ausgeprägt. Vor allem im Rahmen der Kontrolle der Schiedsrichter und einer möglichen Korrektur an deren Bestand behält sich der ICC-Schiedsgerichtshof bedeutenden Einfluss vor¹¹⁴³. Korrekturen und ihre Folgen werden beinahe ausschließlich durch den Gerichtshof bestimmt. Das AAA-Verfahren ist durch ein Wechselspiel der Zuständigkeiten von Schiedsgericht und „case administrator“ hinsichtlich der Korrekturen, vor allem aber ihrer Folgen geprägt. Die DIS hingegen betont die Entscheidungsbefugnis des Schiedsgerichts und hält sich als Institution weitgehend zurück. Weiter sichert sich die ICC Einfluss auf das Verfahren, indem sie sich die Bestätigung des Schiedsauftrages und die Überwachung seiner Befolgung vorbehält¹¹⁴⁴. Etwas Dementprechendes ist bei AAA und DIS nicht zu finden. Die ICC behält sich weiter die Bestimmung des Verfahrensortes vor¹¹⁴⁵, sollte keine Parteivereinbarung vorliegen. Bei AAA und DIS entscheidet das Schiedsgericht. Schließlich überwacht die ICC den Erlass des Schiedsspruches durch eine formale Kontrolle und ein inhaltliches Hinweisrecht¹¹⁴⁶. AAA und DIS hingegen übernehmen in diesem Zusammenhang lediglich Aufgaben einer Geschäftsstelle.

Der hohe Einfluss der ICC auf den kompletten Ablauf des Schiedsverfahrens, den sie durch ihren Schiedsgerichtshof ausübt, erfüllt eine qualitätssichernde Funktion. Ein wesentlicher Einfluss des Schiedsgerichtshofes z.B. im Rahmen der Konstituierung des Schiedsgerichts vermindert aufgrund seiner Expertise die Gefahr von Fehleinschätzungen durch die Parteien hinsichtlich der Geeignetheit der Schiedsrichter. Vor allem im Rahmen des Fällens der Entscheidung können durch die Beteiligung des Schiedsgerichtshofes schiedsrichterliche Fehlentscheidungen verhindert oder frühzeitig korrigiert werden. In AAA-Verfahren wird versucht, Qualitätssicherung und praktische Hilfestellung durch den „case administrator“ zu erreichen. Ob dieses Ziel erreicht wird, hängt entscheidend von seiner Qualifikation und Einsatzbereitschaft ab. Die DIS hingegen setzt auf kompetente und sorgfältige Verfahrensleitung durch ein starkes Schiedsgericht und bietet somit kaum externen Kontroll- und Einflussmöglichkeiten. Von der DIS ist daher die geringste Einflussnahme zu erwarten. Im Falle kompetenter Schiedsrichter ist darin ein Vorteil zu erblicken, da eine Verfahren regelmäßig in kürzerer Zeit durchgeführt werden kann, als bei Beteiligung Dritter. Sollten aber unerfahrene oder anderweitig unqualifizierte Schiedsrichter berufen sein, ist das Fehlen externer Kontrollgremien negativ zu beurteilen. Im Extremfall der Ablehnung von Schiedsrichtern führt die

¹¹⁴³ Kapitel 5.

¹¹⁴⁴ Kapitel 6, B und 13, B, IV.

¹¹⁴⁵ Kapitel 6, C.

¹¹⁴⁶ Kapitel 13, B, IV.

starke Stellung des DIS-Schiedsgerichts z.B. dazu, dass der abgelehnte Schiedsrichter (mit) über seine Ablehnung befindet und notfalls staatliche Hilfe in Anspruch genommen werden muss. Insoweit bietet ein ICC-Verfahren also Vorteile gegenüber DIS-, aber auch gegenüber AAA-Verfahren. Verallgemeinert lässt sich somit sagen, dass ein starker Einfluss der Institution Schwächen in der Besetzung des Schiedsgerichts ausgleichen kann. Gesammeltes Wissen zur Durchführung von Schiedsverfahren der Institution kann mangelndes Wissen der Schiedsrichter ausgleichen. Dafür entscheidet aber in einigen Bereichen nicht das von den Parteien gewählte Schiedsgericht, sondern die Institution, die in den seltensten Fällen rechtliches Gehör durch Anhörung der Parteien zu gewähren hat und auf deren personelle Zusammensetzung kein Einfluss besteht. Vor allem in Fällen, in denen sich Parteien bei der Wahl einer Schiedsordnung nicht über die Wirkungen ihrer Wahl bewusst sind, könnte also der negative Eindruck entstehen, dass in gewissen Bereichen nicht das vereinbarte Schiedsgericht entscheidet, sondern die Institution. Vor allem aber ist durch die Einschaltung Dritter eine erhöhter Zeitaufwand einzukalkulieren, da sie sich im Gegensatz zum Schiedsgericht, erst in den jeweiligen Fall einzuarbeiten haben. Hingegen zahlt sich dieser Umstand z.B. bei der Festlegung der Schiedsrichterhonorare aus, da die Festlegung durch einen externen Entscheidungsträger das Vertrauen in deren Angemessenheit der Honorare erhöht. Aus Sicht der Parteien kann eine starke Stellung des Schiedsgerichts, wie bei der DIS, den Vorteil haben, dass durch Beeinflussung der Meinungsbildung des Schiedsgerichts ein starker Einfluss durch die Parteien genommen werden kann. Entscheidet wie bei der ICC ein externes Gremium, ist eine Einflussmöglichkeit durch die Parteien eingeschränkt. Schwache administrierende Unterstützung und Kontrolle des Schiedsgerichts setzt voraus, dass es sich um ein erfahrenes Schiedsgericht handelt, welches den entsprechenden Mehraufwand meistern kann. Je stärker die Annäherung an ein ad-hoc Verfahren ist, umso mehr Sachkunde muss aber auch von den Parteien gefordert werden, um mit Verfahrensvereinbarungen reagieren zu können. Für unerfahrene Parteien kann daher vorzugsweise die ICC empfohlen werden.

Ein direkter Vergleich der Dauer von Verfahren nach den jeweiligen Schiedsordnungen kann nicht sinnvoll angestellt werden. Vor allem scheitert ein Vergleich der in den Schiedsordnungen festgesetzten Fristen an unterschiedlichen Verfahrensweisen, z.B. bei Verfahrenseinleitung und Konstituierung des Schiedsgerichts. Die wirklich zeitintensiven Verfahrensstadien, also vor allem die Tatsachenermittlung und Entscheidungsfindung, werden vom Schiedsgericht koordiniert. Eine Einschätzung kann also nur von Fall zu Fall getroffen werden. Zwar ordnet nur die ICC-Schiedsordnung an, dass der Schiedsspruch innerhalb eines halben Jahres nach Fertigstellung des Schiedsauftrages zu erlassen ist. Fristverlängerungen scheinen möglich

und üblich zu sein¹¹⁴⁷. Insbesondere wird sich daraus aber keine Beschleunigung im Vergleich zur AAA und DIS ergeben. Der hohe Einfluss, den der ICC-Schiedsgerichtshof auf den Ablauf des Verfahrens ausübt, wird nämlich um den Preis von Verzögerungen erkaufte.

Bei den zu erwartenden Kosten für die Administrierung des Verfahrens rangiert die ICC an erster Stelle¹¹⁴⁸. Bis zu Streitwerten von etwa US\$ 1.000.000 unterscheiden sich die Kosten bei AAA und DIS nur marginal. Die AAA berechnet Verwaltungskosten in konstanten Intervallen, die DIS hingegen innerhalb bestimmter Streitwertbereiche linear. Bei höheren Streitwerten ist ein DIS-Verfahren deutlich teurer als das der AAA. Geringere Kosten können aber kein Argument für die Wahl einer Schiedsordnung sein, da mit unterschiedlichen Verwaltungskosten auch unterschiedliche Serviceleistungen verbunden sind. Die aufwändige und daher teure Überwachung des ICC-Verfahrens durch dessen Schiedsgerichtshof kann sich bezahlt machen, wenn auf diese Weise falsche oder schlechte Schiedssprüche vermieden werden. Woraus sich allerdings rechtfertigt, dass DIS-Verfahren teurer sind als AAA-Verfahren, konnte nicht ermittelt werden. Höherer Verwaltungsaufwand ist auf jeden Fall nicht veranlasst, da die DIS weniger weiterreichende Administrierungsaufgaben übernimmt als die AAA.

Wie gezeigt, steckt der Teufel im Detail. Daher sind Vertragspartner schlecht beraten, ein administriertes Schiedsverfahren nur aufgrund geographischer oder nationaler Erwägungen zu treffen. Auch eine Wahl nach dem Motto „Bekannt und Bewährt“ ist nicht zu empfehlen, da auf diese Weise kleinere und weniger bekannte Institutionen ausgeschlossen werden, obwohl sie für den Einzelfall adäquate Lösungen bereithalten könnten. Die häufig geübte Praxis, am Ende schwieriger Vertragsverhandlungen noch schnell eine Schiedsvereinbarung zu treffen, erweist sich daher als unklug (auch wenn dieser Zustand häufig einem kompletten Verzicht auf die Regelung prozessualer Fragen vorzuziehen sein wird). Im Regelfall kann nicht erwartet werden, dass das Ergebnis von Vertragsverhandlungen, dessen Schwergewicht im wirtschaftlichen Bereich liegt, durch Verhandlungen über die Lösung von Streitigkeiten aus dieser Geschäftsbeziehung gefährdet wird. Zumindest ist aber zu erwarten, dass Parteien im Vorfeld eruieren, welche Schiedsordnung für ihre Handelstätigkeit mit ihren Handelspartner in Frage kommt. Der Idealfall einer Schiedsvereinbarung, die einmal ein institutionelles Verfahren festlegt und darüber hinaus alle Eventualitäten des konkreten Falles berücksichtigt, dürfte kaum zu erreichen sein. Spätestens im Rahmen des Schiedsauftrages sollten Parteien aber wissen, durch welche Vereinbarungen ein zügiges, preisgünstiges und für sie vorteilhaftes Verfahren erreicht werden kann.

¹¹⁴⁷ Kapitel 13, B, III.

¹¹⁴⁸ Kapitel 4, D, III.

Anhang

Arbitration Rules of the American Arbitration Association (AAA)

INTERNATIONAL ARBITRATION RULES

Amended and Effective 1 July, 2003

Article 1

1. Where parties have agreed in writing to arbitrate disputes under these International Arbitration Rules or have provided for arbitration of an international dispute by the International Centre for Dispute Resolution or the American Arbitration Association without designating particular rules, the arbitration shall take place in accordance with these rules, as in effect at the date of commencement of the arbitration, subject to whatever modifications the parties may adopt in writing.
2. These rules govern the arbitration, except that, where any such rule is in conflict with any provision of the law applicable to the arbitration from which the parties cannot derogate, that provision shall prevail.
3. These rules specify the duties and responsibilities of the administrator, the International Centre for Dispute Resolution, a division of the American Arbitration Association. The administrator may provide services through its Centre, located in New York, or through the facilities of arbitral institutions with which it has agreements of cooperation.

R-1. Commencing the Arbitration

Notice of Arbitration and Statement of Claim

Article 2

1. The party initiating arbitration (“claimant”) shall give written notice of arbitration to the administrator and at the same time to the party against whom a claim is being made (“respondent”).
2. Arbitral proceedings shall be deemed to commence on the date on which the administrator receives the notice of arbitration.
3. The notice of arbitration shall contain a statement of claim including the following:
 - (a) a demand that the dispute be referred to arbitration;
 - (b) the names, addresses and telephone numbers of the parties;
 - (c) a reference to the arbitration clause or agreement that is invoked;
 - (d) a reference to any contract out of or in relation to which the dispute arises;

- (e) a description of the claim and an indication of the facts supporting it;
 - (f) the relief or remedy sought and the amount claimed; and
 - (g) may include proposals as to the means of designating and the number of arbitrators, the place of arbitration and the language(s) of the arbitration.
4. Upon receipt of the notice of arbitration, the administrator shall communicate with all parties with respect to the arbitration and shall acknowledge the commencement of the arbitration.

Statement of Defense and Counterclaim

Article 3

1. Within 30 days after the commencement of the arbitration, a respondent shall submit a written statement of defense, responding to the issues raised in the notice of arbitration, to the claimant and any other parties, and to the administrator.
2. At the time a respondent submits its statement of defense, a respondent may make counterclaims or assert setoffs as to any claim covered by the agreement to arbitrate, as to which the claimant shall within 30 days submit a written statement of defense to the respondent and any other parties and to the administrator.
3. A respondent shall respond to the administrator, the claimant and other parties within 30 days after the commencement of the arbitration as to any proposals the claimant may have made as to the number of arbitrators, the place of the arbitration or the language(s) of the arbitration, except to the extent that the parties have previously agreed as to these matters.
4. The arbitral tribunal, or the administrator if the arbitral tribunal has not yet been formed, may extend any of the time limits established in this article if it considers such an extension justified.

Amendments to Claims

Article 4

During the arbitral proceedings, any party may amend or supplement its claim, counterclaim or defense, unless the tribunal considers it inappropriate to allow such amendment or supplement because of the party's delay in making it, prejudice to the other parties or any other circumstances. A party may not amend or supplement a claim or counterclaim if the amendment or supplement would fall outside the scope of the agreement to arbitrate.

R-2. The Tribunal

Number of Arbitrators

Article 5

If the parties have not agreed on the number of arbitrators, one arbitrator shall be appointed unless the administrator determines in its discretion that three arbitrators are appropriate because of the large size, complexity or other circumstances of the case.

Appointment of Arbitrators

Article 6

1. The parties may mutually agree upon any procedure for appointing arbitrators and shall inform the administrator as to such procedure.
2. The parties may mutually designate arbitrators, with or without the assistance of the administrator. When such designations are made, the parties shall notify the administrator so that notice of the appointment can be communicated to the arbitrators, together with a copy of these rules.
3. If within 45 days after the commencement of the arbitration, all of the parties have not mutually agreed on a procedure for appointing the arbitrator(s) or have not mutually agreed on the designation of the arbitrator(s), the administrator shall, at the written request of any party, appoint the arbitrator(s) and designate the presiding arbitrator. If all of the parties have mutually agreed upon a procedure for appointing the arbitrator(s), but all appointments have not been made within the time limits provided in that procedure, the administrator shall, at the written request of any party, perform all functions provided for in that procedure that remain to be performed.
4. In making such appointments, the administrator, after inviting consultation with the parties, shall endeavor to select suitable arbitrators. At the request of any party or on its own initiative, the administrator may appoint nationals of a country other than that of any of the parties.
5. Unless the parties have agreed otherwise no later than 45 days after the commencement of the arbitration, if the notice of arbitration names two or more claimants or two or more respondents, the administrator shall appoint all the arbitrators.

Impartiality and Independence of Arbitrators

Article 7

1. Arbitrators acting under these rules shall be impartial and independent. Prior to accepting appointment, a prospective arbitrator shall disclose to the administrator any circumstance likely to give rise to justifiable doubts as to the arbitrator's impartiality or independence. If, at any stage during the arbitration, new circumstances arise that may give rise to such doubts, an arbitrator shall promptly disclose such circumstances to the parties and to the administrator. Upon receipt of such information from an arbitrator or a party, the administrator shall communicate it to the other parties and to the tribunal.

2. No party or anyone acting on its behalf shall have any ex parte communication relating to the case with any arbitrator, or with any candidate for appointment as party-appointed arbitrator except to advise the candidate of the general nature of the controversy and of the anticipated proceedings and to discuss the candidate's qualifications, availability or independence in relation to the parties, or to discuss the suitability of candidates for selection as a third arbitrator where the parties or party designated arbitrators are to participate in that selection. No party or anyone acting on its behalf shall have any ex parte communication relating to the case with any candidate for presiding arbitrator.

Challenge of Arbitrators

Article 8

1. A party may challenge any arbitrator whenever circumstances exist that give rise to justifiable doubts as to the arbitrator's impartiality or independence. A party wishing to challenge an arbitrator shall send notice of the challenge to the administrator within 15 days after being notified of the appointment of the arbitrator or within 15 days after the circumstances giving rise to the challenge become known to that party.
2. The challenge shall state in writing the reasons for the challenge.
3. Upon receipt of such a challenge, the administrator shall notify the other parties of the challenge. When an arbitrator has been challenged by one party, the other party or parties may agree to the acceptance of the challenge and, if there is agreement, the arbitrator shall withdraw. The challenged arbitrator may also withdraw from office in the absence of such agreement. In neither case does withdrawal imply acceptance of the validity of the grounds for the challenge.

Article 9

If the other party or parties do not agree to the challenge or the challenged arbitrator does not withdraw, the administrator in its sole discretion shall make the decision on the challenge.

Replacement of an Arbitrator

Article 10

If an arbitrator withdraws after a challenge, or the administrator sustains the challenge, or the administrator determines that there are sufficient reasons to accept the resignation of an arbitrator, or an arbitrator dies, a substitute arbitrator shall be appointed pursuant to the provisions of Article 6, unless the parties otherwise agree.

Article 11

1. If an arbitrator on a three-person tribunal fails to participate in the arbitration for reasons other than those identified in Article 10, the two other arbitrators shall have the power in their sole discretion to continue the arbitration and to make any decision, ruling or award, notwithstanding the failure of the third arbitrator to participate. In determining whether to continue the arbitration or to render any decision, ruling or award without the participation of an arbitrator, the two other arbitrators shall take into account the stage of the arbitration, the reason, if any, expressed by the third arbitrator for such

nonparticipation, and such other matters as they consider appropriate in the circumstances of the case. In the event that the two other arbitrators determine not to continue the arbitration without the participation of the third arbitrator, the administrator on proof satisfactory to it shall declare the office vacant, and a substitute arbitrator shall be appointed pursuant to the provisions of Article 6, unless the parties otherwise agree.

2. If a substitute arbitrator is appointed under either Article 10 or Article 11, the tribunal shall determine at its sole discretion whether all or part of any prior hearings shall be repeated.

R-3. General Conditions

Representation

Article 12

Any party may be represented in the arbitration. The names, addresses and telephone numbers of representatives shall be communicated in writing to the other parties and to the administrator. Once the tribunal has been established, the parties or their representatives may communicate in writing directly with the tribunal.

Place of Arbitration

Article 13

1. If the parties disagree as to the place of arbitration, the administrator may initially determine the place of arbitration, subject to the power of the tribunal to determine finally the place of arbitration within 60 days after its constitution. All such determinations shall be made having regard for the contentions of the parties and the circumstances of the arbitration.
2. The tribunal may hold conferences or hear witnesses or inspect property or documents at any place it deems appropriate. The parties shall be given sufficient written notice to enable them to be present at any such proceedings.

Language

Article 14

If the parties have not agreed otherwise, the language(s) of the arbitration shall be that of the documents containing the arbitration agreement, subject to the power of the tribunal to determine otherwise based upon the contentions of the parties and the circumstances of the arbitration. The tribunal may order that any documents delivered in another language shall be accompanied by a translation into the language(s) of the arbitration.

Pleas as to Jurisdiction

Article 15

1. The tribunal shall have the power to rule on its own jurisdiction, including any objections with respect to the existence, scope or validity of the arbitration agreement.

2. The tribunal shall have the power to determine the existence or validity of a contract of which an arbitration clause forms a part. Such an arbitration clause shall be treated as an agreement independent of the other terms of the contract. A decision by the tribunal that the contract is null and void shall not for that reason alone render invalid the arbitration clause.
3. A party must object to the jurisdiction of the tribunal or to the arbitrability of a claim or counterclaim no later than the filing of the statement of defense, as provided in Article 3, to the claim or counterclaim that gives rise to the objection. The tribunal may rule on such objections as a preliminary matter or as part of the final award.

Conduct of the Arbitration

Article 16

1. Subject to these rules, the tribunal may conduct the arbitration in whatever manner it considers appropriate, provided that the parties are treated with equality and that each party has the right to be heard and is given a fair opportunity to present its case.
2. The tribunal, exercising its discretion, shall conduct the proceedings with a view to expediting the resolution of the dispute. It may conduct a preparatory conference with the parties for the purpose of organizing, scheduling and agreeing to procedures to expedite the subsequent proceedings.
3. The tribunal may in its discretion direct the order of proof, bifurcate proceedings, exclude cumulative or irrelevant testimony or other evidence, and direct the parties to focus their presentations on issues the decision of which could dispose of all or part of the case.
4. Documents or information supplied to the tribunal by one party shall at the same time be communicated by that party to the other party or parties.

Further Written Statements

Article 17

1. The tribunal may decide whether the parties shall present any written statements in addition to statements of claims and counterclaims and statements of defense, and it shall fix the periods of time for submitting any such statements.
2. The periods of time fixed by the tribunal for the communication of such written statements should not exceed 45 days. However, the tribunal may extend such time limits if it considers such an extension justified.

Notices

Article 18

1. Unless otherwise agreed by the parties or ordered by the tribunal, all notices, statements and written communications may be served on a party by air mail, air courier, facsimile

transmission, telex, telegram or other written forms of electronic communication addressed to the party or its representative at its last known address or by personal service.

2. For the purpose of calculating a period of time under these rules, such period shall begin to run on the day following the day when a notice, statement or written communication is received. If the last day of such period is an official holiday at the place received, the period is extended until the first business day which follows. Official holidays occurring during the running of the period of time are included in calculating the period.

Evidence

Article 19

1. Each party shall have the burden of proving the facts relied on to support its claim or defense.
2. The tribunal may order a party to deliver to the tribunal and to the other parties a summary of the documents and other evidence which that party intends to present in support of its claim, counterclaim or defense.
3. At any time during the proceedings, the tribunal may order parties to produce other documents, exhibits or other evidence it deems necessary or appropriate.

Hearings

Article 20

1. The tribunal shall give the parties at least 30 days advance notice of the date, time and place of the initial oral hearing. The tribunal shall give reasonable notice of subsequent hearings.
2. At least 15 days before the hearings, each party shall give the tribunal and the other parties the names and addresses of any witnesses it intends to present, the subject of their testimony and the languages in which such witnesses will give their testimony.
3. At the request of the tribunal or pursuant to mutual agreement of the parties, the administrator shall make arrangements for the interpretation of oral testimony or for a record of the hearing.
4. Hearings are private unless the parties agree otherwise or the law provides to the contrary. The tribunal may require any witness or witnesses to retire during the testimony of other witnesses. The tribunal may determine the manner in which witnesses are examined.
5. Evidence of witnesses may also be presented in the form of written statements signed by them.
6. The tribunal shall determine the admissibility, relevance, materiality and weight of the evidence offered by any party. The tribunal shall take into account applicable principles of

legal privilege, such as those involving the confidentiality of communications between a lawyer and client.

Interim Measures of Protection

Article 21

1. At the request of any party, the tribunal may take whatever interim measures it deems necessary, including injunctive relief and measures for the protection or conservation of property.
2. Such interim measures may take the form of an interim award, and the tribunal may require security for the costs of such measures.
3. A request for interim measures addressed by a party to a judicial authority shall not be deemed incompatible with the agreement to arbitrate or a waiver of the right to arbitrate.
4. The tribunal may in its discretion apportion costs associated with applications for interim relief in any interim award or in the final award.

Experts

Article 22

1. The tribunal may appoint one or more independent experts to report to it, in writing, on specific issues designated by the tribunal and communicated to the parties.
2. The parties shall provide such an expert with any relevant information or produce for inspection any relevant documents or goods that the expert may require. Any dispute between a party and the expert as to the relevance of the requested information or goods shall be referred to the tribunal for decision.
3. Upon receipt of an expert's report, the tribunal shall send a copy of the report to all parties and shall give the parties an opportunity to express, in writing, their opinion on the report. A party may examine any document on which the expert has relied in such a report.
4. At the request of any party, the tribunal shall give the parties an opportunity to question the expert at a hearing. At this hearing, parties may present expert witnesses to testify on the points at issue.

Default

Article 23

1. If a party fails to file a statement of defense within the time established by the tribunal without showing sufficient cause for such failure, as determined by the tribunal, the tribunal may proceed with the arbitration.

2. If a party, duly notified under these rules, fails to appear at a hearing without showing sufficient cause for such failure, as determined by the tribunal, the tribunal may proceed with the arbitration.
3. If a party, duly invited to produce evidence or take any other steps in the proceedings, fails to do so within the time established by the tribunal without showing sufficient cause for such failure, as determined by the tribunal, the tribunal may make the award on the evidence before it.

Closure of Hearing

Article 24

1. After asking the parties if they have any further testimony or evidentiary submissions and upon receiving negative replies or if satisfied that the record is complete, the tribunal may declare the hearings closed.
2. The tribunal in its discretion, on its own motion or upon application of a party, may reopen the hearings at any time before the award is made.

Waiver of Rules

Article 25

A party who knows that any provision of the rules or requirement under the rules has not been complied with, but proceeds with the arbitration without promptly stating an objection in writing thereto, shall be deemed to have waived the right to object.

Awards, Decisions and Rulings

Article 26

1. When there is more than one arbitrator, any award, decision or ruling of the arbitral tribunal shall be made by a majority of the arbitrators. If any arbitrator fails to sign the award, it shall be accompanied by a statement of the reason for the absence of such signature.
2. When the parties or the tribunal so authorize, the presiding arbitrator may make decisions or rulings on questions of procedure, subject to revision by the tribunal.

Form and Effect of the Award

Article 27

1. Awards shall be made in writing, promptly by the tribunal, and shall be final and binding on the parties. The parties undertake to carry out any such award without delay.
2. The tribunal shall state the reasons upon which the award is based, unless the parties have agreed that no reasons need be given.

3. The award shall contain the date and the place where the award was made, which shall be the place designated pursuant to Article 13.
4. An award may be made public only with the consent of all parties or as required by law.
5. Copies of the award shall be communicated to the parties by the administrator.
6. If the arbitration law of the country where the award is made requires the award to be filed or registered, the tribunal shall comply with such requirement.
7. In addition to making a final award, the tribunal may make interim, interlocutory or partial orders and awards.
8. Unless otherwise agreed by the parties, the administrator may publish or otherwise make publicly available selected awards, decisions and rulings that have been edited to conceal the names of the parties and other identifying details or that have been made publicly available in the course of enforcement or otherwise.

Applicable Laws and Remedies

Article 28

1. The tribunal shall apply the substantive law(s) or rules of law designated by the parties as applicable to the dispute. Failing such a designation by the parties, the tribunal shall apply such law(s) or rules of law as it determines to be appropriate.
2. In arbitrations involving the application of contracts, the tribunal shall decide in accordance with the terms of the contract and shall take into account usages of the trade applicable to the contract.
3. The tribunal shall not decide as amiable compositeur or ex aequo et bono unless the parties have expressly authorized it to do so.
4. A monetary award shall be in the currency or currencies of the contract unless the tribunal considers another currency more appropriate, and the tribunal may award such pre-award and post-award interest, simple or compound, as it considers appropriate, taking into consideration the contract and applicable law.
5. Unless the parties agree otherwise, the parties expressly waive and forego any right to punitive, exemplary or similar damages unless a statute requires that compensatory damages be increased in a specified manner. This provision shall not apply to any award of arbitration costs to a party to compensate for dilatory or bad faith conduct in the arbitration.

Settlement or Other Reasons for Termination

Article 29

1. If the parties settle the dispute before an award is made, the tribunal shall terminate the arbitration and, if requested by all parties, may record the settlement in the form of an award on agreed terms. The tribunal is not obliged to give reasons for such an award.

2. If the continuation of the proceedings becomes unnecessary or impossible for any other reason, the tribunal shall inform the parties of its intention to terminate the proceedings. The tribunal shall thereafter issue an order terminating the arbitration, unless a party raises justifiable grounds for objection.

Interpretation or Correction of the Award

Article 30

1. Within 30 days after the receipt of an award, any party, with notice to the other parties, may request the tribunal to interpret the award or correct any clerical, typographical or computation errors or make an additional award as to claims presented but omitted from the award.
2. If the tribunal considers such a request justified, after considering the contentions of the parties, it shall comply with such a request within 30 days after the request.

Costs

Article 31

The tribunal shall fix the costs of arbitration in its award. The tribunal may apportion such costs among the parties if it determines that such apportionment is reasonable, taking into account the circumstances of the case.

Such costs may include:

- (a) the fees and expenses of the arbitrators;
- (b) the costs of assistance required by the tribunal, including its experts;
- (c) the fees and expenses of the administrator;
- (d) the reasonable costs for legal representation of a successful party; and
- (e) any such costs incurred in connection with an application for interim or emergency relief pursuant to Article 21.

Compensation of Arbitrators

Article 32

Arbitrators shall be compensated based upon their amount of service, taking into account their stated rate of compensation and the size and complexity of the case. The administrator shall arrange an appropriate daily or hourly rate, based on such considerations, with the parties and with each of the arbitrators as soon as practicable after the commencement of the arbitration. If the parties fail to agree on the terms of compensation, the administrator shall establish an appropriate rate and communicate it in writing to the parties.

Deposit of Costs

Article 33

1. When a party files claims, the administrator may request the filing party to deposit appropriate amounts as an advance for the costs referred to in Article 31, paragraphs (a), (b) and (c).
2. During the course of the arbitral proceedings, the tribunal may request supplementary deposits from the parties.
3. If the deposits requested are not paid in full within 30 days after the receipt of the request, the administrator shall so inform the parties, in order that one or the other of them may make the required payment. If such payments are not made, the tribunal may order the suspension or termination of the proceedings.
4. After the award has been made, the administrator shall render an accounting to the parties of the deposits received and return any unexpended balance to the parties.

Confidentiality

Article 34

Confidential information disclosed during the proceedings by the parties or by witnesses shall not be divulged by an arbitrator or by the administrator. Except as provided in Article 27, unless otherwise agreed by the parties, or required by applicable law, the members of the tribunal and the administrator shall keep confidential all matters relating to the arbitration or the award.

Exclusion of Liability

Article 35

The members of the tribunal and the administrator shall not be liable to any party for any act or omission in connection with any arbitration conducted under these rules, except that they may be liable for the consequences of conscious and deliberate wrongdoing.

Interpretation of Rules

Article 36

The tribunal shall interpret and apply these rules insofar as they relate to its powers and duties. The administrator shall interpret and apply all other rules.

ADMINISTRATIVE FEES

The administrative fees of the ICDR are based on the amount of the claim or counterclaim. Arbitrator compensation is not included in this schedule. Unless the parties agree otherwise, arbitrator compensation and administrative fees are subject to allocation by the arbitrator in the award.

AAA-Schiedsordnung

In an effort to make arbitration costs reasonable for consumers, the AAA has a separate fee schedule for consumer related disputes. Please refer to Section C-8 of the Supplementary Procedures for Consumer-Related Disputes when filing a consumer related claim.

Fees

An initial filing fee is payable in full by a filing party when a claim, counterclaim or additional claim is filed. A case service fee will be incurred for all cases that proceed to their first hearing. This fee will be payable in advance at the time that the first hearing is scheduled. This fee will be refunded at the conclusion of the case if no hearings have occurred.

However, if the administrator is not notified at least 24 hours before the time of the scheduled hearing, the case service fee will remain due and will not be refunded.

These fees will be billed in accordance with the following schedule:

Amount of Claim	Initial Filing Fee	Case Service Fee
Above \$0 to \$10,000	\$500	\$200
Above \$10,000 to \$75,000	\$750	\$300
Above \$75,000 to \$150,000	\$1,500	\$750
Above \$150,000 to \$300,000	\$2,750	\$1,250
Above \$300,000 to \$500,000	\$4,250	\$1,750
Above \$500,000 to \$1,000,000	\$6,000	\$2,500
Above \$1,000,000 to \$5,000,000	\$8,000	\$3,250
Above \$5,000,000 to \$10,000,000	\$10,000	\$4,000
Above \$10,000,000 *		
Nonmonetary Claims**	\$3,250	\$1,250

*Contact the ICDR's New York office for fees for claims in excess of \$10 million.

** This fee is applicable only when a claim or counterclaim is not for a monetary amount. Where a monetary claim amount is not known, parties will be required to state a range of claims or be subject to the highest possible filing fee.

The minimum fees for any case having three or more arbitrators are \$2,750 for the filing fee, plus a \$1,250 case service fee.

Parties on cases held in abeyance for one year by agreement, will be assessed an annual abeyance fee of \$300. If a party refuses to pay the assessed fee, the other party or parties may pay the entire fee on behalf of all parties, otherwise the matter will be closed.

Refund Schedule

The ICDR offers a refund schedule on filing fees. For cases with claims up to \$75,000, a minimum filing fee of \$300 will not be refunded. For all other cases, a minimum fee of \$500 will not be refunded. Subject to the minimum fee requirements, refunds will be calculated as follows:

AAA-Schiedsordnung

- ☐ 100% of the filing fee, above the minimum fee, will be refunded if the case is settled or withdrawn within five calendar days of filing.
- ☐ 50% of the filing fee, in any case with filing fees in excess of \$500, will be refunded if the case is settled or withdrawn between six and 30 calendar days of filing. Where the filing fee is \$500, the refund will be \$200.
- ☐ 25% of the filing fee will be refunded if the case is settled or withdrawn between 31 and 60 calendar days of filing. No refund will be made once an arbitrator has been appointed (this includes one arbitrator on a three-arbitrator panel). No refunds will be granted on awarded cases.

Note: the date of receipt of the demand for arbitration with the ICDR will be used to calculate refunds of filing fees for both claims and counterclaims.

Suspension for Nonpayment

If arbitrator compensation or administrative charges have not been paid in full, the administrator may so inform the parties in order that one of them may advance the required payment. If such payments are not made, the tribunal may order the suspension or termination of the proceedings. If no arbitrator has yet been appointed, the ICDR may suspend the proceedings.

Hearing Room Rental

The fees described above do not cover the rental of hearing rooms, which are available on a rental basis. Check with the ICDR for availability and rates.

Arbitration Rules
of the
German Institution of Arbitration
(Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e. V. (DIS))
(in force as of July 1, 1998)*

Section 1

Scope of application

- 1.1: The Arbitration Rules set forth herein apply to disputes which, pursuant to an agreement concluded between the parties, are to be decided by an arbitral tribunal in accordance with the Arbitration Rules of the German Institution of Arbitration (DIS).
- 1.2: Unless otherwise agreed by the parties, the Arbitration Rules in effect on the date of commencement of the arbitral proceedings apply to the dispute.

Section 2

Selection of arbitrators

- 2.1: The parties are free in their selection and nomination of arbitrators.
- 2.2: Unless otherwise agreed by the parties, the chairman of the arbitral tribunal or the sole arbitrator, as the case may be, shall be a lawyer.
- 2.3: Upon request, the DIS will make suggestions for the selection of arbitrators.

Section 3

Number of arbitrators

Unless otherwise agreed by the parties, the arbitral tribunal consists of three arbitrators.

Section 4

Requisite copies of written pleadings and attachments

All written pleadings and attachments shall be submitted in a number of copies at least sufficient to provide one copy for each arbitrator, for each party and, in case the pleadings are filed with the DIS, one copy for the latter.

Section 5

Delivery of written communications

- 5.1: The statement of claim and written pleadings, containing pleas as to the merits of the claim or a withdrawal of the claim, shall be delivered by registered mail/return receipt requested or by courier, telefax or other means of delivery inasmuch as they provide a record of receipt. All other written communications may be delivered by any other means of delivery. All written communications and information submitted to the arbitral tribunal shall likewise be conveyed to the other party at the same time.

* Translation from German. Only the German text is authoritative.

- 5.2: Delivery of all written communications by the parties, the arbitral tribunal or the DIS Secretariat shall be made to the last-known address, as provided by the addressee or, as the case may be, by the other party.
- 5.3: If the whereabouts of a party or a person entitled to receive communications on his behalf are not known, any written communication shall be deemed to have been received on the day on which it could have been received at the last-known address upon proper delivery by registered mail/return receipt requested, or by courier, telefax or other means of delivery inasmuch as they provide a record of receipt.
- 5.4: If a written communication delivered in accordance with subsection 1 of this section is received by any other means, delivery is deemed to have been effected not later than at the time of actual receipt.
- 5.5: Where a party has retained legal representation, delivery should be made to the latter.

Section 6

Commencement of arbitral proceedings

- 6.1: The claimant shall file the statement of claim with a DIS Secretariat. Arbitral proceedings commence upon receipt of the statement of claim by a DIS Secretariat.
- 6.2: The statement of claim shall contain:
- (1) identification of the parties,
 - (2) specification of the relief sought,
 - (3) particulars regarding the facts and circumstances which give rise to the claim(s),
 - (4) reproduction of the arbitration agreement,
 - (5) nomination of an arbitrator, unless the parties have agreed on a decision by sole arbitrator.
- 6.3: In addition, the statement of claim should contain:
- (1) particulars regarding the amount in dispute,
 - (2) proposals for the nomination of an arbitrator, where the parties have agreed on a decision by sole arbitrator,
 - (3) particulars regarding the place of arbitration, the language of the proceedings and the rules applicable to the substance of the dispute.
- 6.4: If the statement of claim is incomplete or if the copies or attachments are not submitted in the requisite number, the DIS Secretariat requests the claimant to make a corresponding supplementation and sets a time-limit for compliance.

Commencement of the arbitral proceedings pursuant to subsection 1, sentence 2 of this section is not affected as long as supplementation is made within the set time-limit;

otherwise, the proceedings are terminated without prejudice to the claimant's right to reintroduce the same claim.

Section 7

Costs upon commencement of proceedings

- 7.1: Upon filing the statement of claim, the claimant shall pay to the DIS the administrative fee as well as a provisional advance on the arbitrators' costs in accordance with the schedule of costs (appendix to section 40 sub. 5) in force on the date of receipt of the statement of claim by the DIS Secretariat.
- 7.2: The DIS Secretariat invoices the claimant for the DIS administrative fee and the provisional advance and, if payment has not already been made, sets a time-limit for payment. If payment is not effected within the time-limit, which may be subject to reasonable extension, the proceedings are terminated without prejudice to the claimant's right to reintroduce the same claim.

Section 8

Delivery of statement of claim to respondent

The DIS Secretariat delivers the statement of claim to the respondent without undue delay. The DIS Secretariat may make delivery of the statement of claim contingent on having received the number of copies of the statement of claim and attachments required pursuant to section 4 as well as payment required pursuant to section 7.

Section 9

Statement of defence

After constitution of the arbitral tribunal pursuant to section 17, the arbitral tribunal sets a time-limit for the respondent to file the statement of defence. When setting the time-limit, appropriate consideration shall be given to the date the respondent received the statement of claim.

Section 10

Counterclaim

- 10.1: Any counterclaim shall be filed with a DIS Secretariat. Section 6 subs. 1 - 4 apply mutatis mutandis.
- 10.2: The arbitral tribunal decides on the admissibility of the counterclaim.

Section 11

Costs of filing counterclaim

- 11.1: Upon filing a counterclaim, the respondent shall pay to the DIS the administrative fee in accordance with the schedule of costs in force on the date of commencement of the proceedings (appendix to section 40 sub. 5).
- 11.2: The DIS Secretariat invoices the respondent for the DIS administrative fee and, if payment has not already been made, sets a time-limit for payment. If payment is not

effected within the time-limit, which may be subject to reasonable extension, the counterclaim is deemed not to have been filed.

- 11.3: The DIS Secretariat delivers the counterclaim to the claimant and the arbitral tribunal without undue delay. The DIS Secretariat may make delivery of the counterclaim contingent on having received the number of copies of the counterclaim and attachments required pursuant to section 4 as well as payment required pursuant to subsection 1 of this section.

Section 12

Arbitral tribunal with three arbitrators

- 12.1: Upon delivery of the statement of claim, the DIS Secretariat calls upon the respondent to nominate an arbitrator. If the DIS Secretariat does not receive a nomination from the respondent within 30 days after receipt of the statement of claim by the respondent, the claimant may request nomination by the DIS Appointing Committee. The DIS Secretariat may extend the 30 day time-limit upon application. A nomination is still timely after expiry of the period of 30 days as long as the DIS Secretariat receives such nomination prior to a request by the claimant for nomination by the DIS Appointing Committee.

A party is bound by his nomination of an arbitrator once the DIS Secretariat has received the nomination.

- 12.2: The two arbitrators nominate the chairman of the arbitral tribunal and notify the DIS Secretariat thereof without undue delay. When making such nomination, the arbitrators should take into account concurring proposals by the parties. If the DIS Secretariat does not receive a nomination of the chairman of the arbitral tribunal from the two arbitrators within 30 days after calling upon them to do so, each party may request nomination of the chairman by the DIS Appointing Committee. A nomination is still timely after expiry of the period of 30 days as long as the DIS Secretariat receives such nomination prior to a request by one of the parties for nomination by the DIS Appointing Committee.

Section 13

Multiple parties on claimant or respondent side

- 13.1: Unless otherwise agreed by the parties, multiple claimants shall jointly nominate one arbitrator in their statement of claim.
- 13.2: If two or more respondents are named in the statement of claim, unless otherwise agreed by the parties, the respondents shall jointly nominate one arbitrator within 30 days after their receipt of the statement of claim. If the respondents have received the statement of claim at different times, the time-limit shall be calculated by reference to the time of receipt by the respondent who last received the statement of claim. The DIS Secretariat may extend the time-limit. If the respondents fail to agree on a joint nomination within the time-limit, the DIS Appointing Committee, after having consulted the parties, nominates two arbitrators, unless the parties agree otherwise. A nomination made by the claimant side is set aside by the DIS Appointing Committee's nomination.

The two arbitrators nominated by the parties or the DIS Appointing Committee nominate the chairman of the tribunal. Section 12 sub. 2 applies mutatis mutandis, in which case the request of one party is sufficient.

13.3: The arbitral tribunal decides on the admissibility of the multi-party proceedings.

Section 14

Sole arbitrator

Where the arbitral tribunal is to consist of a sole arbitrator and the parties do not reach agreement on a sole arbitrator within 30 days after receipt of the statement of claim by the respondent, each party may request nomination of a sole arbitrator by the DIS Appointing Committee.

Section 15

Impartiality and independence

Each arbitrator must be impartial and independent. He shall exercise his office to the best of his knowledge and abilities, and in doing so is not bound by any directions.

Section 16

Acceptance of mandate as arbitrator

- 16.1: Each person who is nominated as arbitrator shall without undue delay notify the DIS Secretariat of his acceptance of the office as arbitrator and declare whether he fulfills the qualifications agreed upon by the parties. Such person shall disclose all circumstances which are likely to give rise to doubts as to his impartiality or independence. The DIS Secretariat informs the parties accordingly.
- 16.2: If circumstances are apparent from an arbitrator's declaration, which are likely to give rise to doubts as to his impartiality or independence or his fulfillment of agreed qualifications, the DIS Secretariat grants the parties an opportunity to comment within an appropriate time-limit.
- 16.3: An arbitrator shall disclose to the parties and the DIS Secretariat circumstances likely to give rise to doubts as to his impartiality or independence also throughout the arbitral proceedings.

Section 17

Confirmation of arbitrators

- 17.1: The DIS Secretary General may confirm the nominated arbitrator as soon as the DIS Secretariat receives the arbitrator's declaration of acceptance, and no circumstances likely to give rise to doubts regarding the impartiality or independence of an arbitrator or his fulfillment of agreed qualifications are apparent from the declaration, or if within the time-limit set by section 16 sub. 2 no party objects to the confirmation of that arbitrator.
- 17.2: In all other cases the DIS Appointing Committee decides on the confirmation of the nominated arbitrator.

- 17.3: Upon confirmation of all arbitrators, the arbitral tribunal is constituted. The DIS Secretariat informs the parties of the constitution of the arbitral tribunal.

Section 18

Challenge of arbitrator

- 18.1: An arbitrator may be challenged only if circumstances exist that give rise to justifiable doubts as to his impartiality or independence, or if he does not possess qualifications agreed to by the parties. A party may challenge an arbitrator nominated by him, or in whose nomination he has participated, only for reasons of which he becomes aware after the nomination has been made.
- 18.2: The challenge shall be notified and substantiated to the DIS Secretariat within two weeks of being advised of the constitution of the arbitral tribunal pursuant to section 17 sub. 3 or of the time at which the party learns of the reason for challenge. The DIS Secretariat informs the arbitrators and the other party of the challenge and sets a reasonable time-limit for comments from the challenged arbitrator and the other party. If the challenged arbitrator does not withdraw from his office or the other party does not agree to the challenge within the time-limit fixed, the challenging party may within two weeks request the arbitral tribunal to decide on the challenge unless otherwise agreed by the parties.
- 18.3: If the other party agrees to the challenge, or if the arbitrator withdraws from his office after being challenged, or if the application of challenge has been granted, a substitute arbitrator shall be nominated. Sections 12 to 17 apply mutatis mutandis to the nomination and confirmation of the substitute arbitrator.

Section 19

Default of an arbitrator

- 19.1: If an arbitrator becomes de jure or de facto unable to perform his functions or for other reasons fails to act, his mandate terminates if he withdraws from his office or if the parties agree on the termination. If the arbitrator does not withdraw from his office, or if the parties cannot reach agreement on the termination of his mandate, any party may request the competent court to decide on the termination of the mandate.
- 19.2: If the mandate of an arbitrator is terminated, a substitute arbitrator shall be nominated. Sections 12 to 17 apply mutatis mutandis to the nomination and confirmation of the substitute arbitrator.
- 19.3: If, pursuant to subsection 1 of this section or of section 18 sub. 2, an arbitrator withdraws from his office or a party agrees to the termination of the mandate of an arbitrator, this does not imply acceptance of the validity of any ground referred to in subsection 1 of this section or section 18 sub. 2.

Section 20

Interim measures of protection

- 20.1: Unless otherwise agreed by the parties, the arbitral tribunal may, at the request of a party, order any interim measure of protection as the arbitral tribunal may consider

necessary in respect of the subject-matter of the dispute. The arbitral tribunal may require any party to provide appropriate security in connection with such measure.

- 20.2: It is not incompatible with an arbitration agreement for a party to request an interim measure of protection in respect of the subject-matter of the dispute from a court before or during arbitral proceedings.

Section 21

Place of arbitration

- 21.1: Failing an agreement by the parties on the place of arbitration, this shall be determined by the arbitral tribunal.
- 21.2: Notwithstanding subsection 1 of this section, the arbitral tribunal may, unless otherwise agreed by the parties, meet at any place it considers appropriate for an oral hearing, for hearing witnesses, experts or the parties, for consultation among its members or for inspection of property or documents.

Section 22

Language of proceedings

- 22.1: The parties are free to agree on the language or languages to be used in the arbitral proceedings. Failing such agreement, the arbitral tribunal shall determine the language or languages to be used in the proceedings. This agreement or determination, unless otherwise specified therein, shall apply to any written statement by a party, any hearing and any award, decision or other communication by the arbitral tribunal.
- 22.2: The arbitral tribunal may order that expert reports and other documentary evidence shall be accompanied by a translation into the language or languages agreed upon by the parties or determined by the arbitral tribunal.

Section 23

Applicable law

- 23.1: The arbitral tribunal shall decide the dispute in accordance with such rules of law as are chosen by the parties as applicable to the substance of the dispute. Any designation of the law or legal system of a given State shall be construed, unless otherwise expressed, as directly referring to the substantive law of that State and not to its conflict of laws rules.
- 23.2: Failing any designation by the parties, the arbitral tribunal shall apply the law of the State with which the subject-matter of the proceedings is most closely connected.
- 23.3: The arbitral tribunal shall decide *ex aequo et bono* or as *amiable compositeur* only if the parties have expressly authorized it to do so. The parties may so authorize the arbitral tribunal up to the time of its decision.
- 23.4: In all cases the arbitral tribunal shall decide in accordance with the terms of the contract and shall take into account the usages of trade applicable to the transaction.

Section 24

Rules of procedure

- 24.1: Statutory provisions of arbitral procedure in force at the place of arbitration from which the parties may not derogate, the Arbitration Rules set forth herein, and, if any, additional rules agreed upon by the parties shall apply to the arbitral proceedings. Otherwise, the arbitral tribunal shall have complete discretion to determine the procedure.
- 24.2: The arbitral tribunal shall undertake to obtain from the parties comprehensive statements regarding all relevant facts and the proper applications for relief.
- 24.3: The chairman of the arbitral tribunal presides over the proceedings.
- 24.4: Individual questions of procedure may be decided by the chairman of the arbitral tribunal alone if so authorized by the other members of the arbitral tribunal.

Section 25

Advance on costs of arbitral tribunal

The arbitral tribunal may make continuation of the arbitral proceedings contingent on payment of advances on the anticipated costs of the arbitral tribunal. It should request each party to pay one half of the advance. In fixing the advance, the arbitrators' total fees and the anticipated reimbursements as well as any applicable value added tax may be taken into consideration. The provisional advance paid by the claimant to the DIS pursuant to section 7 sub. 1 shall be credited to the claimant's share of the advance on costs.

Section 26

Due process

- 26.1: The parties shall be treated with equality. Each party shall be given a full opportunity to present his case at all stages of the proceedings. The parties shall be given sufficient advance notice of any hearing and of any meeting of the arbitral tribunal for the purpose of taking evidence. The parties are entitled to be legally represented.
- 26.2: All written pleadings, documents or other communications supplied to the arbitral tribunal by one party shall be communicated to the other party. Likewise, expert reports and other evidentiary documents on which the arbitral tribunal may rely in making its decision are to be communicated to both parties.

Section 27

Establishing the facts

- 27.1: The arbitral tribunal shall establish the facts underlying the dispute. To this end it has the discretion to give directions and, in particular, to hear witnesses and experts and order the production of documents. The arbitral tribunal is not bound by the parties' applications for the admission of evidence.
- 27.2: Unless otherwise agreed by the parties, the arbitral tribunal may appoint one or more experts to report to it on specific issues to be determined by the arbitral tribunal. It

may also require a party to give the expert any relevant information or to produce, or to provide access to, any relevant documents or property for his inspection.

- 27.3: Unless otherwise agreed by the parties, if a party so requests or if the arbitral tribunal considers it necessary, the expert shall, after delivery of his written or oral report, participate in an oral hearing where the parties have the opportunity to put questions to him and to present expert witnesses in order to testify on the points at issue.

Section 28

Oral hearing

Subject to agreement by the parties, the arbitral tribunal shall decide whether to hold oral hearings or whether the proceedings shall be conducted on the basis of documents and other materials. Unless the parties have agreed that no hearings shall be held, the arbitral tribunal shall hold such hearings at an appropriate stage of the proceedings, if so requested by a party.

Section 29

Records of oral proceedings

A record shall be made of all oral hearings. The record shall be signed by the chairman. The parties shall each receive a copy of the record.

Section 30

Default of a party

- 30.1: If the respondent fails to communicate his statement of defence within the time-limit set in accordance with section 9, the arbitral tribunal may continue the proceedings without treating such failure in itself as an admission of the claimant's allegations.
- 30.2: If any party fails to appear at an oral hearing after having been duly summoned, or to produce documentary evidence within a set time-limit, the arbitral tribunal may continue the proceedings and make the award on the evidence before it.
- 30.3: Any default which has been justified to the tribunal's satisfaction will be disregarded. Apart from that, the parties may agree otherwise on the consequences of default.

Section 31

Closing of proceedings

The arbitral tribunal may, when satisfied that the parties have had sufficient opportunity to present their case, set a time-limit. Upon the expiry of the time-limit, the arbitral tribunal may reject further pleadings by the parties as to the facts of the case.

Section 32

Settlement

- 32.1: At every stage of the proceedings, the arbitral tribunal should seek to encourage an amicable settlement of the dispute or of individual issues in dispute.

- 32.2 If, during arbitral proceedings, the parties settle the dispute, the arbitral tribunal shall terminate the proceedings. If requested by the parties, the arbitral tribunal shall record the settlement in the form of an arbitral award on agreed terms, unless the contents of the settlement are in violation of public policy (ordre public).
- 32.3: An award on agreed terms shall be made in accordance with section 34 and shall state that it is an award. Such an award has the same effect as any other award on the merits of the case.

Section 33

Rendering of the arbitral award

- 33.1: The arbitral tribunal shall conduct the proceedings expeditiously and shall render an award within a reasonable period of time.
- 33.2: In rendering the award, the arbitral tribunal is bound by the requests for relief made by the parties.
- 33.3: In arbitral proceedings with more than one arbitrator, any decision of the arbitral tribunal shall be made, unless otherwise agreed by the parties, by a majority of all its members.
- 33.4: If an arbitrator refuses to take part in the vote on a decision, the remaining arbitrators may take the decision without him, unless otherwise agreed by the parties. The remaining arbitrators shall decide by majority vote. The parties shall be given advance notice of the intention to make an award without the arbitrator who refuses to participate in the vote. In the case of other decisions, the parties shall be informed subsequent to the decision of the refusal to participate in the vote.

Section 34

Arbitral award

- 34.1: The award shall be made in writing and shall be signed by the arbitrator or arbitrators. In arbitral proceedings with more than one arbitrator, the signatures of the majority of all members of the arbitral tribunal shall suffice, provided that the reason for any omitted signature is stated.
- 34.2: The award shall contain full identification of the parties to the arbitral proceedings and their legal representatives and the names of the arbitrators who have rendered the award.
- 34.3: The award shall state the reasons upon which it is based, unless the parties have agreed that no reasons are to be given or the award is an award on agreed terms under section 32 sub. 2.
- 34.4: The award shall state the date on which it was rendered and the place of arbitration as determined in accordance with section 21. The award shall be deemed to have been made on that date and at that place.

Section 35

Decision on costs

- 35.1: Unless otherwise agreed by the parties, the arbitral tribunal shall also decide in the arbitral award which party is to bear the costs of the arbitral proceedings, including those costs incurred by the parties and which were necessary for the proper pursuit of their claim or defence.
- 35.2: In principle, the unsuccessful party shall bear the costs of the arbitral proceedings. The arbitral tribunal may, taking into consideration the circumstances of the case, and in particular where each party is partly successful and partly unsuccessful, order each party to bear his own costs or apportion the costs between the parties.
- 35.3: To the extent that the costs of the arbitral proceedings have been fixed, the arbitral tribunal shall also decide on the amount to be borne by each party. If the costs have not been fixed or if they can be fixed only once the arbitral proceedings are terminated, the decision shall be taken by means of a separate award.
- 35.4: Subsections 1, 2 and 3 of this section apply mutatis mutandis where the proceedings have been terminated without an arbitral award, provided the parties have not reached an agreement on the costs.

Section 36

Delivery of the arbitral award

- 36.1: The arbitral tribunal shall provide a sufficient number of originals of the arbitral award. Without undue delay, the DIS Secretariat shall be supplied with one original of the award to keep on file as well as a sufficient number for delivery to the parties.
- 36.2: The DIS Secretariat delivers one original of the award to each party.
- 36.3: Delivery of the award to the parties may be withheld until the costs of the arbitral proceedings have been paid in full to the arbitral tribunal and to the DIS.

Section 37

Interpretation and correction of arbitral award

- 37.1: Any party may request the arbitral tribunal
- to correct in the award any errors in computation, any clerical or typographical errors or any errors of similar nature,
 - to give an interpretation of specific parts of the award,
 - to make an additional award as to claims presented in the arbitral proceedings but omitted from the award.
- 37.2: Unless otherwise agreed by the parties, the request shall be made within 30 days after receipt of the award. A copy of the request shall be delivered to the DIS Secretariat.
- 37.3: The arbitral tribunal should make the correction or give the interpretation within 30 days and make an additional award within 60 days.

37.4: The arbitral tribunal may also make a correction to the award on its own initiative.

37.5: Sections 33, 34 and 36 apply to correction or interpretation of the award or to an additional award.

Section 38

Effect of arbitral award

The award is final and has the same effect between the parties as a final and binding court judgment.

Section 39

Termination of arbitral proceedings

39.1: The arbitral proceedings are terminated by the final award, by an order of the arbitral tribunal pursuant to subsection 2 of this section or by the DIS Secretariat pursuant to subsection 3 of this section.

39.2: The arbitral tribunal shall issue an order for the termination of the arbitral proceedings when

- (1) the claimant withdraws his claim, unless the respondent objects thereto and the arbitral tribunal recognizes a legitimate interest on his part in obtaining a final settlement of the dispute; or
- (2) the parties agree on the termination of the arbitral proceedings; or
- (3) the parties fail to pursue the arbitral proceedings in spite of being so requested by the arbitral tribunal or when the continuation of the proceedings has for any other reason become impossible.

39.3: If nomination of an arbitrator or substitute arbitrator does not occur within the set time-limit and nomination by the DIS Appointing Committee is not requested by a party, the DIS Secretariat may terminate the proceedings after having consulted the parties.

Section 40

Costs of arbitral proceedings

40.1: The arbitrators are entitled to fees and reimbursement of expenses as well as to value added tax levied on the fees or expenses. The parties are jointly and severally liable to the arbitral tribunal for payment of the costs of the arbitral proceedings, notwithstanding any claim for reimbursement by one party against the other.

40.2: The fees shall be fixed by reference to the amount in dispute, which is to be assessed by the arbitral tribunal at its due discretion.

40.3: If proceedings are terminated prematurely, the arbitral tribunal may at its equitable discretion reduce the fees in accordance with the progress of the proceedings.

40.4: The DIS is entitled to an administrative fee as well as to any value added tax levied thereon. The parties are jointly and severally liable to the DIS for payment of the

administrative fee, notwithstanding any claim for reimbursement by one party against the other.

40.5 The amount of fees and expenses shall be calculated in accordance with the schedule which forms part of the present Arbitration Rules.

40.6: If the amount in dispute is not specified in a statement of claim or counterclaim, the DIS or the arbitral tribunal, as the case may be, may assess the provisional administrative fees and advances at its due discretion.

Section 41

Loss of right to object

A party who knows that any provision of these Arbitration Rules or any other agreed requirement under the arbitral procedure has not been complied with and yet proceeds with the arbitration without stating his objection to such non-compliance without undue delay, may not raise that objection later.

Section 42

Publication of the arbitral award

The arbitral award may be published only with written permission of the parties and the DIS. Under no circumstances may the publication include the names of the parties, their legal representatives or the arbitrators or any other information specific to the arbitral proceedings.

Section 43

Confidentiality

43.1: The parties, the arbitrators and the persons at the DIS Secretariat involved in the administration of the arbitral proceedings shall maintain confidentiality towards all persons regarding the conduct of arbitral proceedings, and in particular regarding the parties involved, the witnesses, the experts and other evidentiary materials. Persons acting on behalf of any person involved in the arbitral proceedings shall be obligated to maintain confidentiality.

43.2: The DIS may publish information on arbitral proceedings in compilations of statistical data, provided such information excludes identification of the persons involved.

Section 44

Exclusion of liability

44.1: All liability of an arbitrator for any act in connection with deciding a legal matter is excluded, provided such act does not constitute an intentional breach of duty.

44.2: All liability of the arbitrators, the DIS, its officers and its employees for any other act or omission in connection with arbitral proceedings is excluded, provided such acts do not constitute an intentional or grossly negligent breach of duty.

**Appendix to section 40 sub. 5 of the Arbitration Rules
(In force as from July 1, 2002)**

- 1) Amount in dispute up to 5,000 €

The fee for the chairman of the arbitral tribunal or for a sole arbitrator amounts to 1,365 € and
for each co-arbitrator 1,050 €

- 2) Amounts in dispute from 5,000 € to 50,000 €

Amount	Fee for chairman of arbitral tribunal/ sole arbitrator	Fee for each co-arbitrator
up to 6,000 €	1,560 €	1,200 €
up to 7,000 €	1,755 €	1,350 €
up to 8,000 €	1,950 €	1,500 €
up to 9,000 €	2,145 €	1,650 €
up to 10,000 €	2,340 €	1,800 €
up to 12,500 €	2,535 €	1,950 €
up to 15,000 €	2,730 €	2,100 €
up to 17,500 €	2,925 €	2,250 €
up to 20,000 €	3,120 €	2,400 €
up to 22,500 €	3,315 €	2,550 €
up to 25,000 €	3,510 €	2,700 €
up to 30,000 €	3,705 €	2,850 €
up to 35,000 €	3,900 €	3,000 €
up to 40,000 €	4,095 €	3,150 €
up to 45,000 €	4,290 €	3,300 €
up to 50,000 €	4,485 €	3,450 €

In the case of amounts in dispute exceeding 50,000 €, the fee for each co-arbitrator is calculated as follows:

- 3) For amounts more than 50,000 € up to 500,000 €
a fee of 3,450 € plus 1.8% of the amount exceeding 50,000 €
- 4) For amounts more than 500,000 € up to 1,000,000 €
a fee of 11,550 € plus 1.2% of the amount exceeding 500,000 €
- 5) For amounts more than 1,000,000 € up to 2,000,000 €
a fee of 17,550 € plus 0.9% of the amount exceeding 1,000,000 €
- 6) For amounts more than 2,000,000 € up to 5,000,000 €
a fee of 26,550 € plus 0.4% of the amount exceeding 2,000,000 €
- 7) For amounts more than 5,000,000 € up to 10,000,000 €
a fee of 38,550 € plus 0.2% of the amount exceeding 5,000,000 €

DIS-Schiedsordnung

- 8) For amounts more than 10,000,000 € up to 50,000,000 €
a fee of 48,550 € plus 0.1% of the amount exceeding 10,000,000 €
- 9) For amounts more than 50,000,000 € up to 100,000,000 €
a fee of 88,550 € plus 0.06% of the amount exceeding 50,000,000 €
- 10) For amounts more than 100,000,000 €
a fee of 118,550 € plus 0.03% of the amount exceeding 100,000,000 €
- 11) If a request for an interim measure of protection has been made to the arbitral tribunal pursuant to section 20, the arbitrators' fees are increased by 30% of the amount pursuant to this schedule;
- 12) If more than two parties are involved in the arbitral proceedings, the amounts of the arbitrators' fees pursuant to this schedule are increased by 20% for each additional party. The arbitrators' fees are increased by no more than 50% in total;
- 13) For the chairman of the tribunal and the sole arbitrator, fees are calculated by adding 30% to the fees pursuant to 3) to 12);
- 14) The amount of the provisional advance for the arbitral tribunal levied by the DIS Secretariat upon filing of the statement of claim pursuant to section 7 sub. 1 corresponds to the fee for a co-arbitrator pursuant to this schedule;
- 15) In the case of an amount in dispute up to 50,000 € the DIS administrative fee amounts to 2% of the amount in dispute; in the case of an amount in dispute of more than 50,000 € and up to 1,000,000 € the DIS administrative fee amounts to 1,000 € plus 1% of the amount exceeding 50,000 €; in the case of the amount in dispute exceeding 1,000,000 € the DIS administrative fee amounts to 10,500 € plus 0.5% of the amount exceeding 1,000,000 €. The minimum DIS administrative fee is 350 €, the maximum fee is 25,000 €.

Upon filing a counterclaim, the amounts in dispute of claim and counterclaim are added for the purpose of assessing the DIS administrative fee. The DIS administrative fee for a counterclaim is calculated by deducting the DIS administrative fee from the administrative fee assessed according to the increased overall amount in dispute;

The minimum administrative fee for a counterclaim is 350 €, the maximum fee for claim and counterclaim is 37,500 €.

If more than two parties are involved in the arbitral proceedings, the DIS administrative fee set forth in this schedule is increased by 20% for each additional party; the maximum fee is 37,500 €.

- 16) If a statement of claim, a counterclaim or any other written pleading is submitted to the DIS in any language other than German, English or French, the DIS may arrange for a translation. The costs for such translation may be added to the DIS administrative fee levied by the DIS pursuant to 15).

DIS Appointing Committee (DIS-Ernennungsausschuss)

Section 14 of the Statutes of the German Institution of Arbitration

- (1) The "Appointing Committee" consists of three members and three alternate members, who are appointed for a period of two years by the Board of Directors (Vorstand) assisted by the chairman of the Advisory Board (Beirat). Consecutive appointments are permitted. In the case of one or more members being temporarily unable to perform their duties, the alternate members in alphabetical order perform the functions of the members prevented from acting.
- (2) The "Appointing Committee" nominates arbitrators and substitute arbitrators upon proposal of the Executive Committee (Geschäftsführung).
- (3) The "Appointing Committee" also revokes the mandate of arbitrators and mediators, to the extent that the latter is provided for by the applicable arbitration rules.
- (4) Further functions may be assigned to the "Appointing Committee".
- (5) The "Appointing Committee" is not bound by directions. Its work is confidential. It decides by simple majority. In general, the decision is taken by written procedure.
- (6) The members of the "Appointing Committee" who participate in any function in arbitral proceedings before the DIS cannot participate in decisions regarding such arbitral proceedings. A member of the "Appointing Committee" may not be nominated as arbitrator pursuant to subsection 2 of this section.
- (7) The Executive Committee (Geschäftsführung) is not bound by directions with regard to its proposals pursuant to subsection 2 of this section.

**RULES OF ARBITRATION OF THE
INTERNATIONAL CHAMBER OF COMMERCE**

**In force as from 1 January 1998
Costs scales effective as of 1 July 2003**

INTRODUCTORY PROVISIONS

Article 1

International Court of Arbitration

1

The International Court of Arbitration (the "Court") of the International Chamber of Commerce (the "ICC") is the arbitration body attached to the ICC. The statutes of the Court are set forth in Appendix I. Members of the Court are appointed by the World Council of the ICC. The function of the Court is to provide for the settlement by arbitration of business disputes of an international character in accordance with the Rules of Arbitration of the International Chamber of Commerce (the "Rules"). If so empowered by an arbitration agreement, the Court shall also provide for the settlement by arbitration in accordance with these Rules of business disputes not of an international character.

2

The Court does not itself settle disputes. It has the function of ensuring the application of these Rules. It draws up its own Internal Rules (Appendix II).

3

The Chairman of the Court, or, in the Chairman's absence or otherwise at his request, one of its Vice-Chairmen shall have the power to take urgent decisions on behalf of the Court, provided that any such decision is reported to the Court at its next session.

4

As provided for in its Internal Rules, the Court may delegate to one or more committees composed of its members the power to take certain decisions, provided that any such decision is reported to the Court at its next session.

5

The Secretariat of the Court (the "Secretariat") under the direction of its Secretary General (the "Secretary General") shall have its seat at the headquarters of the ICC.

Article 2

Definitions

In these Rules:

- (i) "Arbitral Tribunal" includes one or more arbitrators.
- (ii) "Claimant" includes one or more claimants and "Respondent" includes one or more

respondents.

(iii) "Award" includes, *inter alia*, an interim, partial or final Award.

Article 3

Written Notifications or Communications; Time Limits

1

All pleadings and other written communications submitted by any party, as well as all documents annexed thereto, shall be supplied in a number of copies sufficient to provide one copy for each party, plus one for each arbitrator, and one for the Secretariat. A copy of any communication from the Arbitral Tribunal to the parties shall be sent to the Secretariat.

2

All notifications or communications from the Secretariat and the Arbitral Tribunal shall be made to the last address of the party or its representative for whom the same are intended, as notified either by the party in question or by the other party. Such notification or communication may be made by delivery against receipt, registered post, courier, facsimile transmission, telex, telegram or any other means of telecommunication that provides a record of the sending thereof.

3

A notification or communication shall be deemed to have been made on the day it was received by the party itself or by its representative, or would have been received if made in accordance with the preceding paragraph.

4

Periods of time specified in or fixed under the present Rules, shall start to run on the day following the date a notification or communication is deemed to have been made in accordance with the preceding paragraph. When the day next following such date is an official holiday, or a non-business day in the country where the notification or communication is deemed to have been made, the period of time shall commence on the first following business day. Official holidays and non-business days are included in the calculation of the period of time. If the last day of the relevant period of time granted is an official holiday or a non-business day in the country where the notification or communication is deemed to have been made, the period of time shall expire at the end of the first following business day.

COMMENCING THE ARBITRATION

Article 4

Request for Arbitration

1

A party wishing to have recourse to arbitration under these Rules shall submit its Request for Arbitration (the "Request") to the Secretariat, which shall notify the Claimant and Respondent of the receipt of the Request and the date of such receipt.

2

The date on which the Request is received by the Secretariat shall, for all purposes, be deemed to be the date of the commencement of the arbitral proceedings.

3

The Request shall, *inter alia*, contain the following information:

- a) the name in full, description and address of each of the parties;
- b) a description of the nature and circumstances of the dispute giving rise to the claim(s);
- c) a statement of the relief sought, including, to the extent possible, an indication of any amount(s) claimed;
- d) the relevant agreements and, in particular, the arbitration agreement;
- e) all relevant particulars concerning the number of arbitrators and their choice in accordance with the provisions of Articles 8, 9 and 10, and any nomination of an arbitrator required thereby; and
- f) any comments as to the place of arbitration, the applicable rules of law and the language of the arbitration.

4

Together with the Request, the Claimant shall submit the number of copies thereof required by Article 3(1) and shall make the advance payment on administrative expenses required by Appendix III ("Arbitration Costs and Fees") in force on the date the Request is submitted. In the event that the Claimant fails to comply with either of these requirements, the Secretariat may fix a time limit within which the Claimant must comply, failing which the file shall be closed without prejudice to the right of the Claimant to submit the same claims at a later date in another Request.

5

The Secretariat shall send a copy of the Request and the documents annexed thereto to the Respondent for its Answer to the Request once the Secretariat has sufficient copies of the Request and the required advance payment.

6

When a party submits a Request in connection with a legal relationship in respect of which arbitration proceedings between the same parties are already pending under these Rules, the Court may, at the request of a party, decide to include the claims contained in the Request in the pending proceedings provided that the Terms of Reference have not been signed or approved by the Court. Once the Terms of Reference have been signed or approved by the Court, claims may only be included in the pending proceedings subject to the provisions of Article 19.

Article 5

Answer to the Request; Counterclaims

1

Within 30 days from the receipt of the Request from the Secretariat, the Respondent shall file an Answer (the "Answer") which shall, *inter alia*, contain the following information:

- a) its name in full, description and address;
- b) its comments as to the nature and circumstances of the dispute giving rise to the claim(s);
- c) its response to the relief sought;
- d) any comments concerning the number of arbitrators and their choice in light of the

Claimant's proposals and in accordance with the provisions of Articles 8, 9 and 10, and any nomination of an arbitrator required thereby; and

e) any comments as to the place of arbitration, the applicable rules of law and the language of the arbitration.

2

The Secretariat may grant the Respondent an extension of the time for filing the Answer, provided the application for such an extension contains the Respondent's comments concerning the number of arbitrators and their choice and, where required by Articles 8, 9 and 10, the nomination of an arbitrator. If the Respondent fails to do so, the Court shall proceed in accordance with these Rules.

3

The Answer shall be supplied to the Secretariat in the number of copies specified by Article 3(1).

4

A copy of the Answer and the documents annexed thereto shall be communicated by the Secretariat to the Claimant.

5

Any counterclaim(s) made by the Respondent shall be filed with its Answer and shall provide:

a) a description of the nature and circumstances of the dispute giving rise to the counterclaim(s); and

b) a statement of the relief sought, including, to the extent possible, an indication of any amount(s) counterclaimed.

6

The Claimant shall file a Reply to any counterclaim within 30 days from the date of receipt of the counterclaim(s) communicated by the Secretariat. The Secretariat may grant the Claimant an extension of time for filing the Reply.

Article 6

Effect of the Arbitration Agreement

1

Where the parties have agreed to submit to arbitration under the Rules, they shall be deemed to have submitted *ipso facto* to the Rules in effect on the date of commencement of the arbitration proceedings, unless they have agreed to submit to the Rules in effect on the date of their arbitration agreement.

2

If the Respondent does not file an Answer, as provided by Article 5, or if any party raises one or more pleas concerning the existence, validity or scope of the arbitration agreement, the Court may decide, without prejudice to the admissibility or merits of the plea or pleas, that the arbitration shall proceed if it is *prima facie* satisfied that an arbitration agreement under the Rules may exist. In such a case, any decision as to the jurisdiction of the Arbitral Tribunal shall be taken by the Arbitral Tribunal itself. If the Court is not so satisfied, the parties shall be notified that the arbitration cannot proceed. In such a case, any party retains the right to ask any court having jurisdiction whether or not there is a binding arbitration agreement.

3

If any of the parties refuses or fails to take part in the arbitration or any stage thereof, the arbitration shall proceed notwithstanding such refusal or failure.

4

Unless otherwise agreed, the Arbitral Tribunal shall not cease to have jurisdiction by reason of any claim that the contract is null and void or allegation that it is non-existent, provided that the Arbitral Tribunal upholds the validity of the arbitration agreement. The Arbitral Tribunal shall continue to have jurisdiction to determine the respective rights of the parties and to adjudicate their claims and pleas even though the contract itself may be non-existent or null and void.

THE ARBITRAL TRIBUNAL

Article 7

General Provisions

1

Every arbitrator must be and remain independent of the parties involved in the arbitration.

2

Before appointment or confirmation, a prospective arbitrator shall sign a statement of independence and disclose in writing to the Secretariat any facts or circumstances which might be of such a nature as to call into question the arbitrator's independence in the eyes of the parties. The Secretariat shall provide such information to the parties in writing and fix a time limit for any comments from them.

3

An arbitrator shall immediately disclose in writing to the Secretariat and to the parties any facts or circumstances of a similar nature which may arise during the arbitration.

4

The decisions of the Court as to the appointment, confirmation, challenge or replacement of an arbitrator shall be final and the reasons for such decisions shall not be communicated.

5

By accepting to serve, every arbitrator undertakes to carry out his responsibilities in accordance with these Rules.

6

Insofar as the parties have not provided otherwise, the Arbitral Tribunal shall be constituted in accordance with the provisions of Articles 8, 9 and 10.

Article 8

Number of Arbitrators

1

The disputes shall be decided by a sole arbitrator or by three arbitrators.

2

Where the parties have not agreed upon the number of arbitrators, the Court shall appoint a sole arbitrator, save where it appears to the Court that the dispute is such as to warrant the appointment of three arbitrators. In such case, the Claimant shall nominate an arbitrator within a period of 15 days from the receipt of the notification of the decision of the Court, and the Respondent shall nominate an arbitrator within a period of 15 days from the receipt of the notification of the nomination made by the Claimant.

3

Where the parties have agreed that the dispute shall be settled by a sole arbitrator, they may, by agreement, nominate the sole arbitrator for confirmation. If the parties fail to nominate a sole arbitrator within 30 days from the date when the Claimant's Request for Arbitration has been received by the other party, or within such additional time as may be allowed by the Secretariat, the sole arbitrator shall be appointed by the Court.

4

Where the dispute is to be referred to three arbitrators, each party shall nominate in the Request and the Answer, respectively, one arbitrator for confirmation. If a party fails to nominate an arbitrator, the appointment shall be made by the Court. The third arbitrator, who will act as chairman of the Arbitral Tribunal, shall be appointed by the Court, unless the parties have agreed upon another procedure for such appointment, in which case the nomination will be subject to confirmation pursuant to Article 9. Should such procedure not result in a nomination within the time limit fixed by the parties or the Court, the third arbitrator shall be appointed by the Court.

Article 9

Appointment and Confirmation of the Arbitrators

1

In confirming or appointing arbitrators, the Court shall consider the prospective arbitrator's nationality, residence and other relationships with the countries of which the parties or the other arbitrators are nationals and the prospective arbitrator's availability and ability to conduct the arbitration in accordance with these Rules. The same shall apply where the Secretary General confirms arbitrators pursuant to Article 9(2).

2

The Secretary General may confirm as co-arbitrators, sole arbitrators and chairmen of Arbitral Tribunals persons nominated by the parties or pursuant to their particular agreements, provided they have filed a statement of independence without qualification or a qualified statement of independence has not given rise to objections. Such confirmation shall be reported to the Court at its next session. If the Secretary General considers that a co-arbitrator, sole arbitrator or chairman of an Arbitral Tribunal should not be confirmed, the matter shall be submitted to the Court.

3

Where the Court is to appoint a sole arbitrator or the chairman of an Arbitral Tribunal, it shall make the appointment upon a proposal of a National Committee of the ICC that it considers to be appropriate. If the Court does not accept the proposal made, or if the National Committee fails to make the proposal requested within the time limit fixed by the Court, the Court may repeat its request or may request a proposal from another National Committee that it considers to be appropriate.

4

Where the Court considers that the circumstances so demand, it may choose the sole arbitrator or the chairman of the Arbitral Tribunal from a country where there is no National Committee, provided that neither of the parties objects within the time limit fixed by the Court.

5

The sole arbitrator or the chairman of the Arbitral Tribunal shall be of a nationality other than those of the parties. However, in suitable circumstances and provided that neither of the parties objects within the time limit fixed by the Court, the sole arbitrator or the chairman of the Arbitral Tribunal may be chosen from a country of which any of the parties is a national.

6

Where the Court is to appoint an arbitrator on behalf of a party which has failed to nominate one, it shall make the appointment upon a proposal of the National Committee of the country of which that party is a national. If the Court does not accept the proposal made, or if the National Committee fails to make the proposal requested within the time limit fixed by the Court, or if the country of which the said party is a national has no National Committee, the Court shall be at liberty to choose any person whom it regards as suitable. The Secretariat shall inform the National Committee, if one exists, of the country of which such person is a national.

Article 10

Multiple Parties

1

Where there are multiple parties, whether as Claimant or as Respondent, and where the dispute is to be referred to three arbitrators, the multiple Claimants, jointly, and the multiple Respondents, jointly, shall nominate an arbitrator for confirmation pursuant to Article 9.

2

In the absence of such a joint nomination and where all parties are unable to agree to a method for the constitution of the Arbitral Tribunal, the Court may appoint each member of the Arbitral Tribunal and shall designate one of them to act as chairman. In such case, the Court shall be at liberty to choose any person it regards as suitable to act as arbitrator, applying Article 9 when it considers this appropriate.

Article 11

Challenge of Arbitrators

1

A challenge of an arbitrator, whether for an alleged lack of independence or otherwise, shall be made by the submission to the Secretariat of a written statement specifying the facts and circumstances on which the challenge is based.

2

For a challenge to be admissible, it must be sent by a party either within 30 days from receipt by that party of the notification of the appointment or confirmation of the arbitrator, or within 30 days from the date when the party making the challenge was informed of the facts and circumstances on which the challenge is based if such date is subsequent to the receipt of such notification.

3

The Court shall decide on the admissibility, and, at the same time, if necessary, on the merits of a challenge after the Secretariat has afforded an opportunity for the arbitrator concerned, the other party or parties and any other members of the Arbitral Tribunal to comment in writing within a suitable period of time. Such comments shall be communicated to the parties and to the arbitrators.

Article 12

Replacement of Arbitrators

1

An arbitrator shall be replaced upon his death, upon the acceptance by the Court of the arbitrator's resignation, upon acceptance by the Court of a challenge or, upon the request of all the parties.

2

An arbitrator shall also be replaced on the Court's own initiative when it decides that he is prevented *de jure* or *de facto* from fulfilling his functions, or that he is not fulfilling his functions in accordance with the Rules or within the prescribed time limits.

3

When, on the basis of information that has come to its attention, the Court considers applying Article 12(2), it shall decide on the matter after the arbitrator concerned, the parties and any other members of the Arbitral Tribunal have had an opportunity to comment in writing within a suitable period of time. Such comments shall be communicated to the parties and to the arbitrators.

4

When an arbitrator is to be replaced, the Court has discretion to decide whether or not to follow the original nominating process. Once reconstituted, and after having invited the parties to comment, the Arbitral Tribunal shall determine if and to what extent prior proceedings shall be repeated before the reconstituted Arbitral Tribunal.

5

Subsequent to the closing of the proceedings, instead of replacing an arbitrator who has died

or been removed by the Court pursuant to Articles 12(1) and 12(2), the Court may decide, when it considers it appropriate, that the remaining arbitrators shall continue the arbitration. In making such determination, the Court shall take into account the views of the remaining arbitrators and of the parties and such other matters that it considers appropriate in the circumstances.

THE ARBITRAL PROCEEDINGS

Article 13

Transmission of the File to the Arbitral Tribunal

The Secretariat shall transmit the file to the Arbitral Tribunal as soon as it has been constituted, provided the advance on costs requested by the Secretariat at this stage has been paid.

Article 14

Place of the Arbitration

1

The place of the arbitration shall be fixed by the Court unless agreed upon by the parties.

2

The Arbitral Tribunal may, after consultation with the parties, conduct hearings and meetings at any location it considers appropriate unless otherwise agreed by the parties.

3

The Arbitral Tribunal may deliberate at any location it considers appropriate.

Article 15

Rules Governing the Proceedings

1

The proceedings before the Arbitral Tribunal shall be governed by these Rules, and, where these Rules are silent by any rules which the parties or, failing them, the Arbitral Tribunal may settle on, whether or not reference is thereby made to the rules of procedure of a national law to be applied to the arbitration.

2

In all cases, the Arbitral Tribunal shall act fairly and impartially and ensure that each party has a reasonable opportunity to present its case.

Article 16
Language of the Arbitration

In the absence of an agreement by the parties, the Arbitral Tribunal shall determine the language or languages of the arbitration, due regard being given to all relevant circumstances, including the language of the contract.

Article 17
Applicable Rules of Law

1

The parties shall be free to agree upon the rules of law to be applied by the Arbitral Tribunal to the merits of the dispute. In the absence of any such agreement, the Arbitral Tribunal shall apply the rules of law which it determines to be appropriate.

2

In all cases the Arbitral Tribunal shall take account of the provisions of the contract and the relevant trade usages.

3

The Arbitral Tribunal shall assume the powers of an *amiable compositeur* or decide *ex aequo et bono* only if the parties have agreed to give it such powers.

Article 18
Terms of Reference; Procedural Timetable

1

As soon as it has received the file from the Secretariat, the Arbitral Tribunal shall draw up, on the basis of documents or in the presence of the parties and in the light of their most recent submissions, a document defining its Terms of Reference. This document shall include the following particulars:

- a) the full names and descriptions of the parties;
- b) the addresses of the parties to which notifications and communications arising in the course of the arbitration may be made;
- c) a summary of the parties' respective claims and of the relief sought by each party, with an indication to the extent possible of the amounts claimed or counterclaimed;
- d) unless the Arbitral Tribunal considers it inappropriate, a list of issues to be determined;
- e) the full names, descriptions and addresses of the arbitrators;
- f) the place of the arbitration; and
- g) particulars of the applicable procedural rules and, if such is the case, reference to the power conferred upon the Arbitral Tribunal to act as *amiable compositeur* or to decide *ex aequo et bono*.

2

The Terms of Reference shall be signed by the parties and the Arbitral Tribunal. Within two months of the date on which the file has been transmitted to it, the Arbitral Tribunal shall transmit to the Court the Terms of Reference signed by it and by the parties. The Court may extend this time limit pursuant to a reasoned request from the Arbitral Tribunal or on its own initiative if it decides it is necessary to do so.

3

If any of the parties refuses to take part in the drawing up of the Terms of Reference or to sign the same, they shall be submitted to the Court for approval. When the Terms of Reference have been signed in accordance with Article 18(2) or approved by the Court, the arbitration shall proceed.

4

When drawing up the Terms of Reference, or as soon as possible thereafter, the Arbitral Tribunal, after having consulted the parties, shall establish in a separate document a provisional timetable that it intends to follow for the conduct of the arbitration and shall communicate it to the Court and the parties. Any subsequent modifications of the provisional timetable shall be communicated to the Court and the parties.

Article 19

New Claims

After the Terms of Reference have been signed or approved by the Court, no party shall make new claims or counterclaims which fall outside the limits of the Terms of Reference unless it has been authorized to do so by the Arbitral Tribunal, which shall consider the nature of such new claims or counterclaims, the stage of the arbitration and other relevant circumstances.

Article 20

Establishing the Facts of the Case

1

The Arbitral Tribunal shall proceed within as short a time as possible to establish the facts of the case by all appropriate means.

2

After studying the written submissions of the parties and all documents relied upon, the Arbitral Tribunal shall hear the parties together in person if any of them so requests or, failing such a request, it may of its own motion decide to hear them.

3

The Arbitral Tribunal may decide to hear witnesses, experts appointed by the parties or any other person, in the presence of the parties, or in their absence provided they have been duly summoned.

4

The Arbitral Tribunal, after having consulted the parties, may appoint one or more experts, define their terms of reference and receive their reports. At the request of a party, the parties shall be given the opportunity to question at a hearing any such expert appointed by the Tribunal.

5

At any time during the proceedings, the Arbitral Tribunal may summon any party to provide additional evidence.

6

The Arbitral Tribunal may decide the case solely on the documents submitted by the parties unless any of the parties requests a hearing.

7

The Arbitral Tribunal may take measures for protecting trade secrets and confidential information.

Article 21 Hearings

1

When a hearing is to be held, the Arbitral Tribunal, giving reasonable notice, shall summon the parties to appear before it on the day and at the place fixed by it.

2

If any of the parties, although duly summoned, fails to appear without valid excuse, the Arbitral Tribunal shall have the power to proceed with the hearing.

3

The Arbitral Tribunal shall be in full charge of the hearings, at which all the parties shall be entitled to be present. Save with the approval of the Arbitral Tribunal and the parties, persons not involved in the proceedings shall not be admitted.

4

The parties may appear in person or through duly authorized representatives. In addition, they may be assisted by advisers.

Article 22 Closing of the Proceedings

1

When it is satisfied that the parties have had a reasonable opportunity to present their cases, the Arbitral Tribunal shall declare the proceedings closed. Thereafter, no further submission or argument may be made, or evidence produced, unless requested or authorized by the Arbitral Tribunal.

2

When the Arbitral Tribunal has declared the proceedings closed, it shall indicate to the Secretariat an approximate date by which the draft Award will be submitted to the Court for approval pursuant to Article 27. Any postponement of that date shall be communicated to the Secretariat by the Arbitral Tribunal.

Article 23
Conservatory and Interim Measures

1

Unless the parties have otherwise agreed, as soon as the file has been transmitted to it, the Arbitral Tribunal may, at the request of a party, order any interim or conservatory measure it deems appropriate. The Arbitral Tribunal may make the granting of any such measure subject to appropriate security being furnished by the requesting party. Any such measure shall take the form of an order, giving reasons, or of an Award, as the Arbitral Tribunal considers appropriate.

2

Before the file is transmitted to the Arbitral Tribunal, and in appropriate circumstances even thereafter, the parties may apply to any competent judicial authority for interim or conservatory measures. The application of a party to a judicial authority for such measures or for the implementation of any such measures ordered by an Arbitral Tribunal shall not be deemed to be an infringement or a waiver of the arbitration agreement and shall not affect the relevant powers reserved to the Arbitral Tribunal. Any such application and any measures taken by the judicial authority must be notified without delay to the Secretariat. The Secretariat shall inform the Arbitral Tribunal thereof.

AWARDS

Article 24
Time Limit for the Award

1

The time limit within which the Arbitral Tribunal must render its final Award is six months. Such time limit shall start to run from the date of the last signature by the Arbitral Tribunal or of the parties of the Terms of Reference, or, in the case of application of Article 18(3), the date of the notification to the Arbitral Tribunal by the Secretariat of the approval of the Terms of Reference by the Court.

2

The Court may extend this time limit pursuant to a reasoned request from the Arbitral Tribunal or on its own initiative if it decides it is necessary to do so.

Article 25
Making of the Award

1

When the Arbitral Tribunal is composed of more than one arbitrator, an Award is given by a majority decision. If there be no majority, the Award shall be made by the chairman of the Arbitral Tribunal alone.

2

The Award shall state the reasons upon which it is based.

3

The Award shall be deemed to be made at the place of the arbitration and on the date stated therein.

Article 26

Award by Consent

If the parties reach a settlement after the file has been transmitted to the Arbitral Tribunal in accordance with Article 13, the settlement shall be recorded in the form of an Award made by consent of the parties if so requested by the parties and if the Arbitral Tribunal agrees to do so.

Article 27

Scrutiny of the Award by the Court

Before signing any Award, the Arbitral Tribunal shall submit it in draft form to the Court. The Court may lay down modifications as to the form of the Award and, without affecting the Arbitral Tribunal's liberty of decision, may also draw its attention to points of substance. No Award shall be rendered by the Arbitral Tribunal until it has been approved by the Court as to its form.

Article 28

Notification, Deposit and Enforceability of the Award

1

Once an Award has been made, the Secretariat shall notify to the parties the text signed by the Arbitral Tribunal, provided always that the costs of the arbitration have been fully paid to the ICC by the parties or by one of them.

2

Additional copies certified true by the Secretary General shall be made available on request and at any time to the parties, but to no one else.

3

By virtue of the notification made in accordance with Paragraph 1 of this Article, the parties waive any other form of notification or deposit on the part of the Arbitral Tribunal.

4

An original of each Award made in accordance with the present Rules shall be deposited with the Secretariat.

5

The Arbitral Tribunal and the Secretariat shall assist the parties in complying with whatever further formalities may be necessary.

6

Every Award shall be binding on the parties. By submitting the dispute to arbitration under these Rules, the parties undertake to carry out any Award without delay and shall be deemed to have waived their right to any form of recourse insofar as such waiver can validly be made.

Article 29

Correction and Interpretation of the Award

1

On its own initiative, the Arbitral Tribunal may correct a clerical, computational or typographical error, or any errors of similar nature contained in an Award, provided such correction is submitted for approval to the Court within 30 days of the date of such Award.

2

Any application of a party for the correction of an error of the kind referred to in Article 29(1), or for the interpretation of an Award, must be made to the Secretariat within 30 days of the receipt of the Award by such party, in a number of copies as stated in Article 3(1). After transmittal of the application to the Arbitral Tribunal, it shall grant the other party a short time limit, normally not exceeding 30 days, from the receipt of the application by that party to submit any comments thereon. If the Arbitral Tribunal decides to correct or interpret the Award, it shall submit its decision in draft form to the Court not later than 30 days following the expiration of the time limit for the receipt of any comments from the other party or within such other period as the Court may decide.

3

The decision to correct or to interpret the Award shall take the form of an addendum and shall constitute part of the Award. The provisions of Articles 25, 27 and 28 shall apply *mutatis mutandis*.

COSTS

Article 30

Advance to Cover the Costs of the Arbitration

1

After receipt of the Request, the Secretary General may request the Claimant to pay a provisional advance in an amount intended to cover the costs of arbitration until the Terms of Reference have been drawn up.

2

As soon as practicable, the Court shall fix the advance on costs in an amount likely to cover the fees and expenses of the arbitrators and the ICC administrative costs for the claims and counterclaims which have been referred to it by the parties. This amount may be subject to readjustment at any time during the arbitration. Where, apart from the claims, counterclaims are submitted, the Court may fix separate advances on costs for the claims and the counterclaims.

3

The advance on costs fixed by the Court shall be payable in equal shares by the Claimant and the Respondent. Any provisional advance paid on the basis of Article 30(1) will be considered as a partial payment thereof. However, any party shall be free to pay the whole of the advance on costs in respect of the principal claim or the counterclaim should the other party fail to pay its share. When the Court has set separate advances on costs in accordance with Article 30(2), each of the parties shall pay the advance on costs corresponding to its claims.

4

When a request for an advance on costs has not been complied with, and after consultation with the Arbitral Tribunal, the Secretary General may direct the Arbitral Tribunal to suspend its work and set a time limit, which must be not less than 15 days, on the expiry of which the relevant claims, or counterclaims, shall be considered as withdrawn. Should the party in question wish to object to this measure, it must make a request within the aforementioned period for the matter to be decided by the Court. Such party shall not be prevented, on the ground of such withdrawal, from reintroducing the same claims or counterclaims at a later date in another proceeding.

5

If one of the parties claims a right to a set-off with regard to either claims or counterclaims, such set-off shall be taken into account in determining the advance to cover the costs of arbitration in the same way as a separate claim insofar as it may require the Arbitral Tribunal to consider additional matters.

Article 31

Decision as to the Costs of the Arbitration

1

The costs of the arbitration shall include the fees and expenses of the arbitrators and the ICC administrative expenses fixed by the Court, in accordance with the scale in force at the time of the commencement of the arbitral proceedings, as well as the fees and expenses of any experts appointed by the Arbitral Tribunal and the reasonable legal and other costs incurred by the parties for the arbitration.

2

The Court may fix the fees of the arbitrators at a figure higher or lower than that which would result from the application of the relevant scale should this be deemed necessary due to the exceptional circumstances of the case. Decisions on costs other than those fixed by the Court may be taken by the Arbitral Tribunal at any time during the proceedings.

3

The final Award shall fix the costs of the arbitration and decide which of the parties shall bear them or in what proportion they shall be borne by the parties.

MISCELLANEOUS

Article 32

Modified Time Limits

1

The parties may agree to shorten the various time limits set out in these Rules. Any such agreement entered into subsequent to the constitution of an Arbitral Tribunal shall become effective only upon the approval of the Arbitral Tribunal.

2

The Court, on its own initiative, may extend any time limit which has been modified pursuant to Article 32(1) if it decides that it is necessary to do so in order that the Arbitral Tribunal or the Court may fulfil their responsibilities in accordance with these Rules.

Article 33

Waiver

A party which proceeds with the arbitration without raising its objection to a failure to comply with any provision of these Rules, or of any other rules applicable to the proceedings, any direction given by the Arbitral Tribunal, or any requirement under the arbitration agreement relating to the constitution of the Arbitral Tribunal, or to the conduct of the proceedings, shall be deemed to have waived its right to object.

Article 34

Exclusion of Liability

Neither the arbitrators, nor the Court and its members, nor the ICC and its employees, nor the ICC National Committees shall be liable to any person for any act or omission in connection with the arbitration.

Article 35

General Rule

In all matters not expressly provided for in these Rules, the Court and the Arbitral Tribunal shall act in the spirit of these Rules and shall make every effort to make sure that the Award is enforceable at law.

APPENDIX I
STATUTES OF THE INTERNATIONAL
COURT OF ARBITRATION OF THE ICC

Article 1

Function

1

The function of the International Court of Arbitration of the International Chamber of Commerce (the "Court") is to ensure the application of the Rules of Arbitration of the International Chamber of Commerce, and it has all the necessary powers for that purpose.

2

As an autonomous body, it carries out these functions in complete independence from the ICC and its organs.

3

Its members are independent from the ICC National Committees.

Article 2

Composition of the Court

The Court shall consist of a Chairman, Vice-Chairmen, and members and alternate members (collectively designated as members). In its work it is assisted by its Secretariat (Secretariat of the Court).

Article 3

Appointment

1

The Chairman is elected by the ICC World Council upon the recommendation of the Executive Board of the ICC.

2

The ICC World Council appoints the Vice-Chairmen of the Court from among the members of the Court or otherwise.

3

Its members are appointed by the ICC World Council on the proposal of National Committees, one member for each Committee.

4

On the proposal of the Chairman of the Court, the World Council may appoint alternate members.

5

The term of office of all members is three years. If a member is no longer in a position to

exercise his functions, his successor is appointed by the World Council for the remainder of the term.

Article 4
Plenary Session of the Court

The Plenary Sessions of the Court are presided over by the Chairman or, in his absence, by one of the Vice-Chairmen designated by him. The deliberations shall be valid when at least six members are present. Decisions are taken by a majority vote, the Chairman having a casting vote in the event of a tie.

Article 5
Committees

The Court may set up one or more Committees and establish the functions and organization of such Committees.

Article 6
Confidentiality

The work of the Court is of a confidential nature which must be respected by everyone who participates in that work in whatever capacity. The Court lays down the rules regarding the persons who can attend the meetings of the Court and its Committees and who are entitled to have access to the materials submitted to the Court and its Secretariat.

Article 7
Modification of the Rules of Arbitration

Any proposal of the Court for a modification of the Rules is laid before the Commission on Arbitration before submission to the Executive Board and the World Council of the ICC for approval.

APPENDIX II
INTERNAL RULES OF THE INTERNATIONAL
COURT OF ARBITRATION OF THE ICC

Article 1

Confidential Character of the Work of the International Court of Arbitration

1

The sessions of the Court, whether plenary or those of a Committee of the Court, are open only to its members and to the Secretariat.

2

However, in exceptional circumstances, the Chairman of the Court may invite other persons to attend. Such persons must respect the confidential nature of the work of the Court.

3

The documents submitted to the Court, or drawn up by it in the course of its proceedings, are communicated only to the members of the Court and to the Secretariat and to persons authorized by the Chairman to attend Court sessions.

4

The Chairman or the Secretary General of the Court may authorize researchers undertaking work of a scientific nature on international trade law to acquaint themselves with awards and other documents of general interest, with the exception of memoranda, notes, statements and documents remitted by the parties within the framework of arbitration proceedings.

5

Such authorization shall not be given unless the beneficiary has undertaken to respect the confidential character of the documents made available and to refrain from any publication in their respect without having previously submitted the text for approval to the Secretary General of the Court.

6

The Secretariat will in each case submitted to arbitration under the Rules retain in the archives of the Court all Awards, Terms of Reference, and decisions of the Court, as well as copies of the pertinent correspondence of the Secretariat.

7

Any documents, communications or correspondence submitted by the parties or the arbitrators may be destroyed unless a party or an arbitrator requests in writing within a period fixed by the Secretariat the return of such documents. All related costs and expenses for the return of those documents shall be paid by such party or arbitrator.

Article 2

Participation of Members of the International Court of Arbitration in ICC Arbitration

1

The Chairman and the members of the Secretariat of the Court may not act as arbitrators or as counsel in cases submitted to ICC arbitration.

2

The Court shall not appoint Vice-Chairmen or members of the Court as arbitrators. They may, however, be proposed for such duties by one or more of the parties, or, pursuant to any other procedure agreed upon by the parties, subject to confirmation.

3

When the Chairman, a Vice-Chairman or a member of the Court or of the Secretariat is involved in any capacity whatsoever in proceedings pending before the Court, such person must inform the Secretary General of the Court upon becoming aware of such involvement.

4

Such person must refrain from participating in the discussions or in the decisions of the Court concerning the proceedings and must be absent from the courtroom whenever the matter is considered.

5

Such person will not receive any material documentation or information pertaining to such proceedings.

Article 3

Relations between the Members of the Court and the ICC National Committees

1

By virtue of their capacity, the members of the Court are independent of the ICC National Committees which proposed them for appointment by the ICC World Council.

2

Furthermore, they must regard as confidential, vis-à-vis the said National Committees, any information concerning individual cases with which they have become acquainted in their capacity as members of the Court, except when they have been requested by the Chairman of the Court or by its Secretary General to communicate specific information to their respective National Committee.

Article 4

Committee of the Court

1

In accordance with the provisions of Article 1 (4) of the Rules and Article 5 of its Statutes (Appendix I), the Court hereby establishes a Committee of the Court.

2

The members of the Committee consist of a Chairman and at least two other members. The Chairman of the Court acts as the Chairman of the Committee. If absent, the Chairman may designate a Vice-Chairman of the Court or, in exceptional circumstances, another member of the Court as Chairman of the Committee.

3

The other two members of the Committee are appointed by the Court from among the Vice-Chairmen or the other members of the Court. At each Plenary Session the Court appoints the members who are to attend the meetings of the Committee to be held before the next Plenary Session.

4

The Committee meets when convened by its Chairman. Two members constitute a quorum.

5

- (a) The Court shall determine the decisions that may be taken by the Committee.
- (b) The decisions of the Committee are taken unanimously.
- (c) When the Committee cannot reach a decision or deems it preferable to abstain, it transfers the case to the next Plenary Session, making any suggestions it deems appropriate.
- (d) The Committee's decisions are brought to the notice of the Court at its next Plenary Session.

Article 5

Court Secretariat

1

In case of absence, the Secretary General may delegate to the General Counsel and Deputy Secretary General the authority to confirm arbitrators, to certify true copies of Awards and to request the payment of a provisional advance, respectively provided for in Articles 9(2), 28(2) and 30(1) of the Rules.

2

The Secretariat may, with the approval of the Court, issue notes and other documents for the information of the parties and the arbitrators, or as necessary for the proper conduct of the arbitral proceedings.

Article 6

Scrutiny of Arbitral Awards

When the Court scrutinizes draft Awards in accordance with Article 27 of the Rules, it considers, to the extent practicable, the requirements of mandatory law at the place of arbitration.

APPENDIX III
ARBITRATION COSTS AND FEES

Article 1
Advance on Costs

1

Each request to commence an arbitration pursuant to the Rules must be accompanied by an advance payment of US\$ 2500 on the administrative expenses. Such payment is nonrefundable, and shall be credited to the Claimant's portion of the advance on costs.

2

The provisional advance fixed by the Secretary General according to Article 30(1) of the Rules shall normally not exceed the amount obtained by adding together the administrative expenses, the minimum of the fees (as set out in the scale hereinafter) based upon the amount of the claim and the expected reimbursable expenses of the Arbitral Tribunal incurred with respect to the drafting of the Terms of Reference. If such amount is not quantified, the provisional advance shall be fixed at the discretion of the Secretary General. Payment by the Claimant shall be credited to its share of the advance on costs fixed by the Court.

3

In general, after the Terms of Reference have been signed or approved by the Court and the provisional timetable has been established, the Arbitral Tribunal shall, in accordance with Article 30(4) of the Rules, proceed only with respect to those claims or counterclaims in regard to which the whole of the advance on costs has been paid.

4

The advance on costs fixed by the Court according to Article 30(2) of the Rules comprises the fees of the arbitrator or arbitrators (hereinafter referred to as "arbitrator"), any arbitration-related expenses of the arbitrator and the administrative expenses.

5

Each party shall pay in cash its share of the total advance on costs. However, if its share exceeds an amount fixed from time to time by the Court, a party may post a bank guarantee for this additional amount.

6

A party that has already paid in full its share of the advance on costs fixed by the Court may, in accordance with Article 30(3) of the Rules, pay the unpaid portion of the advance owed by the defaulting party by posting a bank guarantee.

7

When the Court has fixed separate advances on costs pursuant to Article 30(2) of the Rules, the Secretariat shall invite each party to pay the amount of the advance corresponding to its respective claim(s).

8

When, as a result of the fixing of separate advances on costs, the separate advance fixed for the claim of either party exceeds one half of such global advance as was previously fixed (in respect of the same claims and counterclaims that are the subject of separate advances), a

bank guarantee may be posted to cover any such excess amount. In the event that the amount of the separate advance is subsequently increased, at least one half of the increase shall be paid in cash.

9

The Secretariat shall establish the terms governing all bank guarantees which the parties may post pursuant to the above provisions.

10

As provided in Article 30(2) of the Rules, the advance on costs may be subject to readjustment at any time during the arbitration, in particular to take into account fluctuations in the amount in dispute, changes in the amount of the estimated expenses of the arbitrator, or the evolving difficulty or complexity of arbitration proceedings.

11

Before any expertise ordered by the Arbitral Tribunal can be commenced, the parties, or one of them, shall pay an advance on costs fixed by the Arbitral Tribunal sufficient to cover the expected fees and expenses of the expert as determined by the Arbitral Tribunal. The Arbitral Tribunal shall be responsible for ensuring the payment by the parties of such fees and expenses.

Article 2 Costs and Fees

1

Subject to Article 31(2) of the Rules, the Court shall fix the fees of the arbitrator in accordance with the scale hereinafter set out or, where the sum in dispute is not stated, at its discretion.

2

In setting the arbitrator's fees, the Court shall take into consideration the diligence of the arbitrator, the time spent, the rapidity of the proceedings, and the complexity of the dispute so as to arrive at a figure within the limits specified or, in exceptional circumstances (Article 31(2) of the Rules), at a figure higher or lower than those limits.

3

When a case is submitted to more than one arbitrator, the Court, at its discretion, shall have the right to increase the total fees up to a maximum which shall normally not exceed three times the fees of one arbitrator.

4

The arbitrator's fees and expenses shall be fixed exclusively by the Court as required by the Rules. Separate fee arrangements between the parties and the arbitrator are contrary to the Rules.

5

The Court shall fix the administrative expenses of each arbitration in accordance with the scale hereinafter set out or, where the sum in dispute is not stated, at its discretion. In exceptional circumstances, the Court may fix the administrative expenses at a lower or higher figure than that which would result from the application of such scale, provided that such

expenses shall normally not exceed the maximum amount of the scale. Further, the Court may require the payment of administrative expenses in addition to those provided in the scale of administrative expenses as a condition to holding an arbitration in abeyance at the request of the parties or of one of them with the acquiescence of the other.

6

If an arbitration terminates before the rendering of a final Award, the Court shall fix the costs of the arbitration at its discretion, taking into account the stage attained by the arbitral proceedings and any other relevant circumstances.

7

In the case of an application under Article 29(2) of the Rules, the Court may fix an advance to cover additional fees and expenses of the Arbitral Tribunal and may make the transmission of such application to the Arbitral Tribunal subject to the prior cash payment in full to the ICC of such advance. The Court shall fix at its discretion any possible fees of the arbitrator when approving the decision of the Arbitral Tribunal.

8

When an arbitration is preceded by an attempt at amicable resolution pursuant to the ICC ADR Rules, one half of the administrative expenses paid for such ADR proceedings shall be credited to the administrative expenses of the arbitration.

9

Amounts paid to the arbitrator do not include any possible value added taxes (VAT) or other taxes or charges and imposts applicable to the arbitrator's fees. Parties have a duty to pay any such taxes or charges; however, the recovery of any such charges or taxes is a matter solely between the arbitrator and the parties.

Article 3

ICC as Appointing Authority

Any request received for an authority of the ICC to act as appointing authority will be treated in accordance with the Rules of ICC as Appointing Authority in UNCITRAL or Other Ad Hoc Arbitration Proceedings and shall be accompanied by a non-refundable sum of US\$ 2,500. No request shall be processed unless accompanied by the said sum. For additional services, ICC may at its discretion fix administrative expenses, which shall be commensurate with the services provided and shall not exceed the maximum sum of US\$ 10,000.

Article 4

Scales of Administrative Expenses and Arbitrator's Fees

1

The Scales of Administrative Expenses and Arbitrator's Fees set forth below shall be effective as of 1 July 2003 in respect of all arbitrations commenced on or after such date, irrespective of the version of the Rules applying to such arbitrations.

2

To calculate the administrative expenses and the arbitrator's fees, the amounts calculated for each successive slice of the sum in dispute must be added together, except that where the sum

in dispute is over US\$ 80 million, a flat amount of US\$ 88,800 shall constitute the entirety of the administrative expenses.

A. ADMINISTRATIVE EXPENSES

Sum in dispute (in US Dollars)	Administrative expenses(*)
up to 50 000	\$ 2500
from 50 001 to 100 000	3.50%
from 100 001 to 500 000	1.70%
from 500 001 to 1 000 000	1.15%
from 1 000 001 to 2 000 000	0.70%
from 2 000 001 to 5 000 000	0.30%
from 5 000 001 to 10 000 000	0.20%
from 10 000 001 to 50 000 000	0.07%
from 50 000 001 to 80 000 000	0.06%
over 80 000 000	\$ 88 800

(*) For illustrative purposes only, the table on the following page indicates the resulting administrative expenses in US\$ when the proper calculations have been made.

B. ARBITRATOR'S FEES

Sum in dispute (in US Dollars)	Fees(**)	
	minimum	maximum
up to 50 000	\$ 2500	17.00%
from 50 001 to 100 000	2.00%	11.00%
from 100 001 to 500 000	1.00%	5.50%
from 500 001 to 1 000 000	0.75%	3.50%
from 1 000 001 to 2 000 000	0.50%	2.75%
from 2 000 001 to 5 000 000	0.25%	1.12%
from 5 000 001 to 10 000 000	0.10%	0.616%
from 10 000 001 to 50 000 000	0.05%	0.193%
from 50 000 001 to 80 000 000	0.03%	0.136%
from 80 000 001 to 100 000 000	0.02%	0.112%
over 100 000 000	0.01%	0.056%

(**) For illustrative purposes only, the table on the following page indicates the resulting range of fees when the proper calculations have been made.

ICC-Schiedsordnung

SUM IN DISPUTE (in US Dollars)	A. ADMINISTRATIVE EXPENSES (in US Dollars)	
up to 50 000	2500	
from 50 001 to 100 000	2500 + 3.50% of amt. over 50 000	
from 100 001 to 500 000	4250 + 1.70% of amt. over 100 000	
from 500 001 to 1 000 000	11 050 + 1.15% of amt. over 500 000	
from 1 000 001 to 2 000 000	16 800 + 0.70% of amt. over 1 000 000	
from 2 000 001 to 5 000 000	23 800 + 0.30% of amt. over 2 000 000	
from 5 000 001 to 10 000 000	32 800 + 0.20% of amt. over 5 000 000	
from 10 000 001 to 50 000 000	42 800 + 0.07% of amt. over 10 000 000	
from 50 000 001 to 80 000 000	70 800 + 0.06% of amt. over 50 000 000	
from 80 000 001 to 100 000 000	88 800	
over 100 000 000	88 800	
SUM IN DISPUTE (in US Dollars)	B. ARBITRATOR'S FEES (in US Dollars)	
	Minimum	Maximum
up to 50 000	2500	17.00% of amount in dispute
from 50 001 to 100 000	2500 + 2.00% of amt. over 50 000	8500 + 11.00% of amt. over 50 000
from 100 001 to 500 000	3500 + 1.00% of amt. over 100 000	14 000 + 5.50% of amt. over 100 000
from 500 001 to 1 000 000	7500 + 0.75% of amt. over 500 000	36 000 + 3.50% of amt. over 500 000
from 1 000 001 to 2 000 000	11 250 + 0.50% of amt. over 1 000 000	53 500 + 2.75% of amt. over 1 000 000
from 2 000 001 to 5 000 000	16 250 + 0.25% of amt. over 2 000 000	81 000 + 1.12% of amt. over 2 000 000
from 5 000 001 to 10 000 000	23 750 + 0.10% of amt. over 5 000 000	114 600 + 0.616% of amt. over 5 000 000
from 10 000 001 to 50 000 000	28 750 + 0.05% of amt. over 10 000 000	145 400 + 0.193% of amt. over 10 000 000
from 50 000 001 to 80 000 000	48 750 + 0.03% of amt. over 50 000 000	222 600 + 0.136% of amt. over 50 000 000
from 80 000 001 to 100 000 000	57 750 + 0.02% of amt. over 80 000 000	263 400 + 0.112% of amt. over 80 000 000
over 100 000 000	61 750 + 0.01% of amt. over 100 000 000	285 800 + 0.056% of amt. over 100 000 000

Literaturverzeichnis

Kommentare

- Aden, Menno* Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit, Kommentar zu den Schiedsverfahrensordnungen ICC – DIS – Wiener Regeln – UNCITRAL – LCIA, 2. Auflage, 2003
- Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann* Kommentar zur Zivilprozessordnung, 61. Auflage, 2003
- Broches, Aron* Commentary on the UNCITRAL Model Law on International Commercial Arbitration, 1990
- Münchener Kommentar* Kommentar zur Zivilprozeßordnung, Band 3, 2. Auflage, 2001, (zitiert: MüKo)
- Musielak* Kommentar zur Zivilprozessordnung, 3. Auflage, 2002
- Stein/Jonas* Kommentar zur Zivilprozessordnung, Band 9, 22. Auflage, 2002
- Schwab/Walter* Kommentar zur Schiedsgerichtsbarkeit, 6. Auflage, 2000
- Thomas/Putzo* Kommentar zur Zivilprozessordnung, 24. Auflage, 2002
- Zöller* Kommentar zur Zivilprozeßordnung, 22. Auflage, 2001

Lehrbücher und Monographien

- Bandel, Stefanl* Einstweiliger Rechtsschutz im Schiedsverfahren, DISS., 2000
- Berger, Klaus Peter* Internationale Wirtschaftsschiedsgerichtsbarkeit, 1992; (zitiert: Berger)
- ders.* Arbitration Interaktive, 2002; (zitiert: Berger, Arbitration Interaktive)
- Calavros, Constantin* Das UNCITRAL-Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit, 1988; (zitiert: Calavros)
- Coe, Jack J.* International Commercial Arbitration: American Principles and Practice in a Global Context, 1997
- Craig, Laurence W./Park, William/Paulsson, Jan* Annotated Guide to the 1998 ICC Arbitration Rules, 1998

- Cundiff, Victoria A.* Evidence in International Arbitration Proceedings, 1994
- Derains, Yves/ Schwartz, Eric A.* A Guide to the New ICC Rules of Arbitration, 1998
- Eijsvoogel, Peter V.* Evidence in International Arbitration Proceedings, 1994
- Geimer, Reinhold* Internationales Zivilprozeßrecht, 3. Auflage, 1997
- Gerswith, Hauck* „Schiedshängigkeit“ und Verjährungsunterbrechung nach „ 220 BGB, 1996
- Gottwald, Peter* Internationale Schiedsgerichtsbarkeit, 1997 (zitiert: Gottwald)
- Von Hoffmann, Bernd* Internationales Privatrecht einschließlich der Grundzüge des internationalen Zivilverfahrensrechts, 7. Auflage, 2002
- Lachmann, Jens-Peter* Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, 2. Auflage, 2002; (zitiert: Lachmann)
- Lionnet, Klaus* Handbuch der internationalen und nationalen Schiedsgerichtsbarkeit, 2. Auflage, 2000; (zitiert: Lionnet)
- Oetiker, Christian* Eintritt und Wirkungen der Rechtshängigkeit in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, DISS., 2003
- Raeschke-Kessler, Hilmar/Berger, Klaus Peter* Recht und Praxis des Schiedsverfahrens, 3. Auflage, 1999
- Rea, Gustavl* Der Schiedsrichtervertrag, DISS., 1983
- Redfern, Alan/Hunter, Martin* Law and Practice of International Commercial Arbitration, Student Edititon, 2003
- Rheinstein, Max* Einführung in die Rechtsvergleichung, 2. Auflage, 1987
- Schäfer, Eric/Verbist, Herman/Imhoos, Christophe* Die ICC Schiedsgerichtsordnung in der Praxis, 2000
- Schlosser, Peter* Das Recht der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit, 2. Auflage, 1989; (zitiert: Schlosser)
- Schütze, Rolf A./Tscherning, Dieter/Wais, Walter* Handbuch des Schiedsverfahrens, 2. Auflage, 1990
- Strieder, Joachim* Rechtliche Einordnung und Behandlung des Schiedsrichtervertrages, DISS., 1994
- Wolf, Christian* Die institutionelle Handelsschiedsgerichtsbarkeit, DISS., 1992

Aufsätze

- AAA Task Force* Commentary on Proposed Revisions to the International Arbitration Rules of the American Arbitration Association, *ADR & The Law* 1997, S. 582
- Aden, Menno* Gewährung rechtlichen Gehörs im Schiedsverfahren, *NJW* 1993, S. 1964
- Barceló III, John J.* Who decides the Arbitrators' Jurisdiction? Separability and Competence-Competence in Transnational Perspective, *Vanderbilt Journal of Transnational Law* 2003, S. 1115
- Beechey, John* Cross-Examination, in: *Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren*, 2001, S. 99
- Berger, Klaus Peter* Das neue deutsche Schiedsverfahrensrecht, *DZWiR* 1998, S. 45
- Böckstiegel, Karl-Heinz* Einführung zum neuen Recht der Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland, in: *Neues Deutsches Schiedsverfahrensrecht, Neue DIS-Schiedsgerichtsordnung*, 1998, S. 1
- ders.* Optionen und Kriterien der Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren, in: *Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren*, 2001, S. 1
- Born, Gary B.* Critical Observations on the Draft Transnational Rules of Civil Procedure, *Texas International Law Journal*, 1998, S. 388
- Brand, Oliver* Grundfragen der Rechtsvergleichung – Ein Leitfaden für die Wahlfachprüfung, *JuS* 2003, S. 1082
- Bredow, Jens* Die DIS-Schiedsordnung 1998, in: *Neues Deutsches Schiedsverfahrensrecht, Neue DIS-Schiedsgerichtsordnung*, 1998, S. 111
- Brown, Alexis C.* Presumption Meets Reality: An Exploration of the Confidentiality Obligation in International Commercial Arbitration, *American University International Law Review* 2001, S. 969
- Bühler, Michael* Einige Anmerkungen zum Zeugenbeweis in internationalen Schiedsverfahren, in: *Beweiserhebung in internationalen Schiedsverfahren*, 2001, S. 94

- Byrne, Olga K* A New Code of Ethics for Commercial Arbitrators: The Neutrality of Party-Appointed Arbitrators on a Tripartite Panel, Fordham Urban Law Journal 2003, S. 1815
- Calavros, Constantin* Grundsätzliches zum Rechtsverhältnis zwischen Schiedsrichtern und Parteien nach Griechischem Recht, Festschrift für W.J. Habscheid, 1989, S. 65
- Carter, James H.* The Rights and Duties of the Arbitrators: Six Aspects of the Rule of Reasonableness, in: The Status of the Arbitrator, 1995, S. 24
- Commission on International Arbitration* Final Report on Multi-party Arbitration, 1994, ICC Bull., Vol. 6, No. 1, S. 26
- Cremades, Bernardo M.* Managing Discovery in International Arbitration, Dispute Resolution Journal 2003, S. 72
- Cromwell, Thurston A.* The Role of Federal Courts in Assisting International Arbitration, Journal of Dispute Resolution 2000, S. 177
- Esser, Walter/Moosmayer, Klaus* Das Schiedsverfahren nach den Regeln der Internationalen Handelskammer vom 1.1.1998, EuZW 1998, S. 490
- Firsching, Karl* Der gegenwärtige Stand des IPR (einschließlich des internationalen Verfahrensrechts) unter Berücksichtigung neuerer bedeutsamer Literatur, in: IPRax, 1985, S. 125
- Fouchard, Philippe* Relationships between the arbitrator and the parties and the arbitral institution, in: The Status of the Arbitrator, 1995, S. 12
- Gaede, A.H.* International Construction, Practising Law Institute 1998, S. 211
- Gehrlein, Markus* Die Kompetenz-Kompetenz eines Schiedsgerichts nach deutschem und schweizerischem Recht, ZIP 1995, S. 964
- Gotanda, John Y.* Awarding Interest in International Arbitration, American Journal of International Law 1996, S. 40
- ders.* Awarding Punitive Damages in International Commercial Arbitration in Wake of Mastrobuono v. Shearson Lehmann Hutton, Inc., Harvard International Law Journal 1997, S. 59
- ders.* Setting Arbitrators' Fees: An International Survey, Vanderbilt Journal of Transnational Law 2000, S. 779
- Gottwald, Peter/Adolphsen, Jens* Das neue deutsche Schiedsverfahrensrecht,

- DStR 1998, S. 1017
- Greenblatt, Jonathan/Griffin, Peter* Towards the Harmonization of International Arbitration Rules: Comparative Analysis of the Rules of the ICC, AAA, LCIA and CIETAC, Arbitration International, Vol. 17, No. 1, S. 101
- Häberlein, Thorsten* Wie befangen darf ein Schiedsrichter sein? BB 2003, S. 7
- Habscheid, Walther J.* Die Sogenannte Schiedsgerichtsbarkeit der Internationalen Handelskammer, RIW 1998, S. 421
- Heger, Susanne* Widerklage und Aufrechnung, ZfRV 2003, S. 171
- Hoefling, Tricia A.* The (Draft)WIPO Arbitration Rules for Administrative Challenge Panel Procedures Concerning Internet Domain Name, American Review of International Arbitration 1997, S. 192
- Hoellering, Michael F.* Conservatory and Provisional Measures in International Arbitration, ICC-Publication No. 519 (E), 1993, S. 31
- ders.* The Role of the International Arbitrator, Dispute Resolution Journal 1996, S. 100
- ders.* Administering International Arbitration Proceedings, Dispute Resolution Journal, February, 1998, S. 64
- ders.* International Arbitration Agreements: A Look Behind the Scenes, Dispute Resolution Journal, November, 1998, S. 64
- Von Hoffmann, Bernd* Der internationale Schiedsrichtervertrag – eine kollisionsrechtliche Skizze, Festschrift für Ottoarndt Glossner, 1994, S. 143
- Huber, Peter* Das Verhältnis von Schiedsgericht und staatlichen Gerichten bei der Entscheidung über die Zuständigkeit, SchiedsVZ 2003, S. 73
- IBA, Committee D* Interessenkonflikte in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit: IBA Guidelines on Impartiality, Independence and disclosure in international commercial arbitration – second draft, SchiedsVZ 2003, S. 263
- Juris Publications, Inc.* AAA Revises International Arbitration Rules to Promote Efficient Administration of Proceedings, Wold Arbitration & Mediation Report, 1997, S. 79
- Kaufmann-Kohler, Gabrielle/Bärtsch, Philippe* Discovery in international arbitration: How much is too much? SchiedsVZ 2004, S. 13

- Kazutake, Okuma* Party Autonomy in International Commercial Arbitration: Consolidation of Multiparty and Classwide Arbitration, Annual Survey of International and Comparative Law, 2003, S. 189
- Kronke, Herbert* Internationale Schiedsverfahren nach der Reform, RIW 1998, S. 257
- Kuckenburger, Joachim* Vertragliche Beziehungen zwischen ICC, Parteien und Schiedsrichter, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, 1997, S. 78
- Lamm, Carolyn B./Aqua, Jocelyn A.* Defining the Party – Who is a Proper Party in an International Arbitration before the American Arbitration Association and other Institutional Institutions, George Washington International Law Review 2003, S. 771
- Lionnet, Klaus* Der Schiedsrichtervertrag, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, 1997, S. 63
- ders.* ICC Rules of Arbitration, BB 1997, S. 15
- Lörcher, Gino* Die Stellung des Vorsitzenden im Schiedsgericht, in: Status, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Schiedsrichters, 1997, S. 35
- ders.* Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut – Notizen zur Vollstreckbarkeit im Ausland, BB 2000, S. 2
- Lorenz, Werner* Die Rechtsnatur von Schiedsvertrag und Schiedsspruch, AcP 157 (1958/1959), S. 265
- Mahlich, Thomas C.* Das neue deutsche Schiedsverfahrensrecht aus ausländischer Sicht, NJW 1998, S. 563
- Mann, F.A.* Schiedsrichter und Recht, Festschrift für Werner Flume, 1978, S. 593
- Marchac, Grégoire* Interim Measures in International Commercial Arbitration under the ICC, AAA, LCIA and UNCITRAL Rules, American Review of International Arbitration 1999, S. 123
- McAllister, Bruce A./Bloom, Amy* Evidence in Arbitration, Journal of Maritime Law and Commerce 2003, S. 35
- Otto, Dirk* Säumnis in internationalen Schiedsverfahren, IPRax 2002, S. 164

- Park, William W.* Determining Arbitral Jurisdiction: Allocations of Tasks between Courts and Arbitrators, American Review of International Arbitration 1997, S. 133
- Peterson, Florence M.* The Role of Administering Organizations, Arbitration International, Vol. 18, No. 3, S. 269
- Raeschke-Kessler, Hilmar* Arbitration International, Vol. 18, No. 4, S. 411.
- Rubinstein, Javier H.* International Commercial Arbitration: Reflections at the Crossroads of the Common Law and Civil Law Traditions, Chicago Journal of International Law 2004, S. 303
- Sanders, Peter* Yearbook of Commercial Arbitration Volume II, 1977, S. 15
- Sandrock, Otto* Die objektive Anknüpfung von Verträgen nach § 1051 Abs. 2 ZPO, RIW 2000, S. 321
„Gewöhnliche“ Fehler in Schiedssprüchen: Wann können sie zur Aufhebung des Schiedsspruchs führen? BB 2001, S. 2173
- Schlosser, Peter* Verfahrensrechtliche und berufsrechtliche Zulässigkeit der Zeugenvorbereitung, SchiedsVZ 2004, S. 225
- Von Schlabrendorff, Fabian* Internationaler Schiedsgerichtshof der Internationalen Handelskammer, SchiedsVZ 2003, S. 34
- Schütze, Rolf A.* Einstweiliger Rechtsschutz im Schiedsverfahren, BB 1998, S. 1650
Buchbesprechung: Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit, NJW 2003, S. 2220
- Schröder, Jochen* Vom Sinn der Verweisung im internationalen Schuldvertragsrecht, IPRax 1987, S. 90
- Schwab, Karl Heinz* Schiedsrichterernennung und Schiedsrichtervertrag, Festschrift für Gerhard Schiedermair, 1976, S. 499
- Schwartz, Eric A.* The rights and duties of ICC arbitrators, in: The Status of the Arbitrator, 1992, S. 67
- Smith, Murray L.* Costs in International Commercial Arbitration, Dispute Resolution Journal 2001, S. 30
- Solomon, Denis* Das vom Schiedsgericht in der Sache anzuwendende Recht nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schiedsverfahrensrechts, RIW 1997, S. 981
- Townsend, John M.* Drafting Arbitration Clauses Avoiding the 7 Deadly Sins,

- Dispute Resolution Journal, 2003, S. 28
- Triebel, Volker/Coenen, Tilman* Parallelität von Schiedsverfahren und staatlichem
Gerichtsverfahren, RPS - Beilage zum BB 2003, Heft 25, S. 1
- Trappe, Johannes* Der Sachverständigenbeweis, in: Beweiserhebung in
internationalen Schiedsverfahren, 2001, S. 101
- Vetter, Eberhard* Schiedsgerichtsbarkeit der American Arbitration Association,
RIW 1993, S. 191
- Weigand, Frank-Bernd* Die neue ICC-Schiedsgerichtsordnung 1998, NJW 1998, S. 2081
- Werbicki, Raymond J.* Arbitral Interim Measures: Fact or Fiction?
Dispute Resolution Journal 2003, S. 62
- Winkler, Rolf M./Weinand, Armin* Deutsches internationales Schiedsverfahrensrecht,
BB 1998, S. 597
- Wirth, Markus* Ihr Zeuge Herr Rechtsanwalt! – Weshalb Civil-Law-
Schiedsrichter Common-Law-Verfahrensrecht anwenden,
SchiedsVZ 2003, S. 9

Internetquellen

- Datenbanken:* Domke on Commercial Arbitration,
www.westlawinternational.com, März 2005
(Zitiert: Domke on Commercial Arbitration)
- Oehmke, Thomas H.* Commercial Arbitration,
www.westlawinternational.com, März 2005
(zitiert: Oehmke)
- Homepages:* DIS, www.dis-arb.de, März 2005
AAA, www.adr.org, März 2005
ICC, www.iccwbo.org, März 2005